

Globalisierung und Gender

Brigitte Young

Globalisierung und Gender

Brigitte Young

Genderregime und Staat in der globalen Netzwerkökonomie

Saskia Sassen

Überlegungen zu einer feministischen Analyse der globalen Wirtschaft

Bang-Soon Yoon

Koreanische Frauen in der globalen Ökonomie. Industrialisierung und Geschlechterpolitik in Südkorea

Ingeborg Wick

Frauenarbeit in Freien Exportzonen. Ein Überblick

Frauke Helwes

Migration, Prostitution, Frauenhandel. Von der »Verschiebung« des Liebesaktes wechselseitiger Anerkennung

Seiko Hanochi

Japan und die globale Sexindustrie

Die Krise in Asien

Chalmers Johnson

Der Kalte Krieg und die Asienkrise

Virtuelles Interview mit Robert Guttman

Klaus Schabacker

Die moderne ökonomische Theorie und die Kapitaltheorie von Marx



PROKLA Heft 111 - 28. Jahrgang 1998, Nr.2

PROKLA

Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft

Die PROKLA wird herausgegeben von der »Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.«, die jährlich in ihrer Vollversammlung die Redaktion der Zeitschrift wählt.

Redaktion: Elmar Altvater, Heiner Ganßmann, Michael Heinrich (geschäftsführend), Sabine Krüger, Volker Lorek, Birgit Mahnkopf (presserechtlich verantwortlich), Margit Mayer, Klaus Müller, Dorothea Schmidt, als Gastredakteurin für dieses Heft: Brigitte Young

In der Zeitschrift PROKLA werden seit 1971 Themen aus den Bereichen der Politischen Ökonomie, der Politik, Sozialgeschichte und Soziologie bearbeitet. Im Zentrum stehen dabei gesellschaftliche Machtverhältnisse, Polarisierungen im internationalen System, das gesellschaftliche Naturverhältnis und die Transformation der osteuropäischen Gesellschaften. Die Hefte werden jeweils nach thematischen Schwerpunkten zusammengestellt.

Der Inhalt der letzten Hefte ist auf den letzten Seiten aufgelistet. Die Schwerpunkte der nächsten Nummern (vgl. Kasten im Innern dieser Ausgabe) sind:

PROKLA 112 September 1998: Europa (Teil I: Osteuropa)
PROKLA 113 Dezember 1998: Konzentration des Kapitals

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein. Eine Haftung kann nicht übernommen werden. Die Beiträge sollten sich in einem Umfang von 15-25 Seiten (ca. 50.000 Zeichen) halten (amerikanische Zitierweise, Bibliographie am Ende des Texts). Wir bitten, die Manuskripte in zweifacher Ausfertigung und sämtliche Angebote stets auch auf Diskette einzusenden. Die Disketten sollten für IBM-kompatible PC's lesbar (MS-DOS) und mit Word oder Winword beschrieben sein. Bitte Rückporto beilegen. Manuskripte und Zuschriften nur an die Redaktion (Postfach) adressieren.

Die PROKLA erscheint regelmäßig mit vier Nummern im Jahr mit einem Gesamtumfang von mindestens 640 Seiten. Jedes Heft kostet im Jahresabonnement DM 16.- im Einzelverkauf DM 20.- Abonnements erhalten Sie über eine Buchhandlung oder über den Verlag (Postkarte im Innern des Hefts). Wenn Sie über den Verlag abonnieren, erhalten Sie von einer Versandbuchhandlung, die mit dem Verlag kooperiert, eine Vorausrechnung für die nächsten Hefte (64.- plus Porto). Nach Bezahlung erhalten Sie die Hefte jeweils nach Erscheinen sofort zugeschickt.

Postanschrift: PROKLA-Redaktion, Postfach 100 529, D-10565 Berlin
Tel.: 030 / 336 41 42, Bürozeiten: Mi. 15-17 Uhr; Telefon außerhalb der Bürozeiten: 030 / 395 66 22;
e-mail: prokla@ipn-b.comlink.apc.org
Verlagsadresse: Verlag Westfälisches Dampfboot, Dorotheenstr. 26a, 48145 Münster,
Telefon 0251 / 608 60 80, FAX 0251 / 608 60 20, e-mail: dampfboot@login1.com,
Internet: <http://www.login1.com/dampfboot>

Copyright 1998 Verlag Westfälisches Dampfboot. Alle Rechte, auch das der Übersetzung vorbehalten.
Druck und Bindung: Rosch Buch GmbH, Scheßlitz

ISSN 0342-8176 ISBN 3-89691-311-5

Beilagenhinweis: Dieser Ausgabe liegen Prospekte des Kirschkern Buchversandes bei.

PROKLA 111

Globalisierung und Gender

Inhaltsverzeichnis

<i>Brigitte Young</i> : Editorial. Globalisierung und Gender	168
<i>Brigitte Young</i> : Genderregime und Staat in der globalen Netzwerkökonomie	175
<i>Saskia Sassen</i> : Überlegungen zu einer feministischen Analyse der globalen Wirtschaft	199
<i>Bang-Soon Yoon</i> : Koreanische Frauen in der globalen Ökonomie. Industrialisierung und Geschlechterpolitik in Südkorea	217
<i>Ingeborg Wick</i> : Frauenarbeit in Freien Exportzonen. Ein Überblick	235
<i>Frauke Helwes</i> : Migration, Prostitution, Frauenhandel. Von der »Verschiebung« des Liebesaktes wechselseitiger Annerkennung	249
<i>Seiko Hanochi</i> : Japan und die globale Sexindustrie	271
Die Krise in Asien	
<i>Chalmers Johnson</i> : Der Kalte Krieg und die Asienkrise	283
Virtuelles Interview mit Robert Guttman	291
<hr/>	
<i>Klaus Schabacker</i> : Die moderne ökonomische Theorie und die Kapitaltheorie von Marx	303
<i>Summaries</i>	331
<i>Zu den AutorInnen</i>	332

Brigitte Young

Editorial: Globalisierung und Gender*

Über Globalisierung wird intensiv und viel diskutiert. Über »Globalisierung und Gender« wird weit weniger debattiert. Dieses Thema ist noch immer das Stiefkind der Wissenschaft und der Medien. Wenn Geschlecht in dieser meist männlichen Literatur überhaupt erwähnt wird, dann nur im Hinblick auf Frauen. »Geschlecht« – als soziale Organisation der Geschlechterverhältnisse – wird reduziert auf die Rolle der Frau. Die wird wiederum nur als eine »Verlängerung« des in der Öffentlichkeit agierenden Mannes und gleichzeitig als das ewige Opfer des handelnden Mannes konstruiert. Dieser vereinfachte, aber erkenntnisleitende Dualismus zwischen Frau und Mann hat seine Geburtsstunde in dem männlichen Gesellschaftsvertrag, der Frauen aus der öffentlichen Sphäre ausschließt und sie gleichzeitig »nur« in ihrer Funktion des Gebärens und Erziehens loyaler Staatsbürger einschließt. Durch die Trennung der bürgerlichen Gesellschaft in private und öffentliche Sphären wurde Frau auf ihr »natürliches« Wesen der Reproduktion reduziert (vgl. Carol Pateman, *The Sexual Contract*, Cambridge 1988). Die

Konzeption von Frau als der mit der Natur verbundene Teil eines patriarchalen Systems und der ewig Leidenden paßt auch zu dem gesellschaftlich konstruierten Bild vom Mann als agierendem Subjekt und der Frau als »seinem« Familienzubehör. Ob es sich um die Transformation vom Feudalismus zum Kapitalismus, vom Agrar- zum Industriekapitalismus oder um die »dritte Welle der Demokratisierung« (Huntington) handelt, Frauen erscheinen in ihrer Gesamtheit als die »Betroffenen«, als passive Opfer. Diese Interpretation hat auch etwas Beruhigendes: trotz gravierender gesellschaftlicher und ökonomischer Veränderungen durch die Millenien findet man Frauen immer wieder dort wo Mann sie gerade zurückgelassen hat: auf der unteren Stufe der Geschichte. Dieses Bild ist ja auch nicht gänzlich falsch, aber auch nicht ganz richtig. Es ist eben nur die bequeme Vereinfachung einer Seite eines komplizierten Herrschaftsverhältnisses. Bereits in PROKLA 93 »Frauen in der Ökonomie« (Dezember 1993) wurde die grobschlächtige Vereinfachung eines erkenntnisleitenden Dualismus zwischen Mann und Frau thematisiert. Trotz der vielen Einsichten der feministischen Forschung bildet die Konzeption der Trennung zwischen Öffentlichkeit (sprich Mann) und Privatheit (sprich

* Anm. der Redaktion: Der Schwerpunkt dieses Heftes wurde maßgeblich von Brigitte Young als Gastredakteurin konzipiert, der wir für ihre Arbeit und ihr Engagement ganz herzlich danken.

Frau) das Fundament sowohl der bürgerlichen wie der marxistischen Theoriebildung. Versuche einer theoretischen Vermittlung zwischen Marxismus und Feminismus (Klasse und Geschlecht) wurden zwar unternommen, aber es blieb eben nur bei einer »unglücklichen Ehe« (Hartman) zwischen den beiden Kontrahenten. Während die einen nur die geschlechtsneutrale Armut sahen, wollten die anderen nur arme Frauen sehen.

Seit der neoliberalen Wende hat sich das Bild der Frau kaum verändert. Während sie zuvor als Opfer des patriarchalen Sozialstaats konstruiert wurde, ist sie nun das Opfer des eingeleiteten Abbaus sozialer Sicherung. Daß die Globalisierung gewaltige Umbrüche und radikale Veränderungen ganzer Sozialsysteme, Ökonomien und Kulturen in den Ländern des Südens und Ostens sowie auch zunehmend im Norden ausgelöst hat, wird spätestens seit der Diskussion über das »multilaterale Investitionsabkommen« (MAI) auch von Skeptikern nicht mehr bestritten. Es ist auch nicht zu leugnen, daß Frauen – zunehmend auch Männer – die Auswirkungen des Neoliberalismus an der eigenen Haut erfahren. Globalisierung ist, wie die Autorinnen dieses Heftes auf unterschiedliche Weise deutlich machen, ein durch und durch geschlechtsspezifischer Prozeß. Die neoliberale Politik, die die ökonomische Logik der Globalisierung absichert – Wettbewerb, Konkurrenz, Privatisierung, Deregulierung, Flexibilität, Rückzug des Staates, Vorrang der Finanzmärkte, Senkung von Staatsausgaben und Steuern, Abbau der Sozialsysteme – hat weltweit durchaus verschiedene, oft gegenläufige Auswirkungen auf Frauen und Männer. Frauen im Norden und Süden werden zunehmend Zeitzeugen ihres eigenen Dramas:

die Auswirkungen der »Strukturanpassungsprogramme« werden auf ihren Rücken mit voller Wucht ausgetragen. Während der Reichtum ständig wächst, nimmt gleichzeitig die Arbeitslosigkeit mitsamt der entsprechenden Armut zu. Betrachtet man die seit Margaret Thatcher und Ronald Reagan eingeleitete neoliberale Freisetzung der Marktkräfte, so scheint es nur die Wahl zwischen einem Elend mit einer etwas geringeren Arbeitslosigkeit (das US-amerikanische Modell) und einem Elend mit einer weitaus höheren Arbeitslosigkeit (das kontinentaleuropäische Modell) zu geben (J.-P. Maréchal, *Solidarwirtschaft und Arbeit* in: *Le Monde Diplomatique*, taz, 15.4.98). In beiden Modellen sind es aber weit mehr Frauen, die die ökonomische Ausgrenzung hautnah erfahren. Die in Nairobi unterzeichneten »Forward Looking Strategies« unterstrichen, was viele feministische Entwicklungsforscherinnen schon seit geraumer Zeit wissen, daß ökonomisches Wachstum nicht unbedingt eine Verbesserung für Frauen bringt. »Während am Anfang der Dekade der Glaube auf einen Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Wachstum und der Besserstellung der Frau noch bestand, ist diese naive Prämisse nach den Erfahrungen der letzten zehn Jahre zu bezweifeln« (M. O'Neil, Preface, in: Bakker, I., (ed.), *The Strategic Silence. Gender and Economic Policy*, London 1994). Somit liegt das Resümee nahe, daß Frauen vor allem zu den Verliererinnen der globalen »Strukturanpassungen« gehören.

Diese Feststellung mag auf den ersten Blick – und durchaus auch auf den zweiten Blick – stimmig sein, sie geht aber nicht über einen rudimentären Vergleich der ökonomischen Lage zwi-

schen Männern und Frauen in unterschiedlichen Ländern hinaus. Es fehlt die zentrale Frage danach, warum die gegenwärtige strukturelle und institutionelle Transformation vom Süden und Osten bis zum Norden geschlechtsspezifisch abläuft. Was sind die Mechanismen in den mikro-, meso- und makroökonomischen Strukturen, in den politischen Institutionen und kulturellen Praktiken, die immer wieder – wenn auch in unterschiedlicher Gestalt und Form – die Reproduktion hierarchischer Geschlechterverhältnisse hervorbringen? Bereits in den 80er Jahren wurde in der PROKLA 50 »Marx und der Marxismus« (März 1983) auch über »Hausarbeit« diskutiert, ein Konzept, das die Verengung des männlichen Arbeitsbegriffs auf lohnabhängige Erwerbsarbeit und seine Erweiterung auf die reproduktive Arbeit der Frauen in der Haushalt- und Subsistenzproduktion thematisierte. Diese durchaus fruchtbare Diskussion, die heute als »Hausarbeitsdebatte« in die Literatur eingegangen ist, wurde bald zum vergessenen Stiefkind beiderlei Geschlechts. Die männlichen Genossen waren keineswegs geneigt, in der Reproduktionsarbeit einen Gegenbegriff zur männlichen Lohnarbeit zu akzeptieren. Die neue feministische Generation wiederum hat sich dem Poststrukturalismus zugewandt und den Materialismus auf dem Altar der symbolischen und diskursiven Ordnung geopfert. Nicht mehr das Sein bestimmte das Bewußtsein, sondern der Schein der *Benetton*-Konsumwelt prägte die neue feministische Generation. Der Körper der Frau fungiert in diesen Identitäts-Schlachten der Geschlechter als der entscheidende Ort der politischen Kämpfe. Es sollte daher nicht verwundern, daß die post-

strukturalistische Negation der »realen« materiellen Welt ökonomische Themen zum »Aschenputtel« der feministischen Forschung machte. Die Fokussierung auf das Leben als eine immer neu zu inszenierende Bühnendarstellung rächte sich in dem Moment, in dem der »Turbo-Kapitalismus« alle Fesseln der Finanzmärkte sprengte und mit »realer« Härte den endgültigen Sieg des Kapitalismus feierte.

Es ist Isabella Bakker durchaus zuzustimmen, daß es in den meisten Studien über die strukturellen Veränderungen eine »conceptual silence« in bezug auf das geschlechtsspezifische Terrain, auf dem die Restrukturierung stattfindet, gibt. Dies bezieht sich aber nicht nur auf die männliche Forschung. Es sind vor allem feministische Entwicklungsforscherinnen und Frauen aus der sogenannten Dritten Welt, die nicht erst von den Zeitungsberichten über die Wucht der Globalisierung und ihre Auswirkungen auf Frauen in den Entwicklungs- und Transformationsländern überzeugt werden mußten, die in den 80er Jahren bereits die radikalen Veränderungen in den neugegründeten Freien Produktionszonen Mittelamerikas, den *maquiladora businesses*, dokumentierten. Oder Forscherinnen wie Saskia Sassen, die sich mit Migrationsprozessen beschäftigten und nicht als »pure« Feministinnen gelten, die den Weg zu einem Verständnis der globalen Umstrukturierung in ihrer geschlechtsspezifischen Gestaltung vorbereitet haben. Es herrscht vor allem unter den europäischen und den anglo-amerikanischen feministischen Wissenschaftlerinnen eine »conceptual silence« über den Zusammenhang zwischen von Globalisierung, Staat und Gender. Entweder wird Globalisierung als eine Ideo-

logie oder als ein Mythos einfach wegrationalisiert: als eine Männerverschwörung in neuen Festkleidern. Oder Globalisierung wird reduziert auf den Ab- und Umbau des Sozialstaates, der mit einem theoretischen Instrumentarium untersucht wird, welches sich bestenfalls auf den klassischen National- und Wohlfahrtsstaat des Keynesianismus anwenden läßt. Heute steht die feministische Forschung in Europa und größtenteils auch in den USA vor der merkwürdigen Situation, daß Globalisierungsstudien aus Indien, den honduranischen Freihandelszonen, aus Thailand, Süd-Korea bis zu Südafrika mehr Aufschluß über die Transformation der Geschlechterverhältnisse in diesen Regionen und Ländern geben als Studien über einzelne europäische Länder oder über die Europäische Union.

Mit diesem PROKLA-Heft soll anhand unterschiedlicher Themen die Verzahnung von Globalisierungsprozessen und Geschlechterverhältnissen in ersten Schritten untersucht werden. Die Globalisierung spielt sich auf einem geschlechtsspezifischen Terrain ab; dies bedeutet aber nicht, daß alle Frauen zu den Verliererinnen und Männer zu den Gewinnern der Globalisierung gehören. Die Verhältnisse sind weit komplizierter. GewinnerInnen und VerliererInnen gibt es auf beiden Geschlechterseiten. Die zunehmende Überlagerung von Klassen- und Geschlechterverhältnissen, von Migration und rassistischer Diskriminierung bringt unter dem Druck der Globalisierung ganz neue Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse hervor. Die globale Umstrukturierung beschränkt sich somit keineswegs nur auf eine quantitative Verschiebung von »good jobs« zu »bad jobs«. Es ist läßt sich empirisch festzu-

stellen, daß die Transformation des fordistischen Akkumulationsregimes mit einer grundsätzlichen Veränderung von Genderregimen einhergeht, die im Fordismus entstanden sind. Besonders die Trennung von Privatheit und Öffentlichkeit, die eines der zentralen Elemente des fordistischen System bildete, wird durch die zunehmende Informalisierung der Beschäftigungsformen ausgehöhlt (vgl. dazu den Beitrag von *Brigitte Young*).

Die Dehnung zum globalen Raum und die netzwerkartigen Verflechtungen zwischen den Akteuren haben den Globus zu einem großen Marktplatz werden lassen, auf dem die Produktionsfaktoren dort gekauft werden, wo sie am billigsten sind. Dadurch entstehen neue strategische Orte, unter anderem die »Globalen Cities«, an denen sich die abstrakten Globalisierungsprozesse lokalisieren. Globalisierung ist somit auch immer ein Prozeß der mit einer Lokalisierung in nationalstaatlichen Räumen verbunden ist. Die strikte Gegenüberstellung von globalen und nationalen Räumen ist zwar eine weitverbreitete Auffassung in der Globalisierungsliteratur, sie läßt sich bei genauerer Betrachtung aber nicht aufrechterhalten. Aktivitäten, die sich im nationalen Raum abspielen, sind durchaus verflochten mit globalen Aktivitäten und umgekehrt, Globalisierung kann ohne Lokalisierung nicht stattfinden. Die Ausblendung der Stätten materieller Produktion, an denen diese Lokalisierung stattfindet, bedeutet, daß die zunehmende Integration von Frauen in die globale Ökonomie und ihr Widerstand gegen die Globalisierungsprozesse kaum gesehen werden (vgl. den Artikel von *Saskia Sassen*). Diese »narrative of eviction« findet ihre Erklärung in einem

durch die männliche Optik wahrgenommenen Prozeß der Globalisierung und seine Reduktion auf Mikropraktiken und kulturelle Aspekte, die von Männern oder durch maskuline Strukturen konstituiert, ausgeführt und legitimiert werden. Der dominante Diskurs erweckt somit den Eindruck eines geschlechtsneutralen Ablaufs, während in den verschiedenen »Strukturanpassungen« die asymmetrischen Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern zur Geltung kommen. Auch die zunehmende Anzahl der weiblichen Mitglieder, die auf der globalen Bühne durchaus mit den männlichen »Machern« konkurrieren, ändert nichts an dem geschlechtsspezifischen Ablauf der Globalisierungsprozesse.

Die geschlechtlichen Hierarchien, Marginalisierungen und Segmentierungen finden sich zwar in allen Ländern, sie unterscheiden sich aber in der Form und den Mechanismen ihrer Reproduktion. Das südkoreanische Beispiel zeigt in eindrucksvoller Weise, wie die unterschiedlichen Stufen der Industrialisierung in den 60er und 70er Jahren und die Globalisierung in den 90er Jahren neue geschlechtsspezifische Formen der Hierarchisierung und Marginalisierung hervorgebracht haben. Es ist zwar unklar, welche neue Formen der Hierarchisierung sich als Resultat der neoliberalen IWF-Politik, mit der auch in Südkorea auf die gegenwärtige Krise geantwortet wird, ergeben werden; daß sie aber wieder entlang geschlechtlicher Trennungslinien ablaufen werden, scheint recht wahrscheinlich zu sein (vgl. den Beitrag von *Bang-Soon Yoon*). Mit »Freien Exportzonen« (FEZ), die sowohl von Steuern als auch von arbeitsrechtlichen Regelungen weitgehend befreit sind, versuchen viele Län-

der der »Dritten Welt« ausländisches Kapital anzuziehen. Die überwiegende Zahl der Beschäftigten in diesen Weltmarktfabriken sind weiblich. Einen Überblick über die Situation gibt der Beitrag von *Ingeborg Wick*.

Einzelne Staaten stärken ihre wirtschaftliche Position auch durch den Frauenhandel für die inzwischen ebenfalls globalisierte Sexindustrie (siehe zum Fall Japan den Beitrag von *Seiko Hanochi*). Entsprechend einer inzwischen existierenden internationalen Hierarchie kommen verschiedene Länder dabei sogar gleichzeitig als Sende-, Transit- und Zielorte des Frauenhandels in Frage. Gerade am Frauenhandel, sowohl in Ostasien wie in Osteuropa wirken Migrationsbewegungen, rechtliche Regelungen, staatliche Politik und internationale Zuhältergruppen in vielfältiger Weise zusammen, was im herrschenden Diskurs meistens ausgeblendet wird. Frauenhandel und Prostitution läßt sich aber nicht auf ein rein ökonomisches Phänomen reduzieren. Bereits bei der »Wahl« welche Frauen in welchen Ländern zur Prostitution verschickt werden, spielen Rassismus und unterschiedlich ausgeprägte Formen des Sexismus eine entscheidende Rolle. Darüberhinaus geht es aber auch immer wieder um die Erzeugung einer »symbolischen Ordnung« als Stützpfiler geschlechtsspezifischer Herrschaft. Ob man die Herrschaft der *Samurai*, der traditionellen japanischen Eliten, der neuen japanischen oder osteuropäischen Managerklasse vergleicht, Frauenhandel ist immer auch Bestätigung einer »Männlichkeit«, die zum Fortbestand und zur Mehrung des männlichen symbolischen Kapitals beiträgt (vgl. dazu den Aufsatz von *Frauke Helwes*).

In Ergänzung zum Heftschwerpunkt »Globalisierung und Gender« gibt es auch zwei Beiträge, die sich mit der aktuellen Entwicklung in Asien angesichts der jüngsten Krise auseinandersetzen. Entgegen der vorherrschenden Betrachtung dieser »Asienkrise« machen *Chalmers Johnson* und *Robert Guttman* deutlich, daß es nicht ausreicht, den Finanzsektor in den Blick zu nehmen. Hinter den finanziellen Instabilitäten stehen eine ganze Reihe »realökonomischer« Probleme, die ihre Ursachen nicht zuletzt in Wirtschaftsstrukturen haben, die während des Kalten

Krieges aus politischen Gründen aufgebaut wurden. Daher wird sich, so die übereinstimmende Folgerung von Chalmers und Guttman, die Krise auch nicht durch rein finanzielle Maßnahmen oder die üblicherweise vom IWF geforderte Deregulierungspolitik bewältigen lassen.

Außerhalb des Schwerpunkts erscheint der bereits im Editorial von PROKLA 110 angekündigte Beitrag von *Klaus Schabacker*, mit dem die im letzten Heft begonnene Diskussion über das Verhältnis von Marx zur modernen ökonomischen Theorie fortgesetzt wird.

Brigitte Young

Genderregime und Staat in der globalen Netzwerk-Ökonomie

1. Staat und Genderforschung

Es ist in vielfacher Hinsicht paradox, daß just in dem Moment, in dem die feministische Forschung und Praxis den Staat nicht mehr als Hochburg des Patriarchats ablehnt¹ und sogar den patriarchalen Wohlfahrtsstaat verteidigt, der Staat seine Souveränität nach innen und außen zunehmend verliert (Strange 1996; Mayntz 1997). Die feministische Annäherung an den Staat in den 80er Jahren einerseits und die Unterminierung staatlicher Steuerungsfähigkeit andererseits sind mit der von Margaret Thatcher und Ronald Reagan eingeleiteten ideologischen »Wende vom Keynesianismus zum Neoliberalismus« verbunden. Die Entwicklung in Richtung einer reinen und perfekten Marktwirtschaft – der »neoliberalen Utopie« (Bourdieu 1998) – verbunden mit einer Abwertung aller kollektiven Solidaritäts- und Zugehörigkeitsgefühle² hat – wenn nicht zu einer allgemeinen Politisierung der Frauenbewegung – jedoch zu einer zunehmenden Unsicherheit in ihren Reihen – beigetragen. Dieser neo-liberale »backlash« (Faludi 1991) gegen die durchaus noch dürftigen Errungenschaften von politischer und ökonomischer Gleichstellung der Geschlechter in westlich-kapitalistischen Ländern hat die feministische Forschung zunehmend auf die Transformation von Staatlichkeit im Kontext der ökonomischen Globalisierung gelenkt. Im internationalen feministischen Diskurs lassen sich zwei wichtige Strömungen unterscheiden: einerseits der weitverbreitete anglo-amerikanische und skandinavische »Staatsfeminismus« (state feminism)³ (vgl. dazu Stetson/

1 Die feministische Ablehnung des Staates wird keineswegs von allen Wissenschaftlerinnen geteilt. Die Distanzierung vom Staat ist ein besonderes Merkmal der deutschen autonomen Frauenbewegung, die erst Mitte der 80er Jahre eine vorsichtige Annäherung an den Staat vollzogen hat (vgl. Lang 1997; Kontos 1990; Kulawik 1991/92). Skandinavierinnen, Australierinnen und auch ein Teil der US-Amerikanischen liberalen Frauenbewegung waren im Vergleich immer schon »staatsfreundlicher« und haben gezielt den »Marsch durch die Institutionen gewählt« (state feminism), um die gesellschaftliche Situation der Frauen politisch zu verändern (Stetson and Mazur 1995).

2 Baroness Thatcher erklärte, daß es für sie keine Gesellschaft gäbe, sondern nur Individuen.

3 Hester Eisenstein spricht von den »femocrats« in staatlichen Bürokratien und Institutio-

Mazur 1995; Eisenstein 1990; Sassoon 1987) und andererseits die im deutschsprachigen Raum vorherrschende Diskussion über das »Männerbündische« im Staat (Kreisky/Sauer 1997; Kulawik/Sauer 1996; Kerchner/Wilde 1996). Ziel dieser Strategie ist es, den männlichen Staat zu »entschlechtlichen« und dann durch feministische Intervention zu »verschlechtlichen«. Obwohl die Diskurse, Praktiken und Strategien dieser feministischen staatstheoretischen Diskussionen sich erheblich voneinander unterscheiden, bleiben beide Ansätze der Konzeption des klassischen National- und Wohlfahrtsstaates verhaftet (vgl. Young 1997; Demirovic/Pühl 1997).

Die nationalstaatliche Fokussierung der feministischen Staatstheorie muß einerseits als Resultat der von vielen Frauen wahrgenommenen Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und der zunehmenden Reduzierung der öffentlichen Ausgaben verstanden werden. Andererseits ist die demokratische Einflußnahme und Partizipation noch immer auf den nationalstaatlich begrenzten Raum beschränkt. Somit verspricht die im Fordismus zur Blüte gereifte »nationale Schicksalsgemeinschaft« (Held 1991) weiterhin die Vereinbarkeit der bisher in westlichen Demokratien ungleichen Prinzipien von Markt und Demokratie. Diese formal-demokratische Ordnung westlicher Prägung hat durchaus die ökonomische Ungleichheit zwischen (männlichen) *Bourgeois* und *Proletariern* durch die Gleichheit der *Citoyens* abgemildert und soziale Gleichheit durch wohlfahrtsstaatliche Mindeststandards korrigiert (vgl. Altvater 1997; kritisch dazu Pateman 1988; Nelson 1990; Gordon 1990; Fraser 1990; Ostner 1994). Somit ist das feministische Festhalten an der »nationalen Schicksalsgemeinschaft« durchaus verständlich, doch steht die Grundannahme in Frage, ob diese national-staatliche Fokussierung in Zeiten der Globalisierung und der zunehmenden Entgrenzung von Politik nicht zum Anachronismus wird.

Es stellt sich nun die Frage nach der Vereinbarkeit vom grenzenlosen Markt und dem begrenzten Ort der Demokratie und danach wie sich neue Genderregime und -ordnungen in den Netzwerkstrukturen zwischen Markt und Staat konstituieren.

2. Exkurs: Genderregime im Fordismus

Im folgenden wird davon ausgegangen, daß die Transformation historisch spezifischer Akkumulationsmodelle mit der Rekonfiguration von Geschlechterregimen und -ordnungen in Zusammenhang steht. Mit dem Begriff »gender« soll zwischen der gesellschaftlichen Konstruiertheit des Geschlechts (soziales Geschlecht) und des biologischen Geschlechts (sex)

nen, die von »innen« eine politische Veränderung zur Gleichstellung der Geschlechter anstreben (Eisenstein 1990).

unterschieden werden. Linda Gordon definiert gender als eine Reihe von Bedeutungssystemen, die in bezug auf sexuelle Unterschiede und im Kontext eines männlichen Herrschaftssystems gesellschaftlich konstruiert werden (Gordon 1993). Gender bezeichnet somit ein gesamtgesellschaftliches Netzwerk hierarchisch geregelter gesellschaftlicher Beziehungen, die entlang einer geschlechtlichen Trennlinie sozial verortet sind (vgl. Kreisky/Sauer 1995). Genderregime sind somit als institutionalisierte Geschlechterpraktiken und Formen zu verstehen, die als ein Geflecht von Normen, Regelungen und Prinzipien in den Strukturen gesellschaftlicher Praktiken verankert sind. Genderordnungen sind dann die Verkörperung einer Reihe von diesen institutionalisierten Praktiken, die zusammen eine »macro-politics of gender« ergeben. Nach Connell wird die Genderordnung als ein dynamischer Prozeß – als der gegebene Bezugsrahmen in dieser Makropolitik – definiert (Connell 1987: 139, 141). Somit sind Genderregime und Genderordnungen keine statischen Konstellationen, sondern stehen in einem »reflexiven Verhältnis« (Giddens 1984) zu den gegebenen Machtverhältnissen der Geschlechter, die sich durch die gesellschaftlichen Interessenkonflikte, die Formierung und Auflösung von akzeptierten Kategorien und die Neuordnung von institutionellen Verhältnissen konstituieren (Connell 1987: 139). Genderregime repräsentieren einerseits eine symbolische Genderordnung und andererseits verkörpern sie eine Arena der Macht, in der die Definition der Geschlechterverhältnisse immer wieder neu erkämpft werden muß. Genderregime implizieren weder die Existenz einer einzigen historischen »Männlichkeit« noch einer unveränderten »Weiblichkeit«, sondern weisen auf den historischen Prozeß der geschlechtsspezifischen Identitätsbildung und asymmetrischen Machtverteilung zwischen den Geschlechtern innerhalb des jeweiligen gesellschaftlichen Kontexts hin.

Mit den Konzepten Genderregime und -ordnung sollen im folgenden die komplexen Zusammenhänge zwischen der Transformation des fordistischen Akkumulationsregimes und der damit verbundenen Restrukturierung der Geschlechterverhältnisse untersucht werden. In diesem Zusammenhang wird auf Einsichten der Regulationsschule zurückgegriffen, die die kapitalistische Produktionsweise als eine – keineswegs zielgerichtete – Abfolge von verschiedenen Akkumulationsmodellen und Regulationsweisen analysiert. Es stellt sich nun die Frage, wie die Transformation des fordistischen Akkumulationsmodells zu einem flexiblen globalen Akkumulationsregime mit der Konstituierung von geschlechtsspezifischen Herrschaftssystemen verbunden ist.⁴

4 Die Frage, wie kapitalistische und geschlechtsspezifische Herrschaftssysteme verbunden sind und aufeinander einwirken, ist auch unter Feministinnen weitgehend offen. Eine abschließende Antwort kann auch im Rahmen dieses Aufsatzes nicht gegeben werden.

Der Fordismus ist nicht auf ein ökonomisches Modell reduzierbar, sondern muß als ein gesamtgesellschaftliches System verstanden werden (Aglietta 1979). Nach 1945 war der Fordismus durch die Verkopplung tayloristischer Massenproduktion mit Massenkonsumtion gekennzeichnet. Die Voraussetzungen für das gleichgewichtige Wachstum von Arbeitsproduktivität und realen Lohneinkommen der (männlichen) Arbeiter, die zu dem erfolgreichen ökonomischen Wachstum nach 1945 in den westlichen Industrieländern führten, waren die national-territorialen institutionellen Regulationsweisen der Lohn- und Geldverhältnisse. Die Kopplung der Reallöhne an die Produktivität und die nationalstaatliche antizyklische Geld- und Wirtschaftspolitik bildeten die Voraussetzung für die Stabilisierung des wirtschaftlichen Aufschwungs. Historische Phasen eines solchen »virtuous circle« können nur dann stabil sein, wenn die Kompatibilität zwischen Akkumulation und Nachfrage durch entsprechend regulierende staatliche und gesellschaftliche Institutionen die Dynamik des Akkumulationsprozesses ausbalancieren. Eine wichtige Funktion des Keynesianischen Wohlfahrtsstaates war es, vor allem die Nachfrage zu regeln und die sozialen Rechte über neue Normen des Massenkonsums auszuweiten (Jessop 1994). Diese Phase (1950-1973) wird aus dem heutigen Blickwinkel nostalgisch als das »Goldene Zeitalter des Kapitalismus« gesehen.

Die fordistische Industrialisierung ging einher mit der Transformation der extensiven Akkumulation des Agrarkapitalismus und der existierenden Genderregime. Im Zentrum des fordistischen Produktionsmodells stand der weiße Mann sowohl als Manager in den sich herausbildenden neuen vertikalen Organisationsformen von multinationalen Firmen (Chandler 1977) und als Industriearbeiter in der Massenproduktion. Es waren auf den männlichen Arbeiter zugeschnittene Arbeitsplätze und »sein« Familienlohn, den die Tarifverhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern bestimmten. Die Löhne und Arbeitsbedingungen wurden in dem von Männern dominierten und vom Staat wenn nicht geschaffenen, so doch anerkannten hierarchischen System der Tarifrunden unter einer begrenzten Anzahl von Interessenverbänden ausgehandelt, welche mit einem beratenden und repräsentativen Monopol für den Prozeß der Entwicklung und Durchführung von Entscheidungen ausgestattet waren (Schmitter 1979).

Diese organisatorischen Strukturen haben einen deutlich geschlechtsspezifischen Charakter. Frauen sind in der Gewerkschaftsführung kaum vertreten, in den Arbeitgeberverbänden, den korporatistischen Verhandlungen, den staatlichen Ministerien und Verwaltungsstrukturen und den »think-tanks« der Wirtschaft kommen Frauen faktisch nicht vor. In diesen Wirtschafts- und Interessenverbänden werden zentrale ökonomische Entscheidungen von gesamtgesellschaftlichen Interesse getroffen. Die Entscheidungen orientieren sich an einem Produktionssystem, das am männlichen In-

dustriearbeiter ausgerichtet ist. In diesem geschlechtsspezifischen Arrangement sind sich Arbeit und Kapital durchaus einig. Während sie sich einerseits als Klassengegner im kapitalistischen System gegenüberstehen, teilen sie doch andererseits eine gemeinsame Auffassung über die geschlechtsspezifische gesellschaftliche Genderordnung. Die in diesen korporatistischen Machtstrukturen eingeschriebenen asymmetrischen Geschlechterverhältnisse sind die Reflektion der im gesamten Akkumulationsregime vorfindbaren Geschlechterhierarchien.

Das fordistische Akkumulationssystem ist aber nicht nur exklusiv, sondern auch inklusiv gegenüber Frauen. Diejenigen, die in diesem »selektiven Korporatismus« (Esser/Fach 1981) eingeschlossen waren, erlangten materielle Zugeständnisse und ökonomische Sicherheit. Frauen waren zwar nicht aus diesem Kompromiß ausgeschlossen, aber eingeschlossen waren sie nur in ihrem Status als von ihren Ehemännern abhängige »Karrierehausfrauen«. Daß heißt nicht, daß sie auf dem Arbeitsmarkt gar nicht präsent waren. Die Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt war durchaus funktional für die Erhöhung des Konsums. Das fordistische Modell beruhte ja gerade auf dem Zugang zur Massenkonsumtion. Die Integration war aber mit der Expansion des Keynesianischen Sozialstaats verbunden und Frauen übten traditionelle soziale Aufgaben aus wie z.B. Altenfürsorge, Kinderbetreuung, Krankenpflege im öffentlichen Dienst und gleichzeitig besetzten sie die niedrigqualifizierten Stellen in den Sozial- und Fürsorgeämtern als Sozialarbeiterinnen. Frauen waren somit in dreifacher Weise mit dem Sozialstaat verbunden: als Angestellte, Klientinnen und als Konsumentinnen der öffentlichen Dienstleistungen. Fast in allen westlichen Industrieländern expandierte der öffentliche Dienstleistungssektor und es waren vor allem Frauen, die in diesem Bereich zu finden waren. Die neugeschaffenen sozialstaatlichen Positionen waren aber keineswegs gleichzusetzen mit der männlichen Karriere eines Facharbeiters. Frauen waren am untersten Ende der beruflichen Hierarchie zu finden, waren meistens schlecht bezahlt und besaßen häufig nur eine niedrige Qualifikation.

Zur selben Zeit öffnete sich für Frauen zunehmend der Einstieg in die unteren Ebenen der Produktionsarbeit. Diese Öffnung war vor allem mit der allgemeinen Dequalifizierung des männlichen Facharbeiters im fordistischen Modell verbunden. Qualifizierte und hochbezahlte Fachkräfte wurden bei der Rationalisierung des Arbeitsprozesses weitgehend überflüssig und Frauen wurden für die niedrigqualifizierten Arbeiten am automatisierten Fließband eingestellt. Daß ihnen der Einzug in die Hallen der männlichen Fabriken gelang,⁵ bedeutete aber nicht, daß der Zugang zu gutbezahl-

5 Frauen waren seit dem Beginn der Industrialisierung in Fabriken als Arbeiterinnen zu finden. Sie füllten auch im Zweiten Weltkrieg die von den Männern freigewordenen Ar-

ten Industriearbeitsplätzen für sie offen war. Der Arbeitsmarkt blieb geschlechtsspezifisch segregiert. Arbeiterinnen waren in marginalisierten und meist schlecht bezahlten Positionen zu finden, die die geschlechtlich konstruierte gesellschaftliche Arbeitsteilung reproduzierte. Frauen waren somit in niedrigbezahlten und -qualifizierten Jobs segregiert, die von ihnen Geschicklichkeit und Geduld verlangten. Diese geschlechtsspezifische Segregation, die das Genderregime des fordistischen Akkumulationsmodells kennzeichnete, war sowohl in »konservativen« wie in »progressiven« Ländern wie Schweden und Dänemark zu finden. Sie ist Ausdruck einer gesellschaftlichen Ordnung, die auf einer starken Trennung und geschlechtsspezifischen Zuordnung öffentlicher und privater Sphären beruht. Dadurch wurde nicht nur die unbezahlte Hausarbeit entwertet; Frauen wurden trotz ihrer zunehmenden Erwerbstätigkeit dem männlichen Ernährer untergeordnet und ihre Tätigkeit weitgehend als Zusatzverdienst für zusätzliche Konsumbedürfnisse verstanden (Hagen/Jenson 1988; Kurz-Scherf 1996; Young 1998).

Dieses im Fordismus konsolidierte Genderregime kann auf drei zentrale Elemente reduziert werden. Erstens wurde die Rolle der Frau in westlichen Industrieländern – trotz Integration in die Erwerbstätigkeit – weitgehend auf den Reproduktionsbereich zentriert. Zweitens korrespondierte die weibliche Rolle mit der männlichen Rollenzuschreibung als Familienernährer und drittens entstand die geschlechtsspezifische Trennung in Privatheit und Öffentlichkeit als das zentrale Element dieses Genderregimes. In der Geometrie zwischen Klasse und Geschlecht waren Männer direkt dem Markt unterworfen, während Frauen ihren Männern in den Familien und somit nur indirekt dem Markt unterstellt waren.

Die durch die Globalisierung eingeleitete Restrukturierung des Akkumulationsregimes und der damit verbundenen Regulationsweisen stellt die Grenzen der fordistischen Genderordnung erneut zur Disposition. Gleichzeitig zeigt die national-territoriale Eingliederung in die globale Ökonomie, wie ich noch zeigen werde, die zunehmende Schwächung des männlichen Ernährermodells und die damit verbundene geschlechtsspezifische Neustratifizierung der Genderregime.

3. Das Neue an der Globalisierung

»Globalisierung« ist ein offener und widersprüchlicher Prozeß der Umstrukturierung des nationalstaatlich begrenzten fordistischen Akkumulationsregimes und des Keynesianischen Steuerungsystems. Es handelt sich um einen Prozess der Entgrenzung nationaler politischer und ökonomischer

beitsplätze. Mit dem Beginn des Fordismus und der Betonung des männlichen Ernährermodells wurden Frauen immer mehr aus dem Zentrum der Industriearbeit ausgeschlossen und nur selektiv oder temporär integriert.

Räume. Globalisierung ist aber keineswegs mit einem erreichbaren Ziel (der Globalität) gleichzusetzen genauso wie Modernität als Zustand nicht erreichbar ist (Altvater/Mahnkopf 1996). »Globalität« würde bedeuten, daß wir bereits in einer Weltgesellschaft leben, und zwar in dem Sinne, daß es keine Möglichkeit der Abgrenzung oder Schließung zwischen Staaten, ethnischen Gruppen, Kulturen und Lebensmodellen gäbe. Dieser Zustand einer homogenen Weltgesellschaft würde keine lokalen, regionalen oder nationalen Gesellschaften oder Gemeinschaften mehr kennen (Beck 1997). Globalisierung meint demgegenüber den widersprüchlichen Prozeß der Herauslösung (Entbettung) ökonomischer und finanzieller Mechanismen aus national-staatlichen sozialen und politischen Bindungen einerseits und der Entstehung von neuen globalen horizontal-netzwerkförmigen Steuerungssystemen andererseits.

Demnach ist Globalisierung nicht auf einen quantitativen Vergleich von internationalen Handels- und Finanzströmen reduzierbar wie die Kritiker des Globalisierungskonzepts meinen, die die Exportquoten und Direktinvestitionen zwischen 1870-1913 zitieren, um die gegenwärtigen globalen Größenordnungen mit dem durchaus vergleichbaren Exportvolumen des imperialen Zeitalters zu relativieren (Hirst/Thompson 1996). Die Internationalisierung vor dem ersten Weltkrieg war eine Austauschbeziehung zwischen Nationalstaaten und geht von Nationen als strategischen Akteuren aus (Strange 1996). Der entscheidende Unterschied zwischen Internationalisierung und Globalisierung ist, daß die ökonomischen und politischen nationalstaatlichen Akteure jetzt der Handlungslogik und den Wettbewerbsbedingungen der globalen Konkurrenz ausgesetzt sind. Der Nationalstaat ist nach wie vor von spezifischer Bedeutung, aber er unterliegt zunehmend der ökonomischen Logik einer globalen Wettbewerbskonkurrenz. Der Nationalstaat wandelt sich zum »Wettbewerbsstaat« (Hirsch 1995). Er wird in erster Linie Akteur der Geoökonomie und erst in zweiter Linie Akteur innerhalb des Systems internationaler Politik (Altvater/Mahnkopf 1996).

Die globale Ökonomie kann zum ersten Mal in der Geschichte als eine Einheit in realer Zeit »on a planetary scale« agieren (Castells 1996: 92). Während die Raum-Zeit-Verhältnisse in der Moderne durch die Trennung der Zeit vom Raum geprägt waren – es war die Erfindung der mechanischen Uhr, die eine einheitliche Dimension »leerer« Zeit zum Ausdruck brachte und die erst eine präzise Einteilung in Raum- und Zeitzonen ermöglichte –, beziehen sich die Raum-Zeit-Verhältnisse in der Globalisierung auf einen »Dehnungsvorgang«, und zwar insoweit, »als die Verbindungsweisen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Kontexten oder Regionen über die Erdoberfläche als Ganze hinweg vernetzt werden« (Giddens 1995: 85). Die vielen Zeiten in unterschiedlichen Kontinenten werden zu einer einzigen Weltzeit zusammengezogen. Dieser Prozeß der Herstel-

lung einer zeitlichen Einheit trotz ungleichzeitiger Ereignisse erzeugt einen artifiziellen »Weltrhythmus«, der das Virtuelle und das Reale nicht mehr trennbar macht. In dieser virtuellen Realität, die Jean Baudrillard als »Hyperrealität« bezeichnet, leben die Bewohner der ersten Welt in der »Zeit«. Andererseits sind diese Bewohner, die durch die Telekommunikation und die Computertechnik den Globus nur mehr als Dorf wahrnehmen, der räumlichen Dimension enthoben. Bewohner der dritten Welt erfahren die Raum-Zeit-Dimension im umgekehrten Verhältnis zu den Bewohnern der ersten Welt. Sie leben in einem »Raum« der »schwer, unverwüstlich, unberührbar (ist) und der die Zeit festbindet und sich der Kontrolle der Bewohner entzieht« (Bauman 1996: 661).

In dieser »Hyperrealität«, in der die raumzeitlichen Abstandsvergrößerungen zwischen örtlichen und entfernten Ereignissen »gedehnt« werden, entsteht eine komplexe Beziehung zwischen »lokalen Beteiligungsweisen« (der Situation gleichzeitiger Anwesenheit) und der »Interaktion über Entfernung« (den Verbindungen zwischen Abwesenheit und Anwesenheit (Giddens 1995: 85). Mit der Globalisierung tritt demnach eine Intensivierung weltweiter sozialer Beziehungen zwischen lokalen, örtlichen und entfernten sozialen Ereignissen in Kraft. Daraus ergibt sich auch der Widerspruch, »daß sich mit der Wirtschaft auch alles andere globalisiert, und auch das, was gar nicht in der kapitalistischen Form globalisierbar ist« (Altvater/Mahnkopf 1996: 13). Dem Globalisierungsprozeß sind auch immer wieder Schranken gesetzt. Nicht alles, was den Globalisierungstendenzen ausgesetzt ist, kann globalisiert werden. Globalisierung beschränkt sich daher nicht nur auf die Dehnungen und Durchbrechungen von politischen, ökonomischen, sozialen und ökologischen Grenzen, es geht auch um die Gegentendenzen, jene der Begrenzung der Globalisierung.

4. »Informationeller Kapitalismus«⁶ und die Herausbildung von Netzwerkstrukturen

Die Globalisierungsliteratur reduziert vielfach die neue Produktionsweise auf eine Transformation von der industriellen Produktion hin zu einer Tertiärisierung der Ökonomie. Das Zahlenmaterial läßt diese Interpretation durchaus zu. Nicht nur in den USA nimmt der Anteil des Dienstleistungssektors am Bruttoinlandsprodukt bereits über 70% ein. Auch in anderen Industrieländern steigt der Anteil der Dienstleistungen während derjenige der industriellen Produktion abnimmt (Thurow 1997). Daraus wird eine lineare Abfolge von historischen Akkumulationsregimen abstrahiert: Agrarwirtschaft bis zum 19. Jahrhundert, gefolgt vom Industriekapitalismus und die

⁶ Castells führt den Begriff »informational capitalism« ein, um damit das neue techno-ökonomische Modell vom »industrial capitalism« zu unterscheiden.

derzeitige Transformation zum Informationskapitalismus. Mit diesen unterschiedlichen Akkumulationsregimen hängt eine grundlegende Transformation der Wertschöpfung zusammen. Im Agrarkapitalismus resultierte der Mehrwert aus der extensiven Nutzung von Land und Arbeitskraft im Produktionsprozeß. Das Neue an der Industrialisierung war die Transformation zur intensiven Nutzung von Technologie und Arbeitskraft, was aber erst durch die fossile Energierevolution möglich gemacht wurde. Nicht nur wurde mit einem geringen Energie-Input eine hohe Energieeffizienz erzeugt, mit diesen Überschüssen wurden auch die sozialen, politischen, kulturellen und ökonomischen Evolutionsprozesse vorangetrieben (Altva-ter/Mahnkopf 1996). In der gerade ablaufenden Transformation zum Informationskapitalismus ist nicht die Steigerung der Energieeffizienz die Basis für den Mehrwert, sondern die quantitative und qualitative Intensivierung der elektronischen Informations- und Kommunikationsprozesse (Castells 1996).

In der neuen globalen Informationsproduktion liegt, wie Castells betont, die Produktivität in der Wissensproduktion, in der Informationsverfertigung und der symbolischen Kommunikation. Das Besondere ist hier die Anwendung des Wissens auf das Wissen selbst als dem wesentlichen Kern der Produktivität. Es gibt hier einen »virtuous circle« zwischen der Wissenszeugung, die zu einer verbesserten Informationstechnologie führt, und deren Anwendung zur Verbesserung der Wissensproduktion und Informationsverfertigung (ebd. 1996: 37). Während die Maximierung des Outputs das Ziel des Industriekapitalismus war, verfolgt der Informationskapitalismus das Ziel die Akkumulation von Wissen voranzutreiben und eine höhere Komplexität in der Informationsverfertigung zu erreichen. Diese Wissensproduktion findet aber nicht im abstrakten Raum statt, sie ist eingebettet in die materielle Produktion. Das bedeutet, daß weder die Industrie- noch die Agrarproduktion ihre ökonomische Wichtigkeit – ungeachtet der immer weiter sinkenden Beschäftigungszahlen in diesen Sektoren – in der neuen globalen Ökonomie verlieren. Ganz im Gegenteil, durch die neuen Informationstechnologien wie z.B. die Gentechnologie, eröffnen sich dem Agrarsektor und dem medizinisch/pharmazeutischen Sektor bisher verschlossene Gebiete. Die Erschließung, Manipulierung, Entkodifizierung von menschlichem, tierischem und pflanzlichem Leben und die zukünftige Reprogrammierung des Informationsschlüssels von lebender Materie öffnet – wie auch immer von ethischer Perspektive diese Forschung bewertet wird – neue Tore, die wir im Moment überhaupt noch nicht in ihrem gesamten Zugriff auf Mensch und Natur fassen können (Haraway 1997; Wichterich 1998). Um noch einmal mit Castells zu sprechen:

»Das Besondere der gegenwärtigen technologischen Revolution ist nicht die Zentralität von Wissen und Information, sondern es ist die Anwendung dieses Wissens und dieser Informati-

on auf die Wissensproduktion und die Vorrichtungen zur Erlangung von Information und der Herstellung von Kommunikation, die auf einem kumulativen Feedback zwischen den Innovationen und den Anwendungen dieser Innovationen beruht.« (Castells 1996: 32).

Die gängige Interpretation der Entwicklung als Abfolge vom Agrar- zum Industriekapitalismus und nun zur Dienstleistungsökonomie ist dagegen eine Simplifizierung dieser äußerst komplexen Verzahnung von Produktionsentwicklungen.

Der technologische Paradigmenwechsel zur Informationstechnologie geht einher mit einem neuen Organisations- und Steuerungsmodus, der aus einer Kombination von Elementen der grundlegenden Ordnungsmuster 'Markt' und 'Hierarchie' besteht: »Einerseits der für Märkte charakteristischen Existenz einer Vielzahl autonomer Akteure, andererseits der für Hierarchien typischen Fähigkeit (oder zumindest Funktion), gewählte Ziele durch koordiniertes Handeln anzusteuern« (Messner 1997: 57). Die Vielfältigkeit von interorganisatorischen Beziehungsgeflechten bezeichnet Manuel Castells (1996: 171) als eine »Netzwerkgesellschaft«, die durch globale strategisch entscheidende ökonomische Aktivitäten entstanden ist. Er definiert Netzwerke als eine spezifische Form von Organisation, die sich durch steigende Autonomie der Teilsysteme bei gleichzeitig wachsender Durchdringung der Teilsysteme sowie durch Überschneidungen mit anderen Netzwerken auszeichnen. Netzwerke sind demnach nicht nur isolierte Phänomene, sondern Ausdruck von qualitativ neuen Organisations- und Steuerungstypen, die die steigende Autonomie zwischen gesellschaftlichen Teilsystemen und der gleichzeitig zunehmenden Interdependenz von Problemlagen zu artikulieren vermögen (Messner 1997: 42; Mayntz 1997). Nicht mehr die vertikale Organisationsform und der entsprechende Steuerungstypus – was von Alfred Chandler als die Form der multinationalen Ära beschrieben wird – sondern die »horizontalen Unternehmen« sind heute die Organisationsform der neuen globalen Akteure. Es bestimmen auch nicht mehr die national-territorialen Unternehmen das Wachstum der nationalen Ökonomie, denn diese ist zunehmend von Unternehmen abhängig, die auf die globale Konkurrenz und auf globale Interessen reagieren. Die Unternehmen sind Teil eines globalen Netzwerks finanzieller und industrieller Konzerne, die über unterschiedliche, für den kollektiven Output bedeutende Ressourcen verfügen und die nicht länger an die nationalen Volkswirtschaften gebunden sind (vgl. Messner 1997; Die Gruppe von Lissabon 1995).

Die Transformation von vertikalen Strukturen zu horizontalen Netzwerken hat die geschlechtsspezifische fordistische Arbeitsteilung zwischen einerseits hochbezahlten männlichen Fachkräften und weiblichen »Zusatzverdienerinnen« grundsätzlich verändert. Die Globalisierung der Produktion ist mit einer substantiellen Erweiterung der ökonomischen Informalisierung verbunden und basiert auf »Subunternehmen«, deren Arbeitsarrangements

außerhalb staatlicher Regulation liegen. Harvey (1989) bezeichnete diesen Prozeß als »flexible Akkumulation«. Die exportorientierten transnationalen Konzerne stützen sich auf die billigen, unorganisierten jungen weiblichen Arbeitskräfte, die in den Freihandelszonen die bevorzugten Arbeitskräfte in der Elektronikproduktion, der Bekleidungs- und der Schuhindustrie stellen. Frauen fungieren nicht mehr als Zusatzverdienerinnen zum männlichen Familienernährer, sondern sie subventionieren durch ihre Dauerbeschäftigung vielfach die Saisonarbeit der männlichen Arbeiter oder sind als alleinerziehende Mütter auf Lohnarbeit angewiesen (Ward/Pyle 1995).

Die Entwicklung der neuen Arbeitsorganisation geht somit einher mit einer neuen Spaltung zwischen hochqualifizierten und nicht ortsgebundenen »Wissensträgern« – meist weiß und männlich – und den gering qualifizierten räumlich gebundenen Arbeitskräften – Frauen aller Hautfarbe sowie jungen, unqualifizierten Männern. Saskia Sassen kritisiert in ihren Studien über die »global cities«, daß sich die Globalisierungsdebatte auf die in der formellen Ökonomie hochbezahlten »Wissensträger« der neuen ortsunabhängigen wissensintensiven Forschungs-, Informations- und Serviceabteilungen konzentriert, während die ortsgebundene Arbeit von unqualifizierten Frauen und Männern im prekären, sozialstaatlich und gewerkschaftlich un abgesicherten »informellen Sektor« kaum berücksichtigt wird (vgl. Sassen in diesem Heft). Durch die einseitige Fokussierung auf nicht ortsgebundene Arbeitsprozesse werden die global agierenden Unternehmen aufgewertet und die lokale Arbeit erfährt gleichzeitig eine Abwertung. Diese »unsichtbaren« Arbeiterinnen sind aber die »Träger« der ortsgebundenen materiellen Produktionsprozesse, die die datentechnisch ortsunabhängige Informationsindustrie erst möglich machen. Wenn man die prekären Tätigkeiten von Frauen und Immigranten als einen Teil des globalen Prozesses versteht, der die globale Produktion auch immer wieder lokalisiert, dann sind Frauen und Immigranten neben der Internationalisierung von Kapital ein wichtiger Teil des Globalisierungsprozesses. Die Kehrseite der »wissensgestützten entterritorialisierten Dienstleistungsgesellschaft« ist somit die Ausdehnung des »informellen Sektors«⁷ mit einer starken Zunahme von prekären, ungeschützten und risikoreichen Beschäftigungsformen (Mahnkopf 1997; Ward/Pyle 1995; Ward 1990; Rowbotham/Mitter 1994).

Der informelle Sektor beschäftigt weltweit weit mehr Frauen als der formelle Sektor.⁸ Die tragenden Säulen des informellen Sektors sind Subunter-

7 Der informelle Sektor umfaßt ein breites Band von legalen bis hin zu illegalen Tätigkeiten, wie die neue »Heimarbeit«, Arbeit in den neugegründeten Freien Produktionszonen, in Sweatshops oder Arbeit als Straßenverkäufer, Dienstboten, illegale Arbeit in der Landwirtschaft, illegale Prostitution etc. – alles Tätigkeiten, die sozialstaatlich und tarifvertraglich nicht geregelt sind (Mahnkopf 1997; Ward/Pyle 1995).

8 Diese Information erhielt ich in einem Interview mit Dr. Nilufer Cagatay, Ökonomin im

nehmen, die für die großen und meist transnationalen Konzerne der formellen Ökonomie produzieren. Besonders in den Freien Produktionszonen, die in Mittelamerika, Teilen von Afrika und Ost-Asien zu finden sind, hat die Dezentralisierungsstrategie transnationaler Unternehmen die neuen exportorientierten »Weltmarktfabriken« hervorgerufen. Vor allem junge und verheiratete Frauen sind gefragt, die unter dem Minimallohn arbeiten und sich nur selten gewerkschaftlich organisieren. An der Grenze zwischen den USA und Mexiko arbeiten diese »Weltmarktfabriken« auf Vertragsbasis für amerikanische transnationale Konzerne wie J.C. Penney, Sears & Roebuck, Walmart und Montgomery Ward. Die »maquila businesses« profitieren von der hohen Arbeitslosigkeit und der Bereitschaft der Frauen und Männer zu niedrigen Löhnen ihre Existenz zu sichern.⁹ Diese Produktionszonen genießen einen extraterritorialen Status: Importe wie Exporte spielen sich innerhalb der Freien Produktionszonen ab, die vom nationalen Territorium abgeschnitten sind; sie bieten keinen Wohnraum für die ArbeiterInnen; Gebäude und Einrichtungen sind von Steuern befreit, die Konzerne entrichten weder Gemeindeabgaben noch Boden- oder Einkommenssteuer, zudem sind Importe wie Exporte vom Zoll befreit; die Aufnahmeländer stellen die Infrastruktur, bauen Straßen und Hafenanlagen, und bieten zu günstigen Preisen Telefon, Wasser und Energie (Lemoine 1998).

Die Produktion in transnationalen Konzernen ist zunehmend verbunden mit lokalen informellen exportorientierten Tätigkeiten und den ausgelagerten Heim- und Hinterhofstätigkeiten. Transnationale Unternehmen in Indonesien, Taiwan und Südkorea verlagern Teile der Produktion zunehmend in ländliche Gebiete. Die Konzerne verschaffen sich durch die noch weitgehend bestehenden Haushaltsökonomien einen Vorteil, da sie Frauen unter dem Subsistenzminimum entlohnen können. Somit entlastet die Subsistenzarbeit der Frauen im Haushalt die Kosten der transnationalen Konzerne. Die Suche vieler dieser Unternehmen nach immer neuen Billiglohnländern bedeutet andererseits, daß Firmen in kürzester Zeit entweder die Produktion in Hinterland-, Hinterhof-, und Straßenrandökonomien auslagern oder automatisieren (Ward/Pyle 1995).

Im Unterschied zur fordistischen Produktion handelt es sich bei den neuen »Weltmarktfabriken« nicht um große Werkshallen mit einer zentralisierten Massenproduktion. Diese Zulieferbetriebe sind netzwerkförmig auf dem Globus verteilt. Die in Hinterland-, Hinterhof- und Straßenrandökonomien konzentrierten, niedrigbezahlten und arbeitsintensiven Tätigkeiten erscheinen nicht nur in Entwicklungsländern. Auch in Mittel- und Osteu-

United Nations Planning Department (UNDP), in New York am 11. März 1998.

9 Frauen stellen in den »maquila business« überall die Mehrheit: 58% in Mexiko (1995), 60 bis 62% in Costa Rica, 70 bis 75% in Honduras, 78% in Guatemala (1993) und 60% in der Dominikanischen Republik (1992) (Lemoine 1998).

ropa sowie in den westlichen Industrieländer hat das Zusammenwirken von Globalisierung, Informalisierung und Transnationalisierung zu zunehmender Flexibilisierung der Beschäftigungsformen und zu einer geschlechtsspezifischen Verfestigung von Niedriglohnarbeit geführt (Wichterich 1998; Mahnkopf 1997). Transnationale Konzerne sind in der Semiperipherie von Europa wie z.B. Griechenland, Spanien und Irland genauso zu finden wie in den Vereinigten Staaten. Viele der europäischen Textil- und Kleidungsindustrie, wie der italienische Erzeuger *Benetton*, sind Marketing-Unternehmen, die die Subunternehmen, die auf häuslicher (weiblicher) Produktion und auf »sweatshops« beruhen, global koordinieren (Harvey 1989). In den USA findet man die transnationalen Konzerne in denselben Industrien (z.B. Elektronik- und Bekleidungsindustrie) wie in den Billiglohnländern der sogenannten dritten Welt. Im Gegensatz zu der weitverbreiteten Annahme, daß die niedrigqualifizierten und arbeitsintensiven Industriesektoren in Billiglohnländer abgewandert sind, zeigt das US-amerikanische Beispiel gerade das Gegenteil. Die Konsumelektronik- und die Textilindustrie sind keine schrumpfenden Industriezweige. Allein die Zahl der Beschäftigten in der Bekleidungsindustrie ist größer als diejenige in der Auto-, Stahl-, und Elektronikindustrie zusammen (Fernández Kelly 1989).

Trotz gravierender Differenzen gibt es Gemeinsamkeiten zwischen den osteuropäischen Transformationsgesellschaften, Teilen der in die Weltwirtschaft (partiell) integrierten »Dritten Welt« und den Industrieländern: Es entstehen überall »Niedriglohnezonen« (Mahnkopf 1997). Diese »Enklaven der Informalität« sind zum dauerhaften Bestandteil der formellen Ökonomie geworden. Somit ist die Informalisierung von Beschäftigungsverhältnissen weder eine Randerscheinung noch ein Übergangsphänomen. Sie ist ein immanenter Teil der ökonomischen Globalisierung. Zunehmend entstehen im Norden neue Süden, wie die Gruppe von Lissabon (1995: 79) bemerkt, und im Süden entstehen neue Norden. In diesen prekären und flexiblen Arbeitsstrukturen entwickeln sich neue geschlechtsspezifische und ethnische Hierarchien. Zum Beispiel sind in der Textilindustrie von Miami die Hersteller vorwiegend jüdische Männer, die »subcontractors« bestehen zu 90% aus kubanischen Männern und in den sweatshops findet man zu 95% kubanische Frauen (Fernández Kelly/Garcia 1992). Im informellen Sektor entstehen somit neue Geschlechterdifferenzen und -hierarchien, die vor allem durch klassenspezifische sowie ethnische und nationale Zugehörigkeiten noch einmal gravierend verschärft werden. Männer kontrollieren weitgehend den unregulierten Bereich des subcontracting, während zunehmend mehr Frauen (vor allem Immigrantinnen) als Arbeiterinnen in sweatshops zu finden sind (Fernández Kelly/Sassen 1995).

5. Die neuen Genderregime und -ordnungen

Was kann nun als vorläufige Bilanz in Bezug auf geschlechtsspezifisch segregierte Arbeitsmärkte und -kulturen und geschlechtsspezifische Formen der Macht und des »empowerment« in den neuen Genderregimen ausgesagt werden? Hier wird davon ausgegangen, daß sich die drei Säulen der fordistischen Genderregime und -ordnungen: 1) das männliche Familienernährermodell; 2) daß Frauen mit dem Reproduktionsbereich in der privaten Sphäre assoziiert werden; 3) die Trennung von geschlechtsspezifischer Privatheit und Öffentlichkeit, durch die Globalisierung einer grundlegenden Veränderung unterworfen sind. Die Neu-Konfiguration, die sich erst in schwachen Konturen ausmachen läßt, findet auf vielen Ebenen statt. Erstens ist das fordistische Modell des männlichen Familienernährers zunehmend ein Phänomen der Vergangenheit. Zweitens ist die fordistische geschlechtsspezifische Trennung von Privatheit und Öffentlichkeit und der mit ihr assoziierten Teilung in Produktions- und Reproduktionsarbeit nicht mehr haltbar. Drittens zeigt sich bei zunehmender Gleichheit zwischen Frauen und Männern der Mittelschicht eine zunehmende Ungleichheit und Ausdifferenzierung zwischen Frauen nach schichtspezifischer, ethnischer und nationaler Zugehörigkeit (Friese 1995). Viertens entsteht eine geschlechtsspezifische Gesellschaftspaltung zwischen einerseits der meist männlichen entterritorialisierten Geldgesellschaft und der an den Nationalstaat geknüpften (meist weiblichen) Arbeitsgesellschaft. Diese Veränderungen sind nicht nur einseitig negativ zu deuten. Sie führen auch zur Schwächung und Auflösung von lokalen, patriarchal geprägten Kulturen und Herrschaftssystemen.

a) Die Unterminierung des fordistischen Familienernährermodells

Durch die Globalisierung erodierte zu einem erheblichen Teil das materielle Fundament, auf dem das Konstrukt des männlichen Ernährers und seiner abhängigen Frau entstanden ist. Die seit den 70er Jahren steigende Anzahl der Doppelverdiener ist ein Nebenprodukt dieser Entwicklung. Doppelverdienerhaushalte können in zwei Gruppen aufgeteilt werden: Einerseits finden sich die verhältnismäßig wohlhabenden »professionals«, die in der formellen Ökonomie eingebettet sind. Eine größere Gruppe befindet sich auf der mittleren und unteren Ebene der Ökonomie, die auf den »Zusatzlohn« von Frauen angewiesen ist, um einen gewissen Lebensstandard entweder zu halten oder zu verbessern. Außerdem hat die Zahl der Alleinerziehenden (meist weiblich) drastisch zugenommen. Im Jahre 1988 waren in den USA 67% der alleinstehenden Mütter, 53% von Müttern mit Kindern unter drei Jahren in Lohnarbeit zu finden und von den Doppelverdienerhaushalten hatten 53% Kinder (Fernández Kelly/Sassen 1995; Ward/Pyle

1995). Der Unterschied zur fordistischen männlichen Beschäftigungsnorm ist, daß die derzeitige Informalisierung der Beschäftigung, die durch die »Feminisierung der Beschäftigung« gekennzeichnet ist, den Anspruch auf einen Familienlohn nicht mehr erfüllt und daher keine ökonomische Sicherheit gewährleisten kann.

Die zunehmende Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt hat zu neuen Genderdefinitionen und Wertverschiebungen in den Genderrollen beigetragen. Die fordistische Wertvorstellung von der Frau als vom männlichen Ernährer abhängig wird durch die zunehmende Individualisierung der Frau unterminiert. Frauen aus Mexiko, die in den USA leben, schildern diese neue Wertwanderung folgendermaßen:

»Früher, wenn eine Frau außerhalb des Haushalts arbeitete, wußten alle, daß dies getan wurde, um dem Mann zu helfen; aber es war seine Pflicht die Familie zu ernähren. Jetzt ist es unsere Pflicht; von Frauen wird erwartet, außerhalb des Haushalts zu arbeiten, ob sie es wollen oder nicht« (Fernández Kelly/Sassen 1995: 112/113).

b) Die Neudefinition von Privatheit/Öffentlichkeit und von Produktion/Reproduktion

Die Trennung von Produktion/Reproduktion und Privatheit/Öffentlichkeit, die zentral für das mit dem Fordismus einhergehende Genderregime war, wird durch die Globalisierung weitgehend aufgehoben. Erstens spielen sich die Prozesse der Produktion und Reproduktion (auch der sozialen Reproduktion) zunehmend in einem breiten Band von informellen, formellen und Haushaltsökonomien ab.¹⁰ Die begriffliche Unterscheidung zwischen Privatheit und Öffentlichkeit berücksichtigt nicht, daß die tägliche Arbeit von vielen Frauen in einer »triple shift« (Hossfeld 1990) zwischen formeller, informeller und Familien- oder Subsistenzarbeit stattfindet.¹¹ Ob diese »triple-shift« von Frauen in der Karibik, in Asien oder in Silicon Valley verrichtet wird, sie hat gemein, daß Frauenarbeit eine Kombination von Beschäftigung in der formellen transnationalen Produktion, in informellen Bereichen und in der Subsistenzwirtschaft darstellt. Die Grenzen dieser »triple shift« sind äußerst offen für Frauen und relativ rigide für Männer. Um ihr ökonomisches Überleben zu sichern, verbringen Frauen bis zu 16 Tagesstunden in dieser »triple-shift«. Männer sind im Vergleich dazu kaum in die Haushaltsökonomie involviert und arbeiten entweder in der formellen oder in den informellen Ökonomie (Ward/Pyle 1995).

10 Diese Beschäftigungsveränderungen sind tendenziell noch immer auf die Schwellen- und Transformationsländer begrenzt, aber diese Form verbreitet sich – wie das US-amerikanische Beispiel zeigt – auch zunehmend in den westlichen Industrieländern.

11 Formelle Arbeit bezieht sich auf geschützte und regulierte Lohnarbeit, informelle auf flexible und ungeschützte Arbeit und Familienarbeit ist weder reguliert noch monetär vergütet (Ward/Pyle 1995).

Bereits in den 70er Jahren wiesen Feministinnen darauf hin, daß die Gegenüberstellung von Markt einerseits und Familie andererseits und die geschlechtsspezifische Besetzung dieser Sphären eine Eindeutigkeit ausdrückt, die in sich durchaus widersprüchlich ist. Regina Becker-Schmidt meinte,

»Was uns gemeinhin als öffentlich gilt, z.B. die soziale Marktwirtschaft, hat als kapitalistische sehr wohl privateigentümlichen Charakter, und umgekehrt das scheinbar Allerprivateste, die Familie, erfüllt durchaus Aufgaben im Dienste der Öffentlichkeit – Erziehung, Regeneration von Arbeitskraft, Altenversorgung.« (Becker-Schmidt 1992: 219)

Die feministische Erweiterung des Begriffs »Arbeit« auf monetär nicht vergütete Arbeiten im Reproduktionsbereich bleibt m.E. der konventionellen Konzeption von zwei komplementären Sphären von Produktion und Reproduktion verhaftet. In dem Maße, wie die männliche Ernährerrolle immer mehr in den Hintergrund tritt, werden Frauen zunehmend gezwungen ihre Existenz in einer Mischung von privatem und öffentlichem Bereich zu sichern. Sie verrichten auf Abruf bezahlte Tele- und Heimarbeit in der privaten Sphäre (Haushalt), oder sie sind in sweatshops (weder privat noch öffentlich reguliert) zu finden und haben vielfach ihre Babies auf den Rücken geschnallt.¹² Dies bedeutet, unter anderem, daß der Begriff einer regulären, statistisch abgrenzbaren Arbeitszeit, den man aus der formellen Ökonomie kennt, in den Transformations- und in den Entwicklungsländern nicht mehr greift, um die neuen Beschäftigungsformen einzuordnen.¹³ Zunehmend ist Frauenarbeit eine Kombination von bezahlter Beschäftigung in transnationalen Konzernen, im informellen exportorientierten Bereich und unbezahlter Haus- und Subsistenzarbeit. Joan Smith und Immanuel Wallerstein haben bereits in den 70er Jahren eine Rekonzeptualisierung der Sphären von Familie, Arbeitsplatz, und Staat vorgeschlagen. Anstatt des Begriffs »Familie« und der Trennung zwischen monetärer Produktion und nicht monetärer Reproduktion, benutzen sie den Begriff »Haushalt«. »Haushalte« sind demnach Gruppen von Familienmitgliedern, Mitbewohnern oder auch Nachbargemeinschaften, die ihre Einkommen und Ressourcen bündeln. Mit diesem Begriff wird zwischen monetärer und nicht-monetärer Arbeit und zwischen Familienmitgliedern, Freunden und Nachbarn nicht mehr differenziert. Der Begriff »Einkommen« wird auf nicht-monetäre Bereiche wie die Subsistenzproduktion und die Nachbarschaftshilfe ausgedehnt (Smith/Wallerstein 1992: 6-9).

In diesen neuen Beschäftigungsformen, die besonders in den Billiglohnländern zu erkennen sind, wird auch die Genderidentität neu konstruiert. Während im fordistischen Modell die Frau dem Reproduktionsbereich zugeordnet wurde (Frau & Kinder), spielt in der globalen Ökonomie nur mehr

12 Siehe das Titelbild von K. Ward *Women Workers and Global Restructuring* (1990).

13 Diese unregulären Beschäftigungsformen gehören zunehmend zum US-amerikanischen Alltag.

die »Frau« als Individuum eine Rolle. Das ökonomische Interesse im informellen Sektor bezieht sich auf »ihre« Arbeitskraft, und die Vereinbarkeit von Reproduktion und Produktion wird gänzlich in die Privatsphäre abgeschoben. Nicht nur wird von einem ökonomischen Standpunkt die Reproduktion »unsichtbar«, mit der Informalisierung der Ökonomie wird auch, daß jeglicher Anspruch auf Kinderversorgung oder andere soziale Leistungen nicht mehr anerkannt. Ob Frau durch kranke Kinder an der Arbeit in den Freihandelszonen verhindert wird, ist nicht einmal mehr Gegenstand einer öffentlichen Diskussion. Ihr Platz wird von anderen eingenommen (Lemoine 1998). Frau ist durch die Abstraktion von ihren Reproduktionsleistungen in der globalen Ökonomie nun dem männlichen Individuum als verfügbare Arbeitskraft »gleichgesetzt«. Die weibliche Reproduktionsarbeit, die im fordistischen Modell trotz ihrer »Verbannung« in die private Sphäre gesellschaftlich – jedoch nicht monetär – anerkannt wurde, wird durch die derzeitige Informalisierung »ausgeblendet«. Somit wird der Bereich der Reproduktion als eine ökonomische »Externalität« definiert und das dialektische Verhältnis zwischen Markt und nicht-marktförmigen Aktivitäten verschwindet aus dem neoliberalen Diskurs (vgl. Elson 1994; Mann 1994).

c) Die zunehmende Ungleichheit zwischen Frauen

Die steigende Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt führt zu immer größeren Differenzierungen zwischen Frauen unterschiedlicher Ethnien, Schichtzugehörigkeit und Nationalitäten. Obwohl die Mitglieder der reichen »Clubgesellschaft« meistens die »new boys« sind, wie Wendy Larner (1996) die neuen »Macher« des neoliberalen Neuseeland-Modells bezeichnet, sind gut ausgebildete Mittelschichtsfrauen in den mittleren wissens- und informationsintensiven Wirtschaftssektoren keine Seltenheit mehr. Linda McDowell (1997) porträtiert die durchaus vorsichtige, aber doch zunehmende Öffnung der Londoner »City«, bisher eine männliche Finanzhochburg, für die neuen weiblichen »professionals«. Durch den expandierenden internationalen Dienstleistungssektor ist es jungen hochgebildeten und weiblichen »professionals« durchaus – trotz aller Widersprüchlichkeit – gelungen, in den oberen Etagen der Finanz- und Geschäftswelt in den Global Cities Einzug zu halten.

Diese Arbeitsmarktsegmentierung in eine hochbezahlte »postmoderne Informationsökonomie« einerseits und den expandierenden informellen Sektor der »laboring poor« andererseits führt zu immer mehr Ungleichheiten zwischen Frauen. Die niedrigqualifizierten Dienstleistungstätigkeiten sind nicht nur ein wichtiger Bestandteil der Infrastruktur der formellen Ökonomie. Sie ermöglichen vor allem sozial privilegierten Frauen in Europa, Nordamerika und anderswo den Einstieg in eine berufliche Karriere. Solange Frauen, unabhängig von ihrer sozialen Schichtzugehörigkeit für die

Reproduktionsarbeiten weiterhin verantwortlich bleiben, sind die Rahmenbedingungen zum Einstieg in die »männliche« Berufswelt geschlechtsspezifisch bestimmt. Weiße sozial privilegierte Frauen können aber immerhin auf billige, meist zugewanderte – teils illegale – Migrantinnen für die Reproduktionsarbeit zurückgreifen. Ohne diese aus den Entwicklungs- und Transformationsländern zugewanderten Frauen und ohne adäquate staatliche Kinderversorgung ist den hochqualifizierten Frauen mit Kindern der Einstieg in Positionen verwehrt, die Mobilität erfordern und wenig familienfreundliche Arbeitszeiten voraussetzen. Ob diese Tätigkeiten von (meist überqualifizierten) Polinnen in Deutschland oder von schwarzen Frauen und lateinamerikanischen Immigrantinnen in den USA verrichtet werden, sie führen zu einer neuen internationalen Arbeitsteilung zwischen der »Her-rin« einerseits und der meist aus einer anderen Ethnie und Klasse stam-menden »Dienstbotin« andererseits. Somit ist eine berufliche Frauenkarriere der europäischen und nordamerikanischen Mittel- oder Oberschichten nur in den Grenzen von Ethnizität, Klasse und Geschlecht zu realisieren (vgl. Friese 1995; Mahnkopf 1997).

d) Geschlechtsspezifische Gesellschaftsspaltungen

Globalisierung führt zu Gesellschaftsspaltungen zwischen der Arbeitsgesellschaft, die bislang unauflöslich an den Nationalstaat geknüpft ist, und der Geldgesellschaft, die mit der Deregulierung der Finanzmärkte nicht mehr an den Nationalstaat gebunden ist. Dieser Gegensatz zwischen einer globalen Geldgesellschaft einerseits und einer an den Nationalstaat geknüpften Arbeitsgesellschaft andererseits ist durch die Herauslösung (Entbettung) der monetären Sphäre aus realen ökonomischen Prozessen entstanden (Altvater/Mahnkopf 1996). Der durch die Globalisierung eingeleitete Gegensatz zwischen Geldgesellschaft und Arbeitsgesellschaft erweist sich als einer der wichtigsten Gründe für die Krise des Wohlfahrtsstaats. Die Mehrzahl der Frauen und Männer bleibt aber auf die nationale »Solidaritäts- und Schicksalsgemeinschaft« für ihre soziale Sicherung angewiesen. Es war ein Verdienst des Sozialstaates, die arbeitenden Klassen als politische Staatsbürger in den Staat zu integrieren. Der Nationalstaat steckte somit den Horizont der Arbeitsgesellschaft ab. Innerhalb der Grenzen des nationalstaatlichen Raumes wurde die keynesianische, geschlechtsspezifische Vollbeschäftigungsgarantie zum ökonomischen Stabilitätsfaktor und zum Vehikel der Identitätsbildung der BürgerInnen, auch wenn diese bürgerlichen Rechte, wie Carole Pateman (1994) betont, politische Rechte sind, die eine spezifisch moderne Form von Patriarchat etabliert hat.

Die Mitglieder der Geldgesellschaft, zumeist weiß und männlich, sind aber nicht mehr auf den territorial begrenzten Raum angewiesen. Die Subjekte der Geldgesellschaft, so Altvater und Mahnkopf, sind Mitglieder einer glo-

balen »Clubgesellschaft«, wo nur die Codes des Mediums Geld verstanden werden. Sie sind nicht mehr auf den Wahlzettel der Stimmbürger angewiesen und verwenden ihn selbst nur, um jegliche Steuererhöhung oder soziale Umverteilung an der Wahlurne zu stoppen. Die Geldvermögensbesitzer gehören zwar pro forma einer Nationalität an, sie sind aber nicht mehr gebunden an die national-begrenzte »Schicksals- und Solidaritätsgemeinschaft«. Die Gestalt der freien StaatsbürgerInnen bleibt formal erhalten, aber die sozialen Rechte und die ökonomische Basis für die politische Gleichheit werden mit der Globalisierung tendenziell zurückgenommen. Die Ansprüche der Arbeitsgesellschaft auf gesellschaftliche Umverteilung werden unter den Bedingungen des weltweiten »single price« ausgehöhlt. Somit kollidieren die »Sachzwänge« der nationalen Wettbewerbsfähigkeit mit der Logik des sozialen Konsens.

Frauen sind aber durch ihre dreifache Verknüpfung mit dem Sozialstaat – als Angestellte, Klientinnen und Konsumenten – noch einmal besonders von der Sozialkrise betroffen. Sie werden durch die öffentlichen Sparmaßnahmen in zweifacher Weise in Mitleidenschaft gezogen: Es verringern sich nicht nur die staatlich unterstützten Betreuungsangebote für Kinder. Im Alten-, Pflege-, Gesundheits- und Bildungsbereich zu kürzen heißt, diese Arbeiten wieder unbezahlt von Frauen haushalts- und familienintern bewältigen zu lassen. Diese sich gegenwärtig vollziehende Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen zerstört die notwendigen Voraussetzungen für die Berufstätigkeit insbesondere von weniger qualifizierten Frauen, gleichzeitig entfallen die staatlichen »Frauen«-Arbeitsplätze, die im Keynesianischen Wohlfahrtsstaat eine wichtige Integrationsrolle für die Erwerbsbeteiligung von Frauen hatten (Jensen/Hagen/Reddy 1988).

Der gegenwärtige neoliberale Diskurs, der auf die Reprivatisierung der sozialen Leistungen abzielt, impliziert, daß die soziale Reproduktion in steigendem Maße wieder in die private Sphäre verlagert werden soll. Dabei spielt die traditionelle hetero-patriarchale Familie eine zentrale Rolle. Die Pflegeleistungen familienintern wieder bewältigen zu lassen, bedeutet aber nicht, daß diese Arbeiten auf »alle« Familienmitglieder gleich verteilt werden. Nicht der Familie wird diese Verantwortung aufgebürdet sondern der Frau. Die Forderung soziale Leistungen zu re-privatisieren setzt aber gewisse Genderregime voraus, die heute immer mehr in Frage gestellt werden. Die ökonomischen und strukturellen Bedingungen, die das fordistische Genderregime untermauert haben, sind größtenteils nicht mehr vorhanden. Zur heutigen Realität gehört, daß Frauen in absehbarer Zeit nicht mehr in die Privatsphäre zurückkehren können oder wollen. Wie die Reproduktionsfrage in diesen durch die Globalisierung ausgelösten Veränderungen der Genderregime gesellschaftlich gelöst werden wird oder soll, ist derzeit eine offene Frage.

Durch die globale Konkurrenz wird, wie bereits erwähnt, der Staat immer mehr zum Wettbewerbsstaat. Dies bedeutet, daß im Staat einzelne Institutionen oder Abteilungen aufgewertet und andere abgewertet werden. Im allgemeinen findet eine Aufwertung der ökonomischen gegenüber den politischen Interessen des Staates statt. Dies impliziert aber nicht, wie vielfach angenommen wird, daß die Globalisierung den Nationalstaat einfach nur schwächt, aushöhlt oder marginalisiert. Die einseitige Fokussierung auf den Abbau des Sozialstaats als Folge der Globalisierung versperrt m.E. den Blick auf die Verlagerung und Entstehung von neuen Machtzentren, die eng mit den Finanz- und Wirtschaftsabteilungen innerhalb des Staates, verbunden sind. Diese Prozesse beinhalten auch neue Konflikte innerhalb des Staatsapparates. Die mit dem Sozialstaat verbundenen institutionalisierten Mehrheiten haben ihre »Macht« gegenüber den ökonomischen und den Finanzinteressen verloren. Analysiert man den Zugang zum Staat als eine »strategische Selektivität« (Jessop 1990)¹⁴, dann wird durchaus verständlich, warum die mit dem Sozialstaat verbundenen gesellschaftlichen Kräfte in der Globalisierung erstmals ihren Zugang zur staatlichen Machtzentrale größtenteils eingebüßt haben.

6. Fazit

Feministische Wissenschaftlerinnen stehen nun vor neuen Herausforderungen. Es stellt sich nicht »nur« die Frage, ob der Nationalstaat in seiner Struktur vergeschlechtlicht ist oder ob der Staat in einer vergeschlechtlichten Gesellschaft existiert, Feministinnen stehen vor der Aufgabe, die strukturellen und strategischen Ungleichheiten in den neuen horizontalen Netzwerkstrukturen aufzuspüren. Die globalen Akteure sind heute transnationale Firmen, Banken, Versicherungs-, Informations- und Ratingagenturen; internationale Institutionen wie z.B. die Welthandelsorganisation, die Weltbank, der Internationale Währungsfonds; nicht-staatliche Organisationen wie z.B. Amnesty International, die Olympische Sportorganisation oder transnationale Verbände von Ärzten und Ökonomen und schließlich auch die Mafia und internationale Finanzspekulantinnen (Strange 1996). Die expandierende Zunahme und Verflechtung zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren kann mit den Begriffen »vergesellschafteter Staat« oder »verstaatlichte Gesellschaft« nicht mehr angemessen beschrieben werden (vgl. Messner 1997). Die neuen Netzwerkstrukturen signalisieren eine Transformation der »institutionellen Hülle des Nationalstaates« inner-

¹⁴ Das Konzept einer »strategischen Selektivität« basiert auf der Annahme, daß ein bestimmter Staat oder ein bestimmtes politisches Regime spezifischen Interessengruppen eher zugänglich ist als anderen, sowohl hinsichtlich politischer Strategien als auch der Interessenvertretung (Jessop 1990).

halb eines national begrenzten Territoriums. Nicht territoriale Eroberungen erzwingen eine Machtverschiebung auf staatlicher Ebene, wie dies im imperialen Zeitalter der Fall war, es entsteht vielmehr eine neue transnationale »Geographie der Macht« (Sassen 1996), deren Ausgangspunkt die Grenzen von Staat und Markt sind. Für die feministische Forschung bedeutet dies, die institutionelle Materialität des Staates in diesen Netzwerkstrukturen zu analysieren und zu untersuchen, wie diese Materialität transformiert und reorganisiert wird. Feministinnen sind somit gefordert, »global zu denken und lokal zu handeln.«

Die Globalisierung darf aber nicht nur negativ für die existierenden Genderverhältnisse betrachtet werden. Es ist unumstritten, daß die Informalisierung der Ökonomie die Arbeitsmarktintegration von Frauen drastisch erhöht hat. Studien zeigen, daß die globalen exportorientierten »Weltmarktfabriken« eindeutig Arbeiterinnen präferieren. Diese »Feminisierung der Beschäftigung« geht deutlich mit der Verbreitung flexibler Arbeitsstrukturen einher, welche die lebenslange, existenzsichernde fordistische (männliche) Vollbeschäftigung zunehmend verdrängen. Aber trotz niedriger Löhne bieten transnationale Konzerne im Vergleich zur heimischen Industrie bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne (Lemoine 1998; Ward/Pyle 1995).¹⁵ Für weibliche Arbeitskräfte ist die Beschäftigung in diesen »Weltmarktfabriken« zwar oft die einzige Möglichkeit einer Erwerbsarbeit, aber sie kann zu mehr Unabhängigkeit von ihren Familien und Männern führen. Außerdem zeigen neuere Studien, daß Frauen keineswegs nur passiv ihre Unterdrückung dulden. Es sind zunehmend Frauen, die zu den aktiven Gewerkschaftsmitgliedern in Süd-Korea, den Philippinen und Südafrika gehören und gegen Dequalifizierung, Lohndrückerei und anderen Taktiken der transnationalen Konzerne kämpfen (Ward/Pyle 1995). Somit ist das Bild der »passiven« Arbeiterin nicht nur eine ideologische Karikatur; es zeigt vor allem die widersprüchlichen Prozesse der Globalisierung. Frauen werden von transnationalen Firmen in den Weltmarktfabriken bevorzugt eingesetzt, weil sie als passiv und gewerkschaftlich schwer organisierbar eingestuft werden. Aber gerade die Arbeitsmarkterfahrung zwingt Frauen erste Ansätze des Widerstands zu formulieren, die auf die neue Situation zugeschnitten sind. Diese Arbeitskämpfe verändern die Situation auf der lokalen Ebene jedoch oft nur kurzfristig und bewirken keine strukturellen Veränderungen in den transnationalen Strategien (Ward/Pyle 1995).

Es ist auch nicht zu leugnen, daß die Ausbeutung auf dem globalen Markt von einer Auflösung und Schwächung der lokalen, patriarchal geprägten Kulturen begleitet ist, was für die Frauen durchaus positiv ist: Sie können

15 In Honduras beträgt der Mindestlohn in den *maquilas* im Schnitt 40 Lempiras pro Tag (5,60 DM), gegenüber 30 Lempiras in der restlichen Industrie (Lemoine 1998).

sich der männlichen Unterwerfung durch ihre Einbindung in den globalen Markt entziehen. Andererseits verlieren Frauen aber auch den Schutz, den die lokalen patriarchalen Kulturen bieten. Dieser Verlust von Frauenrechten auf nationalstaatlicher Ebene wird aber durch internationale Konventionen wie z.B. der Vierten Weltkonferenz in Beijing von 1995 und der offiziellen »Beijing Declaration«¹⁶ – wenn auch nur marginal – relativiert. Wir sind Zeugen, so Saskia Sassen (1996), einer zunehmenden Verlegung von wichtigen Aspekten der staatlichen Souveränität auf supranationale, nicht-staatliche oder private Institutionen. Dies bringt eine potentielle Stärkung alternativer Subjekte des internationalen Völkerrechts mit sich wie z.B. der NGOs und der Minoritäten in internationalen Foren. Diese neuen Organisationsstrukturen jenseits des Staates haben auch Implikationen für die Konzeption von »Bürgerschaft«. Beides könnte dazu beitragen, Frauen – entweder als Individuen oder als Kollektiv – innerhalb des Völkerrechts als Subjekte anzuerkennen. Menschenrechtsorganisationen sowie Feministinnen fordern seit geraumer Zeit, die anarchistische Konzeption der internationalen Staatensysteme aufzuheben und internationale Gremien aufzufordern, innenpolitisch zu intervenieren, wenn die Gefahr der Menschenrechtsverletzung besteht. Mit dem Slogan, »Frauenrechte sind auch Menschenrechte« haben Frauen einen völkerrechtlich einklagbaren Grundsatz gefordert. Skeptikern, die diese Forderung als einen »Tiger ohne Krallen« betrachten, sollten an die Helsinki-Beschlüsse von 1975 erinnert werden, die durch die »Charta 77« einen großen Impuls auf die Oppositionsbewegungen in Osteuropa hatten.

Globalisierung ist nicht nur ein Schreckensszenario. Es ist m.E. weder theoretisch hilfreich, noch macht es handlungsfähig, wenn Frauen in den Zustand eines erstarrten Kaninchens geraten, sobald sie mit der Schlange Globalisierung konfrontiert werden. Es ist nicht zu leugnen, daß die voranschreitende Globalisierung den Spielraum nationaler Staaten und politischer AkteurInnen verengt hat. Es muß aber auch daran erinnert werden, daß die Auflösung der nationalstaatlich begrenzten fordistischen Genderregime und -ordnungen durchaus eine Chance bietet, neue feministische Konzepte und Strategien zu entwickeln, die Frauen global endlich zu gleichberechtigten Bürgerinnen werden läßt.

Literatur

- Aglietta, M., 1979: *A Theory of Capitalist Regulation*, London.
 Altwater, E., 1997: Markt und Demokratie in Zeiten von Globalisierung und ökologischer Krise, in: Altwater, E., Brunnengräber, A., Haake, M., Walk, H., *Vernetzt und verstrickt*. Münster, S. 241-256.

16 Siehe *Platform for Action and the Beijing Declaration*, Fourth World Conference on Women, Beijing, China, 4-15 September, 1995.

- Altwater, E., Mahnkopf B., 1996: *Grenzen der Globalisierung*, Münster.
- Bauman, Z., 1996: Glokalisierung oder: Was für die einen Globalisierung, ist für die anderen Lokalisierung, in: *Das Argument*, S. 653-664.
- Beck, U., 1997: Heraus aus dem nationalen Politikbiotop, in: *Die Tageszeitung*, 13. Juni.
- Becker-Schmidt, R., 1993: Geschlechterdifferenz – Geschlechterverhältnis: soziale Dimensionen des Begriffs 'Geschlecht', in: *Zeitschrift für Frauenforschung*, Nr. 1 / 2, S. 37-46.
- Bourdieu, P., 1998: Die Sachzwänge des Neoliberalismus, in: *Le Monde Diplomatique*, März.
- Castells, M., 1996: *The Rise of the Network Society: The Information Age: Economy, Society and Culture*, Volume I, Oxford.
- Chandler, A., 1977: *The Visible Hand: The Managerial Revolution in American Business*. Cambridge.
- Connell, R.W., 1987: *Gender and Power. Society, the Person and Sexual Politics*. Stanford.
- Eisenstein, Hester, 1990: Femocrats, Official Feminism and the Uses of Power, in: Sophie Watson (Hrsg.), *Playing the State. Australian Feminist Intervention*. London.
- Demirovic, A., Pühl, K., 1997: Identitätspolitik und die Transformation von Staatlichkeit: Geschlechterverhältnisse und Staat als komplexe materielle Relation, in: *Politische Vierteljahresschrift*, Sonderheft, Kreisky, E., Sauer, B., (Hrsg), Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation, 28: 220-240.
- Die Gruppe von Lissabon, 1997: *Grenzen des Wettbewerbs*, Luchterhand.
- Elson, D., 1994: Micro, Meso, Macro: Gender and Economic Analysis in the Context of Policy Reform, in: Bakker, I., *Strategic Silence. Gender and Economic Policy*, Ottawa, Kanada.
- Enloe, C., 1989: *Bananas, Beaches, and Bases: Making Feminist Sense of International Politics*. Berkeley, Kalifornien.
- Esser, J., Fach W., 1981: Korporatistische Krisenregulierung im MODELL DEUTSCHLAND, in: Alemann von, U., (Hrsg.), *Neokorporatismus*. Frankfurt/Main.
- Faludi, S., 1991: *Backlash*. New York.
- Fernández Kelly, M.P., 1989: Broadening the Scope: Gender and International Economic Development, in: *Sociological Forum*, Nr. 4, 11-35.
- Fernández Kelly, M.P., Garcia A., 1992: Power Surrendered, Power Restored: The Politics of Home and Work among Hispanic Women in Southern California and Southern Florida, in: Louise Tilly and Patricia Guerin, (Hrsg), *Women and Politics in America*, New York.
- Fernández Kelly, M.P., Sassen S., 1995: Recasting Women in the Global Economy: Internationalization and Changing Definition of Gender, in: Bose, Ch. E., and Acosta-Belén, E., *Women in the Latin American Development Process*, Philadelphia.
- Fraser, N., 1990: Struggle Over Needs: Outline of a Socialist-Feminist Critical Theory of Late-Capitalist Political Culture, in: Gordon, L., *Women, the State, and Welfare*, Wisconsin.
- Friese, M., 1995: Modernisierungsfallen im historischen Prozeß. Zur Entwicklung der Frauennarbeit im gewandelten Europa, in: *Berliner Journal für Soziologie*, H. 2, S. 149-162.
- Giddens, A., 1995: *Konsequenzen der Moderne*. Frankfurt/Main.
- Giddens, A., 1984: *The Constitution of Society*. Cambridge.
- Gordon, L. (Hrsg), 1990: *Women, the State, and Welfare*, Wisconsin.,
- Gordon, L., 1993: Gender, State and Society: A Debate with Theda Skocpol, in: *Contention*, Vol. 2, No. 3, Spring, 139-155.
- Hagen, E., Jenson, J., 1988: Paradoxes and Promises. Work and politics in the postwar years, in: Jenson, J., Hagen, Reddy, C. (Hrsg), *Feminization of the Labor Force*, New York.
- Harvey, D., 1989: *The Condition of Post-Modernity*, Oxford.
- Haraway, D., 1997: Modest_Witness@Second_Millennium.FemaleMan(C)_Meets_OncoMouse™ New York.
- Held, D., 1991: Democracy, the Nation State and the Global System, in: *Economy and Society*, Vol. 20, No. 2: 138-172.
- Hirsch, J., 1995: *Der nationale Wettbewerbsstaat*. Berlin-Amsterdam.
- Hirst, P., Thompson, G., 1996: *Globalization in Question*, Oxford.
- Hossfeld, K., 1990: 'Their Logic against Them': Contradictions in Sex, Race, and Class in Silicon Valley, in: Ward, K., (ed.), *Women Workers and Global Restructuring*, Cornell, Ithaca.

- Kerchner, B., Wilde, G., (Hrsg.), 1997: *Staat und Privatheit*. Opladen.
- Kontos, S., 1990: Zum Verhältnis von Autonomie und Partizipation in der Politik der neuen Frauenbewegung, in: Schaeffer-Hegel, B., (Hrsg.), *Vater Staat und Seine Frauen*, Pfaffenweiler.
- Kreisky, E., Sauer, B., (Hrsg.), 1997: *Das geheime Glossar der Politikwissenschaft*. Frankfurt/M.
- (Hrsg.), 1995: *Feministische Standpunkte in der Politikwissenschaft*. Frankfurt/M.
- Kulawik, T., 1991/92: Autonomous Mothers? West German Feminism Reconsidered, in: *German Politics and Society*, Issue 24/25: 67-86.
- Kulawik, T., Sauer, B., 1996: *Der halbierte Staat*. Frankfurt/New York.
- Kurz-Scherf, I., 1996: Krise der Arbeit – Krise der Gewerkschaften, in: *Weiblick*, Nr. 25, S. 20-29.
- Jessop, B., 1997: Nationalstaat, Globalisierung, Gender, in: *Politische Vierteljahresschrift*, Sonderheft, Kreisky, E., Sauer, B., (Hrsg.), Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation, 28: 262-292.
- 1994: Veränderte Staatlichkeit, in: Grimm, D., (Hrsg.), *Staatsaufgaben*, Baden-Baden.
- 1990: *State Theory*, Oxford.
- Lang, S., 1997: The NGOization of Feminism, in: Scott, J.W., Kaplan, C., Keates, D. (eds.), *Transitions, Environments, Translations*, New York and London.
- Larner, W., 1996: The 'New Boys': Restructuring in New Zealand, 1984-94, in: *Social Politics*. Jg. 3, Nr. 1, S. 32-56.
- Lemoine, M., 1998: Die Arbeiter Zentralamerikas als Geiseln der 'maquilas', in: *Le Monde Diplomatique*, Die Tageszeitung, März: 14-15.
- Lewis, J., Ostner, I., 1994: Gender and the Evolution of European Social Policies, ZeS-Arbeitspapier Nr. 4/94, Centre for Social Policy Research, Bremen.
- Mahnkopf, B., 1997: Die 'Feminisierung der Beschäftigung' – in Europa und Anderwo, in: *Weiblick*, H. 718, S. 22-31.
- Mann, P.S., 1994: *Micro-Politics: Agency in a Postfeminist Era*, Minnesota.
- Mayntz, R., 1997: *Soziale Dynamik und politische Steuerung*. Frankfurt a.M.
- McDowell, L., 1997: *Capital Culture. Gender At Work in the City*. Oxford.
- McGrew G., Lewis, P., 1992: *Globalization and the Nation States*, Cambridge.
- Messner, Dirk., 1997: Netzwerktheorien: Die Suche nach Ursachen und Auswegen aus der Krise staatlicher Steuerungsunfähigkeit, in: Altvater, E., Brunnengräber, A., Haake, M., Walk, H., *Vernetzt und verstrickt*, Münster, S. 7-64.
- Pateman, C., 1988: *The Sexual Contract*, Stanford.
- Polanyi, K., 1957: *The Great Transformation*, Boston.
- Rowbotham, S., Mitter, S., 1994: *Dignity and Daily Bread*, New York.
- Sassen, S., 1996: Toward a Feminist Analytics of the Global Economy, in: *Indiana Journal of Global Legal Studies*, Vol. 4 (Fall): S. 7-41.
- Sassoon, A.S., 1987: *Women and the State*, London and New York.
- Schmitter, P.C., 1979: Still the Century of Corporatism? In: Schmitter, P., Lehmbruch, G., (Hrsg.), *Trends Toward Corporatist Intermediation*. Beverly Hills, California.
- Smith, J., Wallerstein, I., 1992: *Creating and Transforming Households. The Constraints of the World-Economy*. Cambridge.
- Stetson, D.M., Mazur, A., (eds.), 1995: *Comparative State Feminism*, Thousand Oaks.
- Strange, S. 1996: *The Retreat of the State*, Cambridge.
- Thurow, L.S., 1997: *The Future of Capitalism*, New York.
- Ward, K., (ed.) 1990: *Women Workers and Global Restructuring*. Ithaca.
- Ward, K., Pyle J.L., 1995: Gender, Industrialization, Transnational Corporations, and Development: An Overview of Trends and Patterns, in: Bose, C.E., Acosta-Belen, E., *Women in the Latin American Development Process*, Philadelphia.
- Wichterich, Ch., 1998: *Die globalisierte Frau*. Hamburg.
- Young, B., 1998: *Triumph of the Fatherland: German Unification and the Marginalization of Women*, Michigan.
- 1997: Politik und Ökonomie im Kontext von Globalisierung, in: *Politische Vierteljahresschrift*, Sonderheft, (Hrsg.), Kreisky, E., Sauer, B., Geschlechterverhältnisse im Kontext po-

litischer Transformation. 28, S. 137-151.

Saskia Sassen

Überlegungen zu einer feministischen Analyse der globalen Wirtschaft¹

Die gegenwärtige Entwicklungsphase der Weltwirtschaft zeichnet sich gegenüber den vorangehenden Phasen durch wesentliche Brüche und eine radikale Veränderung von Beziehungsgeflechten aus. Am deutlichsten läßt sich dies aufzeigen, wenn man den Einfluß der Globalisierung auf die räumliche Gestaltung wirtschaftlicher Aktivitäten und die Organisation politischer Macht betrachtet. Die ökonomische Globalisierung hat grundlegende Eigenschaften des Nationalstaates verändert, insbesondere seine Territorialität und seine Souveränität. Die ausschließliche Territorialität, welche man dem Nationalstaat bisher zuschrieb, wird zwar nicht völlig aufgelöst, sie wird aber neu artikuliert (vgl. dazu ausführlich Sassen 1996). Das strategisch wichtigste Moment in diesem Prozeß ist die »Global City«, die als entnationalisierte Plattform für das globale Kapital fungiert. Auch transnationale Unternehmen und globale Finanzmärkte tragen mit ihren grenzüberschreitenden Aktivitäten und dank entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen dazu bei, die Territorialität des Nationalstaats auszuhöhlen. Durch dieselben ökonomischen Praktiken, wie auch durch weitere Praktiken im nicht-ökonomischen Bereich sowie neue Rechtssysteme wird gleichzeitig die staatliche Souveränität aufgeweicht: Der Staat ist nicht mehr der alleinige Inhaber der Souveränität und der sie begleitenden Normsetzung, er ist auch nicht mehr das ausschließliche Subjekt des internationalen Rechts. Andere Akteure wie Nicht-Regierungsorganisationen, supranationale Organisationen etc. werden immer mehr zu eigenständigen Subjekten des internationalen Rechts. Für eine feministische Analyse der heutigen globalen Wirtschaft, die über die bloße Beschreibung der wirtschaftlichen Lage von Frauen und Männern in verschiedenen Ländern hinausgeht, ist es entscheidend, diese Veränderungen zu berücksichtigen. Der Mainstream der wissenschaftlichen Untersuchungen der Globalisierung betont allerdings nur eine technische und abstrakt ökonomische Dy-

¹ Gekürzte Fassung eines zuerst im *Indiana Journal of Global Legal Studies*, vol. 4, no 1, Fall 1996 erschienenen Beitrags.

namik, die anscheinend geschlechtsneutral verläuft. Ich möchte demgegenüber das analytische Terrain erweitern und sichtbar machen, was im vorherrschenden (männlichen) Diskurs ausgeblendet wird.

1. Bisherige Analysen der Geschlechterverhältnisse in der globalen Ökonomie

Bei der Untersuchung der Geschlechterverhältnisse in der Weltwirtschaft lassen sich drei Phasen unterscheiden: In den beiden ersten Phasen ging es vor allem um schon länger laufende Internationalisierungsprozesse; erst in einer dritten Phase standen die allerneuesten Veränderungen im Mittelpunkt. Die erste Phase umfasst vor allem die entwicklungssoziologische Literatur über die Einführung von schnell vermarktbar landwirtschaftlichen Produkten und von Lohnarbeit, die in der Regel durch ausländische Firmen erfolgte. Die feministische Forschung thematisierte die Tatsache, daß diese Art der Produktion zu einem guten Teil nur deshalb möglich war, weil Frauen mit Hausarbeit und Subsistenzlandwirtschaft die Lohnarbeit ihrer Männer unterstützten. Boserup (1970), Deere (1976) und viele andere haben dazu eine reichhaltige Literatur geliefert, die aufgezeigt hat, wie der Subsistenzsektor und die modernen kapitalistischen Unternehmen miteinander verknüpft sind, diese Verknüpfung aber durch eine bestimmte geschlechtliche Dynamik verborgen wird.

In der zweiten Phase wurden Studien über die Internationalisierung der industriellen Produktion und die damit verbundene Feminisierung des Proletariats erstellt: Unter dem Druck von Billigimporten kam es zur Auslagerung von Industriearbeitsplätzen in unterentwickelte Länder, die dort vor allem mit Frauen besetzt wurden, die bisher noch außerhalb des industriellen Produktionsprozesses standen. Diese Analyse berührte auch Aspekte der nationalen Wirtschaft. Es wurde zum Beispiel untersucht, weshalb Frauen – unabhängig vom Entwicklungsgrad eines Landes – vor allem in bestimmten Industriebereichen wie Bekleidung und der Montage von elektronischen Geräten arbeiten (Lim 1980; Fernandez-Kelly 1982; Nash/Safa 1986; Milkman 1987; Beneria/Stimpson 1987; Sassen 1988; Tinker 1990; Ward 1990; Safa 1995; Bose/Acosta-Belen 1995).

Eine dritte Phase der Forschung über Frauen in der globalen Wirtschaft hat gerade begonnen. Dabei geht es um die Transformation der Geschlechterverhältnisse, der Subjektivität der Frauen, ihrer Vorstellungen über »Zugehörigkeit«. Dazu gibt es bereits eine vielfältige Literatur. Zu den wichtigsten Beiträgen gehört die neue feministische Forschung über Migrantinnen, die sich beispielsweise mit der Frage befaßt, wie Migration Geschlechterrollen verändert und wie die Bildung transnationaler Haushalte Frauen stärken kann (Grassmuck/Pessar 1991; Hodagneu-Sotelo 1994). Es gibt

auch eine wichtige neue Forschungsrichtung, für die der Haushalt eine analytische Schlüsselkategorie ist, um globale Wirtschaftsprozesse (Smith/Wallerstein 1992), grenzüberschreitende Solidarität, die Erfahrung von Zugehörigkeit und die Bildung von Identität zu erklären (Basch et al. 1994; Soysal 1994).

Die meisten Untersuchungen zu den Geschlechterverhältnissen in der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung tendieren dazu, bei detaillierten statistischen Berichten über Frauen oder über den Vergleich zwischen Frauen und Männern anzusetzen. Statt dessen möchte ich mit den strategischen Veränderungen beginnen, die die gegenwärtige Phase prägen. Beide Ansätze sind notwendig. Meine Position gründet in der Auffassung, daß die gegenwärtige Entwicklungsphase der Weltwirtschaft durch grundlegende Wandlungen und eine neue Konstellation von Dynamiken geprägt ist, die eine strategische Bedeutung haben. Mein Ansatz konstruiert auf theoretischer und empirischer Ebene gewissermaßen »die Differenz«, die Abweichung von den vorangehenden Phasen, welche die gegenwärtige Periode prägt. Damit soll überhaupt erst erfasst werden, inwieweit die Geschlechterfrage bei diesen strategischen Dynamiken und Veränderungen eine Rolle spielt, und wenn sie es tut, wie eine feministische Analyse aussehen sollte. Die theoretischen, empirischen und politischen Probleme werden bagatellisiert, wenn man glaubt, sie ließen sich auf Lohndiskriminierungen und geschlechtsspezifische Beschäftigungsverhältnisse reduzieren.

Eine methodologisch wichtige Frage ist die nach den strategischen Orten oder Knotenpunkten, an denen die Globalisierungsprozesse am besten untersucht werden können. In bezug auf frühere Phasen der Weltwirtschaft kennen wir solche Knotenpunkte: In der exportorientierten Landwirtschaft sind es die Punkte, an denen Subsistenzwirtschaft und kapitalistische Unternehmen aufeinandertreffen; bei der internationalisierten Industrieproduktion ist es der Schnittpunkt zwischen einer im Niedergang befindlichen Arbeiteraristokratie in den wichtigsten Industrien und der Entstehung eines neuen Proletariats in den Entwicklungsländern.

Heute stellen vor allem die »Global Cities« solche Knotenpunkte dar. Sie bilden die strategisch wichtigen Orte für die Kapitalverwertung zentraler Branchen wie auch für die Koordination globaler ökonomischer Prozesse. Gleichzeitig erbringen in den Global Cities auch zahlreiche Frauen und Immigranten Dienstleistungen für diesen strategischen Sektor. Durch die Art und Weise ihres Einbezugs werden sie jedoch unsichtbar gemacht, so daß sie zwar in einem führenden Sektor arbeiten, aber keine Chance haben, zu einer Art von Arbeiteraristokratie zu werden. Frauen und Immigranten stellen eher ein systemisches Äquivalent zum Proletariat der unterentwickelten Länder dar.

Ein weiterer Knotenpunkt für die Analyse ist die Veränderung staatlicher Souveränität. Hier ist danach zu fragen, welche Möglichkeiten es für Frauen gibt, in diesem Prozeß zu sichtbaren Akteurinnen zu werden.

2. »Global Cities«: Ein anderer Blick auf Globalisierungsprozesse

In den gängigen Darstellungen der Globalisierungsprozesse, ob in den Medien, in der politischen Diskussion oder in wissenschaftlichen Analysen, wird vor allem die Hypermobilität, die Rolle globaler Kommunikationsmittel und die Neutralisierung von Raum und Distanz betont. Zugleich wird suggeriert, daß die einzigen Arbeitskräfte, die dabei eine Rolle spielen, hochqualifizierte »professionals« seien. Damit werden jedoch die materielle Infrastruktur sowie die wenig qualifizierten und prekären Beschäftigungsverhältnisse, die diesen Prozessen nach wie vor zugrunde liegen, ausgeblendet.

Die massiven Tendenzen zu einer räumlichen Verteilung ökonomischer Aktivitäten auf verschiedene Ebenen, stellen nur die Hälfte der Realität dar. Daneben gibt es auch neue Formen räumlicher Zentralisation, denn nationale und globale Märkte wie auch globale Transaktionen sind auf räumliche Zentren angewiesen, in denen die Voraussetzungen für die Globalisierung produziert werden. Schließlich liegt auch den fortgeschrittensten Informationsindustrien ein Produktionsprozeß zugrunde.

Wenn wir diesen Produktionsprozeß betrachten, dann sehen wir, daß auch Sekretärinnen dazugehören, oder das Reinigungspersonal, das die Gebäude putzt, in denen die hochqualifizierten »professionals« ihre Arbeit tun. Plötzlich haben wir es nicht mehr allein mit einer Informationsgesellschaft zu tun, sondern mit materiellen Bedingungen, mit Produktionsstätten und mit einer örtlichen Bindung, die ebenfalls Teil der Globalisierung und der Informationsökonomie sind. Wir stoßen auf die materiellen Praktiken, die hinter der Macht der großen Unternehmen und den neuen Technologien stehen: die Arbeit, die die Voraussetzungen für die Organisation und das Management eines globalen Produktionssystems und eines globalen Finanzmarktes herstellt.

Konzentriert man sich auf die Praktiken, dann spielen Raum und Arbeitsprozeß, Kategorien, die bei der Untersuchung der Hypermobilität des Kapitals und der Macht transnationaler Unternehmen gerne übersehen werden, wieder eine wichtige Rolle. Dies bedeutet nicht, daß Hypermobilität und Macht irrelevant wären, aber es wird deutlich, daß nicht alle für die globale Wirtschaft wichtigen Ressourcen hypermobil sind. Auch globale Prozesse haben lokale Restriktionen.

Berücksichtigt man weiter, daß globale Prozesse zumindest teilweise in nationale Territorien eingebunden sind, dann ergeben sich auch neue Variab-

len hinsichtlich der häufig betonten, abnehmenden Regulierungsfähigkeit des Nationalstaats. Die in vielen Analysen unterstellte Dualität von »nationaler« und »globaler« Sphäre, die suggeriert, daß die eine Sphäre dort anfängt, wo die andere aufhört, existiert gar nicht in dieser Weise. Nationalstaaten spielen für die Entstehung und Entwicklung globaler ökonomischer Systeme eine wichtige Rolle, die allerdings ganz unterschiedliche Formen annehmen kann (vgl. Sassen 1996, Panitch 1996). Führt man den Staat wieder in die Analyse ein, so läßt sich auch untersuchen, wie die Veränderungen in der Bedeutung der einzelnen staatlichen Instanzen (etwa der zunehmende Einfluß der Finanzministerien und der Bedeutungsverlust jener Behörden, die sich mit Gesundheit, Wohnen und Wohlfahrt beschäftigen) zu einer neuen Artikulation der Geschlechterverhältnisse führen.

Wendet man sich den örtlichen Bindungen der Globalisierungsprozesse zu, dann geraten auch wieder die Menschen, die Beschäftigten, die unterschiedlichen Arbeitskulturen in den Blick. Die »Global City« ist für eine solche Untersuchung der am besten geeignete Ort.² Hier zeigt sich, daß diejenigen Sektoren, an denen vor allem ihre Mobilität und ihr hochqualifiziertes Personal wahrgenommen wird, auf einer breiten Infrastruktur von Dienstleistungen aufbauen, die von gering qualifizierten Arbeitskräften und von Firmen erbracht werden, die selbst nicht als Teil der globalen Ökonomie betrachtet werden. Tatsächlich erfüllen sie aber wichtige Funktionen für diese Ökonomie, häufig jedoch unter äußerst schlechten Arbeitsbedingungen und bei niedriger Bezahlung, wobei viele dieser »bad jobs« von Frauen und Immigranten ausgeführt werden. Während die Spitze der globalen Unternehmensökonomie stets wahrgenommen wird, fallen die unteren Bereiche aus der Betrachtung heraus.³

Wir sehen hier eine Verwertungs-dynamik am Werk, die den Abstand zwischen entwerteten und aufgewerteten Sektoren der Ökonomie beständig vergrößert. Einige dieser Entwicklungen können auch als eine Neukonstitution der Geographie von Zentrum und Rand aufgefaßt werden. Eine Geographie, die zum Teil bestehende Ungleichheiten reproduziert, zum Teil aber

2 Methodologisch ist damit die Dimension, in welcher die Analyse stattfindet, benannt. Die »nationale Wirtschaft« ist aufgrund der vielfältigen Internationalisierungsprozesse eine problematische Kategorie und auf der Ebene von »Weltwirtschaft« läßt sich kaum eine detaillierte empirische Studie der hier interessierenden Prozesse machen. Dagegen lassen sich anhand von Städten wie New York oder London die Globalisierungsprozesse auch im Detail untersuchen.

3 Ein Beispiel mag dies illustrieren: Als es nach Jahren ungestümen Wachstums 1987 einen großen Crash am Aktienmarkt gab, war die Presse voll von Berichten über die schnell ansteigende Arbeitslosigkeit der bisher hochbezahlten Beschäftigten des Finanzsektors in der Wall Street. Die Arbeitslosigkeit bei den Sekretärinnen und den anderen niedrig qualifizierten Angestellten wurde dagegen genausowenig wahrgenommen wie die (auch regional konzentrierte) Arbeitslosigkeit des Reinigungspersonals, das sich vor allem aus der dominikanischen Gemeinde im Norden Manhattans rekrutierte.

erst infolge der gegenwärtigen Formen wirtschaftlichen Wachstums möglich geworden ist. Global Cities konzentrieren eine ungeheure ökonomische Macht, während die alten industriellen Zentren rasant an Bedeutung verlieren. Aber auch innerhalb der Global Cities verschärfen sich die Unterschiede zwischen Stadtvierteln mit wichtigen Geschäftszentren, die große Investitionen anziehen und solchen, die von einer einkommensschwachen Bevölkerung bewohnt werden. Während das Einkommen der hochqualifizierten Arbeitskräfte stark steigt, sinkt dasjenige der gering qualifizierten. Unternehmen, die Finanzdienstleistungen anbieten, erreichen Superprofite, während Industriebetriebe ums Überleben kämpfen (Sassen 1994).

3. Auf- und Abwertungsprozesse: Anhaltspunkte für die Analyse der Geschlechterverhältnisse

Während neue globale und regionale Zentren auftauchen, werden gleichzeitig weite Gebiete zunehmend an den Rand gedrängt und aus denjenigen ökonomischen Prozessen ausgeschlossen, die das Wachstum in der globalen Wirtschaft antreiben. Ehemals führende Industriezentren und Hafenstädte haben ihre Funktionen verloren, und dies nicht nur in den weniger entwickelten Ländern, sondern auch in den fortgeschrittensten Ökonomien. Ähnliches passiert mit der Bewertung von Arbeitsleistungen: Bestimmte spezialisierte Dienstleistungen und Qualifikationen werden übermäßig hoch bewertet, während viele andere Typen wirtschaftlicher Aktivität mit samt den entsprechenden Arbeitskräften als irrelevant für eine fortgeschrittene Wirtschaft angesehen werden.

Entsprechende Spaltungen zwischen dem, was in der neuen Weltwirtschaft zählt und was nicht, sind auch anderweitig zu beobachten. So wird beispielsweise in den gängigen Darstellungen der Globalisierung hervorgehoben, daß sich aufgrund der Präsenz ausländischer Firmen und ausländischen Personals eine internationale Klasse hochqualifizierter Fachkräfte sowie eine hochgradig internationalisierte Geschäftswelt herausbildet. Dagegen wird ausgeblendet, daß dabei auch ein internationalisierter Markt für niedrig entlohnte Dienstleistungen und für internationalisierte Geschäftsbereiche in den Gemeinden der Immigranten entsteht. Stattdessen werden solche Prozesse noch immer mit den herkömmlichen Deutungsmustern der Immigration erklärt, die einer historisch überholten Periode angehören.

Das zeigt, daß manche mit globalen und transnationalen Prozessen zusammenhängende Entwicklungen nicht als solche erkannt werden, oder daß zumindest umstritten ist, ob es sich um solche handelt. Ein ähnliches Problem stellt sich auch bei der Untersuchung ökonomischer Macht, führender Industrien oder der ökonomischen Globalisierung. In den Sozialwissenschaften herrscht dabei die Tendenz vor, bei der »Spitze« zu beginnen,

während es notwendig wäre, die Untersuchung »unten« anzusetzen: eine meiner zentralen Annahmen besteht darin, daß wir viel über Macht lernen können, wenn wir die Orte betrachten, an denen sie abwesend ist, wenn wir die Grenzen von Macht und Machtlosigkeit in den Blick nehmen. Auch die Abwesenheit von Macht hat Konsequenzen, sie schließt bestimmte Fragestellungen aus und begünstigt dafür andere. Dazu gehört auch die Frage der Immigration und der Arbeitsbedingungen, die oft als besondere Aspekte ethnischer Gemeinschaften und der Informalität behandelt werden. Vieles, was wir noch immer als Problem der Immigration oder der Ethnizität beschreiben, hat aber weit mehr mit der Globalisierung ökonomischer und kultureller Aktivitäten sowie mit der zunehmend ausgeprägten Segmentierung des Arbeitsmarktes entlang ethnischer Grenzen zu tun. Dadurch werden diejenigen Komponenten im Produktionsprozess der hochentwickelten globalen Informationsökonomie, die von ImmigrantInnen erarbeitet werden, gerade nicht als Teil dieser Informationsökonomie gesehen. Immigration und Ethnizität werden als etwas Anderes betrachtet. Wenn wir jedoch verstehen, daß es sich dabei um Prozesse handelt, in deren Verlauf globale Elemente lokalisiert werden, sich internationale Arbeitsmärkte herausbilden und Kulturen aus aller Welt von ihren Territorien entfernt und auf neuen Territorien wieder angesiedelt werden, so können wir sie, gemeinsam mit der Internationalisierung des Kapitals, als einen der fundamentalen Aspekte der Globalisierung ins Zentrum der Analyse stellen.

Wir haben hier Prozesse vor uns, in deren Verlauf gewisse Arten von Leistungen, Arbeitskräften, Firmen und Branchen auf- und überbewertet, andere dagegen entwertet werden. Fördern die bestehenden geschlechtsspezifischen Unterschiede, wie etwa die geringere Bewertung frauenspezifischer Tätigkeiten, diese Entwertungsprozesse? Sie sind jedenfalls nicht einfach gegeben– sie werden produziert (vgl. Sassen 1994).

Dabei sind diese Entwertungsprozesse zum Teil in die demographischen Verschiebungen eingebettet, denen Großstädte unterworfen sind. Zusammen mit dem Niedergang der Mittelklasse hat die zunehmende Präsenz von Frauen, ImmigrantInnen und Farbigen in den Großstädten solche Entwertungsprozesse erleichtert. Dies ist auch insofern wichtig als sich in diesen Städten die globalen Prozesse materialisieren und die Verwertung des Kapitals der großen Unternehmen stattfindet. Der internationalisierte Sektor der Ökonomie hat sich ausgedehnt und neue Kriterien in Bezug auf den Wert und den Preis verschiedener Tätigkeiten und Leistungen hervorgebracht. Für weite Bereiche der städtischen Wirtschaft hatte dies verheerende Folgen, wobei es nicht nur um quantitative Verschiebungen geht, sondern um die Elemente eines neuen urbanen Regimes (vgl. Frost/Spence 1993; Knox/Taylor 1995).

Die dabei auftretenden Polarisierungstendenzen nehmen unterschiedliche

Formen an, sie manifestieren sich erstens in der räumlichen Organisation der städtischen Wirtschaft, zweitens in den sozialen Reproduktionsstrukturen und drittens in der Organisation der Arbeitsprozesse. Diese Trends bilden die Grundlage für die neue Armut der Erwerbstätigen in den Städten, für Marginalisierungsprozesse und für neue Klassenformationen.

Die wachsende Bedeutung eines auf spezialisierte Dienstleistungen ausgerichteten Sektors, besonders im neuen Finanz- und Dienstleistungskomplex, führt gewissermaßen zu einem neuen wirtschaftlichen Regime. Obwohl dieser spezialisierte Sektor nur einen Teil der urbanen Ökonomie darstellt, übt er einen starken Druck auf die gesamte Wirtschaft aus und begünstigt die Tendenz zur Polarisierung: da gewissen Bereichen, wie etwa dem Finanzsektor, Supergewinne möglich sind, werden andere Bereiche, in denen diese Gewinne nicht erzielt werden können, abgewertet. Zu Letzteren gehören auch diejenigen Sektoren, in denen vor allem Frauen und Immigranten arbeiten.

Die Möglichkeit der führenden Industriezweige, hohe Gewinne zu erzielen, beruht auf einem komplexen Zusammenspiel neuer Trends. Dazu gehören: (1) die Hypermobilität des Kapitals auf globaler Ebene, die durch neue Technologien und die Deregulierung diverser Märkte möglich geworden ist; (2) Finanzinnovationen, die zusätzliches liquides Kapital mobilisieren und zusätzliche Gewinne ermöglichen; (3) die wachsende Nachfrage nach zunehmend komplexen und spezialisierten Dienstleistungen in allen Industriezweigen, die dadurch häufig überbewertet werden. Die Globalisierung trägt zur Komplexität dieser Dienstleistungen, ihrem strategischen Charakter, ihrem Glanz und ihrer Überbewertung noch zusätzlich bei.

Eine bestimmte kritische Masse von Firmen mit der Fähigkeit, extrem hohe Gewinne zu machen, läßt die Preise für Gewerbeflächen, industrielle Dienste und andere unternehmerische Grundbedürfnisse steigen. Das macht wiederum den Firmen mit geringeren Gewinnmargen das Überleben zunehmend schwer, obwohl gerade sie für das Funktionieren einer städtischen Wirtschaft und für die täglichen Bedürfnisse der Bevölkerung von grundlegender Bedeutung sind. Angesichts des hohen Preis- und Gewinnniveaus im internationalisierten Sektor und bei den von diesem Sektor nachgefragten Dienstleistungen etwa in Restaurants und Hotels der Spitzenklasse, können andere Sektoren im Wettbewerb um Raum und Investitionen kaum mehr konkurrenzfähig bleiben. Die Folge ist eine Verdrängung von Betrieben, die auf lokale Bedürfnisse ausgerichtet sind, zugunsten von jenen, welche die Wünsche der neuen Eliten mit hohem Einkommen befriedigen. Hier stellen sich interessante Forschungsfragen: Wirkt sich diese Umgestaltung von Wirtschaftsräumen unterschiedlich auf Frauen und Männer, auf männlich oder weiblich definierte Arbeitskulturen, auf männlich oder weiblich geprägte Formen der Macht und der Machtgewinnung aus? Im folgen-

den sollen einige Forschungsfelder kurz andiskutiert werden.

Ungleiche Gewinnaussichten in den verschiedenen Wirtschaftssektoren hat es schon immer gegeben. Was heute geschieht, spielt sich jedoch in einer anderen Größenordnung ab und zieht massive Verzerrungen im Funktionieren verschiedener Märkte – vom Wohnungs- bis zum Arbeitsmarkt – nach sich. Beispielsweise resultieren die Polarisierungstendenzen in einer zunehmenden Informalisierung vieler städtischer Wirtschaftsbereiche. Für Firmen mit niedrigen oder mittleren Gewinnaussichten, die im oben beschriebenen Umfeld trotz effektiver Nachfrage nach ihren Produkten nicht mehr konkurrenzfähig sind, ist die Informalisierung oft eine der wenigen verbleibenden Überlebensstrategien. Informalisierung kann z.B. heißen, daß sie ihr Gewerbe außerhalb der ausgewiesenen Gewerbeflächen ausüben, etwa in Kellerräumen in Wohngebieten oder Räumlichkeiten, die den herrschenden Standards in Bezug auf Arbeitssicherheit, Gesundheit, Feuer etc. nicht genügen. Auch neugegründete Firmen können auf hart umkämpften Märkten oft nur dank informeller Strukturen bestehen. Eine andere Option besteht in der Weitervergabe von Teilaufträgen an informelle Anbieter. In der Folge solcher Informalisierungen gewinnen die Nachbarschaftsgemeinden und die Familie häufig wieder eine wichtige ökonomische Bedeutung. Damit stellt sich die Frage, ob die zunehmende Informalisierung in entwickelten urbanen Ökonomien auch zu einer Umgestaltung der Beziehungen zwischen Männern und Frauen führt. Ganz allgemein haben wir es auf jeden Fall mit neuen Formen der Arbeitsmarktsegmentierung zu tun.

In dieser neuen Konstellation werden aber auch die Komponenten der sozialen Reproduktion und des Konsums umgestaltet. Zwar bildet die Mittelschicht noch immer eine Mehrheit, doch sind die Voraussetzungen, die in den Nachkriegsjahrzehnten zu ihrer Verbreiterung und ihrer politischen und wirtschaftlichen Macht geführt haben – die zentrale Rolle von Massenproduktion und Massenkonsum – durch neue Quellen des Wachstums ersetzt worden. Besteht zwischen der wirtschaftlichen Marginalisierung eines wachsenden Segments von Haushalten – insbesondere von wenig verdienenden, alleinerziehenden Frauen – und dieser Neugestaltung von Konsum und sozialer Reproduktion – ein Zusammenhang? Auch hier wären Forschungsarbeiten und theoretische Erklärungsansätze erforderlich.

Das rasche Wachstum von Wirtschaftszweigen mit einer hohen Konzentration an einerseits hoch-, andererseits schlechtbezahlten Arbeitsplätzen führt zu spezifischen Formen des Konsums, was wiederum auf die Arbeitsorganisation und die Art neu geschaffener Arbeitsplätze zurückwirkt. Die Zunahme hochbezahlter Stellen hat zu einer »Gentrifizierung« geführt, d.h. zur Herausbildung von ausschließlich diesen oberen Einkommensschichten vorbehaltenen Wohn- und Einkaufsvierteln, die letztlich auf der Verfügbarkeit einer breiten Klasse schlechtbezahlter ArbeiterInnen beruhen. In ei-

nem lange Zeit unterschätzten Ausmaß ist damit eine neue Klasse von »Bediensteten« entstanden: Die Immigrantin, welche die weisse, hochqualifizierte Mittelschichtsfrau bedient, hat das traditionelle Bild der schwarzen Diener des weißen Hausherrn abgelöst.

Die Konsumbedürfnisse der niedrig bezahlten Bevölkerung in den Großstädten werden teilweise durch kleine Handwerksbetriebe und Detailgeschäfte abgedeckt, die auf Familienarbeit beruhen und oft nicht einmal minimalen Sicherheits- und Gesundheitsstandards genügen. Lokal produzierte Kleidung aus Sweatshops ist beispielsweise gegenüber billiger Importware aus Asien konkurrenzfähig. Dies alles zeigt, wie sich die wachsenden Einkommensunterschiede auf die Konsumstrukturen auswirken und wie diese wiederum die Arbeitsorganisation sowohl im formellen wie im informellen Sektor beeinflussen (vgl. Sassen 1994a).

Die Situation von Frauen ist in diesen Zusammenhängen durch zwei gleichzeitig wirkende Dynamiken geprägt. Einerseits stellen sie eine unsichtbare und machtlose Klasse von Arbeitskräften dar, die im Dienst strategischer Sektoren der globalen Wirtschaft stehen. Diese Unsichtbarkeit verhindert, daß sie zu einer Art von Arbeiteraristokratie werden können, wie dies früher der Fall war, wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen in führenden Wirtschaftssektoren über eine gewisse Macht verfügten. Andererseits verändert sich mit dem Zugang zu eigenem Einkommen (auch wenn es niedrig ist), mit der Feminisierung des Arbeitsangebots und mit der wachsenden Feminisierung von Geschäftsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der Informalisierung das gesamte Gefüge der bisherigen Geschlechterhierarchie (vgl. Hartmann 1987, Kessler-Harris/Sacks 1987).

Dies trifft insbesondere für Immigrantinnen zu. Daß regelmäßige Lohnarbeit und ein besserer Zugang zu weiten Bereichen des öffentlichen Lebens sich auch auf die Geschlechterbeziehungen von Immigrantinnen auswirken, wurde in der Literatur bereits vielfach aufgezeigt (Grasmuck/Pessar 1991, Hondagneu-Sotelo 1994). Frauen erreichen mehr persönliche Autonomie und Unabhängigkeit, während Männer an Boden verlieren. Frauen gewinnen mehr Kontrolle über das Haushaltsbudget und andere familiäre Entscheidungsbereiche und können Männer eher zur Mitarbeit im Haushalt veranlassen. Ihr Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und anderen staatlichen Ressourcen eröffnet den Frauen die Möglichkeit, an der übrigen Gesellschaft teilzuhaben; oft sind sie in ihrer Familie die Vermittlerinnen in diesem Integrationsprozess. Vermutlich profitieren aber einige Frauen mehr von diesen Umständen als andere; die Einflüsse von Klasse, Bildung und Einkommen auf diese geschlechtsspezifischen Muster wären noch genauer zu erforschen.

Lohnarbeit führt aber nicht nur zu einer relativ besseren Position von Frauen in der Familie, sie hat auch noch eine andere wichtige Folge: die größere

Beteiligung der Frauen am öffentlichen Leben und die Möglichkeit, dieses mitzugestalten. Immigrantinnen sind vor allem in zwei Bereichen aktiv: in öffentlichen und privaten sozialen Institutionen und innerhalb der jeweiligen ethnischen Gemeinschaft. Die größere Aktivität der Immigrantinnen im öffentlichen und im sozialen Bereich stärkt auch ihre Stellung im eigenen Haushalt (Hondagneu-Sotelo 1994); Frauen sind aktiver im Aufbau von Gemeinschaften und in sozialen Tätigkeiten und haben eine andere Position als Männer in bezug auf die übrige Wirtschaft und auf den Staat. Sie sind auch häufiger diejenigen, die sich auf der Suche nach öffentlichen und sozialen Diensten für ihre Familie mit der unsicheren Gesetzeslage herum-schlagen müssen. Diese größere Partizipation von Frauen legt die Vermutung nahe, daß sie zu stärkeren Akteurinnen werden können und daß vielleicht auch ihre Rolle im Arbeitsmarkt besser sichtbar wird.

4. Veränderungen staatlicher Souveränität und ihre Bedeutung für eine feministische Analyse

Die ökonomische Globalisierung bringt nicht nur eine Transformation der räumlichen Organisation wirtschaftlicher Aktivitäten mit sich, sie verändert auch die Organisation politischer Macht. Die bisher bestehende enge Verknüpfung zwischen staatlicher Souveränität und Territorialität wird in entscheidender Weise umgestaltet. Auch hier interessieren uns wieder in erster Linie die strategischen Auswirkungen dieses Prozesses.

Mit der Aufweichung der Territorialität, wie sie im oben beschriebenen Aufstieg der Global Cities zum Ausdruck kommt, verändert sich auch die staatliche Souveränität. Einzelne Komponenten dieser Souveränität werden auf supranationale Institutionen, auf Nichtregierungsorganisationen (NGOs) oder auf private Einrichtungen übertragen. Damit werden neue Subjekte des Völkerrechts und neue Akteure in den internationalen Beziehungen potentiell gestärkt. So sind beispielsweise auf internationalen Foren vermehrt auch die Stimmen von NGOs und von Minderheiten zu hören. Auch die Regeln des Staatsbürgerrechts und der Zugehörigkeit zu einer staatlichen Gemeinschaft verändern sich. Beides kann den Aufstieg von Frauen zu Subjekten des Völkerrechts und die Bildung grenzübergreifender feministischer Zusammenhänge erleichtern.

Diese Möglichkeiten wurden in den kritischen Analysen zum Thema Souveränität bisher noch kaum berücksichtigt. Zwar gibt es eine wachsende Zahl feministischer Studien zum internationalen Recht, doch klammern diese das Problem der Souveränität weitgehend aus. Letztere hatten einerseits das Anliegen, zwischen den Staaten eine Ethik der Fürsorge einzuführen (Williams 1996), andererseits kritisierten sie das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, weil damit insbesondere Frauen dem

Mißbrauch und der Ungerechtigkeit überlassen bleiben (Elshtain 1991, Charlesworth 1992, Engle 1993). Mit diesen Ansätzen wird die Kritik an liberaldemokratischen Normen, die die Beziehung zwischen Individuum und Staat einerseits und die Unterscheidung zwischen privatem und öffentlichem Raum andererseits festschreiben, auf die Ebene der zwischenstaatlichen Beziehungen übertragen. In der klassischen liberalen Tradition greift der Staat nicht in die Familie ein; dem entspricht, daß sich nach dem Völkerrecht Staaten nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einmischen. Die feministische Gegenposition dazu lautet, daß der Staat sowohl in die Familie als auch in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten eingreifen sollte, wenn Mißbräuche drohen. Diese Kritik personifiziert den Staat und seine normativen Konstrukte.

Mit dieser spezifischen Ausrichtung blendet die feministische Kritik am Völkerrecht die Frage der Souveränität aus und sieht dadurch nicht, daß deren Aufweichung Handlungsräume für neue AkteurInnen in grenzüberschreitenden Beziehungen und neue völkerrechtliche Subjekte eröffnet. Karen Knop merkt in ihrer kritischen Übersicht über feministische Studien zum internationalen Recht an, daß die Personifizierung des Staates dazu führt, die individuelle und kollektive Identität von Frauen in einem Staat und zwischen Staaten unsichtbar zu machen (Knop 1993). Tatsächlich erscheint in solchen Analysen der Staat dann auch als das einzig denkbare Subjekt im internationalen Recht.

Gerade weil die Globalisierung neue Spielräume für die Partizipation nicht-staatlicher Akteure und Subjekte eröffnet, ist eine feministische Kritik der heutigen Souveränität im Kontext der Globalisierung so wichtig. Wenn der souveräne Staat nicht mehr als alleiniger Vertreter seiner Bevölkerung auf dem internationalen Parkett betrachtet wird, haben auch Frauen mehr Chancen, auf der internationalen Bühne vertreten zu sein; sie können zur Schaffung völkerrechtlicher Normen beitragen und älteren Formen ihrer internationalen Beteiligung, wie etwa der Mitwirkung an internationalen Friedensbemühungen, einen neuen Sinn geben. Darüberhinaus stellt sich die Frage nach der Bedeutung der feministischen Theorie für alternative Souveränitätskonzepte.⁴

Im folgenden beschränke ich mich auf eine kurze Untersuchung zur Umgestaltung von Souveränität unter dem Einfluss der Globalisierung und hoffe damit das Terrain für eine feministische Analyse der globalen Wirtschaft zu erweitern.

Zwei Entwicklungen in dieser neuen transnationalen, räumlichen und wirt-

4 Zwar verspricht der Titel des Buches von McKinnon (1989) eine feministische Theorie des Staates, doch bestreiten viele Feministinnen, daß es eine solche Theorie bereits gibt (vgl. Røaume 1992).

schaftlichen Ordnung halte ich für besonders wichtig: Einerseits entstehen neue Orte, an denen sich die Bildung von Normen vollzieht; andererseits entstehen neue transnationale Regelwerke und regulierende Institutionen, die entweder auf einer privaten oder auf einer supranationalen Grundlage stehen und Funktionen übernehmen, die bis vor kurzem noch allein Regierungsinstitutionen vorbehalten waren (vgl. Sassen 1996). Neben der vom Nationalstaat repräsentierten, eher traditionellen normativen Ordnung gibt es inzwischen zwei neue Stätten der Normenbildung: Der globale Finanzmarkt und das internationale Menschenrechtssystem. Der globale Finanzmarkt besitzt inzwischen genügend Macht und Legitimität, um von Regierungen Rechenschaft über ihrer Wirtschaftspolitik fordern zu können – die Krise in Mexiko hat dies unlängst illustriert. Dasselbe gilt für das internationale Menschenrechtssystem: Dessen normative Macht wird besonders offensichtlich in Immigrations- und Flüchtlingsangelegenheiten, wo sich Gerichte in ihren Entscheidungen mitunter auf Instrumente dieses Systems berufen haben, selbst wenn sie damit Entscheidungen ihres nationalen Gesetzgebers umstießen.

Wichtig für unseren Gegenstand ist hier, daß beide Entwicklungen eine de-facto-Transnationalisierung staatlicher Politik beinhalten, die im Gegenzug praktische und formale Spielräume für die Mitwirkung nichtstaatlicher Akteure eröffnet. Damit wird Souveränität in der uns vertrauten Form erheblich umgestaltet. Im folgenden beschränke ich mich auf eine kurze Diskussion der Souveränitätsfrage im Licht der Auswirkungen des neuen, in den 70er Jahren entstandenen internationalen Menschenrechtssystems einerseits, der Auswirkungen der Privatisierung regulativer Systeme für den Welthandel andererseits.

Internationale Menschenrechte und staatliche Souveränität

Obwohl die internationalen Menschenrechte ursprünglich in den Gründungsurkunden von Nationalstaaten verwurzelt sind, besitzen sie heute die Kraft, die ausschließliche Autorität des Staates über seine BürgerInnen zu untergraben, und können dadurch zur Veränderung des zwischenstaatlichen Systems und der internationalen Rechtsordnung beitragen. Die Zugehörigkeit zu einem Nationalstaat ist nicht mehr die einzige Grundlage, auf der Rechte durchgesetzt werden können. Alle EinwohnerInnen, ob BürgerInnen oder nicht, können ihre Menschenrechte einfordern. Menschenrechte beginnen, sich auf das Prinzip der auf Staatszugehörigkeit basierenden BürgerInnenschaft und auf die Grenzen der Nation auszuwirken.

Erst nach dem 2. Weltkrieg wurden die Menschenrechte durch die Menschenrechtserklärung der UNO formalisiert und ausgeweitet. 1976 begann die Ratifizierung eines Protokolls über bürgerliche und politische Rechte,

das es Privatpersonen ermöglicht, sich direkt beim UN-Menschenrechtsausschuß über einen Staat zu beschweren, wenn dieser das Protokoll unterzeichnet hat. Allerdings ist hier der Vorbehalt anzubringen, daß gerade diejenigen Menschenrechtsbestimmungen, die frauenspezifischen Bedürfnissen am ehesten entgegenkommen, im Menschenrechtssystem am schlechtesten vertreten sind: Barbara Stark (1993) stellt fest, daß von den beiden Teilen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Teil über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte derjenige ist, den Frauen am besten brauchen könnten, daß aber gerade dieser Teil auch die »marginalisierte Hälfte« der internationalen Menschenrechtsgesetzgebung ist.

Es gibt also eine Verschiebung weg von der großen Bedeutung der Souveränität eines Staatsvolkes und des Rechts auf Selbstbestimmung hin zu einer wachsenden Bedeutung der Rechte von Individuen, unabhängig von ihrer Staatszugehörigkeit. Menschenrechtsbestimmungen können der Legitimität eines Staates Abbruch tun, wenn der Staat die Menschenrechte nicht respektiert. Es ist nicht klar, welches Ausmaß diese Entwicklungen annehmen werden. Eine wachsende Zahl von Rechtsfällen weist aber darauf hin, daß Individuen und nichtstaatliche Organisationen Ansprüche gegenüber dem Staat erheben, insbesondere in Westeuropa, wo die Menschenrechtsgesetzgebung sehr weit entwickelt ist.

In den Vereinigten Staaten verläuft dieser Prozeß viel langsamer und weniger deutlich, was mit den amerikanischen Traditionen zusammenhängen mag. Erst Mitte der 70er und Anfang der 80er Jahre begannen die Gerichte, den Menschenrechtscode als eigenständige normative Grundlage zu akzeptieren. Vor allem die große Zahl illegaler ImmigrantInnen und die Unfähigkeit des Staates, diesen Prozeß zu regulieren, führte dazu, daß die Gerichte auch denjenigen Individuen, die sich nicht legal im Staatsgebiet aufhielten, einen minimalen Schutz gaben.

Sowohl in Westeuropa als auch in den Vereinigten Staaten war es vor allem die Situation von ImmigrantInnen und Flüchtlingen, die zu einer wichtigen Triebkraft bei der Ausweitung des Menschenrechtssystems wurde. Insbesondere die illegale Einwanderung schafft ein rechtliches Vakuum, das zunehmend durch die Anrufung von Menschenrechtsverträgen gefüllt wird. In zahlreichen Rechtsfällen haben individuelle oder nichtstaatliche Akteure auf der Grundlage internationaler Menschenrechtsbestimmungen geklagt. Der Staat bzw. seine gerichtlichen Instanzen vermitteln zwischen diesen KlägerInnen und der internationalen Rechtsordnung, Gerichte sind damit zu zentralen Institutionen für eine Vielzahl von Veränderungen geworden (vgl. Jacobsen 1996).

Die zunehmende Verantwortlichkeit von Rechtsstaaten gegenüber internationalen Menschenrechtsregelungen und -institutionen und die Tatsache, daß Individuen und nichtstaatliche Akteure auf dieser Grundlage Ansprü-

che gegenüber den Staaten geltend machen können, verweist auf eine Entwicklung, die über die Ausweitung von Menschenrechten im Rahmen der einzelnen Nationalstaaten hinausgeht. Sie trägt dazu bei, die Legitimationsbasis von Rechtsstaaten und den Begriff der Nationalität neu zu definieren. Staaten, die Menschenrechtssystemen verpflichtet sind, müssen zunehmend Personen als Personen berücksichtigen und nicht mehr nur als BürgerIn oder AusländerIn.

Seit ImmigrantInnen soziale Rechte und sogar einige politische Rechte in den Ländern ihrer Niederlassung erworben haben, hat die Bedeutung der Staatszugehörigkeit und der daraus abgeleiteten Rechte abgenommen (vgl. Bauböck 1994, Jacobsen 1996, Sassen 1996). Wenn es um soziale Dienstleistungen wie Bildung, Krankenversicherung, Sozialhilfe, Erwerbslosenunterstützung und Altersrenten geht, ist der Status der Personen (ob BürgerIn oder nicht) in den Vereinigten Staaten und in Westeuropa von zweitrangiger Bedeutung geworden. Was eine Rolle spielt, sind der Aufenthaltsort und ein legaler AusländerInnenstatus. Sogar Personen ohne legalisierten Aufenthaltsstatus können gewisse Ansprüche stellen. Dies alles stellt den althergebrachten Souveränitätsbegriff in Frage.

Die zunehmende Fähigkeit von NGOs und Individuen, Ansprüche auf der Grundlage internationaler Menschenrechtsregelungen geltend zu machen, hat Konsequenzen, die über die Grenzen individueller Staaten hinausgehen. Nationalität wird zumindest teilweise von einem Prinzip, das staatliche Souveränität und Selbstbestimmung stärkt, zu einem Konzept, das den Staat auf der Grundlage der internationaler Menschenrechtsregelungen gegenüber allen seinen EinwohnerInnen zur Rechenschaft verpflichtet. Wie das Beispiel des früheren Jugoslawien zeigt, ist dies allerdings keine unumkehrbare Tendenz.

Die Privatisierung transnationaler Rechtssysteme

Die rechtlichen Neuerungen, die den Rahmen für einen Großteil der Globalisierungsprozesse abgeben, haben ihrerseits die staatliche Souveränität verändert. Viele dieser Neuerungen werden gemeinhin unter dem Begriff »Deregulierung« zusammengefaßt und als etwas Gegebenes und Unabänderliches betrachtet. Für SozialwissenschaftlerInnen ist Deregulierung häufig nur ein anderer Name für die abnehmende Bedeutung des Staates. Tatsächlich handelt es sich hier aber um Prozesse von viel fundamentalerer Bedeutung.

Transnational tätige Firmen brauchen eine Absicherung derjenigen Funktionen, die normalerweise der Staat garantiert, wie etwa die Garantie von Eigentumsrechten und Verträgen. Da die globalisierte Wirtschaft die nationalen Grenzen und somit die Grenzen der Souveränität sprengt, wären diese

Garantien in Gefahr. Mit den Globalisierungsprozessen wurden jedoch neue rechtliche Ordnungen und Rechtspraktiken geschaffen sowie ältere Formen transnationaler Gesetzgebung erweitert. Globalisierung und Deregulierung bedeuten also nicht, daß regulierende Systeme und Institutionen für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen nun völlig fehlen würden. Zu den wichtigsten dieser Einrichtungen gehören heute die internationale Handels-Schiedsgerichtsbarkeit sowie verschiedenste Rating- und Beratungsinstitutionen, ohne die die globale Wirtschaft nicht funktionieren könnte.

Die Welthandelsorganisation (WTO) hat die Autorität, sich über die lokalen und nationalen Instanzen zu stellen, wenn Vertragsverletzungen des GATT vorliegen; sie kann souveräne Staaten disziplinieren. Die internationale Handels-Schiedsgerichtsbarkeit ist im wesentlichen ein privates Rechtssystem, und Kredit-Rating-Agenturen sind private Aufsichtsorgane. Es bilden sich somit transnationale Rechtssysteme heraus, die auch die nationalen Systeme durchdringen. Die Grenzen zwischen den nationalen und den globalen Bereichen werden schwächer oder sogar neutralisiert. Es bilden sich somit eine Reihe von verschiedenen Institutionen heraus, die als wichtige Kontrollmechanismen fungieren, ohne daß ihre Autorität in einem Staat begründet wäre.

Damit stellt sich die Frage, nach dem Niedergang staatlicher Souveränität. Allerdings ist der Staat auf vielerlei Weise in dieses neu entstehende transnationale »Regierungssystem ohne Regierung« (Rosenau 1992) involviert (Jessop 1990). Er hat sich dabei jedoch selbst gewandelt und eine neue Doktrin über die Rolle des Staates in der Wirtschaft mitlegitimiert (Panitch 1996). Von zentraler Bedeutung für diese neue Doktrin ist der wachsende Konsens unter Staaten, daß sie den Globalisierungsprozeß fördern wollen.

Eine wichtige Frage, die sich bei all diesen Entwicklungen stellt, ist, ob diese neuen transnationalen Regelwerke und Institutionen die Ansprüche bestimmter Akteure (Unternehmen, globaler Kapitalmarkt, grosse Firmen mit multinationalem Status) stärken und die Ansprüche kleinerer Mitspieler sowie diejenigen der Staaten dementsprechend schwächen. Das globale Kapital hat Ansprüche an die Nationalstaaten gestellt, und diese haben darauf mit neuen Rechtsformen reagiert. Die neue Geographie der globalen ökonomischen Prozesse, die strategischen Territorien für die wirtschaftliche Globalisierung mußten zunächst einmal produziert werden und zwar sowohl in dem Sinne, daß die Unternehmen entsprechende Praktiken entwickelten und die nötige Infrastruktur bereitstellten, als auch in dem Sinne, daß der Staat neue Rechtsordnungen aufstellte oder legitimierte.

Die Herausbildung eines internationalen Menschenrechtsregimes und das Auftreten einer Vielzahl nichtstaatlicher Akteure auf dem internationalen Parkett sind ein Zeichen dafür, daß allmählich eine internationale Zivilge-

sellschaft entsteht. Ohne Zweifel haben wir es dabei mit einem umkämpften Raum zu tun, insbesondere wenn wir an den Widerspruch zwischen der Logik des Kapitalmarktes – bei dem es um Profitabilität um jeden Preis geht – und derjenigen der Menschenrechte denken. Aber es ist ein Raum, in dem Frauen sichtbar werden können, als Individuen und als Gruppe; ein Raum, in dem Frauen aus der Unsichtbarkeit auftauchen können, die sie in einem Nationalstaat umgibt, der einzig und allein durch den Souverän repräsentiert wird.

Literatur

- Basch, L. et al. (1994): *Nations Unbound: Transnational Projects, Postcolonial Predicaments, and Deterritorialized Nation-States*.
- Bauböck, R. (1994): *Transnational Citizenship: Memberships and Rights in International Migration*.
- Beneria, L.; Stimpson, C. (eds.) (1987): *Women, Households and the Economy*.
- Bose, C.E.; Acosta-Belen, E. (eds.) (1995): *Women in the Latin American Development Process*.
- Boserup, E. (1970): *Woman's Role in Economic Development*.
- Charlesworth, H. (1992): The Public/Private Distinction and the Right to Development in: *International Law*, Austl. Y. B. Int'l L. 12, 190.
- Dallmeyer, D. (ed.), (1993): *Reconceiving Reality: Women and International Law* 143 (American Society of International Law Series, Studies in Transnational Legal Policy No 25).
- Deere, C.D. (1976): Rural Women's Subsistence Production in the Capitalist Periphery, in: *Review of Radical Political Economy* 9.
- Elshtain, J.B. (1991): Sovereign God, Sovereign State, Sovereign Self, in: *Notre Dame Law Review* 66, 1355.
- Engle, K. (1993): After the Collapse of the Public/Private Distinction: Strategizing Women's Rights, in: *Dallmeyer* (1993).
- Fernandez-Kelly, M. P. (1982): *For We Are Sold, I and My People: Women and Industry in Mexico's Frontier*.
- Frost, M., Spence, N. (1993): Global City Characteristics and Central London's Employment, in: *Urban Studies* 30, 547.
- Grasmuck, S.; Pessar, P.R. (1991): *Between Two Islands: Dominican International Migration*.
- Hartmann, H. (1987): Changes in Women's Economic and Family Roles in Post-World-War II United States, in: *Beneria/Stimpson* (1987).
- Hondagneu-Sotelo, P. (1994): *Gendered Transitions: Mexican Experiences of Immigration*.
- Jacobson, D. (1996): *Rights Across Borders: Immigration and the Decline of Citizenship*.
- Jessop, B. (1990): *State Theory: Putting the Capitalist State in its Place*.
- Kessler-Harris, A., Sacks, K.B. (1987): The Demise of Domesticity in America, in: *Beneria/Stimpson* (1987).
- Knop, K. (1993): Re/Statements: Feminism and State Sovereignty in International Law, in: *Transnational Law & Contemporary Problems* 3, 293.
- Knox, P.L., Taylor, P.J (eds.) (1995): *World Cities in a World System*.
- Lim, L.Y.C. (1980): Women Workers in Multinational Corporations – The Case of the Electronics Industry in Malaysia and Singapore, in: Kumar, K. (ed.), *Transnational Enterprises, Their Impact on Third World Societies and Cultures*.
- McKinnon, C.A. (1989): *Toward a Feminist Theory of the State*.
- Muknian, R. (1987): *Gender at Work*.
- Nash, J.; Safa, H. (eds.) (1986): *Women and Change in Latin America*.
- Panitch, L. (1996): Rethinking the Role of the State, in: Mittelman, J.H. (ed.), *Globalization: Critical Reflections*.

- Rèaume, D. (1992): The Social Construction of Women and the Possibility of Change: Unmodified Feminism Revisited, in: *Canadian Journal of Women & Law*, 5, 463.
- Rosenau, J.N. (1992): Governance, Order, and Change in World Politics, in: Rosenau, J. N.; Czempiel, E.-O (eds.), *Governance without Government: Order and Change in World Politics* 1.
- Safa, H. I. (1995): *The Myth of the Male Breadwinner: Women and Industrialization in the Caribbean*.
- Sassen, S. (1988): *The Mobility of Labor and Capital: A study in International Investment and Labor Flow*.
- Sassen, S. (1994): *Cities in a World Economy*.
- Sassen, S. (1994a): The Informal Economy – Between New Developments and Old Regulations, *Yale Law Journal* 103, 2289.
- Sassen, S. (1996): *Losing Control? Sovereignty in an Age of Globalization*.
- Smith, J.; Wallerstein, I. (eds.) (1992): *Creating and Transforming Households: The Constraints of the World Economy*.
- Soysal, Y. (1994): *Limits of Citizenship: Migrants and Postnational Membership in Europe*.
- Stark, B. (1993): The 'Other' Half of the International Bill of Rights as a Postmodern Feminist Text, in: *Dallmeyer* (1993).
- Tinker, I. (ed.) (1990): *Persistent Inequalities: Women and World Development*.
- Ward, K. (ed.) (1990): *Women Workers and Global Restructuring*.
- Williams, J. (1996): Restructuring Work and Family Entitlements Around Family Values, *Harvard Journal of Law & Public Politics* 19, 753.

Bang-Soon Yoon

Koreanische Frauen in der globalen Ökonomie Industrialisierung und Geschlechterpolitik in Südkorea

1. Einleitung

Der Begriff »Globalisierung« oder *segaewha* tauchte in der südkoreanischen Politik erstmals Anfang der neunziger Jahre auf, als die von Young-Sam Kim geführte Regierung (1993-1998) ihn als Schlagwort ihrer Politik übernahm. Seitdem erscheint *segaewha* überall in Südkorea, beispielsweise im Rahmen staatlicher Politik, im Erziehungswesen und in der Wirtschaft. Auch zu verschiedenen Wirtschaftsböcken und internationalen Organisationen hat Kim die Beziehungen. Versteht man unter »globaler Ökonomie« eine Weltwirtschaft, die durch Freihandel, offene Märkte, einen geringen Einfluß neo-merkantilistischer Staaten und die Entstehung transnationaler Steuerungsmechanismen charakterisiert wird, dann ist Südkorea erst vor kurzem zu einem Akteur innerhalb einer solchen globalen Wirtschaft geworden. Bis zum Dezember 1997, als der IWF zusätzliche Kredite bereitstellte, zeichnete sich Südkoreas Außenwirtschaftspolitik durch ein hohes Maß an staatlicher Regulierung aus und war nur zu einem geringen Grad an den marktwirtschaftlichen Prinzipien einer globalen Wirtschaft orientiert. Eine weitgefaßte Definition von »globaler Ökonomie« schließt aber auch das Konzept einer Internationalisierung der Wirtschaft mit ein und berücksichtigt, daß sich das globale Wirtschaftssystem aus dem internationalisierten Wirtschaftssystem entwickelt hat (vgl. Baylis/Smith 1997). Auf der Grundlage dieser breiteren Definition globaler Ökonomie untersucht der vorliegende Aufsatz die Auswirkungen der südkoreanischen Industrialisierung auf die Erwerbstätigkeit von Frauen im formellen Wirtschaftssektor. Dabei wird der Zeitraum von den frühen sechziger Jahren, als Südkorea begann, sich in die internationale Ökonomie zu integrieren, bis zur Gegenwart betrachtet.

Sowohl die im letzten Herbst zutage getretene Finanzkrise Südkoreas als auch die notwendig gewordenen Unterstützungsmaßnahmen des IWF machten deutlich, wie eng Südkorea mit dem globalen Wirtschaftssystem verknüpft ist und wie sensibel es auf dessen Veränderungen reagiert. Daß

mit dem IWF zum ersten Mal globale Steuerungsinstitutionen in Südkorea aktiv wurden, wirkte sich unmittelbar auf die Erwerbstätigkeit von Frauen und die Geschlechterverhältnisse in der südkoreanischen Gesellschaft aus. Mit den vom IWF vorgegebenen Kriterien niedriger Wachstumsraten und Transparenz auf den Finanzmärkten kam es in allen Sektoren zu Entlassungen. Ende Februar 1998 hatte die Arbeitslosenrate mit 5,9% ihren höchsten Stand seit 1986 (6,7%) erreicht. Binnen zwei Monaten nach Eingreifen des IWF erhöhte sich die Zahl der Arbeitslosen um 570.000, die Arbeitslosigkeit stieg insgesamt auf 1,23 Millionen an (*The Digital Chosun Ilbo*, 26. März 1998). In einer solchen ökonomischen Krisensituation sind verheiratete Frauen als erste von Entlassungen betroffen. In den Medien tauchte daher der Begriff »IWF-Jungfrauen« auf, der sich auf erwerbstätige Frauen bezieht, die verheiratet sind, ihre Ehe vor dem Arbeitgeber aber geheimhalten oder die unverheiratet sind und eine geplante Ehe aufschieben (*The Hankook Ilbo*, 19. März 1998). Eine »IWF-Jungfrau« hofft darauf, nicht entlassen zu werden. Auch die Beschäftigungsstruktur im letzten Quartal des Jahres 1997 zeigt eine geschlechtsspezifische Entwicklung: Die Anteil der Männer an der Zahl der Beschäftigten betrug 50% und ist damit um 0,5% gesunken, während der Anteil der Frauen um 0,4% zugenommen hat. Die Zunahme weiblicher Beschäftigung erfolgte aber ausschließlich bei den Teilzeittätigkeiten und vorrangig im Dienstleistungssektor. Der Arbeitsplatzverlust der Männer hingegen betraf die Vollzeitarbeitsplätze (*Korea Working Women's Network* 1988, 8). Um die durch Arbeitslosigkeit und ökonomische Probleme geschwächte Selbstachtung der Männer wieder aufzubauen, wurde in der Öffentlichkeit eine umfangreiche Kampagne gestartet, die eine geschlechterpolitische Aussage macht: Männer sind die zentralen Akteure der Wirtschaft, Frauen haben dagegen nur die Aufgabe, die Männer zu unterstützen oder zur Leistung zu animieren.

In Studien, die sich mit dem Verhältnis von Industrialisierung und der Erwerbstätigkeit von Frauen befassen, wird argumentiert, daß die Industrialisierung keineswegs als geschlechtsneutraler Prozeß zu betrachten sei. Männer würden nicht nur bei der Einstellung und bei Fortbildungsmaßnahmen bevorzugt, sondern Einkommen und Status seien zwischen den Geschlechtern generell ungleich verteilt (vgl. u.a. Boserup 1970, Charlton 1984, Joekes 1987, Tinker 1990, Grant/Newland 1991, Peterson/Runyun 1993, Bakker 1994). Bislang hat sich die Forschung, die sich mit dem Zusammenhang von Industrialisierung und der Erwerbstätigkeit von Frauen im formellen Wirtschaftssektor auseinandersetzt, fast ausschließlich mit den gering entlohnten, im Produktionssektor beschäftigten Fließbandarbeiterinnen befaßt. Zahlreiche Studien, die sich mit der Arbeitssituation südkoreanischer Frauen befassen, folgen diesem Untersuchungsmuster (Cho 1988, Park 1995, Moon 1994, Nam 1994). Zentraler Untersuchungs-

Tabelle 1: Die koreanische Wirtschaft 1962-1997

	1962	1970	1980	1990	1995	1997
Bruttosozialprodukt (in Mrd. \$)	2,3	8,1	60,5	242	452	442,6
BSP pro Kopf (in \$)	87	252	1.592	5.659	10.976	9.511
Wachstumsrate (in %)*	8,9	8,9	8,3	7,7	9,3	5,5
Exporte (in Mrd. \$)	0,05	0,84	17,5	65	125	
Primärgüter (in %)	72,3	16,8	10,0	6,1	4,9	
Leichtindustrie (in %)	27,2**	83,2**	48,4	38,7	22,5	
Schwerindustrie (in %)	---	---	41,6	55,2	72,6	
Importe (in Mrd. \$)	0,42	1,98	22,3	69,8	135	
Konsumgüter (in %)	23,6	22,4	12,0	53,9	50,0	
Kapitalgüter (in %)	22,4	34,7	23,0	36,4	39,8	
Industrielle Struktur (in %)						
Primäre Sektor	37,0	26,6	14,7	8,7	7,0	
Sekundärer Sektor	16,4	22,5	29,7	29,7	27,2	
Tertiärer Sektor	46,6	50,9	30,5	61,6	65,8	
Arbeitslosenrate (in %)	8,2***	4,4	5,2	2,4	2,0	

* Mit Ausnahme von 1995 und 1997 Durchschnittsraten der Dekade.

** Summe von leicht- und schwerindustriellen Exporten

*** Diese Zahl stammt von 1963.

Quellen: Chung Eui Yong: Korea's Economy and its Role in Multilateral Fora, in: Joint U.S.-Korea Academic Studies, Vol. 7, 1997, p. 276; The Korea Herald, March 18, 1998; Digital Chosun Ilbo: English Edition, March 19, 1998.

gegenstand sind daher unqualifizierte Frauen mit niedrigem Bildungsniveau, deren Arbeitsleistung im Industrialisierungsprozeß benötigt wird, die aber auch mit Marginalisierungsproblemen zu kämpfen haben, wie ein niedriges Lohnniveau, berufsbezogene Diskriminierung, kaum vorhandene Fortbildungsmöglichkeiten, das Fehlen jeglicher Entscheidungsgewalt und ausbeuterische Arbeitsbedingungen. In der Literatur zu diesem Thema wird jedoch die Ausgrenzungspolitik, die Frauen aus unterschiedlichen Gründen systematisch vom Arbeitsmarkt ausschließt, nicht berücksichtigt. Der Einschluß bzw. Ausschluß vom Arbeitsmarkt hat in Südkorea jedoch eine zentrale soziale Bedeutung.

Die rasante Industrialisierung hat die südkoreanische Gesellschaft nachhaltig verändert. Wie Tabelle 1 zeigt, hat sich Südkorea von einem armen Land mit einem BSP pro Kopf von 87 \$ im Jahr 1962 zu einem Land mit mittlerem Einkommensstatus und einem BSP pro Kopf von 10.976 \$ im Jahr 1995 entwickelt. In den vergangenen Jahren ist die südkoreanische

Wirtschaft zur elftstärksten Wirtschaft der Welt aufgestiegen. Das Handelsvolumen hat sich enorm vergrößert. Allein das Exportvolumen ist von 5 Millionen Dollar (1962) auf 125 Milliarden Dollar (1995) angewachsen. Aufgrund der momentanen Wirtschaftskrise und der Auslandsschulden, die sich im Januar 1998 auf 151,2 Milliarden Dollar beliefen (*Choson* 9. März 1998), setzt Südkorea nun noch mehr auf den Export, wodurch die exportorientierte Industrialisierung weiter vorangetrieben wird. In den letzten dreieinhalb Jahrzehnten hat Südkorea zudem einen sektoralen Strukturwandel erlebt. Der Anteil des primären Sektors ist drastisch zurückgegangen (von 37% im Jahr 1962 auf 7% im Jahr 1995); der sekundäre Sektor ist von 16,4% (1962) auf 27,2% (1995) expandiert und der tertiäre Sektor ist von 46,6% (1962) auf nahezu 66% (1995) der Gesamtwirtschaft angestiegen.

Durch Südkoreas schnelle Industrialisierung haben sich auch die sozioökonomischen Bedingungen für Frauen gravierend verändert. So ist die Quote erwerbstätiger Frauen sprunghaft angestiegen und die Anzahl der Frauen, die eine höhere Schulbildung anstreben, in die Höhe geschneilt. Zugleich ist der Dienstleistungssektor, in dem zahlreiche Frauen eine Beschäftigung fanden, merklich expandiert. Darüber hinaus hat die Erwerbstätigkeit von verheirateten Frauen stark zugenommen. Die Erwerbstätigkeit von Frauen war erstmals in den 60er Jahren stark angestiegen, als Südkorea seinen aggressiven Industrialisierungsprozeß auf den Weg gebracht hatte. Seitdem hat die weibliche Beschäftigung linear zugenommen: Die Beschäftigungsrate von Frauen, die älter als fünfzehn Jahre sind, ist von 36,3% (1963) auf 48,7% (1996) gleichbleibend angestiegen. Bildungsgrad und Familienstand haben sich als wichtige Kriterien erwiesen, die Frauen den Zugang zum formellen Sektor des Arbeitsmarktes ermöglichen oder sie von diesem ausschließen. Unter Bildungsgesichtspunkten haben von Südkoreas extrem wachstumsstarker Ökonomie insbesondere Frauen mit geringem Bildungsniveau profitiert, wohingegen Frauen mit höherer Bildung (zwei Jahre College und mehr) sich begrenzten Arbeitsmöglichkeiten gegenübersehen. Dieses Phänomen impliziert, daß Frauen ihre höhere Bildung auf dem Arbeitsmarkt nicht unmittelbar verwerten können, was dazu führen müßte, daß weniger Frauen eine höhere Bildung anstreben. Das Gegenteil ist jedoch eingetreten. Nicht nur, daß die Präsenz von Frauen im höheren Bildungsbereich erheblich zugenommen hat, die Quote der Frauen, die sich für einen höheren Schulabschluß entscheiden, liegt sogar über der der Männer: Zwischen 1980 und 1995 ist der prozentuale Anteil der Frauen (an der Gesamtbevölkerung), die ein College oder eine Universität besuchten, von 3,5% auf 12,5% angestiegen (ein 3,6facher Anstieg), während sich der Anteil der Männer von 12% auf 25,7% erhöht hat (lediglich ein 2,1facher Anstieg) (KWDI 1997: 84). Betrachtet man den Familienstand der beteilig-

ten Frauen, dann waren junge, ledige Frauen in der Anfangsphase der südkoreanischen Industrialisierung (60er und frühe 70er Jahre) von großer Bedeutung. Verheiratete Frauen begannen erst ab Mitte der siebziger Jahre allmählich in den Arbeitsmarkt einzutreten. Seit den achtziger Jahren ist die Beschäftigungsrate verheirateter Frauen kontinuierlich gestiegen, so daß diese Mitte der neunziger Jahre fast die Hälfte aller erwerbstätigen Frauen ausmachen: 40,4% im Jahr 1980 beziehungsweise 48,5% im Jahr 1996. Berücksichtigt man nun den Bildungsgrad der Frauen, dann zeigt sich, daß die Beschäftigungsrate bei den Frauen mit College-Ausbildung wesentlich niedriger als bei denjenigen ohne College-Ausbildung (KWDI 1997: 129). Das südkoreanische Wachstumsmodell ist durch drei Charakteristika gekennzeichnet: Eine exportorientierte Industrialisierungsstrategie, ein staatszentriertes Entwicklungsmodell und um Großkonzerne (*chaebols*) zentralisierte Industrien. In diesem Artikel soll nun der Frage nachgegangen werden, in welchem Zusammenhang diese Charakteristika mit der Beschäftigungsstruktur südkoreanischer Frauen stehen.

2. Strukturen weiblicher Erwerbstätigkeit

Die südkoreanische Industrialisierung hat Frauen aus unterschiedlichen sozialen Gruppen ungleiche Beschäftigungschancen eröffnet: Alter, Bildungsgrad und Familienstand sind hierbei die Determinanten. Betrachtet man die verschiedenen Altersgruppen (siehe Tabelle 2), wird deutlich, daß junge Frauen (zwischen 15 und 19 Jahren) in der frühen Phase der Industrialisierung stark auf dem Arbeitsmarkt vertreten waren: 37,2% dieser Altersgruppe im Jahr 1963 und 44,1% im Jahr 1970. Die Beschäftigungsquote dieser Gruppe weist 1980 einen graduellen und in den 90er Jahren einen extremen Rückgang auf. Im Gegensatz dazu hat die Erwerbstätigkeit älterer Frauen, besonders derjenigen zwischen 35 und 54 Jahren, in den achtziger Jahren sichtbar zugenommen. Der Bildungsgrad erwerbstätiger Frauen hat sich ebenso signifikant verändert. 1960 verfügten ca. 95% von ihnen lediglich über eine elementare schulische Ausbildung. 3% der Frauen besaßen einen mittleren und 2% einen höheren Schulabschluß. Nur 0,2% hatten ein College besucht. In den letzten drei Jahrzehnten hat sich die Lage drastisch verändert. In der ersten Hälfte des Jahres 1996 verfügten 9,7% aller beschäftigten Frauen lediglich über die schulische Elementarausbildung, dagegen besaßen 17,8% eine mittlere und 52,8% eine höhere Schulbildung. 19,5% von ihnen hatten einen College-Abschluß (davon hatten 11% ein Zweijahres- und 8,5% ein Vierjahres-College besucht) (MOL 1997: 190f). Diese Zahlen liegen jedoch weit hinter dem Bildungsstand der weiblichen Gesamtbevölkerung zurück. Im Jahr 1966 besuchten 36,8% aller Frauen eine mittlere, 33,6% eine höhere Schule und 33,4% eine Universität.

Tabelle 2: Erwerbsquote der einzelnen Altersklassen 1963-96

		1963	1970	1980	1990	1996
Männl.	Gesamt	76.4	75.1	73.6	73.9	76.1
Alter	15-19	50.9	47.3	27.3	10.7	8.7
	20-24	78.9	77.3	76.5	59.9	58.2
	25-29	91.8	92.1	95.1	91.7	88.5
	30-34	94.6	95.6	97.6	97.2	97.0
	35-39	94.1	95.9	97.2	96.9	86.8
	40-44	93.4	95.2	96.1	95.7	96.8
	45-49	92.0	93.2	94.3	94.1	95.3
	50-54	86.8	87.8	90.5	90.6	91.7
	55-59	78.4	77.1	80.1	83.6	83.7
	ab 60	40.6	40.4	45.1	50.1	54.5
	Weibl.	Gesamt	36.3	38.5	41.6	47.0
Alter	15-19	37.2	44.1	34.4	18.6	13.6
	20-24	43.4	47.1	53.5	64.5	66.0
	25-29	36.2	34.6	32.0	42.8	51.1
	30-34	39.2	38.3	48.0	49.6	49.1
	35-39	41.6	42.7	53.0	58.0	60.1
	40-44	48.4	47.0	56.7	60.5	65.6
	45-49	44.9	46.5	57.3	63.9	62.2
	50-54	38.5	41.2	54.0	60.0	57.2
	55-59	32.5	37.1	46.2	54.4	53.3
	ab 60	10.7	14.7	16.9	26.5	29.3

Quelle: KWDI, Statistical Yearbook on Women, 1997, S.132-134; Moo Ki Bai & Woo Hyun Cho, Women's Wages and Employment in Korea, Seoul: Seoul National University, 1995, S.18.

Diese Situation hat sich 1990 noch weiter verbessert: Frauen machten nahezu die Hälfte der Besucher mittlerer (48,7%) und höherer Schulen (47%) aus. 35,6% der an den Universitäten eingeschriebenen Studenten waren weiblich (Bai/Cho 1995: 23). Das Bildungsniveau hat sich bei beiden Geschlechtern, jedoch besonders bei den Frauen, erheblich erhöht. Im Jahr 1997 besuchte praktisch jedes Mädchen eine mittlere und höhere Schule. 50,9% von ihnen absolvierten eine College-Ausbildung. Während der durchschnittliche Schulbesuch von Frauen 1970 4,7 Jahre betrug, hat er sich 1990 auf 9,26 Jahre erhöht (KWDI 1995: 13; KWDI 1997: 77). Es stellt sich daher die Frage, wie die Bildungsdiskrepanz, die sich zwischen erwerbstätigen Frauen und der weiblichen Gesamtbevölkerung auftut, erklärt werden kann. Diese Diskrepanz wird nachvollziehbar, wenn man die Tätigkeiten berücksichtigt, die Frauen ausüben, und die Diskriminierungen, denen sie auf dem Arbeitsmarkt ausgesetzt sind.

In den sechziger und siebziger Jahren waren Frauen hauptsächlich als ungelernete Billigarbeitskräfte in der Exportindustrie beschäftigt. Im Jahr

1960, kurz bevor der erste Fünfjahres-Entwicklungsplan für die Wirtschaft (1962-1966) auf den Weg gebracht wurde, waren knapp über zwei Millionen Frauen erwerbstätig, wobei nur 6,3% von ihnen im Produktionssektor beschäftigt waren. Während der exportorientierten Regierungszeit von Chung-Hee Park (1961-1979) ist die Anzahl erwerbstätiger Frauen innerhalb von zwei Jahrzehnten auf über 4,6 Millionen im Jahr 1980 angestiegen. Der Anteil der Arbeiterinnen hat sich im Produktionssektor auf ca. 22% erhöht (Kim et al 1984: 19-21). In diesem Sektor hat sich das Verhältnis zwischen männlichem und weiblichem Beschäftigungsanteil von 73,3% zu 26,7% im Jahr 1960 auf 63,8% zu 36,2% im Jahr 1980 verschoben. Frauen waren dort hauptsächlich als Billiglohnkräfte in der arbeitsintensiven verarbeitenden Industrie beschäftigt. Diese Industrien stellen Textilien und Bekleidung für den Export her, beziehungsweise nehmen die Weiterverarbeitung von Leder und die Veredelung von Metallen vor. Im Jahr 1980 waren 70,7% aller im Produktionssektor beschäftigten Frauen in diesen Industriezweigen tätig (Kim et al 1984: 21). Eine derartige »Feminisierung« der Exportindustrie war das direkte Ergebnis von Südkoreas exportorientierter Industrialisierungsstrategie. Vorrangig junge, ledige Frauen mit geringem Bildungsniveau wurden dabei in den Arbeitsmarkt gezogen. Die Wettbewerbsvorteile, die Südkorea zu jenem Zeitpunkt auf dem internationalen Arbeitsmarkt genoß, sind vor allem auf disziplinierte, kostengünstige und qualifizierte Arbeitskräfte sowie auf eine hohe Produktivität zurückzuführen. Während Südkoreas früher Industrialisierungsphase fand eine Wanderungsbewegung junger Menschen in die Industriestädte statt. Von diesen Migranten wurden bevorzugt Frauen eingestellt, da sie »eine größere Konzentration und Ausdauer haben und sich besser auf die langen Arbeitszeiten an den Fließbändern einstellen können. Weitaus wichtiger ist jedoch, daß Frauen bereit waren, für niedrigere Löhne zu arbeiten« (Cho 1993, 96-97). Wie Tabelle 3 zeigt, wurden in der verarbeitenden Industrie primär Frauen eingestellt, da diese einerseits bereit waren, längere Arbeitszeiten in Kauf zu nehmen als Männer. Andererseits akzeptierten Frauen ein Gehalt, das unter der Hälfte des Gehalts ihrer männlichen Kollegen lag (42,25% im Jahr 1975 und 44% im Jahr 1982). Ältere und verheiratete Frauen waren in diesen Tätigkeitsfeldern unerwünscht, da ihnen andere geschlechtsbedingte Rollen zugewiesen werden. Aufgrund der Tatsache, daß Südkorea auf dem internationalen Arbeitsmarkt hauptsächlich über seine niedrigen Lohnkosten konkurriert, paßten Frauen mit höherem Bildungsgrad und einem damit verbundenen höheren Gehaltsniveau nicht auf den Arbeitsmarkt. Diese Feststellung wird dadurch untermauert, daß der geschlechtsbedingte Einkommensunterschied bei den Angestelltenberufen geringer ausfällt. In Verwaltung und Management verdienten Frauen 97,6% (1985) bzw. 83,5% (1996) des Gehalts ihrer männlichen Kollegen (KWDI

1997: 202f). Damit liegen sie wesentlich näher am Verdienst der Männer als unqualifizierte Fabrikarbeiterinnen mit 44% (1982) und 53,6% (1996).

Tabelle 3: Monatliche Arbeitsstunden und Einkommen von Männern und Frauen

		Betriebe insgesamt	Verarbeitende Industrie
Monatliche Arbeitsstunden			
1975	Männer	218	227
	Frauen	224	227
1982	Männer	228,9	238,1
	Frauen	237,8	243,6
1996	Männer	209,4	213,1
	Frauen	200,7	209,6
Monatliches Einkommen (in Won)			
1975	Männer	60.319	54.840
	Frauen	25.465 (42,22%)*	23.171 (42,25%)
1982	Männer	309.247	271.511
	Frauen	135.979 (43,97%)	119.443 (43,99%)
1996 **	Männer	1.525.000	1.356.000
	Frauen	907.000 (59,6%)	727.000 (53,6%)

Quelle: Kim, Soo-Kon et al., *Analysis of Korean Women's Labor Force Participation Factors* (Seoul: KDI, 1984) p. 35 and Ministry of Labour, *1997 Yearbook of Labour Statistics* (Seoul: MOL 1997) pp. 254-256 & 302-310.

* % repräsentiert den prozentualen Anteil am Lohn der Männer.

** KWDI, *1997 Statistical Yearbook on Women* (Seoul: KWDI, 1997) p.124 & p.201

Nachdem die südkoreanische Wirtschaft einen sektoralen Strukturwandel durchlaufen hatte, wurde die Beschäftigung von jungen ledigen Frauen als Billigarbeitskräfte in der Exportindustrie Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre weiter ausgebaut. Dies zeigt eine Untersuchung, die 1991 bei Industrieunternehmen im Raum Seoul durchgeführt wurde. Frauen sind mit größerer Häufigkeit als Männer in kleinen und mittelständischen Niedriglohnunternehmen der Exportindustrie beschäftigt. 70,7% der Arbeiterinnen sind ledig, während nur 38% der Arbeiter ledig sind; 93,3% der Arbeiterinnen haben eine mittlere Schulbildung; nur 6,7% der Arbeiterinnen, aber 37,5% der Arbeiter haben eine höhere Bildung (Bai/Cho 1995: 62-73). Auch Mitte der neunziger Jahre besteht der Einkommensunterschied zwischen den Geschlechtern fort: Im Jahr 1996 verdienten Frauen unter Berücksichtigung aller Industriezweige nur 59,6% des Gehalts der Männer beziehungsweise 53,6% in der verarbeitenden Industrie. Südkoreanische Frauen haben nicht nur generell längere Arbeitszeiten als Männer,

sondern wie die International Labor Organization (ILO) festgestellt hat, haben sie die längsten Arbeitszeiten aller untersuchten Länder.

3. Familienstand und Bildung: Determinanten bei der Beschäftigung von Frauen

Die Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen hat aus zwei Gründen deutlich zugenommen: Zum einen sollte der Arbeitskräftemangel in der Exportindustrie behoben werden. Zum anderen stellten verheiratete Frauen billige Arbeitskräfte dar. Als sich Südkoreas wirtschaftliche Lage in den siebziger Jahren stabilisiert hatte, entschieden sich junge Frauen vom Lande und aus den innerstädtischen Armutsvierteln – das »Fußvolk« der südkoreanischen Exportindustrie – verstärkt für eine bessere Schulausbildung. Hierdurch kam es zu einem zahlenmäßigen und prozentualen Anstieg der Besucherinnen mittlerer und höherer Schulen: 1970 besuchten 38,6% der Mädchen eine mittlere und 36,8% eine höhere Schule. 1980 waren es 47,9% und 42,7%. Außerdem ist der Bevölkerungsanteil der 15- bis 25-jährigen zurückgegangen. Aufgrund Südkoreas hoher Geburtenrate in der Periode nach dem Korea-Krieg zwischen 1955 und 1960 hatte es in den siebziger Jahren ein übermäßiges Angebot an jungen Arbeiterinnen gegeben. Die staatlich stark geförderte Geburtenkontrolle in den sechziger und siebziger Jahren hat dazu geführt, daß der Bevölkerungsanteil dieser Altersgruppe merklich zurückgegangen ist. Schulbesuch und Bevölkerungsrückgang haben Ende der siebziger und in den achtziger Jahren zu dem Problem geführt, daß nicht mehr genügend Arbeitskräfte zur Verfügung standen. Davon waren primär die »weiblichen Arbeitsfelder« im Produktionssektor betroffen, vor allem die Textil-, Bekleidungs- und Gummiindustrie. Der Arbeitskräftemangel ist in der Textilindustrie kontinuierlich angestiegen von 6% im Jahr 1980 auf 14% im Jahr 1987 (Cho 1993 103).

In dieser Situation eines ungedeckten Bedarfs an Arbeitskräften kamen verheiratete Frauen auf den Arbeitsmarkt. Sie wurden verstärkt eingestellt, da ihre Beschäftigung mit geringeren Lohnkosten verbunden war. Der Lohn verheirateter Frauen lag nur bei etwa 52% des Lohns verheirateter Männer, während ledige Frauen immerhin 71% des Lohns lediger Männer erreichten (Park 1995, 749). Insgesamt hat die wirtschaftliche Situation es ermöglicht, daß verheiratete und ältere Frauen vorrangig im Niedriglohnssektor der Exportindustrie eine Erwerbstätigkeit aufnehmen konnten. Dies hat jedoch nicht dazu geführt, daß sich die kulturelle Wahrnehmung der Erwerbstätigkeit von Frauen und deren sozialer Rolle in Familie, Ausbildung oder bei der Karriere verändert hat. Die Aufnahme verheirateter Frauen als Arbeitskräfte im Produktionssektor bestätigt die traditionelle Definition weiblicher Erwerbsarbeit als einer temporären Arbeitskraftreserve, die

je nach ökonomischem Bedarf leicht zu mobilisieren ist und wieder entlassen werden kann. Bevor das Problem eines Arbeitskräftemangels aufgetreten war, hatte es im Produktionssektor kaum Nachfrage nach verheirateten Frauen gegeben.

Im primären Sektor führte das Fehlen staatlicher Anreize und die starke Migrationsbewegung in die Städte, die während Südkoreas früher Industrialisierungsphase vonstatten gegangen war, zu dessen Niedergang. Der Arbeitskräftemangel wurde kompensiert, indem vermehrt verheiratete, ältere Frauen aus dem unbezahlten Haushaltssektor in diesem Bereich tätig wurden. In den siebziger Jahren waren beispielsweise 76,8% der in der Landwirtschaft und Fischereiindustrie beschäftigten Frauen unbezahlte Familienarbeitskräfte. 87,8% dieser Frauen waren verheiratet (Kim 1986, 117). Der Frauenanteil an den Beschäftigten im primären Sektor war parallel zum Produktionssektor zwischen 1960 und 1980 von 30,4% auf 45% angestiegen. Ironischerweise ist dieses Phänomen die Kehrseite der Medaille der südkoreanischen Industrialisierung. Während eine schnelle Industrialisierung und die Steigerung des Exports nationale Schlagwörter waren, wurde der primäre Sektor von der südkoreanischen Regierung vernachlässigt; in ihn wurde wenig investiert. Allerdings spielten Landwirtschaft und Fischerei, wo zahlreiche verheiratete und ältere Frauen beschäftigt waren, eine wichtige Rolle bei der Industrialisierung: sie produzierten billige Nahrungsmittel, die benötigt wurden, damit die Löhne in der Industrie niedrig genug bleiben konnten, um im internationalen Wettbewerb mithalten zu können. Die unbezahlte Haushaltsarbeit, die von Bäuerinnen geleistet wurde, war daher von zentraler Bedeutung für diese Form der Industrialisierung.

Auch im tertiären Sektor spielt der Familienstand der Frauen eine entscheidende Rolle für ihre Erwerbstätigkeit. Eine der wichtigsten Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte war die sogenannte »Feminisierung der Büroarbeit«: 1996 waren 57% der Beschäftigten in Büros, Dienstleistungsunternehmen und im Verkauf weiblich. Eine große Zahl der hier arbeitenden Frauen ist verheiratet und hat Teilzeitarbeitsplätze oder ist nur temporär beschäftigt. Dieser neue Trend in der Frauenerwerbstätigkeit reflektiert kulturelle Veränderungen: Hohe Ausbildungskosten der Kinder (vor allem private Vorbereitungen für die Aufnahmeprüfungen an den Colleges) führen dazu, daß auch verheiratete und ältere Frauen eine Beschäftigung suchen. Allerdings werden Stellen eher mit ledigen Frauen besetzt, die dann oft gezwungen werden, eine Vereinbarung zu unterschreiben, in der sie sich zur Kündigung bereit erklären, wenn sie heiraten. Keinem Mann wird am selben Arbeitsplatz ein solcher Vertrag zugemutet. In einer Gerichtsentscheidung aus den 80er Jahren wurde im Falle einer Versicherungsgesellschaft das »Kündigungsalter« der weiblichen Beschäftigten auf 25 festgesetzt, da in Südkorea Frauen üblicherweise mit

in Südkorea Frauen üblicherweise mit 26 Jahren heiraten (nach Protesten von Frauen- und Menschenrechtsorganisationen wurde dieses Urteil in einer höheren Instanz allerdings aufgehoben). Ähnliche Praktiken gab es auch in anderen Branchen mit einem hohen Frauenanteil, sie wurden erst Ende der 80er Jahre durch ein entsprechendes Gesetz unterbunden.

Gerät die Ökonomie in eine Krise, sind die Arbeitsplätze verheirateter Frauen noch weit mehr gefährdet. Dies zeigt sich auch in der gegenwärtigen Finanzkrise Südkoreas. Der IWF vergab zwar kurzfristige Kredite, allerdings wurde die Regierung zu weitgehenden Deregulierungen des Handels und des Finanzsektors gezwungen, die gesamte Ökonomie wurde »globalisiert«. Die geschlechtsspezifischen Aspekte dieser Entwicklung zeigen sich schon und zwar vor allem bei den verheirateten Frauen. Die Arbeitslosigkeit nimmt bereits zu, und massive Entlassungen stehen noch bevor. Im Januar stieg die Zahl der Arbeitslosen täglich um 10.000 (*Digital Chosun Ilbo*, 27.2.1998). Die lokalen Massenmedien sind voll von den Sorgen der männlichen »Ernährer« und ihrer schwindenden männlichen Autorität. Insofern die Zahl der Frauen mit Vollzeitarbeitsplätzen relativ gering ist (1996 waren es 29% der weiblichen Beschäftigten), sind die Auswirkungen der IWF-Politik für die männlichen Erwerbstätigen dramatischer. Allerdings gilt in allen Branchen bei Entlassungen »Frauen zuerst«, wobei vor allem die verheirateten Frauen betroffen sind. Frauen mit Kindern und Frauen aus Doppelverdienerhaushalten stehen ganz oben auf der Liste der zu Entlassenden. Allerdings gibt es bisher noch keine zusammenfassenden Daten über die geschlechtliche Struktur der Entlassungswelle. Im letzten Quartal von 1997 war die Arbeitslosenrate bei Frauen jedoch sieben mal höher als diejenige bei Männern, was teilweise auch dadurch bedingt ist, daß Frauen häufig in kleinen Firmen arbeiten, die vor allem als Subunternehmen tätig sind. Allerdings macht die wachsende Zahl der Klagen, die beim *Korea Working Women's Network* zwischen Dezember 97 und Januar 98 eingegangen sind, die geschlechtsspezifische Diskriminierung überdeutlich, ebenso wie die Geburt der »IWF-Jungfrauen«. Zwar versuchen sowohl die Regierung als auch verschiedene Frauenrechtsgruppen den diskriminierenden Praktiken entgegenzutreten, aber die Effektivität solcher Maßnahmen wird solange gering bleiben, wie die Unternehmen in der Arbeit von Frauen lediglich einen zusätzlichen Faktor sehen, eine Reserve, auf die auch wieder verzichtet werden kann.

4. Der Umgang der Unternehmen mit der Frauenerwerbstätigkeit

Während die Erwerbsmöglichkeiten für verheiratete Frauen ohne höheren Schulabschluß beständig zunahm, blieben Frauen mit einer besseren Ausbildung in den 70er und 80er Jahren aus der südkoreanischen Niedrig-

lohn-Ökonomie weitgehend ausgeschlossen, da ihr Lohnniveau nicht zur Nachfrage paßte. Die Regierung, die sich darum bemühte, junge, fügsame und billige weibliche Arbeitskräfte für die Exportindustrien zu mobilisieren, übergang die Bedürfnisse der Frauen mit besserer Ausbildung. Auch die Einstellungspraxis in den *chaebols*, den wichtigen Großunternehmen Südkoreas, war nicht offen gegenüber diesen Frauen. Die *chaebols*, obwohl zahlenmäßig gering, beherrschen einen großen Teil der Wirtschaft. Mitte der 90er Jahren kontrollierten die 10 größten *chaebols* ca. 60% der gesamten Produktion (Cummings 1997, 330). Bisher beschäftigen die *chaebols* noch nicht viele Frauen. Die meisten Frauen sind in arbeitsintensiven Niedriglohnbereichen beschäftigt (vgl. Bai/Cho 1995).

In den 70er Jahren setzte in der südkoreanischen Wirtschaft ein Restrukturierungsprozeß ein, bei dem das Gewicht von der bis dahin dominierenden Leicht- hin zur Schwerindustrie und zur chemischen Industrie verschoben wurde, die beide kapital- und technologieintensiv sind. Unter dem Druck der Regierung, »strategische« Industrien zu entwickeln (Maschinenbau, Schiffsbau, Elektronik, Petrochemie) wurden die *chaebols*, die auch Handelsgesellschaften gründeten, die von der Regierung mit günstigen Exportkrediten unterstützt wurden, zur führenden Kraft der Wirtschaft.

Mit diesen Verschiebungen in der wirtschaftlichen Struktur veränderte sich auch die Beschäftigungssituation für Frauen. Junge, wenig qualifizierte Frauen, die einst das Rückgrat der Exportindustrien darstellten, wurden unter den neuen Bedingungen teilweise überflüssig. Aber auch die besser ausgebildeten Frauen, denen die spezifischen Qualifikationen fehlten, die von der Schwerindustrie und der Chemischen Industrie erfordert wurden, hatten von der neuen Industriestruktur keine Vorteile. Daher erhöhte sich der Anteil der beschäftigten Männer (vgl. Kim 1984, 124ff).

1970 arbeiteten 80% der berufstätigen Frauen in der Leichtindustrie. Indem die Schwerindustrie und die Chemische Industrie zur industriellen Basis des Landes wurde, entstand ein neuer, auf männliche Beschäftigung zentrierter Kontinent, bei dem Frauen lediglich noch in einigen arbeitsintensiven Bereichen eine Rolle spielten.

In den 80er Jahren stieg dann der Frauenanteil an den Beschäftigten mit einer höheren Ausbildung von 14,1% (1980) auf 26,9% (1994). Allerdings stieg auch die Arbeitslosenrate unter den Frauen mit höherer Ausbildung im selben Zeitraum von 21,7% auf 32,3% (KWDI 1995, 13). Bereits seit den 70er Jahren hatte sich die Ausbildung der Frauen erheblich verbessert, was sich vor allem auch in einer erheblichen Zunahme weiblicher Studierender ausdrückte. Wie ist es aber nun zu erklären, daß viele der gut ausgebildeten Frauen arbeitslos sind? Zwei Gründe sind dafür ausschlaggebend: zum einen paßte die gewählte Ausbildung oft nicht zu den Anforderungen des Marktes, zum anderen gibt es eine erhebliche geschlechtsspezifische Diskriminierung.

In den letzten 15 Jahren gehörten vor allem Geistes- und Sozialwissenschaften, sowie pädagogische und künstlerische Fächer zu den bevorzugten Studiengebieten der Frauen, während männliche Studenten naturwissenschaftliche Fächer sowie Ökonomie und Management bevorzugten. Die von den Frauen gewählten Studienfächer erweisen sich auf dem Arbeitsmarkt als erhebliches Handicap. Allerdings besitzt in der konfuzianischen Tradition Südkoreas höhere Bildung einen eigenen Wert und sie ist ein ganz entscheidendes Mittel zum sozialen Aufstieg. Die verbesserte Ausbildung der Frauen ist daher auch ein Resultat davon, daß mit der Erhöhung des Lebensstandards Bildung eine größere Bedeutung erhielt.

Allerdings ist die hohe Arbeitslosenrate unter gut ausgebildeten Frauen auch ein Produkt des in hohem Maße diskriminierenden Umgangs der Unternehmen mit der Erwerbstätigkeit von Frauen. Das Stereotyp von Frauenarbeit als einer bloß zusätzlichen und zeitweisen Beschäftigung bringt Frauen häufig in nachteilige Positionen, wenn sie mit Männern konkurrieren müssen. Hinzu kommt, daß es für Frauen auch nicht im selben Maße »Beziehungsnetzwerke« gibt wie für Männer. In der südkoreanischen Gesellschaft spielen solche Netzwerke, die sich über Familienbeziehungen, religiöse Organisationen, den Militärdienst etc. herstellen, eine wichtige Rolle im Wirtschaftsleben, um Kredite zu erhalten oder im Umgang mit der Bürokratie. Die Bedeutung solcher Netzwerke wurde auch durch verschiedene Studien belegt: in den zehn größten *chaebols* haben 70% der Spitzenmanager Studienabschlüsse der drei am meisten geschätzten Universitäten, die alle auf die Ausbildung von Männern konzentriert sind, obwohl sie in den vergangenen Dekaden auch einen zunehmenden Anteil von Studentinnen aufweisen (vgl. Choi 1993, 300ff). Eine andere Studie stellte bei den 100 umsatzstärksten Firmen fest, daß durchschnittlich 92,5% der Beschäftigten mit Collegeabschlüssen und 61,4% derjenigen mit Oberschulabschlüssen männlich sind (Kim 1997, 33). Die weiblichen Collegeabsolventen werden dagegen in der Büroarbeit und im Verkauf ghettoisiert (vgl. Kim 1990, 202ff).

Mit einer Reihe informeller Regeln sowie spezifischen Tests und Bewertungen gelingt es den Firmen, die gut ausgebildeten Frauen von den besseren Jobs fernzuhalten. Bewerben sich Frauen aber um führende Managementpositionen, unterliegen sie noch ganz anderen Diskriminierungen:

»Wenn sich vor 10 Jahren Frauen für einen Managementposten bewarben, dann wurde bei den Bewerbungsgesprächen eine Frage niemals ausgelassen: wieviel können sie trinken? Denn Geschäftsabschlüsse wurden üblicherweise mit ausgiebigem Alkoholkonsum verbunden, so daß Trinkfestigkeit eine wichtige Qualifikation war. Die Frage wurde aber auch bei Bewerbungen um einen Posten als Abteilungsleiterin gestellt, denn es wurde erwartet, daß ein Chef zur Verbesserung der zwischenmenschlichen Beziehungen mit seinen Mitarbeitern ab und zu trinkt. Heutzutage werden zwar solche Fragen nicht mehr gestellt, allerdings gibt es jetzt eine Reihe von Alternativen. Die Einstellungsgespräche werden gleich in entsprechenden Bars oder auch in Saunas geführt, so daß die Trinkfestigkeit direkt geprüft werden kann.« (Suh 1997)

Der Ausschluß von Führungspositionen bedeutet für die Frauen aber nicht nur, daß sie einen bestimmten Status oder einen Titel nicht erreichen können, er bringt ihnen auch spezifische ökonomische Nachteile. Das Lohnsystem in Südkorea ist recht kompliziert und weist für Manager eine ganze Reihe spezieller Vergünstigungen auf, die zum eigentlichen Gehalt hinzukommen: wie etwa Zuwendungen für die Benutzung eines eigenen Wagens, für die Ausbildung der Kinder, für eine repräsentative Wohnung etc. Präzise Angaben über solche zusätzlichen Zahlungen sind nur schwer zu bekommen, allerdings sind sie eindeutig auf Männer zugeschnitten. Dies zeigt sich insbesondere an den von den Unternehmen übernommenen Kosten für Geschäftsessen und Barbesuche einschließlich der Dienstleistungen der Bardamen.

5. Staatliche Kontrolle weiblicher Arbeitskraft

Im südkoreanischen Entwicklungsmodell spielt der Staat mit seinen Interventionen und Direktiven eine zentrale Rolle (vgl. Yoon 1992; 1992). In den letzten Jahren hat sich die Rolle der Regierung allerdings etwas geändert, da mehr demokratische Elemente in den politischen Prozeß eingeflossen sind und die jetzigen Beziehungen zwischen Staat und Geschäftswelt legen nahe, daß die bisherige Definition des südkoreanischen Modells modifiziert werden muß (Moon 1997). In den früheren Phasen der Industrialisierung diktierte jedoch ein bürokratisch-autoritäres Militärregime jedem Sektor der Gesellschaft seine Politik. Es war die Regierung, die die *chaebols*, eine spezifisch südkoreanische Erscheinung, begünstigte, während die Arbeiter zur selben Zeit unter einer äußerst repressiven Kontrolle standen (Launius 1984; 1991).

Im Gegensatz zu dem üblichen Bild von den asiatischen Frauen, die sich angeblich durch Weiblichkeit, Mütterlichkeit, Passivität und Fügsamkeit auszeichnen, standen die Fabrikarbeiterinnen in Südkorea an der vordersten Front der Arbeiterbewegung. Insbesondere in den 70er Jahren wehrten sie sich gegen schlechte Arbeitsbedingungen (niedrige Löhne, gesundheitliche Gefährdungen am Arbeitsplatz, Verletzung von Menschenrechten) und eine repressive Arbeitspolitik der Regierung. Vor allem junge Fabrikarbeiterinnen in der Exportindustrie engagierten sich und trugen zum Ende des autoritären Militärregimes und der starken Demokratiebewegung in den 80er Jahren bei. Trotz ihrer Rolle als »Soldatinnen des Exports«, wie sie euphemistisch von Regierung und Unternehmern gepriesen wurden, erhielten die jungen Arbeiterinnen einen Lohn, der kaum zum Leben reichte. In den 70er Jahren entsprach ihr täglicher Arbeitslohn etwa dem Preis einer Tasse Kaffee oder Tee in einer Gaststätte (Cumings 1997, 370). Verschiedene in Zusammenhang mit ihrer Arbeit stehende Menschenrechtsverletzungen trie-

ben die gewerkschaftlichen Aktivitäten der Frauen in den 70er Jahren immer wieder an. Dabei wurden sowohl friedliche als auch militante Taktiken angewandt.

Das Militärregime von Chun-Hee Park reagierte mit Zuckerbrot und Peitsche. Das System der »Fabrikschulen« und die Sexualisierung der Kontrolle der Arbeitskräfte illustrieren die Dynamik der exportorientierten Industrialisierung und der Geschlechterpolitik. Als sich Ende der 70er Jahre in der Exportindustrie der Arbeitskräftemangel immer deutlicher bemerkbar machte, boten die Firmen den Arbeitern und Arbeiterinnen eine Reihe von Belohnungen an. So erhielt in der Textilfabrik Dongil jede Arbeiterin ein Eßservice, wenn sie eine neue Arbeiterin mitbrachte, die mindestens sechs Monate beschäftigt blieb (Cho 1993, 1004). Als sich der Arbeitskräftemangel weiter verschärfte, entwickelte die südkoreanische Regierung einen stärkeren Anreiz für junge Mädchen, in den Fabriken arbeiten zu gehen, indem 1976 das »Fabrikschulsystem« eingeführt wurde. Auf dem Fabrikgelände entstanden Mittel- und Oberschulen, die nur von den in der Fabrik Beschäftigten besucht wurden, ein System, das keine Vorgänger hatte. Die Schulen wurden von den Arbeitgebern unterhalten, die dafür steuerliche Vergünstigungen erhielten. Die Schulen boten den normalen Lehrstoff und die üblichen Abschlüsse an, und sie hatten eine eindeutige Zielgruppe: junge Fabrikarbeiter und Fabrikarbeiterinnen in den arbeitsintensiven Exportsektoren.

Die Zahl der Fabrikschulen wuchs von 30 mit 10.000 Schülern im Jahr 1977 auf 175 mit 125.000 Schülern im Jahr 1989. Die Schulen entstanden vor allem im Bereich der Textilindustrie und die überwiegende Zahl der Schüler ist weiblich. Diese Fabrikschulen boten zwar einerseits Ausbildungsmöglichkeiten an, die die Gelegenheit zu einem späteren sozialen Aufstieg beinhaltete und für die harte Arbeit in der Produktion entschädigte, allerdings waren diese Schulen ebenfalls ein wichtiges Mittel, um vor allem die jungen weiblichen Arbeitskräfte von militanten Aktivitäten abzuhalten (Cho 1993). Die Fabrikschulen stellten auch inhaltlich eine Antwort des Managements auf Arbeiterbildungsprogramme dar, die von Kirchengruppen, Collegestudenten und Gewerkschaften entwickelt worden waren, um die Entwicklung des Klassenbewußtseins in der Arbeiterklasse zu unterstützen. In den Fabrikschulen ging es eher um das Gegenteil. Die Kontrolle der Arbeitskräfte in der Exportindustrie und anderen »strategischen« Industrien sowie eine angemessene Versorgung mit Arbeitskräften war für die Stabilität des Regimes, das über keine ausreichende Legitimation verfügte, von entscheidender Bedeutung. Das Fabrikschulsystem wurde dabei gewissermaßen zu einem Instrument der Kooptation, was nicht heißt, daß die Vorteile einer guten Ausbildung gering geschätzt werden sollten.

Seit den 80er Jahren zeigen sich in der südkoreanischen Arbeiterbewegung

neue Entwicklungen. Männliche Arbeiter in der Schwerindustrie und in der Chemischen Industrie erlangten eine zentrale Bedeutung, so daß auch die Aktivitäten in Ausmaß, Militanz, Führung und Organisation »vermännlicht« wurden. Parallel zu den von Männern geführten Aktivitäten entwickelte sich eine Allianz von Intellektuellen und Arbeitern. Vor diesem Hintergrund begannen sowohl männliche als auch weibliche Collegestudenten ihr Studium zu unterbrechen und in den Fabriken zu arbeiten. Ihr Ziel war es, die Entwicklung von Klassenbewußtsein und die gewerkschaftliche Organisation zu unterstützen. Die staatliche Reaktion auf die politischen Aktivitäten der Studenten war durch die Anwendung sexueller Gewalt (Vergewaltigungen, sexuelle Berührungen, Zwang sich zu entkleiden etc.) in hohem Maß geschlechtsspezifisch. Physische Folter ist ein übliches Mittel bei Polizeiverhören, aber sexuelle Gewalt wird nur gegenüber Frauen (Gewerkschaftsaktivistinnen und studentische Aktivistinnen) angewandt. Die Anwendung sexueller Gewalt scheint in den späten 70er Jahren bei verschiedenen Auseinandersetzungen in der Exportindustrie begonnen zu haben (Nam 1994), allerdings drang sie nicht ins öffentliche Bewußtsein – bis zu dem viel Aufsehen erregenden Fall der Studentin In-Sook Kwon im Jahr 1986. Kwon hatte in einer Fabrik gearbeitet, um die dortige Arbeiterbewegung zu unterstützen. Während der polizeilichen Untersuchung ihrer »regierungsfeindlichen Tätigkeiten« wurde sie zum Opfer sexueller Folter durch die Polizei. Die Unterstützung durch Menschenrechtsanwälte und Frauengruppen führte schließlich dazu, daß Kwon aus dem Gefängnis entlassen und der polizeiliche Täter inhaftiert wurde. Anhand dieses Falles entstand dann in der Öffentlichkeit ein Bewußtsein über den Zusammenhang von Staat, sexueller Gewalt und geschlechtsspezifischen Kontrollmechanismen.

6. Folgerungen

Was in diesem Artikel untersucht werden sollte, war die Bedeutung der exportorientierten Industrialisierung Südkoreas für die Beschäftigungssituation der Frauen. Dabei zeigte sich, daß Ehestand und Ausbildung gewichtige Determinanten für den Zugang zu oder den Ausschluß von Beschäftigungsmöglichkeiten darstellen, ebenso wie die Unternehmenspolitik gegenüber der Erwerbstätigkeit von Frauen sowie die staatliche Politik. Mit anderen Worten: die Globalisierung der Weltwirtschaft, die auch einen zunehmenden Einfluß auf den südkoreanischen Entwicklungsweg hat, ist nicht ausreichend, um die Beschäftigungssituation der Frauen und die damit verbundenen Diskriminierungen zu erklären.

Bislang ist die südkoreanische Ökonomie einem neomerkantilistischen Entwicklungsmodell gefolgt. Allmählich kommt es aber zu Veränderungen.

Bereits in den vergangenen Dekaden haben die südkoreanischen Auslandsinvestitionen zugenommen, in den 90er Jahren lagen die südkoreanischen Direktinvestitionen im Ausland sogar über den ausländischen Investitionen in Südkorea. Auch der lokale Finanzmarkt öffnet sich langsam für ausländische Investoren. Unter dem Druck des IWF wird die Öffnung der südkoreanischen Wirtschaft jetzt noch schneller vonstatten gehen und die Regierung wird eine stärker neoliberal orientierte Politik verfolgen. Welche Konsequenzen diese neue Politik für die Beschäftigungssituation von Männern und Frauen haben wird und welche unterschiedlichen Lasten die Geschlechter in Zukunft tragen müssen, ist jetzt noch nicht abzusehen.

Übersetzung aus dem Englischen: Martina Müller

Literatur

- Bai, Mook Ki & Cho, Woo Hyun (1995): *Women's Wages and Employment in Korea*, Seoul: Seoul National University Press
- Bakker, Isabella (ed.) (1994): *The Strategic Silence: Gender and Economic Policy* London: Zed Books Ltd.
- Baylis, John and Smith, Steve (ed.) (1997): *The Globalization of World Politics*, Oxford & New York, Oxford University Press
- Boserup, Ester (1970): *Women's Role in Economic Development*, New York: St. Martin's Press
- Charlton, Sue Ellen M. (1984): *Women in Third World Development*, Boulder & London: Westview Press
- Cho, Seehwa (1993): *Gender, Labor, and Schooling: Factory Schools at Textile Mills in South Korea*, Ph. D. Diss., Univ. of Wisconsin-Madison
- Cho, Un (1988): *Kabujanje wa Kyungje* (Patriarchy and Economy), in: *Hankuk Yoesung Yunku* (Research of Korean Women), Seoul, ROK: Chung Ha, pp. 191-222.
- Choi, Chung-Pyo (ed.) (1993): *Dissolution of Chaebol*, Seoul: Bi-Bong Publishing Co.
- Cumings, Bruce (1997): *Korea's Place in the Sun*, New York: W.W. Norton & Co.
- Fox, Mary Frank (1995): Women and Higher Education: Gender Differences in the Status of Students and Scholars, in: Jo Freeman (ed.), *Women: A Feminist Perspective*, Mountain View: Mayfield Publishing Co.
- Grant, Rebecca & Newland, Kathleen (ed.), (1991): *Gender and International Relations* (Bloomington: Indiana University Press
- Hankuk Kidokkyo Sawhoi Munje Yonkuwon (Korea Christian Social Affairs Research Institute), (ed.), (1987): *Hankuk Sawhoi ui Nodong Tongje* (Labor Control in Korean Society), Seoul, *Minjung Sa*
- Joekes, Susan (1987): *Women in the World Economy*, New York & Oxford: Oxford University Press,
- Kang, Myung-Hun (1996): *The Korean Business Conglomerate: Chaebol Then and Now*, Seoul: Nanam Publishing Co.
- Kim, Byong-suh (1990): Development of Higher Education for Women in Korea: A Struggle for Educational and Occupational Equality, in: Korean Women's Institute, Ewha Women's university, *Gender Division of Labor in the Family and Work*, Seoul
- Kim, Mi-Ak (1993): *Job Application Guide for College Women Students* (Korean) (Seoul: Saenal Publishing Co.
- Kim, Sun-Young (1986): Trend Analysis of Female Labor Force Participation in Korea, in: *Women's Studies Forum*, Seoul: KWDI

- Kim, Soo-Kon et al. (1984): *Analysis of Korean Women's Labor Force Participation Factors* (Korean) Seoul: Korea Development Institute
- Kim, Tae-Hong (1997): *States of the Arts and Suggestion for Reform of Business Firms' Women's Human Resource Management System* (Korean) Seoul: KWDI
- Korea League of Women Voters (1980): *Survey into the Actual Conditions of Female Workers in Korea: Centering Around the Kuro and Kumi Industrial Complexes*, Seoul, ROK
- Korean Women's Development Institute (KWDI) (1997): *Statistical Yearbook on Women 1997* Seoul: KWDI
- Korean Working Women's Network 1997 (Korean) website: <http://www.kwwnet.org>
- 1998 (Korean) IMF's New Liberalism Attack and Employment Issues, pp.1-43.
- KWDI (1995): *Development and Utilization of Women's Labor Force with High Education* Seoul: KWDI
- Launius, Michael (1984): The State and Industrial Labor in South Korea, *Bulletin of Concerned Asian Scholars*, Vol. XVI, No. 4, pp. 2-10
- (1991): State-Labor Relations in Democratizing South Korea, *Pacific Focus*, Vol. VI, Spring, pp. 39-58
- Lee, Kwang-Taik (1989): The Status of Employment Discrimination in Labor Field and Directions for Improvement, in: KWDI, *Debates on the Implementation of Male-Female Equal Employment Law* (Korean), Seoul: KWDI, pp.15-27
- Ministry of Labour (MOL) (1997): *Yearbook of Labour Statistics 1997*, Seoul: MOL
- Moon, Chung-In (1997): Changing Patterns of Business-Government Relations in South Korea, in: Choi, Sang-Yong (ed.), *Democracy in Korea* Seoul: The Korean Political Science Association
- Moon, Seungsook (1994): *Economic Development and Gender Politics in South Korea (1963-1992)*, Ph. D. Diss., Brandeis Univ.
- Nam, Duck-Woo (1998): The Financial Crisis in Korea, in: *Korea Economic Update* Korea Economic Institute of America, Vol. 9, No.1, January, pp. 1-5
- Nam, Jeong-Lim (1994): Women's Role in Export Dependence and State Control of Labor Unions in South Korea, in: *Women's Studies Int. Forum*, Vol. 17, No.1, pp. 57-67
- (1996): Labor Control of the State and Women's Resistance in the Export Sector of South Korea, in: *Social Problems*, Vol. 43, No.3, August, pp. 327-338
- National Statistical Office (NSO) (1997): *Major Statics of Korean Economy 1997. 9*, Seoul: NSO
- Park, Kyung Ae (1995): Women Workers in South Korea: The Impact of Export-Led Industrialization, in: *Asian Survey*, XXXV:8, August, pp. 740-756
- Peterson V.Spike & Runyan, Anne Sisson (1993): *Global Gender Issues* Boulder: Westview press
- Suh, Wha-Sook (1997): The 'Dilemma' of Drinking Place Interview, in: *The Hankuk Ilbo*, November 11
- Tinker, Irene (1990): *Persistent Inequalities*, New York & Oxford: Oxford University Press
- Yoon, Bang-Soon L. (1992): Reverse Brain Drain in South Korea: State-Led Model, in: *Studies in Comparative International Development*, Vol. 27, No. 1
- Yoon, Bang-Soon L. (1992): *State power and public R & D in Korea: A case study of the Korea Institute of Science and Technology*, Ph. D. Diss. Univ. of Hawaii at Manoa

Ingeborg Wick

Frauenarbeit in Freien Exportzonen. Eine Übersicht

Die wirtschaftliche Liberalisierung und der schnelle technologische Wandel sind nach Angaben des ILO-Arbeitsberichts 1997/98 die beiden Hauptgründe für die weltweit zu beobachtenden grundlegenden Umstrukturierungen von Produktion und Erwerbsarbeit, die einerseits Unternehmen einen erheblichen Machtzuwachs bescheren, andererseits ein Anwachsen prekärer Beschäftigungsverhältnisse und des informellen Sektors provozieren (ILO 97/98, 175). Seit den 70er Jahren haben Unternehmen Produktionsstätten zunehmend an diejenigen Zulieferbetriebe auf dem Globus ausgelagert, die die günstigsten Angebote unterbreiteten. Kostenvorteile ergaben sich vor allem in arbeitsintensiven Industrien mit einem niedrigen Qualifikationsniveau der Beschäftigten wie z.B. der Bekleidungsindustrie. Die Internationalisierung der Produktion hat für die Mehrheit der Beschäftigten zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen geführt:

»Frauen stellen (...) das Gros der Arbeitskräfte in den neuen Festungen der internationalen Verflechtung in den Entwicklungsländern dar: dem informellen Sektor, den Freien Exportzonen, der Heimarbeit, sie sind unzumutbaren Arbeitsbedingungen, der Ausbeutung und der ungezügelten gewerkschaftlichen Unterdrückung ausgesetzt. (...) Zunehmend prekäre Beschäftigung und Verschlechterung der Beschäftigungsqualität, instabile und unsichere Einnahmen, Kürzung der Mittel für den sozialen Schutz (...) all dies sind die negativen Folgen der derzeitigen wirtschaftlichen Globalisierung, von denen in erster Linie Frauen betroffen sind.« (David 1996, 5)

Immer mehr Entwicklungsländer spezialisieren sich auf niedrige Arbeitslöhne als komparative Kostenvorteile im Welthandel und als Bestandteil einer neoliberal ausgerichteten Wirtschaftspolitik. Ein zentrales Instrument zur Durchsetzung dieser Politik sind Freie Exportzonen (FEZ). Einen regelrechten Boom erleben diese Steuer- und Zollenklaven in Dritte-Welt-Ländern vor allem seit den achtziger Jahren, als die Verschuldungskrise diese Länder immer stärker zur Umsetzung von Strukturanpassungsprogrammen zwang. Diese Programme zielten vor allem darauf ab, die Märkte der Dritte-Welt-Länder zu deregulieren und deren Binnenmarktorientierung abzubauen.

Seit den Anfängen 1959 sind FEZ Gegenstand einer großen Anzahl von Publikationen und wissenschaftlichen Analysen gewesen (DSE 1977-97).

Auffällig ist dabei ein Mangel an länderübergreifenden, systematischen Untersuchungen von Arbeitsbedingungen. Noch seltener hat die Fachliteratur der Tatsache Rechnung getragen, daß es sich bei der Beschäftigung in FEZ keineswegs zufällig um eine Frauendomäne handelt. Der vorliegende Artikel will einen Beitrag zur Behebung dieses Defizits leisten.

Grunddaten zu FEZ

Nach offizieller ILO-Definition ist eine FEZ

»ein klar begrenzter Industriebereich, der im Zoll- und Handelssystem eines Landes eine Freihandelsklave darstellt, in dem ausländische Industrieunternehmen eine Reihe von steuerlichen und finanziellen Anreizen genießen« (Romero 1995, 247)

FEZ sind – mit einigen unterschiedlichen Ausprägungen – auch bekannt unter den Bezeichnungen »Sonderwirtschaftszonen«, »Freie Produktionszonen«, »Weltmarktfabriken«, Maquiladoras« u.a. (Broscheit et al. 1996, 7). Die vorhandenen statistischen Daten zu FEZ variieren z.T. erheblich aufgrund der jeweils engen oder weiten Auslegung ihrer Definition. Beispielsweise zählen einige Quellen die chinesischen Sonderwirtschaftszonen nicht zu den FEZ (Weltbank 1992, 29-30). Statistische Unterschiede entstehen auch dadurch, daß es mit Singapur, Hongkong oder Sri Lanka jeweils ganze Länder mit FEZ-Status gibt oder auch quer über das gesamte Land verstreute Firmen mit FEZ-Status wie im Falle von Tunesien oder Mauritius. Gemeinsam ist ihnen jedoch die steuerliche und finanzielle Privilegierung von Exportunternehmen. Wie sehen nun diese Vergünstigungen im einzelnen aus?

a) Investoren – im wesentlichen ausländische, aber z.T. auch einheimische – erhalten Steuererleichterungen bis hin zu Steuerbefreiungen; b) die Regierung übernimmt die Bereitstellung von Lagerkapazitäten, Straßen und Wasserversorgung; c) die Regierung subventioniert Strom und Wasser; d) die Investoren können ihre Gewinne frei rücktransferieren; e) auf Importe und Exporte werden keine Zölle erhoben; f) die Regierung setzt bestimmte arbeitsrechtliche Bestimmungen des Landes außer Kraft (Streikrecht o.ä.).

Die Motive von Regierungen zur Einrichtung von FEZ sind vielfältig: Mit dem Angebot von Sonderkonditionen und niedrigen Arbeitslöhnen soll Auslandskapital angelockt werden, durch das die Arbeitslosigkeit gesenkt, Ausbildung und Know-How gefördert, strukturschwache Regionen entwickelt, Devisenbestände aufgebessert und generelle Wachstumsimpulse für die einheimische Wirtschaft gegeben werden sollen (Romero 1995, 248).

Die erste FEZ wurde 1959 in Shannon/Irland eingerichtet. Da dieser Flughafen durch das Aufkommen der Düsenmaschinen für Transatlantikflüge langfristig keine Zukunftsaussichten hatte, richtete die irische Regierung dort eine steuerfreie Produktionszone für Güter mit hoher Wertschöpfung

ein. Zehn Jahre später beschäftigte die FEZ 4750 Personen. Das Beispiel wurde seit den 60er Jahren als Förderungsmaßnahme zu einer exportorientierten Industrialisierung von UNIDO, UNCTAD und Weltbank vor allem Dritte-Welt-Regierungen empfohlen. Bis zu den 70er Jahren blieb die Einrichtung von FEZ in der Dritten Welt eine Ausnahmeerscheinung. Seit Beginn der neoliberalen Offensive Ende der 70er Jahre und insbesondere seit der Umsetzung von Strukturanpassungsmaßnahmen in der Dritten Welt in den achtziger Jahren sind FEZ dort zu einer Massenerscheinung geworden. Der IBFG gibt für 1996 4,5 Mio. Beschäftigte in ca. 500 FEZ in etwa 70 Entwicklungs- und Schwellenländern der Welt an (Marthoz 1996, 10), wobei die bis zu 70 Mio. Beschäftigten in den chinesischen Sonderwirtschaftszonen nicht berücksichtigt sind. Von den 4,5 Mio. FEZ-Beschäftigten arbeiten 3 Mio. in Asien, 1,2 Mio. in Lateinamerika und 250.000 in Afrika.

Die ersten FEZ in Dritte-Welt-Ländern wurden 1965 in Indien, Taiwan, an der mexikanisch-US-amerikanischen Grenze und der Dominikanischen Republik angesiedelt. Rasch folgten FEZ-Gründungen in Südkorea und Mauritius. 1975 wurden 550.000 Beschäftigte in 47 FEZ in 25 Ländern gezählt. Bis 1986 hatte sich deren Zahl auf 1,3 Mio. Beschäftigte in 176 FEZ in 47 Ländern erhöht (ILO 1987, 11). Zwischen 1975 und 1986 hatte sich der Exportwert der FEZ von 150 Mio. US \$ auf 10 Mrd. US \$ erhöht (Brotschiet et al. 1996, 7).

Bis heute herrschen vor allem zwei Industriebranchen in den weltweiten FEZ vor: a) die Textil- und Bekleidungsindustrie und b) die Elektronikindustrie. Obwohl zur Produktionspalette auch Schuhe, Schmuck, Lebensmittel, Spielzeug u.ä. gehören, kann in den meisten Ländern trotz gegenteiliger Diversifikationsbemühungen nationaler Regierungen von der Aufrechterhaltung industrieller Monokulturen gesprochen werden (SADEC-Brief 3/97, 4). Während die FEZ in Südkorea, Taiwan und Malaysia auf Elektronik spezialisiert sind, gilt dies im Falle von Bangladesch, Sri Lanka, Indonesien oder die Dominikanische Republik für die Textil- und Bekleidungsindustrie (Weltbank 1992, 16).

Arbeit in FEZ – eine Frauendomäne

Der Frauenanteil an der Beschäftigung in den Weltmarktfabriken beträgt 70-90% (Weltbank 1992, 24; Marthoz 1996, 47; Romero 1995, 249, Bronkhorst, 18 u.a.). Die besondere Beschäftigtenzielgruppe von FEZ-Unternehmen sind junge Frauen zwischen 15-25 Jahren, die unverheiratet sind und keine Kinder haben. FEZ wurden oft in Regionen mit schlechten Arbeitsmarktstrukturen angesiedelt, in denen junge Frauen zum ersten Mal in ihrem Leben erwerbstätig wurden. (Altenburg/Walker 1995, 104-5; Bronk-

horst, 18) Diese Rekrutierungspolitik ist für die FEZ-Unternehmen in mehrfacher Hinsicht profitabel: a) Im Durchschnitt verdienen Frauen nur 50-70% der Löhne ihrer männlichen Kollegen (Bronkhorst, 19); b) als Arbeitsmarktneulinge gehören sie selten einer Gewerkschaft an; c) da sie keine Vergleichsmöglichkeiten haben, akzeptieren diese Beschäftigten ihre Arbeitsbedingungen eher als erfahrene Arbeitskräfte; d) aufgrund ihrer geschlechtsspezifisch bedingten geringeren Qualifikation haben weibliche Beschäftigte kaum Alternativen auf dem Arbeitsmarkt; e) Unternehmen nutzen die höhere Fluktuation weiblicher Beschäftigung für einen besonders intensiven Verschleiß menschlicher Arbeitskraft (AMRC/IBON/Wick 1997, 30; Bronkhorst, 19). Dem weit verbreiteten Bild, FEZ-Arbeiterinnen wollten ohnehin nur einige Jahre bis zur Heirat und der Geburt von Kindern erwerbstätig sein (Weltbank 1992, 17), widersprechen zahlreiche Studien: Von weiblichen Beschäftigten in Malaysia, Hongkong und Singapur wird berichtet, daß sie auch nach ihrer Heirat weiterarbeiten, da dieser Teil des Familieneinkommens unerlässlich ist (Bronkhorst, 19).

Die holländischen Gewerkschaftsdachverbände CNV und FNV stellten 1994 in einem Resümée über die Entwicklung der FEZ fest, daß die frauenspezifische Beschäftigungsstrategie von FEZ-Unternehmen von einigen Regierungen z.T. durchkreuzt wurde: So hätte z.B. die Regierung von Mauritius 1984 den gesetzlichen Mindestlohn für Männer auf den für Frauen herabgesetzt, um die Beschäftigung von Männern in den FEZ zu erhöhen (Bronkhorst, 18). Da das immense Wachstum der FEZ in Honduras seit Anfang der 90er Jahre mittlerweile Schwierigkeiten der Rekrutierung von jungen weiblichen Beschäftigten hervorgerufen hat, ist z.B. zwischen 1992 und 1993 der Prozentsatz eingestellter Männern von 16% auf 28% deutlich erhöht worden (Altenburg/Walker 1995, 110).

Arbeitsbedingungen in FEZ

In vielen Staaten gelten in den FEZ dieselben Arbeitsgesetze wie im Gastland (Mosambik, Südkorea, Mexiko), in anderen wie Zimbabwe oder Indien trifft dies nicht zu. In einigen anderen wiederum kommen nur Teile der Arbeitsgesetzgebung zur Geltung (Mauritius oder Namibia). In Namibia z.B. erhalten die FEZ einen arbeitsrechtsfreien Status für die ersten fünf Jahre nach einer Investition. Unabhängig von der gesetzlichen Lage kommt es in vielen FEZ jedoch zu Arbeitsrechtsverletzungen, weil es an staatlicher Arbeitsaufsicht und der Ahndung von Rechtsverstößen mangelt.

ILO-Umfragen zur Umsetzung der »Dreigliedrigen Erklärung zu Grundsätzen über Multinationale Unternehmen und Sozialpolitik« (1977) haben gezeigt, daß »im großen und ganzen Löhne und Arbeitsbedingungen in FEZ einem Vergleich mit denen außerhalb von FEZ standhalten«; jedoch gebe

es auch erhebliche Unterschiede je nach der Firmengröße, der Branche, der Firmenpolitik, der Arbeitsmarktsituation im Gastland, der Gesetzeslage und der staatlichen Aufsicht (Romero 1995, 252). Nach Angaben des IBFG hingegen stellt die Arbeit von Millionen Frauen in den FEZ die »schockierende, finstere Kehrseite der Globalisierung« dar, da sie unter extrem repressiven Bedingungen beschäftigt seien (Marthoz 1996, 7). Nach Erhebungen des IBFG werden in FEZ ebenso schlechte oder noch niedrigere Löhne als in den lokalen Unternehmen gezahlt; häufig liegen sie unter dem Mindestlohn, und wenn sie diesen erreichen, dann durch Überstunden (SADEC-Brief 3/97, 2). In vielen FEZ herrscht Überstundenzwang, und die Arbeitswoche besteht oft regelmäßig aus ca. 60 Arbeitsstunden (Romero 195, 257). Niedriglöhne sind vor allem für Unternehmen in der arbeitsintensiven Produktion wie der Textil- und Bekleidungsindustrie relevant. Schicht- und Nachtdienst besteht in vielen FEZ auch für Frauen – eine Verletzung der entsprechenden ILO-Konvention – oft gepaart mit Akkordarbeit zur Erzielung immer höherer Stückzahlen. In der genannten CNV/FNV-Studie wird der Prozentsatz der nachts arbeitenden Frauen in den FEZ mit mindestens 40% angegeben (Bronkhorst, 20). Die Gesundheits- und Sicherheitsstandards werden häufig nicht beachtet – eine Folge langer Arbeitszeiten, eines hohen Arbeitstempos und wachsender Zielquoten für die Produktion. Sozialversicherungssysteme sind in den meisten FEZ unbekannt bzw. werden dadurch umgangen, daß befristete Arbeitsverträge abgeschlossen werden. Umweltstandards des Gastlandes kommen in FEZ oft nicht zur Geltung: so geben Unternehmer aus den USA unumwunden zu, daß sie in mexikanischen Maquilas wegen der geringen Umweltauflagen investieren; mehrmals schon mußten Dörfer nahe von Maquilas evakuiert werden, weil giftige Abwässer in die Flüsse und Bäche geleitet wurden (SADEC-Brief 3/97, 3).

Ein durchgehendes Merkmal von FEZ in fast allen Regionen der Welt ist die Behinderung bzw. Bekämpfung von gewerkschaftlichen Aktivitäten (Romero 1995, 260). In Südkorea waren Gewerkschaften bis 1987 verboten. In Sri Lanka und auf den Philippinen gilt dieses Verbot noch heute. Doch obwohl in den meisten Ländern kein Gewerkschaftsverbot besteht, werden die ArbeiterInnen de facto an gewerkschaftlicher Organisation und an Kollektivverhandlungen gehindert. Die Regierungen der Gastländer von FEZ verhelfen oft Arbeitsgesetzen dort nicht zur Geltung, da sie meinen, damit ausländische Investoren abzuschrecken, und tatsächlich nutzen transnationale Konzerne diese »Vorzüge«, um die Konkurrenz von Dritte-Welt-Produktionsstandorten zu verschärfen. Der IBFG hat eine soziale Abwärtsspirale in FEZ beobachtet, in der die Rechte der ArbeiterInnen immer mehr auf der Strecke bleiben (SADEC-Brief 3/97, 2).

FEZ in Asien

Seit Gründung der ersten FEZ in Asien in den 60er Jahren haben sich Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur zu Schwellenländern entwickelt, die arbeitsintensive Teile ihrer Produktion in FEZ anderer Länder der Region (Thailand, Indonesien u.a.) und nach Lateinamerika auslagern. Innerhalb der Schwellenländer wurden die gestiegenen Lohnkosten dadurch umgangen, daß immer mehr WanderarbeiterInnen, TeilzeitarbeiterInnen oder befristet Beschäftigte eingestellt wurden (ALU 1995, 4). Diese Beschäftigten fallen selten unter den Schutz der Arbeitsgesetzgebung. Frauen sind durch den Strukturwandel in den Schwellenländern in besonderer Weise betroffen. Da sie das Gros der un- und angelernten Arbeitskräfte in den arbeitsintensiven Produktionsbereichen der Bekleidungs-, Elektronik-, Spielzeug- und Schuhindustrien stellten und nur in seltenen Fällen eine Aus- und Fortbildung erhielten, verloren sie ihre Jobs beim Übergang in die kapitalintensive Produktion der Wirtschaft. Bei den meisten anderen asiatischen Industrien nimmt die arbeitsintensive Produktion nach wie vor einen zentralen Stellenwert ein. Bei den Branchen mit dem höchsten Beschäftigungsgrad handelt es sich um die Bekleidungs-, Schuh-, Spielzeug- und Elektronikindustrie.

FEZ: Kenndaten in 10 asiatischen Ländern

1. China: 5 Sonderwirtschaftszonen und 14 »Offene Städte« mit 60-70 Mio. ArbeiterInnen, davon 80% Frauen. Gründung der ersten Sonderwirtschaftszone »Shenzen« 1979. Die Arbeitskräfte stellen 12% der gesamten chinesischen Erwerbsbevölkerung dar.
2. Vietnam: 6 FEZ mit 1200 ArbeiterInnen, davon über 90% Frauen. Gründung der ersten FEZ 1991.
3. Indonesien: 4 FEZ, ca. 80% der Beschäftigten sind Frauen. Gründung der ersten FEZ Nusantara Bonded Zone in Jakarta 1986.
4. Malaysia: 12 FEZ mit 150 000 ArbeiterInnen, von ca. 85% Frauen. Gründung der ersten FEZ 1971.
5. Philippinen: 4 FEZ, 16 regionale Industriezentren unter Führung der Regierung und 36 Industrieparks mit insgesamt 68.500 Beschäftigten, die 0,3% der Erwerbsbevölkerung ausmachen.
6. Sri Lanka: Neben den 5 FEZ wurde 1992 das gesamte Land zu einer Freihandelszone erklärt. Die Gründung der ersten FEZ Katunayake erfolgte 1978. In den FEZ sind 200 000 ArbeiterInnen beschäftigt, was 4,4% der gesamten Erwerbsbevölkerung darstellt. 90% der FEZ-Beschäftigten sind Frauen.
7. Thailand: 18 regionale Industrieparks bzw. FEZ, in denen 90% der ca. 28.000 Beschäftigten Frauen sind.
8. Hongkong: Das gesamte Territorium von Hongkong ist eine Freihandelszone incl. 2 Industrieparks, die als FEZ angesehen werden.
9. Taiwan: 3 FEZ, die 1965 und 1969 gegründet wurden. 77% der FEZ-Beschäftigten sind Frauen.
10. Südkorea: 2 FEZ und 29 Industrieparks. Die erste FEZ Masan wurde 1970 gegründet. Die Beschäftigtenzahl betrug 1987 41.518 und fiel 1991 auf 21.900.

(Quelle ALU 1995, 5-23)

Sonderwirtschaftszonen in China

Aufgrund der außerordentlich hohen Beschäftigtenzahlen der FEZ Chinas – Schätzungen liegen zwischen 14 und 70 Mio. (Marthoz 1996, 10; ALU 1995, 5) – soll hier die Arbeitssituation in chinesischen Sonderwirtschaftszonen an Fallbeispielen näher beschrieben werden.

Während die offizielle Arbeitslosigkeit in China 1996 2,6% betrug, gelten dennoch viele BewohnerInnen der ländlichen Regionen als »nicht beschäftigt« (ALU 1996, 5). Von den verarmten ländlichen Gebieten ziehen deshalb viele ChinesInnen in die Sonderwirtschaftszonen, um dort für eine befristete Zeit eine Arbeit zu finden. 80% der FEZ-ArbeiterInnen sind Frauen, die durchschnittlich 16-25 Jahre alt sind. Mit 25 Jahren werden sie normalerweise aufgefordert, in ihre Heimatprovinzen zurückzukehren. Nach dem chinesischen Aufenthaltsrecht dürfen sie in den Sonderwirtschaftszonen nicht weiterleben, auch dann nicht, wenn sie einen Ortsansässigen geheiratet haben. Die meisten Arbeiterinnen leben in überfüllten Schlafsälen, deren Miete durch den Arbeitgeber vom Lohn einbehalten wird. Oft dürfen die Frauen die Schlafstätten nur für den Gang in die nahe gelegene Fabrik verlassen. In der Sonderwirtschaftszone Shenzen sind Verletzungen und Todesfälle ein großes Problem. Die Hälfte aller Fabriken in Shenzen entsprechen nicht den Sicherheits- und Gesundheitsvorschriften der Regierung; ca. 80% der ArbeiterInnen leiden unter Berufskrankheiten (ALU 1996). Häufig kommt es auch zu Bränden, vor allem in Fabriken im Besitz von Joint Ventures. Dabei sind auch Todesopfer zu beklagen, die durch das »3 in 1«-System provoziert werden. Dieses System bezeichnet die räumliche Einheit von Produktionsstätten, Lager und Schlafsälen. Feuer aus den Fabriken greifen so schnell in die Schlafstätten über, aus denen sich Betroffene im Notfall durch vergitterte Fenster und abgesperrte Türen nicht retten können (AMRC/IBON/Wick 1997, 26 und 29; SÜDWIND-Info 1996, 18).

Es gibt eine Fülle von Beispielen für extreme Arbeitsrechtsverletzungen, die u.a. das Hongkonger Institut »Asia Monitor Resource Center« (AMRC) in Vor-Ort-Recherchen 1996/97 in den Sonderwirtschaftszonen in Süd-China zusammengetragen hat (AMRC/IBON/Wick 1997). Die Arbeitsbedingungen in acht Zulieferbetrieben von Otto, adidas, Karstadt, Quelle, Tchibo u.a. sind demnach durch niedrige Löhne, z.T. extrem lange Arbeitszeiten und eine starke Vernachlässigung von Sicherheits- und Gesundheitsstandards gekennzeichnet. In keinem Betrieb wurden die gesetzlichen Regelungen von mindestens einem freien Tag pro Woche, von einer Höchst-arbeitszeit pro Woche von 44 Stunden und höchstens 36 Überstunden pro Monat durchgängig eingehalten. Alle Angaben zum Überstundenentgelt lagen unterhalb der gesetzlichen Mindestentlohnung. In drei Betrieben gin-

gen die Firmenleitungen bei Arbeitskämpfen mit Repressionen gegen Streikende vor.

Das AMRC hat z.B. folgende Verletzungen arbeitsrechtlicher Vorschriften in der Fabrik »Heo-Shing Garment«, einem Zulieferbetrieb von Otto festgestellt:

»Die durchschnittliche Überstundenzahl pro Monat wurde von den interviewten ArbeiterInnen mit 150 angegeben (Verstoß gegen § 41 Arbeitsgesetz). In der Regel erhalten sie keinen freien Tag pro Woche (Verstoß gegen § 38 Arbeitsgesetz). Angesichts der ausgezahlten Lohnhöhe von 400-500 RMB (1 RMB = 0,20 DM – Stand 1997) und einem Überstundenentgelt von 1 RMB pro Stunde können weder der Mindestlohn von 380 RMB noch die gesetzliche Überstundenbezahlung von 3 RMB berücksichtigt worden sein (Verstöße gegen § 48 und 44 Arbeitsgesetz). Die interviewten ArbeiterInnen sagten aus, daß Aufseher Kinder bei der Arbeit oft kritisierten, wenn sie zu müde waren, um Überstunden abzuleisten (Verstoß gegen § 15 Arbeitsgesetz). Entgegen den gesetzlichen Arbeitskämpferegularien drohte die Firmenleitung bei einem Streik damit, den Vorfall der Polizei zu melden; daraufhin brachen die ArbeiterInnen den Streik ab; sie mußten 200 RMB Strafe zahlen (Verstoß gegen § 77 Arbeitsgesetz).« (AMRC/IBON/Wick 1997, 98-99)

In der Fabrik »Kam Tai Garment«, einem Zulieferbetrieb von Karstadt, wurde folgendes festgestellt:

»Die von AMRC interviewten Arbeiterinnen gaben an, daß die ca. 400 Beschäftigten dieser Fabrik zusätzlich zu der regulären Arbeitszeit von acht Stunden jeden Tag sechs, manchmal auch acht Überstunden ableisten müssen, so daß sie die gesetzliche Höchstgrenze von 36 Überstunden pro Monat mit vermutlich geleisteten 156 Überstunden (26 Arbeitstage pro Monat x 6 Überstunden) weit überschritten. Insofern weisen auch die Lohnangaben der drei interviewten Arbeiterinnen darauf hin, daß in allen drei Fällen weder der Mindestlohn gezahlt noch das gesetzlich vorgeschriebene Mindestentgelt pro Überstunde in Höhe von 3 RMB gezahlt wurden.« (AMRC/IBON/Wick 1997, 113)

Für die Schuh- und Spielzeugindustrie in den chinesischen Sonderwirtschaftszonen werden vergleichbare Arbeitsbedingungen berichtet (Shek 1997).

Die Maquilas in Zentralamerika

Seit den 90er Jahren ist in Zentralamerika der weltweit größte Zuwachs an FEZ zu verzeichnen. (Altenburg/Walker 1995, 102) Sie sind dort unter dem Namen Maquilas (»Mahlgeld« = Bezeichnung aus der Kolonialzeit) bekannt. Dieser Zuwachs an Maquilas ist Ausdruck einer investitions- und exportfreundlichen Wirtschaftspolitik, die mit der Umsetzung von Strukturpassungsprogrammen in den achtziger Jahren begonnen hatte und durch zusätzliche Maßnahmen gestützt worden ist. Durch die »Caribbean Basin Initiative« (CBI) erhielten die Länder Zentralamerikas und der Karibik für bestimmte arbeitsintensive Produkte zollfreien Zugang zum US-Markt – eine Fördermaßnahme, die nicht nur US-Investoren, sondern auch asiatisches Kapital in die Region zogen. Insbesondere lagerten Investoren aus Südkorea und Taiwan Teile ihre Produktion nach Mittelamerika aus, wodurch sie die restriktiven US-Einfuhrbeschränkungen für ihre Länder

umgingen. Waren noch 1986 weniger als 30.000 Personen in FEZ Zentralamerikas beschäftigt, belief sich diese Zahl 1992 bereits auf 150.000. Bau und Planungen von Maquilas lassen eine Fortsetzung dieser Dynamik vermuten: In Honduras z.B. sind bereits Maquilas mit einer Gesamtzahl von 208.000 Arbeitsplätzen genehmigt bzw. im Aufbau; in El Salvador sollen 115.000 Personen in 17 Maquilas beschäftigt werden (Altenburg/ Walker 1995, 104).

Seit 1994 erlaubt die »Nordamerikanische Freihandelszone« (NAFTA) zwar einen ungehemmten Strom an Kapital, Waren und Dienstleistungen über die Grenzen der USA, Kanadas und Mexikos, jedoch nicht von Arbeitskräften. Mexikanische ArbeiterInnen arbeiten für Billiglöhne in den ca. 2.000 Fabriken in etwa 900 Maquilas entlang der 2.000 km langen Grenze zwischen Mexiko und den USA und werden durch strenge Kontrollen an der Einreise in die USA gehindert. Zwei Drittel der Maquila-Betriebe sind in US-amerikanischem Besitz. Die Zahl der meist weiblichen Beschäftigten mit einem Durchschnittsalter von 22 Jahren (Broscheit et al. 1996, 17) erhöhte sich zwischen 1975 und 1988 von 67.000 auf 370.000; heute beträgt sie ca. 500.000. Für monatlich 100-180 DM arbeiten die Frauen in der Regel 10-12 Stunden täglich.

Kenndaten Maquilas

1. Mexiko: 2.000 Betriebe in ca. 900 Maquilas, 500.000 Beschäftigte, die zu 75% Frauen sind.
2. Guatemala: 3 Maquilas, ca. 70.000 Beschäftigte, davon 80-90% Frauen.
3. Nicaragua: 1 Maquila, 1000 Beschäftigte, 80-90% Frauen.
4. El Salvador: 5 Maquilas, ca. 80.000 Beschäftigte, 80-90% Frauen
5. Honduras: 10 Maquilas, ca. 70.000 Beschäftigte, 80-90% Frauen
6. Costa Rica: 8 Maquilas, ca. 30.000 Beschäftigte, 80-90% Frauen.

(Quellen: Glaser 1997; Broscheit 1996; Marthoz 1996)

Die Maquilas Zentralamerikas und der Karibik produzieren überwiegend Textilien, die fast ausschließlich in die USA geliefert werden. Vorprodukte werden nur zu einem unwesentlichen Prozentsatz in den Gastländern hergestellt – die Masse stammt aus den USA. Die Zahl der durch die Maquilas neu geschaffenen Arbeitsplätze in Zentralamerika ist zweifellos ein Pluspunkt, der nicht unterschätzt werden soll. Jedoch wird der beschäftigungspolitische Vorteil dadurch eingeschränkt, daß dennoch in den Gastländern Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit gestiegen sind (Broscheit et al. 1996, 17). Dieser Widerspruch wird durch die oben beschriebene unternehmerische Stellenpolitik aufgelöst, nach der junge Frauen mit Maquila-Jobs erstmalig erwerbstätig werden und an anderem Ort keine Arbeit aufnehmen würden. Trotz des beschäftigungspolitischen Vorteils handelt es sich bei diesen Maquila-Jobs nicht um sichere oder gesunde Arbeitsplätze. In der Regel erhalten Frauen keine Fortbildung. Oft genug verlieren sie

nach spätestens zehn Jahren diese Arbeit und sind physisch ruiniert. Die Arbeitssituation der Frauen in zentralmerikanischen Maquilas wird treffend durch folgende Beschreibung wiedergegeben:

»1995 spitzte sich die Lage besonders in El Salvador in mehreren Maquilas zu. Auslöser waren in den Maquilas 'Mandarin' und 'GABO' das Verbot für Frauen, trotz heftiger Beschwerden einen Arzt aufsuchen zu dürfen. Nachdem eine Frau ihr Kind auf der Betriebstoilette zur Welt bringen mußte und eine andere Frau sogar im Betrieb verstarb, war das Maß voll: Die Frauen legten die Arbeit nieder, gingen auf die Straße und waren bereit, sich zu organisieren. Motiviert von lokalen Gewerkschaftsverbänden versuchten die Maquila-Arbeiterinnen, Gewerkschaften zu gründen. Die Unternehmen reagierten drastisch: Sie entließen die 400 organisierten Frauen bei 'Mandarin' und im Fall 'GABO' wurde sogar die Fabrik geschlossen.« (Krämer 1997, 18)

FEZ in Afrika

Es gibt heute ca. 30 FEZ in Afrika (Marthoz 1996, 28). Die Beschäftigtenzahl wird auf 250.000 Personen geschätzt, was gegenüber 1986 eine Steigerung um etwa 100% bedeutet (Broscheit et al. 1996, 24). 1986 entfielen 96,5% aller FEZ-Arbeitsplätze in Afrika auf die drei Länder Mauritius, Tunesien und Ägypten. Da heute in den FEZ in Mauritius und Tunesien jeweils ca. 100.000 Beschäftigte arbeiten, entfällt auf die restlichen FEZ in Afrika nur eine äußerst geringe Zahl von Arbeitskräften.

Im Desinteresse der ausländischen Investoren an den meisten afrikanischen FEZ spiegelt sich die weltwirtschaftliche Isolation Afrikas wieder, die sich in Zahlen folgendermaßen ausdrückt: der Anteil Afrikas am Welthandel beträgt heute nur noch ca. 1%, der an den weltweiten Auslandsinvestitionen nicht einmal 5% (Broscheit et al. 1996, 24). Um Auslandsinvestoren anzuwerben, werden die Vorzugsangebote von Regierungen an potentielle Unternehmer immer zahlreicher. Beispielsweise übernimmt die namibische Regierung nach dem 1995 geschaffenen FEZ-Gesetz 75% der Ausbildungskosten und verhängte für die ersten fünf Jahre von FEZ-Investitionen ein Streikverbot. Mit dem Verweis auf derartige Sonderkonditionen einschließlich außerordentlich niedriger Löhne hofft die namibische Regierung, daß sich Industrien aus den Branchen Textil und Bekleidung, Schuhe, Lederartikel und Elektronik sowie Montagefirmen für Autos aus Hongkong, Taiwan, Malaysia, Mauritius, Südafrika etc. in den FEZ Namibias niederlassen, nachdem fünf Jahre nach der namibischen Unabhängigkeit eine ausländische Investitionstätigkeit weitgehend ausgeblieben war. Da derartige Privilegien die Industrien und FEZ in den anderen Staaten des Südlichen Afrika stark unter Druck setzen, wird an diesem Beispiel klar, wie sehr dieser Wettbewerb die Kooperationsbestrebungen der Regionalgemeinschaft SADC untergräbt.

Sonderfall Mauritius

Als herausragende Erfolgsgeschichte von FEZ nicht nur in Afrika, sondern auch im internationalen Vergleich, wird in der gesamten Fachliteratur das Beispiel Mauritius genannt (Marthoz 1996, 28-29; Broscheit et al. 1996, 24-26). Einige Quellen verschweigen jedoch geflissentlich, daß Sonderkonstellationen die FEZ dieses Inselstaats im Indischen Ozeans zu beeindruckenden Erfolgswerten geführt haben, die nicht ohne weiteres auf andere Länder übertragbar sind. Außerdem ist mit Blick auf die entstandene hochgradige Abhängigkeit vom Weltmarkt das letzte Wort in dieser Erfolgsgeschichte noch nicht gesprochen.

In ihrem FEZ-Gesetz von 1970 hatte die Regierung von Mauritius allen ausschließlich für den Export produzierenden Unternehmen auf dem gesamten Territorium einen Sonderstatus zugestanden. Obwohl das landesweite Arbeitsgesetz auch in den FEZ-Unternehmen gilt, gibt es einige Ausnahmen, wie z.B. obligatorische Überstunden, Feiertagsarbeit und Nacharbeit für Frauen. Die Arbeitslosigkeit fiel von 20% (1970) auf heute ca. 3%. In den ca. 600 FEZ-Betrieben, die 30% aller Erwerbstätigen des Landes beschäftigen, werden mehr als 60% des Exportwerts von Mauritius erwirtschaftet. Ende der 80er Jahre rückte Mauritius zum drittgrößten Hersteller von Strick- und Wirkwaren der Welt auf. Die Textil- und Bekleidungsbranche von Mauritius absorbierte 89% aller Arbeitskräfte in der heimischen Verarbeitungsindustrie. Aufgrund des Mangels an Arbeitskräften wurden MigrantInnen aus China, Indien, Sri Lanka, den Philippinen und Bangladesh angeworben. Seit 1990 strukturiert Mauritius jedoch seine Textil- und Bekleidungsindustrie auf eine stärker kapitalintensive Produktion um – mit den üblichen Folgen: Auslagerung des arbeitsintensiven Teils der Produktion z.B. nach Madagaskar und Abbau der entsprechenden Arbeitsplätze in Mauritius, jedoch auch Durchführung von Fortbildungsprogrammen, um hochwertige Güter produzieren zu können. Überdurchschnittlich hohe Ausgaben für Qualifizierung von Fachkräften, ein gewachsener lokaler Zuliefermarkt für die FEZ-Unternehmen – diese Faktoren zeichnen das FEZ-Beispiel Mauritius vor den meisten anderen FEZ aus. Doch worin bestehen nun die besonderen Bedingungen, unter denen dieser Erfolg möglich wurde? Zunächst hat Mauritius eine aktive Geschäftswelt chinesischen Ursprungs, die vor allem Investoren aus Hongkong angelockt hat. Zwei Drittel aller FEZ-Investitionen stammen heute aus Hongkong (Broscheit et al. 1996, 26). Außerdem hat Mauritius einen präferentiellen Zugang zu den Märkten in Europa und den USA, womit die Kontingentierungen des Welttextilabkommens umgangen werden konnten. Des Weiteren stand Mauritius mit der Einrichtung von FEZ noch relativ weit am Anfang dieses weltweiten Deregulierungsprozesses und erfüllte Ausnahmefunktionen, die ange-

sichts von über 500 FEZ in 70 Ländern immer mehr an Wirkung verlieren. Schließlich ist auch eine Erklärung denkbar, nach der im Umfeld sozialistischer Experimente im Südlichen Afrika der 70er Jahre die Modellentwicklung eines agrarischen Dritte-Welt-Staats hin zu einem Industriestaat demonstriert werden sollte. Nachdenklich sollte stimmen, daß die agrarische Monostruktur – zur Zeit der Unabhängigkeit 1968 erzielte Mauritius 93% seiner Exporterlöse mit Zucker – durch die industrielle Monokultur von Textil-Bekleidung abgelöst worden ist.

FEZ in Zentral- und Osteuropa

Die ersten FEZ in Zentral- und Osteuropa wurden 1982 in Ungarn eingerichtet. In Ländern wie Ungarn und der Tschechischen Republik, die den Systemwechsel 1989/90 mit einer schnell durchgreifenden Liberalisierung und der Öffnung zum Weltmarkt verbanden, werden FEZ heute bereits als überflüssig angesehen. In anderen Staaten wie vor allem Rußland und den übrigen GUS-Staaten, in denen die Privatisierungs- und Deregulierungspolitik im Rahmen der neuen wirtschaftlichen Orientierung nicht so reibungslos durchgesetzt werden kann, kann eine Wirkung des Instruments FEZ heute noch nicht festgestellt werden (Ahrenz/Meyer-Baudeck 1995, 94-95).

Resümée

Mit Blick auf die beabsichtigten Nebeneffekte bei der Einrichtung von FEZ wie vor allem dem Abbau von Arbeitslosigkeit, der Übertragung von Know-How auf einheimisches Personal und die Förderung der einheimischen Wirtschaft unterstreichen mehrere Untersuchungen die überwiegenden Mißerfolge der FEZ in den meisten Ländern (Ahrens/Meyer-Baudeck 1995, 89; Johansson 1994, 388ff; Jéquier 1988, 47-48). Abgesehen von den asiatischen Tigerstaaten wie vor allem Südkorea und Taiwan, wo nicht zuletzt durch geostrategische Konstellationen eine Einbindung der FEZ in den lokalen Markt, ein nennenswerter Produktivitätsfortschritt der einheimischen Wirtschaft und eine relativ breite Anhebung des technologischen Wissensstands der Bevölkerung gelang, sowie mit Ausnahme einiger Entwicklungsländer wie Mauritius, in denen durch FEZ zahlreiche neue Arbeitsplätze geschaffen wurden, wird ein weitgehendes Scheitern dieser Ziele nicht verschwiegen.

In der Einschätzung von FEZ läßt ein großer Teil der Fachliteratur die Tatsache unerwähnt, daß langfristige Entwicklungschancen von Dritte-Welt-Staaten zwangsläufig (!) desto mehr abnehmen, je häufiger FEZ eingesetzt werden. FEZ provozieren einen immer schärferen Wettbewerb unter den Investoren auf dem Weltmarkt, dessen soziale Kosten die Betroffenen und die Staaten tragen müssen. Die Ausnahmen sollen zur Regel werden. Mit

zunehmender Deregulierung der Gesamtwirtschaften sollen FEZ als Instrumente des Übergangs obsolet werden (Weltbank 1992, 17ff). Schon heute ist ein Trend erkennbar, wie Unternehmen auf den Verlust der Funktion von FEZ reagieren: Arbeitsplätze aus Weltmarktfabriken werden in noch informellere Sektoren, vor allem in die Heimarbeit ausgelagert. Am Ende einer lange Kette von Subunternehmen transnationaler Konzerne wird dann derselbe Auftrag beispielsweise von Heimarbeiterinnen ausgeführt, die zuvor in einer FEZ beschäftigt waren (Bronkhorst, 18).

Doch muß diese Strategie nicht zwangsläufig aufgehen. Die unterschiedlichsten Ausformungen von FEZ-Bestimmungen und -Praktiken quer über den Globus legen ein beredtes Zeugnis dafür ab, daß Widerstandsaktionen der Beschäftigten gegen unmenschliche Arbeitsbedingungen nicht wirkungslos waren. Obwohl die weltweite und innergesellschaftliche soziale Polarisierung mit der Politik der Liberalisierung zugenommen hat, ist in den »neuen Festungen der internationalen Verflechtungen in den Entwicklungsländern« (David 1996, 5) alles andere als eine umfassende Akzeptanz oder Resignation der betroffenen ArbeiterInnen feststellbar.

Literatur

- Ahrens, Joachim/Meyer-Baudeck, Astrid (1995): Special Economic Zones: Shortcut or roundabout way towards capitalism?, in: *Intereconomics, Review of International Trade and Development*, hrsg. HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung Hamburg, No. 2, March-April, Vol. 30, p. 87-95
- Altenburg, Tilman/Walker, Ian (1995): Nationale und regionale Entwicklungsimpulse durch Weltmarktfabriken. Beispiele aus Zentralamerika, in: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie*, Jg. 39, Heft 2, S. 102-112
- Asia Monitor Resource Center (AMRC)/IBON/Wick, Ingeborg (1997): *Kleiderproduktion mit Haken und Ösen. Arbeitsbedingungen in der chinesischen und philippinischen Bekleidungsindustrie am Beispiel von Zulieferbetrieben deutscher Unternehmen*, hrsg. SÜDWIND Institut für Ökonomie und Ökumene, SÜDWIND-texte 6, Siegburg
- Asian Labour Update (1995): *Zone Workers*, hrsg. Asia Monitor Resource Center/Hong Kong, issue 18, May-July
- Bronkhorst, Daan (o.J.): *New trade union perspectives. Organising women workers in the agricultural sector, export processing zones, informal economy*, hrsg. FNV/CNV Amsterdam, discussion paper,
- Broscheit, Sabine/Krakowczyk, Karina/Mensing, Friedhelm (1996): *Freie Produktionszonen. Grenzenlose Gewinne*, hrsg. DGB-Bildungswerk, Materialien 46, Düsseldorf
- David, Natacha (1996): *Zwei Welten: Frauen und die Weltwirtschaft*, hrsg. Internationaler Bund Freier Gewerkschaften, Brüssel
- Deutsche Stiftung für Internationale Entwicklung/Zentrale Dokumentation (o.J.): *Freie Produktionszonen/Freihandelszonen/Produktionsverlagerung*, Auswahlbibliographie Nr. 66, 1977-1994 und 1980-1997, Bonn
- Glaser, Norbert (1997): Frühkapitalistische Verhältnisse. Mittelamerikas Maquilas produzieren die Mode des Nordens, in: *epd-Entwicklungspolitik* 5/97 (März), S. 33-38
- Hickel, Rudolf (1996): Internationalisierung der Produktion und Globalisierung der Finanzmärkte – Folgen für Arbeit und Gewerkschaften, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, 47. Jg. 11-12, S. 707-714
- ILO Working Paper No. 43 (1987): *Export processing zones in developing countries. Results of a new survey by Otto Kreye, Jürgen Heinrichs*, Starnberg Institute/FRG

- ILO (1997): *World Labour Report 1997-98. Industrial relations, democracy and social stability*, Geneva
- Jéquier, Nicolas (1988): Export processing zones and the role of TNCs, in: *The CTC Reporter* No. 25 (Spring), p. 45-48
- Johansson, Helena (1994): The Economics of export processing zones revisited, in: *Development Policy Review* Vol. 12, (December), p. 387-402
- Köpke, Roland (1998): Jenseits der Gewerkschaften. Autonome Frauenorganisationen in der Maquila, in: *ila* Nr. 212, Februar, 4-6
- Krämer, Thomas (1997): Widerstand auf neuen Wegen. Frauen in den Maquilas, in: *Presente* 1/97, S. 18-21
- Marthoz, Jean-Paul (1996): *Der Fluch der neuen Steuerparadiese. Die Unterdrückung von Gewerkschaften in den Freien Exportzonen*, hrsg. Internationaler Bund Freier Gewerkschaften, Brüssel
- Romero, Ana Teresa (1995): Labour standards and export processing zones: situation und pressures for change, in: *Development Policy Review* Vol. 13 (Sept) No. 3, p. 247-276
- Rundbrief Informationsstelle El Salvador* Februar 1996, S. 6-9
- SADEC-Brief 3-97 *Sonderwirtschaftszonen I: Produzieren für den Export*, hrsg. Informationsstelle Südliches Afrika, Bonn
- SADEC-Brief 4-97 *Sonderwirtschaftszonen II: EPZs im Südlichen Afrika*, hrsg. Informationsstelle Südliches Afrika, Bonn
- Shek, Ping Kwan (1997): The implementation of codes of conduct in China, in: *Change*, hrsg. Hong Kong Christian Industrial Committee, Hong Kong April
- World Bank Policy Research and External Affairs (1992): *Export Processing Zones*, Policy and Research Series No. 20, Washington
- World Export Processing Zones Association (1996): *International Directory of Export Processing Zones & Free Trade Zones*, Flagstaff Institute, Arizona/USA June

PROKLA 113 (Dezember 1998): Konzentration des Kapitals

Daß kapitalistische Entwicklung Konzentrationsprozesse einschließt, scheint eine Binsenweisheit zu sein. Welche Resultate hatten aber die Konzentrationsprozesse der Vergangenheit? Wo sind die Großen von gestern und vorgestern geblieben? Und ist Größe tatsächlich ein entscheidender Konkurrenzvorteil oder nicht eher Schnelligkeit und Flexibilität? Gerade angesichts verstärkter Netzbildung zwischen weiterhin selbständigen Unternehmen sowie flexiblen Formen der Zusammenarbeit auf unterschiedlichen Ebenen scheinen traditionelle Konzepte von Konzentration nicht mehr angemessen zu sein. Was heute Konzentration im industriellen und im Finanzsektor bedeutet und welche Wirkungen von ihr ausgehen, soll in diesem Heft der PROKLA untersucht werden.

Frauke Helwes

Migration, Prostitution, Frauenhandel Von der »Verschiebung« des Liebesaktes wechselseitiger Annerkennung

Das Phänomen des Handels mit Menschen bzw. Frauen gelangte zuletzt vor einem Jahr (26./27.4.1997) bundes- und europaweit in die Schlagzeilen der Medien. Angesichts der Zunahme gehandelter Frauen, vor allem aus Mittel- und Osteuropa, hatten sich die Sozial- und InnenministerInnen der Europäischen Union versammelt, um über Maßnahmen zur Eindämmung des grenzüberschreitenden Menschenhandels zu verhandeln. Im Hintergrund dieser Verhandlungen stand der Menschenhandelsparagraph der Vereinten Nationen, welcher sich auf die sexuelle Ausbeutung in der Prostitution beschränkt. Trotz des UNO-Leitziels der Abschaffung (Abolition) von Prostitution und unterschiedlicher Landespolitiken existiert das Phänomen sexueller Dienstleistungen in diversen kulturellen Formen rund um den Globus.

Ergebnis der EU-Konferenz war der Aufruf, in den Herkunftsländern der Migrantinnen verstärkt Aufklärungskampagnen durchzuführen sowie in den europäischen Mitgliedsstaaten den ausländischen Prostituierten eine *begrenzte* Aufenthaltsgenehmigung zu erteilen. Desweiteren soll die Arbeit der europäischen Polizei (EUROPOL) mit einem größeren Etat ausgestattet werden (vgl. FR 28.4.97). Letztlich wurde und wird das Problem des Frauenhandels vor allem als eines von Kriminalität und bedrohter Innerer Sicherheit diskutiert.¹

1 Im Kontext einer schon einmal im Juni 1996 in Wien abgehaltenen Konferenz zum Frauenhandel stellten einige Nichtregierungsorganisationen (NROs) fest: »Wir sind darüber besorgt, daß auf dieser Konferenz Frauenhandel als Problem der illegalen Migration betrachtet wird und der Kampf gegen Frauenhandel gleichgesetzt wird mit einer Verstärkung der Kontrolle dieser Migration« (in agisra-Rundbrief 17, 7). Entsprechend ist etwa nach einer späteren Minister-Beratung zum Menschenhandel in Prag zu lesen »Die Migration und das damit verbundene international organisierte Verbrechen, so die Minister, bedrohen die öffentliche Sicherheit ... Alle Staaten werden aufgefordert, das Schleusen illegaler Einwanderer über Landesgrenzen als schwere Straftat einzustufen« (*Berliner Zeitung* vom 16.10.97).

Im folgenden Aufsatz will ich ergründen, *welches InterEsse*² sich in seiner 'inneren' Sicherheit bedroht fühlt. Hierzu gilt es, die Hintergründe und Auswirkung von verschiedenen Spaltungslinien und Ausblendungen zu beleuchten: Zwischen In- und AusländerInnen, Eigenem und Fremden, Männlich- und Weiblichkeiten und hier besonders die Spaltung zwischen »Huren« und »Heiligen« – also Bildern symbolischer Ordnung.

Am Beispiel der deutschen Politik untersuche ich, inwieweit im Prozeß der Globalisierung – als einem der »Grenzenlosigkeit und Entgrenzung einerseits und (...) Protektion und Begrenzung andererseits« (Alt Vater/Mahnkopf 1997: 11) – angesprochene Mechanismen dem Handel mit Frauen Vorschub leisten. Meine These diesbezüglich ist, daß die bisherige UNO-Politik zum Menschenhandel mit ihrem Fokus auf der sexuellen Ausbeutung in der Prostitution nicht greifen kann, derweil sich im nationalen Rahmen kapitalträchtiger Staaten wie Deutschland das Besitzstandsinteresse abstrakt 'weißer' Männlichkeit behauptet: mit einer Politik, die Rechtsansprüche nach innen wie nach außen spaltet, werden Frauen verobjektiviert und als »Opfer« über Grenzen hinwegverhandelt. Der wirklichen Herausforderung, Geschlechterliebe als global-ökologischem Verkehrs- und Austauschmodus zwischen Gleichen – Menschen zu ermöglichen, stellt man sich dabei aber nicht.

Dazu werden zunächst die globale Migrationsdynamik und die europäische Einwanderungspolitik skizziert; letztere äußert sich auf nationalstaatlicher Ebene abschottend und bedient sich dabei eines institutionellen Rassismus (1). Die Differenzsetzung nach »Rasse« bzw. Ethnie wird anschließend im Zusammenhang mit der »Geschlechterdifferenz«, ihrer Symbolik und Hierarchie reflektiert (2). Damit leite ich über zur Geschlechterpolitik im Nationalstaat europäischer bzw. angloamerikanischer Prägung, um sein Interesse an den Frauen und sein Verhältnis zum Frauenhandel einzukreisen: der Gesellschaftsvertrag soll auf die Bedeutung der »Geschlechterdifferenz« hin geprüft (3), und schließlich mit dem Stellenwert des Frauentauschs/-Handels in der symbolischen Ordnung konfrontiert werden (4). Vor diesem Hintergrund beleuchte ich dann die Hintergründe und Zusammenhänge internationaler Konventionen zum Menschenhandel und die deutsche Politik zur Prostitution: Es zeigt sich eine zwiespältige Verflochtenheit wirtschaftlicher und staatlicher Interessen als (Mes)Allianzen männlicher Selbstbesätigung. Sie offenbaren sich in der Empirie des heutigen Frauenhandels nicht zuletzt, wenn ich skizziere, wie sich eine Politik »deutscher Doppelmoral« an der nationalen Grenze wendet (5.1.). Der Umstand, daß sich die

2 Mit dieser ungewohnten Schreibweise will ich über eine Irritation die Frage nach dem »Dazwischen des Seins« offenhalten (inter, lat.: dazwischen; Esse, lat.: Sein). Das Thema der Vermittlungsmodi bzw. der (Aus-)Schließungstendenz wandert durch den ganzen Text, als Ziel gesucht ist ein produktiver (Aus-)Tauschprozeß.

Migrationsproblematik von Frauen auch in den Zwangsverhältnissen in der sog. Privatsphäre zeigt, wirft die Frage auf, inwieweit staatliche Politik den Wandel im »eigenen« Geschlechterverhältnis – etwa den sog. privaten Liebesbeziehungen – angemessen nachvollzieht (5.2.). Zum Schluß gilt es aus der Analyse eine politische Forderung zu formulieren (6).³

1. Globale Migrationssysteme und nationale Abschottungspolitik in Europa

In der aktuellen Migrationsforschung wird von »oszillierenden« Strömen und Bewegungen gesprochen, die nicht (mehr) der einfachen Richtung von einer unterentwickelt gehaltenen Peripherie zum technologisch entwickelten Zentrum in der sog. 1. Welt – Europa, USA – folgen (vgl. Lutz 1995, 165). Schon mit dem Auslaufen der kolonialen Hauptphase auf dem »Weltmarkt für Arbeitskraft« im 19./20. Jahrhundert (Potts 1991), wurden die kapitalistischen Metropolen zunehmend in Wanderungsprozesse einbezogen. Die Beziehungen zwischen der sog. 1. und der 3. Welt werden heute durch Migrationsbrücken weiter dynamisiert. Migrationsbrücken gründen in Direktinvestitionen, in militärischen und wirtschaftlichen Aktivitäten, im Sex-tourismus u.a. in Folge von Militärbasen (vgl. (Sassen 1991, 89ff, 232; Fiegl 1985) sowie in Freihandelszonen innerhalb der unterentwickelt gehaltenen Länder, in denen ArbeiterInnen sowohl entwurzelt wie mit westlicher Produktionsweise vertraut gemacht werden, so daß sie bei Entlassung eher weiter wandern als z.B. aufs Land zurückzukehren (vgl. Karrer 1996, 63ff).

3 Grundlage dieses Artikels ist eine von mir angefertigte Literaturstudie zum Thema »Transformation – Migration – Prostitution« und mein Kontakt zum Berliner »Arbeitskreis Frauenhandel«. Dort arbeiten Frauen aus Beratungsstellen bei den verschiedenen Bezirksverwaltungen, v.a. den Gesundheitsämtern, von der Caritas-Einrichtung IN VIA, aus dem Prostituiertenprojekt Hydra und BAN YING, der senatsgeförderten Koordinierungs- und Beratungsstelle und Zufluchtswohnung für vom Frauenhandel betroffene Frauen (Schwerpunkt Südostasien), vom Aktionskreis Solidarische Welt (ASW) und dem Lateinamerikazentrum (LAZ) (vgl. auch die Liste der Initiativen in Senatsverwaltung 1997). – IN VIA ist eine der sechs, 1997 durch Familienministerin Nolte eingerichteten bundesweiten »Koordinations- und Beratungsstellen für Frauen aus Mittel- und Osteuropa, die Opfer von Frauenhandel wurden«. Bundesweit gibt es außerdem schon länger den »Koordinierungskreis gegen Frauenhandel und Gewalt an Frauen im Migrationsprozeß« (KOK c/o agisra). – In Berlin gibt es weiterhin die Zentrale Anlaufstelle für PendlerInnen aus Osteuropa (ZAPO), die als ABM-Projekt vom Polnischen Sozialrat initiiert wurde; hier arbeiten seit Juni 1997 vier Frauen interkulturell zu/mit von Frauenhandel betroffenen Frauen, u.a. in der Abschiebehaft. Sie stehen in Kontakt zu BELLA DONNA in Frankfurt/Oder und in Zittau; zu AGISRA, der Aktionsgemeinschaft gegen internationale sexistische und rassistische Ausbeutung bzw. jiskra (bedeutet in slawischen Sprachen »der Funke«) in Frankfurt/Main; zu Amnesty for women in Hamburg und SOLWODI, »Solidarität mit Frauen in Not« mit Sitzen in Mombasa (Kenia), Boppard, Mainz/Wiesbaden und Koblenz. Im ost- mitteleuropäischen Raum sind als Kontaktprojekte v.a. ProFem bzw. La Strada in Prag und Budapest und das Prostituiertenprojekt »Lust ohne Risiko« (Rozkos bez Riska) in Prag zu nennen.

In einer historischen Rekonstruktion läßt sich mit Saskia Sassen die gesellschaftliche Strukturierung von Migrationsverläufen festhalten: Neben staatlicher Einwanderungspolitik bilden wirtschaftliche, politisch-militärische und kulturell-ideologische Systeme den gesellschaftlichen Kontext für Migrationsschübe, und offenbaren dabei die Einflußnahme wirtschaftlicher Interessen und entsprechende Verantwortung seitens der reichen Länder (Sassen 1996, 151ff). Sassen stellt in Differenzierung des einfachen push-pull-Modells fest, daß Armut nicht als isolierter Migrationsimpuls zu betrachten ist. MigrantInnen kommen vielmehr aus sich entwickelnden Ländern und dringen in die durch den Strukturwandel geöffneten Sektoren der Arbeitsmärkte in den Metropolen, insbesondere in den prekären informellen Sektor, ein (vgl. Altvater/Mahnkopf 1996, 331). Desweiteren bewirken militärische Auseinandersetzungen wie etwa in Jugoslawien und ökologische Katastrophen die Flucht unzähliger Menschen. Ihnen werden dabei in einem europäischen Angleichungsprozeß der Migrations- bzw. Asylpolitik immer mehr legale (Ein)Wanderungsmöglichkeiten, v.a. aber das Recht auf Asyl beschnitten. So wurde in Deutschland mit dem »Asylkompromiß« von 1993 dieses Grundrecht, das als subjektives Menschenrecht vor unabhängigen Gerichten einklagbar sein müßte, zu einem »staatlichen Souveränitätsrecht« erklärt, »das nach Belieben gewährt oder verweigert werden kann« (PROKLA 83 [1991], Editorial, 187); vgl. zum deutschen Ausländergesetz Thränhardt 1994, 51f).

Schon 1990 war in Dublin eine Konvention zum Thema Asyl zustande gekommen, mit der die Mehrfach-Beantragung von Asyl in EG-Ländern verhindert und die Einmal-Prüfung des Antrags im jeweils ersten Mitgliedsland gewährleistet wird. Diese Konvention ist Glied in einer Kette von Abkommen, die zumeist außerhalb parlamentarischer Kontrolle verabschiedet wurden, und die sog. Sicherheitseinbußen ob der unkontrollierten Bewegungsfreiheit im grenzfreien Binnenraum der EG kompensieren sollten: Zu nennen sind hier das Schengener Abkommen, die TREVI-Gruppe und die Konvention über Außengrenzen, mit der die wechselseitige Anerkennung von nationalen Visa bei Bürgern von Nichtmitgliedsstaaten beschlossen wurde. Diese drei-monatigen Visa erlauben übrigens keine Erwerbstätigkeit. Im Endeffekt wurde durch diese Abkommen ein Kontrolldruck freigesetzt, der immer mehr Länder zu Abschottungsmaßnahmen drängt: Europäische Kernländer verlangen von anrainenden 'Randländern' (so etwa Spanien und Frankreich von Marokko, die Schweiz von Italien, Frankreich und Deutschland von jeweils östlichen und südlichen Staaten) als Ausgleich für die Öffnung der inneren Grenzen die stärkere Kontrolle der Außengrenzen. Im Dominoeffekt setzt sich die kontrollierte Abwiegung von MigrantInnen über Visumserteilung fort in Richtung der osteuropäischen – die EU-Mitgliedschaft anstrebenden – Länder wie die Tschechische Republik und

Polen.⁴

Bemerkenswert ist die Ebene nationalstaatlicher Politik: nach Saskia Sassen schlossen die europäischen Initiativen zur Vereinheitlichung der Einwanderungspolitik Personen aus Nicht-EG-Ländern nicht explizit aus.

»Dennoch blieben die Nationalstaaten hier letztlich souverän (...) und legten Regelungen sehr streng aus. Die Maßnahmen im Bereich der Immigration konzentrierten sich in diesem Rahmen auf Restriktionen bei der Erteilung von Arbeitsgenehmigungen, auf Festnahme und Ausweisung illegaler Arbeitskräfte« (Sassen 1996, 143).

Diskursiver Kontext war die »Neudefinition der Einwandererfrage in Westeuropa von einem Arbeitsmarkt- zu einem Identitätsproblem, eine Neudefinition mit rassistischem Charakter« (Sassen 1996, 141). Diese »Ethnisierung des Sozialen« in der Bezugnahme auf Nationalität (vgl. Parsdorfer 1995, 176f) erzeugte eine ideologische Basis für eine restriktivere Einwanderungspolitik, die durch eine angeblich drohende 'Masseninvasion aus dem Osten' untermauert wurde (vgl. Morocvasic/Rudolph 1994, 15f). Mit der Abnahme legaler Beschäftigungsmöglichkeiten von MigrantInnen nahmen ihre »illegalen« bzw. illegalisierten Beschäftigungsverhältnisse im informellen Sektor real zu, wobei die Interessen und der Bedarf einheimischer Wirtschaftsbetriebe nach solchen Arbeitskräften eine wichtige Rolle spielen (vgl. Marburger 1994, 6).⁵

Im nationalen Rahmen, der als Konstruktionsleistung einer »vorgestellten Gemeinschaft« (Anderson 1983) einerseits dazu dient, soziale Ungleichheitserfahrungen über den Ausschluß Anderer zu synthetisieren, wurde andererseits (v.a. in England und Deutschland) eine neoliberale Politik der Entfesselung der Marktkräfte vorangetrieben. Diese bedeutete Deregulierung (u.a. von kollektiven Schutz- und Vertretungsrechten der ArbeitnehmerInnen) und damit letztlich auch Informalisierung von Arbeitsverhältnissen.

In schlecht bezahlten Jobs in verschiedenen Bereichen (wie z.B. in der ein-

4 »... die Ausweitung des Visumszwangs ist zu einem Instrument geworden, das Europa zusammenschweißt: die Liste der 'außereuropäischen' Staaten, deren Bürger Einreisevisa für eines der EG-Länder benötigen, wurde auf 59 erweitert; um ins Kernland der 'Schengen-Staaten' hineinzukommen, müssen sogar Bewohner aus 97 Staaten ein Visum vorzeigen ...« (PROKLA 83 [1991], Editorial, 185). – Logistisch ermöglicht das Schengener Informationssystem SIS dabei als quasi europaweiter Fahndungscomputer (mit einheitlichem Sichtvermerk und allen verfügbaren Verdachtsmomenten) die Identifizierung des jeweiligen Status von MigratInnen – dies entsprechend der Liste von »positiven«, »negativen« und »noch nicht bekannten« Drittländern. Negativ sind fast alle asiatischen, lateinamerikanischen und afrikanischen Staaten, also die längste Liste. Eine allgemeine Identifikationspflicht trifft dabei in der Praxis v.a. nicht europäisch aussehende Personen (so etwa Frauen aus der sog. 3. Welt), während etwa die europäischen Menschenhändler nicht belangt werden (vgl. Hummel 1993, 65f).

5 Der Bedarf an zusätzlicher Arbeitskraft wird auch in Prognosen z.B. der Prognos AG (1990), vom Chefökonom der Deutschen Bank Norbert Walter oder vom Institut der Deutschen Wirtschaft (1997) konstatiert (vgl. Potts 1991, 40ff, taz vom 28.10.97, 12).

fachen Verarbeitung, der Saisonarbeit in der Landwirtschaft oder im Handels-, Reinigungs- und privaten Hauswirtschaftsbereich) werden illegalierte MigrantInnen absorbiert – vor allem deshalb, weil sich für diese Dienstleistungen nur wenige InländerInnen zur Verfügung stellen (Sassen 1996, 165f). In der geographischen Nähe zwischen West- und Osteuropa kommt es dabei v.a. zu Pendelmigration im Rahmen einer sich entwickelnden Schlepperökonomie (Sassen 1996, 121ff; Marburger 1994).

Zusammenfassend läßt sich sagen: Auf nationaler Ebene konkretisiert sich mit »neuen institutionellen Formen des Rassismus« (Parsdorfer 1995, 171) die Abschottung der »Festung Europa«. Das 'Eigene' des ökonomischen Bedarfs, den man über die Ressourcen-Ausbeutung der Herkunftsländer von MigrantInnen sowie ihrer 'informellen', ins 'Inland' gewanderten Arbeitskraft befriedigt(e), wird zulasten ihrer Situation, d.h. über ihre Ausgrenzung als 'Fremde' ausgeblendet.

Gegenüber der nationalen Grenzziehung zwischen Menschen läßt man den Kapitalverkehr unkontrolliert; ihm wird mit der Schaffung einer europäischen Währungsunion Priorität gegeben, ohne für die Sozialunion zu sorgen. Die Verteilungsproblematik im Binnenraum Europas wird verschärft und zugleich in rassistischer Verarbeitungsstrategie 'ventiliert'. Vor diesem Hintergrund ist die regulatorische Funktion des Nationalstaats zumindest als »zweideutig« (Sassen 1996, 170) zu bezeichnen.

2. Nationale Grenzziehung und der »weitere Horizont«: der Unterschied zwischen rassistischer und sexistischer Differenzsetzung

Gehen wir jetzt von der Grenzziehung zwischen »Innen« und »Außen« bzw. »Eigenem« und »Fremdem« – derer sich der institutionelle Rassismus im nationalstaatlichen Rahmen bedient – zur Spaltung im Binnenbereich, zur Geschlechterdifferenz. Läßt sich auch hier der Effekt der Ausblendung, also Abstraktion von Geleistetem auffinden? Funktioniert dieser Mechanismus auch in der »Ordnung der Zweigeschlechtlichkeit«, die als 'regelgerechtes' Strukturmerkmal gesellschaftlicher Institutionen erst in der Moderne konstruiert wurde (vgl. Honegger 1991, Laqueur 1992)? Bevor ich die Frage der Anerkennung von Arbeitskraft der »zwei Geschlechter« bzw. der von Frauen in allen weiteren Abschnitten verfolge, möchte ich zuvor das Verhältnis zwischen ethnischer bzw. rassistischer Grenzziehung und geschlechtlicher bzw. sexistischer Differenzsetzung klären.

Ilse Lenz differenziert die Spaltung nach Ethnie und nach Geschlecht folgendermaßen: Die »Struktur einer einfachen und grundlegenden Grenzziehung zwischen 'Wir' und 'die Fremden'«, die soziale Ungleichheiten im Binnenraum überlagern, zugleich Handlungsstrategie im Verteilungskampf um Ressourcen und Zukunftschancen sein kann, rekuriert zwar auf einen grundlegenden Dualismus in der symbolischen Ordnung; zugleich ist sie

aber »körper- und personenbezogen 'hautnah'« (Lenz 1994, 60). Gegenüber dieser 'einfachen' Grenzziehung nach Ethnie spannen sich symbolisch die grundlegenden Metaphern in Analogie zum Geschlecht vom »Heim in den Kosmos« auf. Lenz betont hiermit, daß die dualen symbolischen Ordnungen nicht mit der komplexen Wirklichkeit sozialer Prozesse und Interaktionen verwechselt werden sollten. Zugleich stellt sie fest, daß eine »symbolische Ordnung, die ausgehend vom Geschlechterverhältnis als Grundmetapher andere Herrschafts- und Ordnungskategorien in Analogien bildhaft und 'hautnah' begründen kann«, habituelles Verhalten und die halbbewußten Einstellungen zwischen Denken und Handeln stark zu beeinflussen und zu strukturieren vermag (ebd., 58).⁶ Festhalten läßt sich also, daß rassistische Denk- oder Affektformen durch einen dualen Geschlechtersymbolismus geprägt sind. Marie-Louise Janssen-Jurreit, die Autorin des feministischen Klassikers »Sexismus. Über die Abtreibung der Frauenfrage«, spitzt dabei für das Verhältnis beider 'Ordnungskategorien' zu, daß »Rassismus erst aus dem Sexismus einer Kultur entwickelt wird« (Janssen-Jurreit 1979, 87). Mit Gerda Lerner läßt sich schließlich zum zugrundeliegenden Mechanismus ausführen: HERRSchaftslegitimation über die Zuschreibung vermeintlich grundlegender natürlicher Unterschiede, also Naturalisierung, erscheint als eine wichtige Erfindung des Patriarchats, die gegenüber Frauen erprobt und dann auf andere Gruppen wie 'Unterschichten' oder 'Schwarze' ausgeweitet wurde (vgl. Lerner 1991). Zur modernen unpersönlichen, ausdifferenzierten und nicht essentiellen Herrschaftsform läßt sich derweil zusammenfassen:

»Das Geschlecht als zweipolige Ordnungskategorie hat einen Doppelcharakter: Auf der Ebene sozialer Ungleichheit begründet es unterschiedliche soziale Positionen und Hierarchien zwischen Personen, die als weiblich und männlich zugeordnet werden. Auf der Ebene der symbolischen Repräsentation bildet es den Angelpunkt der symbolischen Ordnung der meisten Kulturen (vgl. Douglas 1966). Der Dualismus der Geschlechter verbindet sich mit anderen Dualismen, wie denen von oben und unten, rein und unrein, drinnen und draußen und besitzt große symbolische Kraft. Deswegen entfaltet die Zweigeschlechtlichkeit 'materielle Gewalt', auch wenn sie nicht natürlich, sondern gesellschaftlich begründet ist« (Lenz 1995, 22).

Im folgenden konfrontiere ich zwei Ebenen: die symbolische Ordnung und darin die Bedeutung von Frauentausch/-handel und die nationalstaatliche Geschlechterpolitik. Bei der Überprüfung des in nationalstaatlicher Politik formierten Interesses an 'den Frauen'⁷ geht es mir letztlich um eine strategi-

6 Ergänzen läßt sich, daß symbolische Ordnungen als »Sichtweisen der Welt, Ordnungsschemata und Vorstellungen, die die Welt in bestimmter Weise erfahrbar machen« auch gesellschaftliche Sozialstrukturen prägen (Dölling/Krais 1997, 19).

7 Die hier benutzten Begriffe »Frauen« und »Männer« unterscheiden allein Gebär- vs. Zeugungsfähigkeit als *Potential*; sie nimmt im Leben der einzelnen re/produktiven Menschen relativen bis gar keinen Stellenwert ein – sozusagen nur die paar Sekunden der Umsetzung dieser Fähigkeit. Dabei ist – wie schon ausgeführt – alles weitere, die Gestaltung der Re/Produktionsbedingungen und -verhältnisse usw. – ein »doing gender« (Gildemeister/

sche Einschätzung der internationalen Konvention zum Menschenhandel: insofern hier die Prostitution im Zentrum steht, soll die deutsche Politik zur Prostitution Schwerpunkt sein, zugleich muß sie in weitere Zusammenhänge eingebettet werden.

3. Das nationalstaatliche Interesse an den Frauen: der Geschlechter- im Gesellschaftsvertrag

»Mutter Nation« ist eine *Symbolik*, die das staatliche Interesse an Frauen umschreiben kann. Während die nationale Bildersprache reich an Metaphorik 'des Weiblichen' ist (vgl. Janssen-Jurreit 1973: 74ff) gestaltete man staatliche Institutionen, die das Gemeinwesen *praktisch regulieren*, unter sich bzw. seinesgleichen, nämlich »freien« und »gleichen« »Brüdern«; zentral ist hierbei das Staatsbürgerrecht. Mit Carole Pateman läßt sich in der Analyse bürgerlicher Vertragstheorien ein unterlegter Geschlechtervertrag herausarbeiten: Frauen werden die Eigenschaften abgesprochen, die den Status des vertragsabschließenden Individuums begründen, nämlich Vernunftbegabung und Eigentum sowie der Besitz an der eigenen Person (Pateman 1994, 78f). Rekuriert wird dabei auf klassische Bilder des Naturzustandes, in denen schon eine hierarchische Ordnung zwischen Männlichem und Weiblichem eingelassen ist. Diese Hierarchie wird in die Moderne in der Form der Konzeption getrennter Sphären von Öffentlichkeit und Privatheit hinübergerettet:

»Frauen wurden anders einbezogen als Männer, die 'Individuen' und 'Bürger' der politischen Theorie: (...) Sie wurden als den Männern Untergeordnete deren eigenem privaten Bereich einverleibt und so ausgeschlossen von der 'Zivilgesellschaft', sowohl im Sinne des öffentlichen Bereichs von Wirtschaft, wie auch des Staatsbürgerrechts« (Pateman 1992, 56).

Die 'natürlichen Fähigkeiten' des Gebärens und der Mutterschaft wurden dazu als der Natur zugehörig symbolisiert, an die man zugleich ihre »politische Pflicht« als »Hilfskraft im Gemeinwesen« band (ebd., 57). Daß Frauennarbeit nicht mit dem Staatsbürgerrecht bzw. Gleichheit, sondern eben mit Differenz assoziiert wurde, verkörpert sich auch in der Struktur des heutigen Wohlfahrtsstaates: Frauen erhalten – als seine Hauptklientel und Mehrheit der Armen – nicht wie Männer Leistungen aus eigenem Recht, sondern als ökonomisch Abhängige männlicher Familienvorstände, deren Status sich auf geschlechtshierarchische Bezahlungs- und »Normalarbeitszeit«-Strukturen auf dem Arbeitsmarkt stützen kann. Aktuell erfährt dieses Modell neoliberalen Rückenwind im sog. Subsidiaritätsprinzip. Als Scharniere zwischen diesen vergeschlechtlichten Sphären »gleicher Freiheit« und »Unterworfenheit« (ebd. 74) fungiert der Ehevertrag; dabei entschlüsselt sich aus einer anderen Perspektive, nämlich bei Betrachtung des

Wetterer 1992), also gesellschaftlich, kulturell, und damit der entscheidende Verhandlungsgegenstand (vgl. zur nicht-biologisierend oder -essentialisierenden Arbeit an der Geschlechterdifferenz auch Geneviève Fraisse 1995; 1996).

Prostitutionsvertrags, der wie Arbeitsverträge auf dem Markt abgeschlossen wird, ein ungeschriebenes »Gesetz des männlichen Geschlechtsrechts (sex right)« (Adrienne Rich 1980 in Pateman 1994, 75). Unterstand die Kontrolle der Sexualität und Reproduktionsfähigkeit von Frauen etwa im alten Mesopotamien, das Gerda Lerner auf die spezifischen Herausbildung des »westlichen Patriarchats« hin untersucht, noch dem Interesse der alten, die Gemeinschaften dominierenden Männer (vgl. Lenz 1995, 25), so wurden in der Moderne solche Väter brüderlich gestürzt; gleichwohl sollten den Söhnen die Frauen sicher bleiben. Die Geschichte des (modernen) Geschlechtervertrages

»handelt von (hetero)sexuellen Beziehungen und von Frauen, deren Aufgabe es ist, sexuelle Wesen zu verkörpern. Die Geschichte hilft uns die Mechanismen zu begreifen, mit denen die Männer das Recht auf sexuellen Zugang zu den Körpern der Frauen und das Nutzungsrecht über ihre Körper einfordern. Heterosexuelle Beziehungen sind keineswegs auf das Privatleben beschränkt. Das dramatischste Beispiel des öffentlichen Aspekts patriarchaler Macht ist die Forderung der Männer, daß die Körper der Frauen als Waren auf dem kapitalistischen Markt feilgeboten werden« (ebd. 92).

Politisch werden dabei die Arbeitsbedingungen so reguliert, daß die Selbstbestimmung der Frauen über ihren Geschlechtsverkehr verhindert ist (vgl. dazu unten).

Die Frage des 'gleichen Rechts' auf sexuellen Zugang zu den Frauen bestätigt sich im »überall anzutreffenden Gebrauch vulgärer Begriffe für weibliche Sexualorgane durch Männer, wenn sie sich auf Frauen beziehen« (Pateman 1983: 562). Hierbei geht es um Kontrolle und es synthetisiert sich in der Epoche, in der sich bürgerliche Gesellschaften im nationalstaatlichen Rahmen formieren, die mittelalterliche Spaltung der Frauen in Weiblichkeitsbildern wie der Hure und der asexuellen Heiligen in einem *Hurenstigma*, das alle Frauen betrifft.

»Während das Bild des Mannes, das die Epoche propagiert, immer mehr die Züge eines Eroberers, Helden und Verführers annimmt, muß die Frau, will sie als vorbildlich gelten, (...) den Eindruck absoluter Geschlechtslosigkeit machen, den sie nur gegenüber ihrem Gatten, und auch dann widerstrebend, aufgeben darf« (Kentler 1988, 50f).

Diese »sittliche« bzw. in Kontrolle eingeschnürte Sexualität der bürgerlichen Ehefrau wird u.a. über besagtes Stigma formiert, dabei auch jenseits des »bürgerlichen Klassenkörpers« verallgemeinert (vgl. Foucault 1977, 146ff): es äußert sich in Begrifflichkeiten wie »Flittchen«, »Schlampe«, »Nutte« oder – in 'wissender' Pathologisierung im Begriff der – »Nymphomanin«, hingeworfen bei »unkeusem« Verhalten wie auffälligem Auftreten, Kleidung, Gebärden, offensivem Lachen, bei alleinreisenden Frauen oder schlicht finanziell unabhängigem Leben einer Frau (Pheterson 1990).

»Das Stigma 'Hure' maßregelt grundsätzlich die Autonomie, die Bewegungsfreiheit und das Selbstbewußtsein von Frauen. Da diese Bilder keinen eindeutigen Bezugspunkt haben, kann jeder Frau eine Wertung zugesprochen werden. Alle Frauen sind demnach potentielle 'Huren', also moralisch schlecht, und sie müssen alles daran setzen, nicht für eine 'Hure' gehalten zu

werden« (Günter 1992, 87f).

Dabei läßt sich für die Latenz symbolischer Ordnung mit Pierre Bourdieu fortsetzen:

»Und nicht selten werden, selbst in den von männlichen Werten am wenigsten dominierten Regionen des sozialen Raums, die Frauen, die Machtpositionen innehaben, unterschwellig verdächtigt, der Intrige oder der sexuellen Gefälligkeit, mithin männlicher Protektion Vorteile zu verdanken, die so offensichtlich ungebührlich sind, daß sie doch nur unlauter erworben sein können« (Bourdieu 1997, 209).

Das Stigma spiegelt sich im geteilten (staatsbürgerlichen) Recht⁸ ebenso wie in der aktuellen deutschen Politik zur Prostitution: Mit der Beurteilung des Gewerbes als Sittenwidrigkeit (§ 138 BGB) wird die einzelne Frau – im Gegensatz zum Kunden und dem zivilrechtlich geschützten Bordellbesitzer – moralisch verurteilt und rechtlich diskriminiert. Sie ist zwar steuerpflichtig wegen »sonstiger Einkünfte«, hat aber keinen Anspruch auf Zugang zur gesetzlichen Krankenversicherung geschweige denn zur Sozialversicherung, so daß sie etwa abgesichert den Arbeitsplatz wechseln könnte, wenn sie aus dem Gewerbe aussteigt. Während der Kunde einen rechtlichen Anspruch auf die sexuelle Dienstleistung einfordern kann, hat sie keinen entsprechend abgesicherten Anspruch auf Honorar. Indem herrschende Symbolik

»... Reproduktion als Erfüllung natürlicher Aufgaben definiert (...), kann es als Verstoß gegen die Moral der geschlechtergetrennten Wirkungsbereiche bewertet werden, wenn Frauen für diese Aufgaben Geld annehmen. Die Bezahlung von Frauen, die sexuelle Dienstleistungen anbieten, wird so zum Problem der Sexualmoral und nicht der Arbeits- und Bezahlungsmoral« (Günter 1992, 92; vgl. Tillner 1992, 101).

In dieser Logik werden gute Arbeitsbedingungen für Prostituierte (als »Förderung der Prostitution« §§ 180,1a StGB) geahndet, zugleich wird u.a. über Sperrgebietsverordnungen Zuhälterei, v.a. aber monopolistischer Sexindustrie Vorschub geleistet. »Das Zusammenspiel von profitierender Wirtschaft (mehr als 10 Mrd. DM Umsatz im Jahr) und mitverdienendem Staat ist rechtlich abgesichert« (B90/Grüne 1996). Diese Zusammenarbeit staatlicher und wirtschaftlicher Interessen soll nunmehr in ihrer symbolischen Geschichte zurückverfolgt werden. Es geht dabei um die Frage, was bei einer Politik zum Frauenhandel auf dem »Spiele« steht.

4. Die symbolische Bedeutung des Handels mit Frauen - Allianzen sich selbst bestätigender Männlichkeit

Nach Engels beginnt Prostitution als Ausgleich und Ergänzung zur Mono-

⁸ Vgl. zur rechtlichen und sozialen Situation von Prostituierten von Galen (1993); Leopold/Steffan (1993), sowie Macht und Leo in Drössler (1994).

gamie in dem Moment, wo jemand über *überschüssige Mittel* verfügt, um für sexuelle Handlungen zu bezahlen: »Mit dem Aufkommen der Eigentumsverschiedenheit, also schon auf der Oberstufe der Barbarei, tritt die Lohnarbeit sporadisch auf neben der Sklavenarbeit und gleichzeitig, ihr notwendiges Korrelat, die gewerbsmäßige Prostitution freier Frauen neben der erzwungenen Preisgebung der Sklavin«, als welche Engels übrigens die »Konvenienz«-Ehefrau seiner Zeiten 'fasst' (Engels 1892, 80ff).

Rein ökonomisch lassen sich derweil nicht die Verfügungsrechte von Männern über den Geschlechtsverkehr von Frauen, dabei auch mit verschiedenen Männern erklären, die schon in Gesellschaften ohne Überschußproduktion auftauchen (vgl. Janssen-Jurreit 1976, 164): Frauentausch bzw. Frauenausleihe etwa als Gastgabe, dienen, so entschlüsselt sich hier, der *Allianzstiftung zwischen Männern*. Der Soziologe Pierre Bourdieu – in dessen Analysen die soziale Konstruktion symbolischer Ordnungen im Zentrum steht – qualifiziert dabei den Austausch von Frauen als den »obersten Rang der Spiele«,

»in denen die *Männlichkeit ihre Bestätigung und Vollendung durch die Akte gegenseitiger Anerkennung* erfährt, das Implikat alles vom Isotomieprinzip geprägten Akte des Austauschs von Herausforderungen und Er widerungen, von Geschenken und Gegengeschenken (...).

Die Grundlage dieses ursprünglichen Austauschs, den das mythisch-rituelle System ratifiziert und bis zu dem Punkt erweitert, an dem es zum Teilungsprinzip des ganzen Universums gemacht wird, ist – wie man sieht – nichts anderes als die fundamentale Asymmetrie, die zwischen Mann und Frau auf dem Gebiet des symbolischen Tauschs hergestellt wird: die von Subjekt und Objekt, Akteur und Instrument. *Das Feld der Produktions- und Reproduktionsverhältnisse des symbolischen Kapitals – wovon der Heiratsmarkt eine paradigmatische Realisierung ist – basiert auf einer Art symbolischen Gewaltstreich*. Dessen Folge ist es, daß die Frauen dort nur in Gestalt von *Objekten* oder, besser, von *Symbolen* in Erscheinung treten, deren Sinn außerhalb ihrer selbst konstituiert ist und deren Funktion es ist, zum Fortbestand und zur Mehrung des im Besitz der Männer befindlichen symbolischen Kapitals beizutragen.

Die Frage nach den Fundamenten der Geschlechtertrennung und der männlichen Herrschaft findet so ihre Lösung. Die Erklärung für den Primat, den die kulturellen Taxinomien der Männlichkeit weltweit zusprechen, liegt in der Logik des symbolischen Tauschs und, genauer, »in der *gesellschaftlichen Konstruktion der Verwandtschafts- und Heiratsbeziehungen*«

9 In dieser Tradition ist die *Warenform* der Arbeitskraft im 'Gewerbe der Liebensdienste' als das Entscheidende zu kritisieren. Mit Pateman läßt sich dabei im Anschluß an den vorherigen Abschnitt zuspitzen: »Prostitution ist die Anerkennung von Männern als 'sexual master'; sie bringt Unterwerfung als eine Ware zum Verkauf auf den Markt« (Pateman 1983:564). – In diesem Spannungsbogen ist zugleich auch das Politisierungspotenzial zu sehen: »Da die Prostituierte ihre Objektrolle als Frau permanent aktualisiert, indem sie 'sich tauscht', den Gegenwert für sich verbucht und damit einen Rest weiblicher Macht repräsentiert, reagiert die patriarchale Gesellschaft ihr gegenüber mit Verachtung und Angst. (...) Zum anderen eröffnet aber auch die Einsicht in das ökonomische Verhältnis zwischen den Geschlechtern, ihre finanzielle Unabhängigkeit vom Mann und ihr z.T. unweibliches Verhalten, das sie zur Außenseiterin werden läßt, Perspektiven einer Transzendierung der weiblichen Rolle...« (Giesen/Schumann 1980, 184). Vgl. zur Diskussion von Prostitution in ihrer Funktionalität und Subversivität für »das Patriarchat« bzw. zur Problematik als Geld-(Körper)Ware-Beziehung auch Tillner (incl. Arbeitsgruppendifkussion) 1992, 100ff; Günther 1992, 89ff. – Vgl. zur Politisierung: internationale und deutsche Hurenbewegung Dröbller und Molloy, in Dröbller u.a. 1994.

(Bourdieu 1997, 205; Herv. FH)¹⁰.

Sowohl, was die Konstruktion der Heiratsbeziehung im bürgerlichen Ehemodell als auch was die ihm zur Seite gestellte Prostitution anbelangt, bestätigt sich in staatlicher Politik zugleich das Interesse des sexuell gewährleisteten Zugangs zu Frauen wie die »Verobjektivierung«, die den Frauenaustausch- und -handel ausmacht: Die bürgerlichen Brüder bestätigen sich selbst in ihrer »Männlichkeit«, und verweisen 'ihre Frauen' dazu ins Private.

Der Effekt einer Formierung von »Männlichkeit« durch sich bestätigende Allianzen – unter Ausschluß von Frauen – ist auch für meinen Blick auf den Zusammenhang ökonomischer und politischer Interessen entscheidend: Wo den Frauen im Privathaushalt »die einzige wirkliche Anerkennung, die ökonomische Bestätigung« (Bourdieu 1997, 209) verweigert wird, wird Frauen in der Prostitution ihr Honorar vertragsrechtlich vom Staat abgesprochen, außerdem keine sozialstaatliche Anerkennung im Versicherungssystem zuerkannt. Zugleich werden durch die Politik der Sperrgebietsverordnungen Profitraten in die Hände monopolisierender Sexindustrieller und Zuhälter gespielt.

Angesichts solcher Konstellation und insofern staatliche Institutionen (Recht, Sozialversicherungssysteme u.a.) einen vergeschlechtlichten Gesellschaftsvertrag unter Brüdern kondensieren, läßt sich der Staat als 'männerbündisch fundiert' (Kreisky 1995) oder auch als Form »hegemonialer Männlichkeit (...) als Verkörperung einer erfolgreichen Strategie zur Unterordnung von Frauen« (Connell 1995) bezeichnen. Geschlechtshierarchische Arbeitsteilung in den (Re)Produktionsverhältnissen wird staatlich gestützt, wobei sich der Vorteil, den Mann aus solcher Arbeitsteilung zieht, mit Connell als »patriarchale Dividende« bezeichnen läßt.

In diesem Allianzsystem sich selbst bestätigendem männlichen Interesses, als dessen *politische* Formierungsinstanz der Nationalstaat erscheint, läßt sich zugleich ein Netz unterschiedlicher Verteilungs-/ Dividende-Positionen *in globalem Zusammenhang* ausmachen: so rekrutieren sich etwa in den sog. Entwicklungsländern die »neuen Trägerschichten des Nationalstaates überwiegend aus männlichen Verbänden, etwa dem Militär oder der Bürokratie als Nachfolger der männlichen Kolonialverwaltung«; sie stehen in einem spannungsgeladenen Bündnis mit transnationalen wirtschaftlichen Unternehmen aus den kapitalistischen Ländern (vgl. Lenz 1995, 37f). Finanzjongleure oder technokratische Manager, deren ökonomische (neoliberale) Theorie den Diskurs über unbezahlte Frauenarbeit ausschließt bzw. entsprechende Gegenprogramme finanziell austrocknen läßt, verweisen mit

10 Vgl. dabei Kritisch-Subversives zu den Hintergründen des (Aus)Tausch-Modus Becker-Schmidt 1987 und Butler 1991; bzw. als verknüpfende Auseinandersetzung Helwes 1996. Vgl. zur intellektuellen Übersetzungsarbeit der politischen Soziologie Bourdieus in den deutschsprachigen Raum die Arbeiten von Beate Kraus und Albrecht Lüter.

einer Geschlechtermetaphorik wie »aufreißende Unternehmer, die jungfräuliches Territorium öffnen« auf sexualisierte Profite. Dabei kritisiert man allerdings nur bei den flexibel organisierten internationalen Zuhältergruppen die hohe Gewaltbereitschaft und das Streben nach schnellem Gewinn (vgl. Siebert 1995)¹¹. Der Modus entsprechend gewaltsamer Grenzüberschreitung läßt sich wiederum auch bei der Tradition der Armee-Korps nachzeichnen, die das staatliche Gewalt-Monopol des Staates verkörpern und seine Verfasstheit 'verteidigen' bzw. sein Territorium ausdehnen sollen. Für seine Soldaten organisierte der »Staat als Zuhälter« dabei Bordelle an den Rändern von Militärbasen (vgl. Fiegl 1985), während er sich andererseits als »Schutzpatron« von 'gefallenen' weißen Frauen aufführt. Aus der Rekonstruktion der historischen Hintergründe der UNO-Konvention zum Menschenhandel von Deborah Stientras (1996) ergibt sich, daß die feministische Kritik der anfänglichen Abschaffungsbewegung mit ihrer Vorsprecherin Josephine Butler in eine internationale 'Sittlichkeits'bewegung (social purity movement) umgemünzt wurde, die mit staatlichen Stellen zusammenarbeitete und welche die Kontrolle der Sexualität und Mobilität von Frauen über ihre Viktimisierung zur Konsequenz hatte (vgl. Stientras 1996, 192/197, Strack 1996, 54ff)¹². Selektiert wurde dabei der 'Schutz' nach Hautfarbe; zugleich wurde mit der Ineinssetzung von Prostitution mit »white slavery« die Einnahmequelle armer Frauen kriminalisiert. Unter der Hand existieren dabei weiterhin »licenced houses«, die auch mit der Logistik des Frauenhandels in Zusammenhang stehen; diese Häuser – weniger dabei die hier arbeitenden Frauen (vgl. oben) – wurden von staatlichen Ordnungsmängern wegen ihrer Ventilfunktion fürs männliche Triebleben toleriert und »stimulierten eine ständige Nachfrage nach neuen Frauen« (Kunisch 1996, 2). Im Hintergrund stehen männliche Bedürfnisse, die durch Nicht-Thematisierung unkultiviert zwischen Bildern der Heiligen und der Hure umherirren – und von Geschlechterliebe abstrahieren.

In dieser – nationale Grenzen ignorierenden – Verflochtenheit politischer und wirtschaftlicher Interessen, in der die symbolische Bedeutung des Handels mit Frauen aufscheint, zeigt sich einerseits der Kniff männlicher

11 »Bereits 1983 stellte der UN-Berichterstatter, Jean Fernand-Laurent (ECOSOC) fest, der Frauenhandel sei profitabler als der Drogen- oder der Waffenhandel« (Nittayananta 1997, 38).

12 »'White slavery' was only recognized as European women began to travel more extensively. When some were found in brothels, it was assumed, they would not willingly have intercourse with foreign men of different racial origins and that they therefore must have been coerced. Thus they were described as 'white slaves', victims who needed to be saved, rather than as prostitutes who were working for a living. The 'white slave' crusade also shifted focus away from the exploitation of working class women and children as prostitutes inside the crusaders own countries, focusing instead on the external oppressor who was inducing women into prostitution. The oppressor was usually a man of colour...« (Stientras 1996, 189).

»Identität im Unterschied« (Butler 1991, 70f). »Die scheinbar eindeutige Kategorie Männlichkeit etabliert sich als Montage vielfältiger Positionen innerhalb hierarchischer Differenzen« (Tillner/Kaltenecker 1995, 15): diese Kategorie läßt auch zu, daß sich ein Mittel- oder Erwerbsloser als Teilhaber patriarchaler Dividende imaginiert, wenn er einen entsprechend abwertenden Blick auf FrauenArbeit wirft. Grundsätzlicher stellt sich für mich hier die Frage nach dem Zusammenhang von abstraktem Geld bzw. akkumulierendem Kapital mit der sich selbst bestätigenden »Männlichkeit«; vergleichen lassen sich beide als Fetischcharaktere (Helwes 1996).

5.1 Empirischer Niederschlag nationalstaatlicher Politik zur Prostitution im Kontext der Einwanderungspolitik: aktueller und offizieller Frauenhandel

Konkret stellt sich das Zusammenwirken der Politik zu Prostitution und Migration im deutschen Fall folgendermaßen dar: Das Moment der Nichtanerkennung von Prostitution als Sexarbeit bzw. Erwerbstätigkeit eines rechtlich ernstzunehmenden Subjektes wendet sich an der Nationalgrenze gegen die Migrantinnen.

»Sie brauchen theoretisch ein Visum, mit dem ihnen die Ausübung der Prostitution gestattet wird, das praktisch aber von Deutschen Botschaften im Ausland nicht ausgestellt werden kann, weil Prostitution keine anerkannte Tätigkeit ist. Gehen ausländische Prostituierte hier ihrer Tätigkeit nach, ohne das theoretisch verlangte Visum zu haben, machen sie sich gemäß §92 AuslG strafbar und können wegen dieses Verstoßes gemäß §46 Nr.2 AuslG ausgewiesen werden.« Anders formuliert: »Mit einem Touristenvisum dürfen sie (ausländische Prostituierte, FH) ihren Beruf nicht ausüben, weil sie dann keine Touristen mehr sind. Nach Auffassung der Gerichte stellt Prostitution in diesem Zusammenhang eine Erwerbstätigkeit dar« (von Galen 1993, 55).

Meist uninformiert über die doppel-moralische Rechtslage – zumal in ihrer Kehrtwendung für »die Ausländerin« – und durch die Vermittlungsgebühren verschuldet, greift hier für Migrantinnen der illegalisierte Status, den sich Händler zunutze machen, um Frauen in Zwangsverhältnissen sozial zu isolieren oder immer wieder weiter zu 'verschieben'. »Neu am Phänomen des Frauenhandels ist, daß viele Länder heute gleichzeitig sowohl als Send-, Transit- und Zielländer des Frauentransports für solche Handelszwecke fungieren« (Nittayananta 1996, 39). Zugespitzt läßt sich sagen, daß restriktive Einwanderungsbestimmungen den Menschenhandel fördern, der immer Wege finden wird, um diese Gesetze zu umgehen, während sich gleichzeitig die Abhängigkeit der Frauen, die migrieren wollen, von Dritten noch erhöht (Wijers 1995, 42, vgl. auch Bußmann 1996, 1). Falsche Versprechungen über die zukünftige Arbeit (etwa als Entertainerin oder Kellnerin), der Raub von Pass und Rückflugticket spielen in der Arbeit krimi-

neller Organisationen eine zentrale Rolle.¹³

Auch bei der staatlichen Bekämpfung des Menschenhandels nach §180b und §181 des deutschen Strafgesetzbuchs (die listige Anwerbung und Täuschung einer Ausländerin mit dem Ziel, sie hierzulande unter Ausnutzung ihrer »auslandsspezifischen Hilflosigkeit« der Prostitution oder sexuellen Handlungen zuzuführen) spiegelt sich das bekannte Muster (Wechsel»spiel«) wider: Die Fahndung macht bei den Interessen »innerer Sicherheit und Ordnung« Halt. Betroffene Frauen werden zurückgeschickt, nachdem man sie hier als Zeuginnen instrumentalisiert hat. Die Beschränkung ihrer »ausländerrechtlichen Duldung« orientiert sich an ihrem 'Ermittlungsnutzen', und erscheint damit wie ein Symbol in einem 'Kampfspiel' zwischen Männern, Freunden und Feinden von gesetztem Recht und Ordnung. Auch in der konkreten Zusammenarbeit zwischen entsprechenden Behörden (Innen-, Rechts-, Ausländerbehörden, Staatsanwaltschaft) dominiert im Endeffekt das Abschiebungsinteresse (vgl. Helwes 1997, 62f). Nicht selten besitzen dabei in der Praxis der Strafverfolgung gestohlene Autos, die von den Zielländern in die Herkunftsländer gehandelter Frauen in den selben Händen verschoben werden, eine größere Bedeutung (vgl. *taz* 13.5.1997).

Nach Zahlen der Europäischen Union werden in Westeuropa inzwischen eine halbe Million Frauen zur Prostitution *gezwungen*, nachdem bereits 1988 – nach Schätzungen des Bundeskriminalamtes – weltweit mehr als 200.000 Frauen vom Menschenhandel nach offizieller Definition betroffen waren. Nach dem aktuellen Lagebericht des Bundeskriminalamtes (BKA) – also einer amtlichen Statistik mit entsprechender Dunkelziffer – wurden 1995 bundesweit 522 Fälle von Menschenhandel mit 1.753 Opfern registriert, was im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung um 70% bedeutet. Dabei konzentriert sich der Menschenhandel zunehmend auf Osteuropäerinnen: Mehr als 84% der Betroffenen stammen aus osteuropäischen Staaten, v.a. aus der ehemaligen UdSSR, Polen und der früheren CSFR sowie Ungarn und Bulgarien. Dabei werden ein Fünftel der 50.000 aus Osteuropa stammenden Prostituierten in Deutschland laut BKA gegen ihren Willen zur Prostitution gezwungen (vgl. Köhler 1996, Siegler in *taz*, 25.7.1996).

Wie läßt sich dabei der hohe Anteil von Frauen erklären, die sich »*willentlich*« für die Sexarbeit entscheiden? Verschiedene Faktoren scheinen hier eine Rolle zu spielen: Zum einen Migrationsbrücken wie z.B. der Prostitutionstourismus – also Beziehungen zwischen kapitalträchtigen und ökonomisch schwächeren Ländern, die zu Anfang schon genannt wurden –, zum

13 Vgl. Ulrich Fichtner in *FR* 12.4.1997 »Im ausweglosen Kreislauf der Illegalität bleibt oft nur die Prostitution. Berliner Kommission berichtet über Sklavenmarkt mit ausländischen Frauen / Abschiebung wichtiger Zeuginnen beklagt«

anderen kulturelle Stigmatisierungen im jeweiligen Herkunftsland sowie die schlechte ökonomische Situation von Frauen (vgl. Stientras 1996, 200). In Mittel- und Osteuropa z.B. stellt sich Prostitution als Verdienstmöglichkeit nach dem Arbeitsplatzverlust dar, von dem – angesichts der ökonomischen Schwierigkeiten des Transformationsprozesses – viele Frauen betroffen sind. Häufig spielen auch Krankheitsfälle bei dem Motiv zur Aufnahme von Sexarbeit eine Rolle. Die Sexindustrie im ehemaligen Ostblock boomt, wobei die Frauen in ihr v.a. erst einmal eine zweckgebundene Übergangseinnahmequelle sehen (vgl. Kießl 1996: 43), für die der weitere Weg in den Westen als Versprechen erscheint. Hierzulande werden über Stereotype von Osteuropäerinnen sowohl der Prostitutionstourismus in die Nachbarländer gefördert wie auch neue Marktbereiche im inländischen Sexgewerbe geöffnet.

5.2 Die Ausdehnung des Frauenhandels auf den Privathaushalt

Der sexuelle Zugang des Mannes zur Frau wurde auch über die geschlechtshierarchische Arbeits(bereichs)teilung abgesichert. Insofern muß auch der Privatbereich auf Zwangs- bzw. Kontrollverhältnisse hin betrachtet werden. Nach Art.19 AuslG ist eine Migrantin, die einen Deutschen heiratet, für 4 Jahre de facto unter seine Vormundschaft gestellt, und damit potentiell gewalttätiger Willkür im Privatraum ausgeliefert gemäß den stereotypen Vorstellungen, wie eine häuslich-bescheidene, anschniegsame, fleißige, zugleich möglichst »rassige« Ehefrau zu sein habe (vgl. zur Qualifizierung des Artikels 19 AuslG als gesetzliches »Rückgaberecht« Najafi 1996).

Erfahrungen zeigen, daß die kulturelle Herkunft der Heiratsmigrantin weitgehend ausgeblendet wird (vgl. del Rosario 1994: 195), was sich beim weniger 'fremdländischen' Aussehen von Mittel- und Osteuropäerinnen nach außen hin auch noch einfacher vollzieht als etwa bei Asiatinnen. Indem die Heiratsmigrantinnen gemäß dem vorgenannten Artikel dem männlichen 'Nationalcharakter' als 'vernünftige Basis' fürs Staatsbürgerrecht untergeordnet sind, erfüllen sie zugleich eine wichtige Funktion in der nationalen Bevölkerungspolitik bzw. der demographischen Entwicklung, vor allem, wenn der Mann verhindert, daß die Frau Sprachkurse absolviert, Kontakt zur Außenwelt aufnimmt und erwerbstätig wird.

In einem komplexen Zusammenspiel von sozio-politischen, ökonomischen und kulturellen Prozessen unter jeweils spezifischen nationalen Bedingungen greifen hier die Emanzipation von Frauen aus der ihnen zugewiesenen Privatrolle in der sog. 1. Welt, die aber keine angemessene Entsprechung im Wandel der innerfamiliären und gesellschaftlichen Einstellungen und Verhaltensweisen bzw. staatlicher Familienpolitik finden, ineinander mit

den schrumpfenden wirtschaftlichen und sozialen Zukunftsaussichten in ökonomisch schwächeren Ländern.

»Eine entscheidende Rolle bei der Verknüpfung dieser Prozesse sowie bei der Globalisierung des Systems der 'Bestellbräute' hat zweifellos der wachsende internationale Tourismus gespielt, durch den bestimmte stereotype Vorstellungen von Frauen propagiert, die technischen Infrastrukturen bereitgestellt und direkte Kontakte zwischen den Kulturen ermöglicht wurden. Die Ähnlichkeiten bei den infrastrukturellen Erfordernissen für den Tourismus wie für das Vermittlungsgeschäft mit Bestellbräuten sind frappierend: lange Transportwege, billige und rasche Luftbeförderung, schnelle Datenübertragung, Unterkunft und Dienstleistungen« (del Rosario 1994, 194).

Auch der Arbeitsbereich von Migrantinnen in privaten Haushalten, der in volkswirtschaftlichen Rechnungen als informell gilt, ist durch Zwangsverhältnisse gekennzeichnet. Die Bindung der Haushaltshilfen an ihren Arbeitgeber, die durch die Vermittlungsschulden und häufig auch durch den Verlust des Passes erzeugt werden, bringt eine enorme Drucksituation mit sich; der Arbeitsalltag ist meist geprägt von einer umfassenden Ausbeutung ihrer Arbeitskraft (18-Stunden-Tag) und ihres Körpers. »In sämtlichen Studien über Dienstmädchen wird auf die sexuelle Ausbeutung hingewiesen. (...) Von den illegal in Deutschland arbeitenden Dienstmädchen heißt es, sie würden von ihren Arbeitgebern 'nicht selten' sexuell mißbraucht« (Karrer 1996, 81). Bedeutsam ist dies u.a. für viele au-pair-vermittelte Mädchen aus Osteuropa und allgemein im PendlerInnenraum Polen – Deutschland (vgl. Kießl 1996, 36f).

Somit läßt sich, zumal vor dem Hintergrund des ausgearbeiteten symbolischen Kontextes, auch für diese Bereiche von »Frauenhandel« sprechen (vgl. Heine-Wiedenmann/Ackermann 1991). Nichtregierungsorganisationen betonen dies gegenüber dem offiziellen Begriff des Menschen- bzw. Frauenhandels (vgl. die verschiedenen Stellungnahmen im Rahmen der Europäischen Ministerkonferenz zum Frauenhandel im April 1997 bzw. eine Begriffsdebatte im agisra- Rundbrief (Nr.19/29, 14ff).

6. ZusammenSchluß

Verfügende Kontrolle über Sexualität und Mobilität von Frauen und die Interessen an Eigentum, Besitzstandswahrung oder auch an (symbolischem) Kapital lassen sich also als zusammenhängende Verhältnisse betrachten. Meine Konfrontation des *Frauenhandels/tauschs – in seiner symbolischen Bedeutung* als paradigmatischer Gewaltstreich der Verobjektivierung von Frauen für den Modus des Tauschs – mit *nationalstaatlicher Politik zu Prostitution und Migration* erwies Allianzen der Bestätigung von »Männlichkeit« auf verschiedenen Ebenen: In seiner Geschlechterpolitik der Sphärentrennung und entsprechender Arbeitsteilung entzieht er Frauen die »einzig wirkliche Anerkennung, nämlich ökonomische Bestätigung«

(Bourdieu 1997, 209). Im Kontext der Einwanderungspolitik wird die Unterworfenheit von Frauen in der Ehe bestätigt. Gegenüber Umbrüchen im tradierten Geschlechterverhältnis im »Innern« werden durch Heiratshandel und das »Umtauschrecht« des Artikels 19 im Ausländergesetz alte Anordnungen von Geschlechterrollen gestützt. Desweiteren ist der Staat an der Erzeugung von Zwangsverhältnissen beteiligt, indem er Frauen in der Prostitution nicht den Status als vertragschließendes Subjekt zuspricht, und dabei noch den Druck für ausländische Prostituierte erhöht, weil Prostitution in ihrem Fall als Erwerbstätigkeit gilt. Beim Frauenhandel stehen sich die Händler und die Bewahrer der »inneren Sicherheit« gegenüber: Bilanz dieser Konstellation ist, daß Frauen über die Grenzen hin- und her- bzw. abgeschoben werden.

Vor dem Hintergrund der Spaltungsstruktur, aus der heraus sich in symbolischer Logik »Männlichkeit« formiert, und die sich empirisch in verschiedenen Sexualisierungsverhältnissen – und zwar als unterwerfende Zwangsverhältnisse – von Migrantinnen (in der Prostitution, in der Ehe und in Privathaushalten) zeigte, erscheint der Begriff des Frauenhandels als *politischer Sammelbegriff von fundamentalen Menschenrechtsverletzungen an Frauen* im Sinne ihrer individuellen Würde notwendig und symbolisch entscheidend.

Vor dem Hintergrund des ausgeführten Zusammenhangs paternalistischer Kontrolle und Vernutzung der Sexualität und Mobilität von Frauen in Form des Nationalstaates stellt sich – hinsichtlich der politischen Strategie gegen Frauenhandel – *aber zugleich* die Frage nach einer notwendigen Entzerrung des begrifflichen Zusammenhangs von Prostitution und Menschenhandel. Die Stigmatisierung der Prostitution erschien als Einfallstor für ihre Ausnutzung durch 'männliche InterEssen ohne Grenzen', die sich nicht zuletzt die nationale Grenzziehung zunutze machen. Wie kann Frau also aus diesem Kreislauf als Eigenständige heraustreten?

Auf der Spur zur »Wirklichkeit der sittlichen Idee«, in welcher der Idealist Hegel den Zweck des *Staates* sieht, zeichnet(e) sich bislang – nach dem Rationalisten Weber – *seine* gebietsbezogene Verfaßtheit und Politik durch das »Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit« aus (vgl. Schultze 1994, 733f). Gegenüber der hier als notwendig unterstellten Gewalt im menschlichen Zusammenleben läßt sich dabei folgendes 'in Anschlag' bringen: die Arbeit der Liebe gleicht einen Mangel aus, aus dem heraus mensch arbeits- teilig produktiv ist, welcher sich zugleich in abstrakter Mehrwertabschöpfung von Arbeit fortsetzt. In der Arbeit der Liebe ist das Eigene im Anderen jenseits nationalstaatlich gesetzter Grenzen erkennbar. Wenn ihre materialistische Anerkennung – durch das privatisierte romantische Liebesideal bei sittenwidriger Befriedigung eines sog. männlichen Sextriebes – den in diese Sphären verwiesenen AkteurInnen versagt bleibt, setzt sich eine Alli-

anz von Freunden und Feinden fort, deren abstrakter Charakter unökologisch bzw. unsittlich ist: er verletzt den sozialen Zusammenhang.

Gegen den Spaltungsmechanismus auf der Ebene einer abgehobenen Instanz – als welche sich u.a. der Nationalstaat zeigte – sollte es letztlich um die Frage einer notwendigen Stärkung des Individuums in dem, was es tut und wo es gesellschaftlich produktiv ist, gehen: das heißt die Frage nach dem *Recht, welches aus Arbeit* hervorgeht.

In diesem Sinn unterstütze ich die Forderung nach zivilrechtlicher Anerkennung der Sexarbeit als Gewerbe oder Beruf bzw. den »Gesetzentwurf zur Beseitigung der rechtlichen Diskriminierung von Prostituierten« und schließe mit der Definition der »*Global Alliance against Traffic in Women*« zum Menschenhandel, welche sich aus den Erfahrungen und Auseinandersetzungen transnationaler NGOs speist: Hier wird zwischen »*Handel mit Personen*«, das sind »alle Handlungen unter Einsatz von Gewalt, Drohung mit Gewalt, Machtmißbrauch, Schuldknechtschaft, Täuschung oder anderen Formen von Zwang, die im Zusammenhang mit der Anwerbung oder dem Transport einer Person zu Arbeits- oder Dienstleistungszwecken stehen, unabhängig davon, ob nationale Grenzen überschritten werden oder nicht«, und »*Zwangsarbeit und sklavereiähnliche Praktiken*: (das) sind die Ausbeutung von Arbeit oder Dienstleistungen einer anderen Person oder die Aneignung/Ausnutzung der rechtlichen oder körperlichen Identität einer anderen Person unter Einsatz von Gewalt, Drohung mit Gewalt, Machtmißbrauch, Schuldknechtschaft, Täuschung oder anderen Formen von Zwang« unterschieden (Berliner Arbeitskreis »Frauenhandel«, unveröff. Übersetzung). Entgegen der Viktimisierungsperspektive auf Frauen bzw. Prostituierte, die in der UNO-Konvention zum Menschenhandel angelegt ist und die abermals eine Verobjektivierung von Frauen ermöglicht, kommen mit diesem politischen (Definitions-)Ansatz die *Bedingungen* in den Blick, unter denen allgemein gearbeitet, und eben auch Sexarbeit geleistet wird.

Literatur

- agisra (Aktionsgemeinschaft gegen internationale sexistische und rassistische Ausbeutung) (Hg.), 1990: *Frauenhandel und Prostitutionstourismus. Eine Bestandsaufnahme*, München.
- Altwater, Elmar, Birgit Mahnkopf 1997: *Die Grenzen der Globalisierung*, Münster.
- Anderson, Benedict R. 1988: *Die Erfindung der Nation*, Frankfurt/M., New York.
- Bourdieu, Pierre 1997: Die männliche Herrschaft; in: Dölling, Irene, Beate Kraus (Hg.): *Ein alltägliches Spiel. Geschlechterkonstruktionen in der sozialen Praxis*, Frankfurt/M.
- Bündnis 90/Die Grünen 6.9.1996: *Pressemitteilung* Nr. 753/96 im Kontext der Anhörung bzw. dem Entwurf eines Gesetzes zur Beseitigung der rechtlichen Diskriminierung von Prostituierten, Bonn.
- (1996) *Prostitution, Menschenhandel, Sextourismus im bayerisch-tschechischen Grenzraum*. Dokumentation der Tagung vom 22.7.1996, veranstaltet von der Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag (Mdl Elisabeth Köhler).

- Bußmann, Monika 1996: Begriffsbestimmung und Strategien zur Bekämpfung von Frauenhandel; in: Bündnis 90/DIE GRÜNEN (1996).
- Butler, Judith 1991: *Das Unbehagen der Geschlechter*, Frankfurt/M.
- Connell, Robert W. 1995: Neue Richtungen in der Geschlechtertheorie, Männlichkeitsforschung und Geschlechterpolitik; in: Armbruster, L.C./ U. Müller/ M. Stein-Hilbers (Hg.): *Neue Horizonte? Sozialwissenschaftliche Forschung über Geschlechter und Geschlechterverhältnisse*, Opladen.
- del Rosario, Virginia 1994: Viele Ursachen, komplexe Verhältnisse: »Ehefrauen auf Bestellung« in Europa; in: Morokvasic, Mirjana; Hedwig Rudolph (Hg.) 1994: *Wanderungsraum Europa: Menschen und Grenzen in Bewegung*, Berlin.
- Drössler, Christine, Jasmin Kratz (Hg.) 1994: *Prostitution: ein Handbuch*, Marburg.
- Engels, Friedrich 1884/1984: *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates*, Berlin.
- Fiegl, Verena 1985: Über den Zusammenhang von Staat – Militär – Prostitution; in: *beiträge zur feministischen theorie und praxis* 8.Jg.H.13.
- Foucault, Michel, 1976/7: *Sexualität und Wahrheit*. Bd.1 Der Wille zum Wissen, Frankfurt/M.
- Fraisse, Geneviève 1995: *Geschlecht und Moderne.*, Frankfurt/M.
— 1996: *Geschlechterdifferenz*, Tübingen.
- Galen, Margarete von 1993: Prostitution im Recht; in: Sozialpädagogisches Institut Berlin (spi): *HIV/AIDS-Prävention für Frauen in den neuen Bundesländern*, Berlin .
- Giesen, Rose-Marie, Gunda Schumann 1980: *An der Front des Patriarchats*, Bensheim.
- Gildemeister, Regine, Angelika Wetterer 1992: Wie Geschlechter gemacht werden; in: Knapp, Gudrun-Axeli; Angelika Wetterer (Hg.): *Traditionen – Brüche. Entwicklungen feministischer Theorie*. Forum Frauenforschung. Schriftenreihe der Sektion Frauenforschung in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Freiburg .
- Günter, Andrea 1992: Frauen, Prostitution und Ethik; in: Drössler, Christine i.A. von HWG e.V. (Hg.): *Women at work: Sexarbeit, Binnenmarkt und Prostitution*; Dokumentation zum Ersten Europäischen Prostituiertenkongreß, Marburg.
- Haug, Frigga (Hg.) 1983: *Sexualisierung der Körper*; Argument Sonderband AS 90; Berlin/Hamburg.
- Heine-Wiedenmann, Lea Ackermann u.a. 1991: *Umfeld und Ausmaß des Menschenhandels mit ausländischen Mädchen und Frauen*. Schriftenreihe des Bundesministers für Frauen und Jugend, Bd.8, Stuttgart, Berlin, Köln.
- Helwes, Frauke 1996: *Krise der männlichen Subjektform als Chance für Geschlechterbeziehungen?* (Diplomarbeit Berlin).
— 1997: *Transformation – Migration – Prostitution. Ursachen, Bedingungen und Formen informeller Reproduktionstrategien von mittel- und osteuropäischen Migrantinnen*; Literaturstudie im FU-Forschungsgebietsschwerpunkt (FGS) »Transformationsprozesse in einer interdependenten Welt«, Berlin.
- Hummel, Diana 1993: Lohnende Geschäfte: Frauenhandel mit Osteuropäerinnen und der EG-Binnenmarkt; in: *beiträge zur feministischen theorie und praxis* »Europa – einig Vaterland?« Bd.34.
- Janssen-Jurreit, Marielouise 1973: *Sexismus. Über die Abtreibung der Frauenfrage*, München.
- Karrer, Cristina, Regula Turtschi, Maritza Le Breton Baumgartner 1996: *Entschieden im Abseits. Frauen in der Migration*, Zürich.
- Kentler, Helmut 1988: Auf der Suche nach der Bedeutung eines Begriffs; in: ders. (Hg.): *Sexualwesen Mensch. Texte zur Erforschung der Sexualität*, München.
- Kiebl, Anne-Margret/ agisra e.V. und Ökumenische Asiengruppe e.V. 1996: *Projekt Jiskra, Die Situation mittel- und osteuropäischer Frauen in Frankfurt am Main und Umland*, Frankfurt/ M..
- Köhler, Elisabeth 1996: Eröffnungsrede der Tagung; in: Bündnis 90/DIE GRÜNEN (1996).
- Kunisch Marianne 1996: Probleme und Defizite der Rechtslage und Rechtsprechung zum Frauenhandel; in: Bündnis 90/DIE GRÜNEN (1996).
- Kreisky, Eva 1995: Der Stoff, aus dem die Staaten sind. Zur männerbündischen Fundierung politischer Ordnung; in: Regina Becker-Schmidt, Gudrun Axeli-Knapp (Hg.): *Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften*, Frankfurt/M.

- Lenz, Ilse 1994: Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern... Zur sozialen Konstruktion von Geschlecht und Ethnizität; in: *Frauen – Rechtsextremismus, Rassismus, Gewalt: feministische Beiträge*, Münster .
- 1995: Geschlecht, Herrschaft und internationale Ungleichheit; in: Regina Becker-Schmidt, Gudrun Axeli-Knapp (Hg.): *Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften*, Frankfurt/ M.
- Leo, Ulrich 1994: Prostitution und Grundgesetz; in: Drössler, Christine, Jasmin Kratz, HurenWehren sich Gemeinsam e.V. (Hg.): *Prostitution: ein Handbuch*, Marburg.
- Leopold, Beate, Elfriede Steffan, Nikola Paul u.a. (spi) 1993: *Dokumentation zur rechtlichen und sozialen Lage von Prostituierten in der Bundesrepublik Deutschland*; Schriftenreihe des Bundesministeriums für Frauen und Jugend, Bd.15; Stuttgart, Berlin, Köln.
- Lerner, Gerda 1991: *Die Entstehung des Patriarchats*, Frankfurt/ M..
- Lutz, Georg 1995: Weltmarkt und neue Migration; in: BUKO-Arbeitsschwerpunkt Rassismus und Flüchtlingspolitik (Hg.): *Zwischen Flucht und Arbeit*, Hamburg.
- Macht, Ingrid 1994: Straf- und ordnungswidrigkeitsrechtliche Reglementierung der Prostitution; in: Drössler, Christine, Jasmin Kratz, Huren Wehren sich Gemeinsam e.V. (Hg.): *Prostitution: ein Handbuch*, Marburg.
- Marburger, Helga (Hg.) 1994: *Ost-West-Migration: Lebens- und Arbeitsbedingungen von Migranten aus Osteuropa in den neuen Bundesländern und Berlin*, Berlin .
- Morokvasic, Mirjana, Hedwig Rudolph (Hg.) 1994: *Wanderungsraum Europa: Menschen und Grenzen in Bewegung*, Berlin.
- Najafi, Behshid 1996: Paragraph 19: das 'Rückgaberecht' im Ausländergesetz; in: *beiträge zur feministischen theorie und praxis*, 19.Jg., H.42.
- Nittayananta, Suteera 1996: Migration von Frauen aus Südostasien: Verletzung der Menschenrechte durch Frauenhandel; in: *Dokumentation Deutsches Rotes Kreuz*, Oktober .
- Parsdorfer, Christine 1995: Vom »Modell Deutschland« zur »Ethnisierung des Sozialen«; in: BUKO-Arbeitsschwerpunkt Rassismus und Flüchtlingspolitik (Hg.): *Zwischen Flucht und Arbeit. Neue Migration und Legalisierungsdebatte*, Hamburg.
- Pateman, Carole 1983: Defending Prostitution: Charges against Ericsson; in: *Ethics* 93, april.
- 1988: *The Sexual Contract*, Cambridge.
- 1992: Gleichheit, Differenz, Unterordnung; in: *Feministische Studien*, Heft 1-92.
- Pheterson, Gail 1990: *Huren-Stigma. Wie man aus Frauen Huren macht*, Hamburg.
- Potts, Lydia 1991: Migration und Bevölkerungspolitik – über Geschichte und Funktion der Frauen auf dem Weltmarkt für Arbeitskraft; in: *beiträge zur feministischen theorie und praxis*, 14. Jg., H.29 .
- Sassen, Saskia 1996: *Migranten, Siedler, Flüchtlinge*, Frankfurt/M.
- Schultze, Rainer-Olaf 1994: Staatstheorie; in: Dieter Nohlen (Hrsg.): *Wörterbuch Staat und Politik*; München.
- Senatsverwaltung für Arbeit, Bildung und Frauen 1997: *Bericht der Berliner Fachkommission »Frauenhandel«*, Berlin.
- Siebert, Ulrich 1995: Logistik der organisierten Kriminalität in der Bundesrepublik Deutschland, Ergebnisse eines neuen Forschungsansatzes; in: *Deutsche Juristenzeitung* Nr.15/16.
- Stienstra, Deborah 1996: International Law and Organization Related to Prostitution; in: *Studies in Political Economy* No.51, Fall 1996.
- Strack, Friederike 1996: Politische Strategien im Umgang mit Prostitution; in: dies.: *Mulher da Vida – Frauen des Lebens. Brasiliens Prostituierte im Kampf gegen Stigmatisierung und Repression*, Berlin.
- Tillner, Christiane 1991: Prostitution und Feminismus; in: Drössler, Christine i.A. von HWG e.V. (Hg.): *Women at work: Sexarbeit, Binnenmarkt und Prostitution*; Dokumentation zum Ersten Europäischen Prostituiertenkongreß, Marburg.
- Tillner, Georg, Siegfried Kaltenecker 1995: Offensichtlich männlich. Zur aktuellen Kritik der heterosexuellen Männlichkeit; in: *Widersprüche* Heft 56/57, Sept.1995.
- Wijers, Marjahn 1995: Frauenhandel; in: *Hydra-Nachtextpress*, 12. Jg.

Seiko Hanochi

Japan und die globale Sexindustrie

Im vorliegenden Artikel wird der historische Prozeß untersucht, der zur Globalisierung des Frauenhandels in Japan führte. Dabei wird die Bedeutung von patriarchalen Vorstellungen deutlich, die die sexuelle Sklaverei in Japan zwar versteckt, aber zugleich zu einem kommerziell äußerst profitablen Sektor macht. Während der Modernisierungsphase der japanischen Gesellschaft wurde die Prostitution benötigt, um die männliche Unterwürfigkeit gegenüber dem Staat zu verstärken. In der Globalisierungsphase wurde die Sexindustrie dann in die Anstrengungen des japanischen Staates integriert, seine globale Konkurrenzfähigkeit zu erhöhen.

Jede Gesellschaft enthält einen Sektor, der von ihrem kollektiven Bewußtsein unterdrückt wird. Er entspricht der dunklen Seite ihrer Doppelmoral. Dies gilt insbesondere von der Sexualität in ihrer patriarchalischen »Ordnung«. Der unterdrückte Bereich wirkt als ein »Sicherheitsventil«, das verschiedene Kräfte bindet, die für die patriarchalische Ordnung schädlich sind, und das daher zur Aufrechterhaltung der Produktions- und Reproduktionsstrukturen in der Gesellschaft beiträgt. Diese Funktion wird durch die Ausbeutung von Menschen erfüllt, deren Freiheit, deren Grundrechte und deren Sicherheit in Bordellen oder ähnlichen Systemen, die vom patriarchalen Staat zur Aufrechterhaltung seiner »Ruhe und Ordnung« toleriert werden, geopfert wird. Prostitution beruht auf unterschiedlichen patriarchalen Systemen der Ethik, die an die vorherrschenden Geschlechterverhältnisse der jeweiligen Zeit angepaßt sind. Obwohl das Patriarchat feudaler Gesellschaften allgemein als äußerst ungerecht gilt, sind es die kapitalistischen Gesellschaften, in denen die Prostitution am meisten ausgebeutet wird. Es sind vor allem Gesellschaften wie diejenige Japans, in denen sich vorkapitalistische »gemeinschafts«orientierte Vorstellungen über Geschlechterverhältnisse und eine versachlichte kapitalistische Wirtschaftsentwicklung zu sozioökonomische Bedingungen verbinden, die die Kommodifizierung des weiblichen Körpers durch ein Herrschafts/Knechtschaftsverhältnis begünstigt, das von Zuhältern und männlichen Kunden ausgebeutet wird. Die patriarchale kapitalistische Gesellschaft entwickelt Regeln, unter denen dieser Sektor geduldet und der

dieser Sektor geduldet und der Frauenhandel und die Ausbeutung der Prostitution institutionalisiert wird. Diese Regeln beschränken diesen Sektor zwar, aber de facto führen sie dazu, daß er akzeptiert wird.¹

1. Der historische Hintergrund

Im vormodernen Japan der Edo-Periode beruhte die hierarchische Ordnung auf der patriarchalen Herrschaft der Klasse der Samurai, die den Bereich der Prostitution als einen »Freiraum« für Männer unterschiedlicher gesellschaftlicher Herkunft entwickelten. In dieser Sphäre, die von der hierarchischen Ordnung ausgeschlossen war, konnten sie »frei« miteinander umgehen. Dieser »Freiraum« für Männer mit unterschiedlichem gesellschaftlichen Status trug zur Entwicklung einer bürgerlichen Kultur in Japan bei. Allerdings beruhte dieser Raum auf der sexuellen Ausbeutung der Frauen, die sich in öffentlichen Häusern prostituierten und die oft aus der armen ländlichen Peripherie des feudalen Japans hierher geschickt worden waren. Die Existenz einer großen Population von »Junggesellen«, die sich vor allem aus den Samurai zusammensetzte, die von ihrer Familie getrennt waren, förderte, verbunden mit der Entwicklung einer frühen kapitalistischen Wirtschaft während der »Politik der verschlossenen Tür«, die Schaffung dieses »Kuruwa«-Sektors der patriarchalen Edo-Gesellschaft (Nishiyama 1979).

Das moderne Japan entwickelte eine neue innere Ordnung, die den Erfordernissen eines sich modernisierenden kapitalistischen Staates mit einer expansionistischen Orientierung entsprach. Das Japan der Meiji-Periode ging von einem patriarchalischen Staat aus, der mit dem japanischen Volk gleichgesetzt wurde, und an dessen Spitze ein Herrscher stand, der für das »familial-kapitalistische« System als ein »pater familias« fungierte, als Integrationsfigur dieses despotischen Entwicklungsmodells.

Der Prostitutionssektor diente der Reproduktion dieser modernen patriarchalischen Ordnung, indem er die Bedürfnisbefriedigung der männlichen Mitglieder dieser familial-kapitalistischen Gesellschaft von ihren produktiven und reproduktiven Aktivitäten trennte und damit sicherstellte, daß sich Männer und Frauen im formellen Sektor ganz auf diese Tätigkeiten konzentrieren konnten. Diese entstellte Spezialisierung der Prostitution führte zu dem für die moderne japanische Gesellschaft typisch abgesonderten Bereich der Prostitution (der auf einem komplexen System der Diskriminierung nach Klasse, Ethnie und Geschlecht beruht). Neue Institutionen, die den besonderen Bedürfnissen unterschiedlicher Stufen der Modernisierung Japans angemessen waren, wurden entwickelt. Die »Kuruwa«-Tradition, die auf den Handel mit jungen Frauen aus der armen Peripherie Japans be-

¹ Vgl. zu den Aktivitäten der japanischen Frauenbewegung, die auf den Prostitutionssektor abzielen, Hanochi (1997, 1998).

ruhte, wurde durch den internationalen Handel mit japanischen Frauen, die in die reicheren Regionen Asiens verschickt wurden, erweitert. Viele junge Mädchen aus Nagasaki und anderen armen Gegenden Japans wurden an Bordelle in den südostasiatischen Kolonien westlicher Länder (z.B. nach Malaysia und Indonesien) verkauft. Diese Frauen wurden als »karayuki-san«, Mädchen, die nach Kara gehen, bezeichnet. Kara stand ursprünglich für China, später aber auch für andere Teile Asiens.

Die Modernisierung Japans erfolgte in drei Phasen: einer Phase der inneren Demokratisierung und äußeren Expansion (1870-1920), einer Phase militärischen Expansionismus, die mit der Unterdrückung der demokratischen Entwicklung einherging (1930-1945), und einer dritten Phase, die durch Demokratisierung und Wirtschaftswachstum gekennzeichnet war (1945-1970). Von der gegenwärtigen Phase der Globalisierung wird auch die Sexindustrie erfaßt (seit den 80er Jahren) (vgl. dazu Fujime 1994).

Als sich Japan von einem peripheren Land in Ostasien zu einer regionalen Hegemonialmacht wandelte, welche die benachbarten Länder durch Invasion, Kolonisation oder Okkupation kontrollierte, änderte sich dort die Lage durch die brutale japanische Militärmacht. In den beherrschten Regionen entstand eine einzigartige Form der militärischen Sexsklaverei. Zwangsprostitution, deren Opfer beschönigend als »Trostfrauen« bezeichnet wurden, begleitete die gesamte Ära der militärischen Expansion.

Nach seiner Niederlage begann Japan erneut von der Peripherie zum Kern des Weltsystems aufzusteigen. Dies spiegelte sich auch in den Strukturen der Sexindustrie rund um Japan wider. An die Stelle des militärischen trat in Japan ein kommerzielles Regime der Sexsklaverei. Dieses schloß den Sextourismus der Japaner sowie die »Japayuki-san« ein: »Mädchen, die nach Japan gehen«, sie gingen den entgegengesetzten Weg wie in früheren Zeiten die »kara-yuki sans«. Jetzt, da Japan zum Zentrum des Weltsystems gehörte, kamen Frauen von den ärmeren südostasiatischen Ländern in das reiche Japan.

Vor diesen ganzen Entwicklungen hatte Japan in den 20er Jahren schon einmal eine demokratische Phase erlebt, in der mit der Ratifizierung der gegen die Prostitution gerichteten Konvention von 1921 eine grundsätzliche Veränderung des Prostitutionsbereichs angestrebt wurde. Allerdings wurde diese demokratische Periode schon bald von der militärischen Elite, die den Kern des entstehenden Faschismus bildete, beendet.

Seit der Meiji-Restauration, insbesondere nach dem ersten Weltkrieg, war das politische Leben Japans durch eine heftige Konkurrenz zwischen zwei gegnerischen Lagern gekennzeichnet: den Modernisierern, die Japan industrialisieren, modernisieren und in die internationale Gemeinschaft integrieren wollten auf der einen Seite, und den Traditionalisten, die die Modernisierung verhindern und die feudalen, patriarchalen Werte und Institutio-

nen aufrechterhalten wollten, die für sie die Wurzeln japanischer Macht waren, auf der anderen Seite. Es ist interessant, daß auch der Kampf um das staatlich regulierte Bordellsystem zum Streitpunkt zwischen den Modernisierern, die das Bordellsystem abschaffen und den konservativen politischen Kräften, die es aufrecht erhalten wollten, wurde.

Diese beiden gegensätzlichen Koalitionen spiegelten die Polarisierung der modernisierten japanischen Gesellschaft wieder. Die traditionelle Elite der örtlichen und nationalen patriarchalen Gemeinschaften trat den Herausforderungen entgegen, die von westlich geschulten, liberalen Intellektuellen und den liberalen Feministinnen ausgingen, unter denen die Kampagne zur Abschaffung der Prostitution, die von der »Christlichen Frauenunion für öffentliche Moral« getragen wurde, großen Anklang fand. Zur gleichen Zeit lieferte die Verarmung der nicht-industrialisierten Regionen eine ideale Bedingung dafür, daß Frauenhändler ihre Opfer finden und an Bordelle in den Industriezentren Japans verkaufen konnten. Der Gegenangriff von Bordellbesitzern und Frauenhändlern erhielt auf breiter Basis Unterstützung, von den traditionellen Kräften bis hinauf zum Innenministerium. Eine traditionalistische und patriarchale Allianz, die sich aus örtlichen Eliten sowie vor allem nationalistischen und rechten Politikern zusammensetzte, stellte sich der Koalition von liberalen Kräften und denjenigen Politikern entgegen, die aus Sorge um das internationale Ansehen Japans für die Abschaffung des öffentlichen Bordellsystems eintraten. Diese rechte Allianz legte damit auch die Grundlage für die militärische Sexsklaverei, bei der Frauen aus den besetzten Ländern zur Prostitution gezwungen wurden.

2. Die »Trostfrauen«

Der Fall der sogenannten »Trostfrauen« (vgl. dazu Tomioka/Yoshioka 1995) ist die brutalste Einrichtung, die die wahre Natur des patriarchalen japanischen Staates der Kriegszeit enthüllt. Diese Institution verbindet die verschiedenen Strukturen der Diskriminierung, die es in diesem Staat gab. Mehr noch als das für die Friedenszeit typische staatlich regulierte Bordellsystem diente es den sexuellen Interessen des männlichen Geschlechts der militärischen Aggressoren, wobei die elementare menschliche Würde der Frauen, die Unversehrtheit der eigenen Person, des Körpers und des Geistes der sexuellen Ausbeutung geopfert wurde.

Der aggressive Charakter der Institution der »Trostfrauen« ist durch zwei parallele Gesichtspunkte gekennzeichnet. Einerseits ist es der japanische Staat, der die Opfer versklavt, die als Bürgerinnen überfallener und besetzter Staaten (Korea, Taiwan, China, Philippinen, Indonesien) macht- und hilflos sind. Es ist das schlagende Beispiel eines mächtigen Staates, der die menschliche Würde und Sicherheit von Mitgliedern schwächerer Staaten

und besetzter Nationen bedroht. Daher ist es das Machtverhältnis zwischen den Staaten, in der diese Einrichtung wurzelt. Andererseits ist es eine militärische Variante des japanischen Bordellsystems, das Teil der patriarchalischen japanischen Gesellschaft ist. Es beruhte auf einer geschlechtsspezifischen Ausbeutung, der Verwandlung von Frauen in Waren, die in der japanischen Kultur eine lange Tradition hat. Die patriarchalen Werte im Zentrum führten hier zur Unterdrückung und Ausbeutung in der Peripherie. Daher ist es die japanische Gesellschaft, die japanische Nation, die ihre moralische Grundhaltung zur Prostitution in Frage stellen und verändern muß.

Dieser Doppelaspekt des Falles der »Trostfrauen« wurde in den Debatten der 90er Jahren aufgezeigt. Sie wurden vom »Asian Women Fund« forciert. Die japanische Regierung, die die rechtliche Verantwortung für die Versklavung der »Trostfrauen« und damit ihre Entschädigung ablehnte, hatte diese Stiftung eingerichtet, um ihre Kritiker zu besänftigen. Die Berichterstatterin der Vereinten Nation für Gewalt gegen Frauen, Radhika Coomaraswami, machte deutlich, daß die Stiftung zwar als Ausdruck der moralischen Verantwortung der japanischen Bevölkerung anzuerkennen sei, daß er aber nicht die staatlichen Wiedergutmachungen, die eine rechtliche Verpflichtung des japanischen Staates darstellen, ersetzen könne.

Die doppelte Verantwortung von Nation/Volk und Staat ist für die Japaner schwer zu verstehen. Denn sie sind es gewohnt, daß zwar einerseits Staat und Nation gleichgesetzt wird, daß aber andererseits der Kaiser kein Teil des Volkes oder der Nation war. Die rechtliche Verantwortung des Staates zu leugnen, ist daher ein wichtiges Prinzip, um den Herrscher zu schützen und das Volk Japans an seiner Stelle zur Rechenschaft zu ziehen. Damit wird das patriarchalische System Japans verschleiert, das einen »familialen« Staat errichtete, in dem das Volk gehorsames Kind des Patriarchen an der Spitze sein sollte, und wo sich die kaiserliche Armee als untrennbare Einheit mit ihrem oberstem Kommandeur begriff, der den Staat verkörperte. Der patriarchalische japanische Staat sollte jetzt aber als Rechtsstaat seiner Verpflichtung nachkommen und den Opfern der staatlichen Sexsklaverei Wiedergutmachung leisten.

Allerdings müßte Japan auch seinen Umgang mit der Prostitution ändern, um die patriarchalen Strukturen, die zu der militärischen Sexsklaverei geführt haben, zu überwinden. Die gegenwärtige Diskussion über die »Trostfrauen« beweist aber, daß wir davon noch weit entfernt sind. Und in der Tat war mit dem Ende des Krieges im Pazifik die militärische Sexsklaverei noch nicht beendet, zugleich begann aber eine neue Periode der Ausweitung der kommerziellen Sexsklaverei.

3. Die Entstehung der modernen Sexindustrie nach 1945

Die japanische Niederlage beendete die militärische Sexsklaverei der »Trostfrauen« am 15. August 1945. Am gleichen Tag wurde von der Tokioter Polizei ein Treffen von Repräsentanten der Bordellbesitzer Tokios einberufen, um die Einrichtung von »Trostmöglichkeiten« für die Besatzungsarmee zu diskutieren. Solche »Trostmöglichkeiten« wurden in Omori, Mukojima, Yoshiwara und Siiuzaki mit Geldern der Kangyo Ginkobank eröffnet und von einer speziellen Vereinigung koordiniert. Die staatlich geführte militärische Sexsklaverei wurde zwar geschlossen, aber eine kommerzielle militärische Sexindustrie unter der administrativen Leitung der japanischen Polizei wurde geschaffen. Dies war das erste Beispiel kommerzieller Sexindustrie, die rund um die amerikanischen Stützpunkte für deren männliches Personal organisiert wurde. Mit dem Korea-Krieg und der Einrichtung militärischer Stützpunkte in Ost- und Südostasien breitete sich auch das Netzwerk der militärischen Sexindustrie in Korea, auf den Philippinen und in anderen Ländern aus, wobei insbesondere Thailand während des Vietnamkrieges wichtig wurde. Dieses Netzwerk militärischer Einrichtungen der Sexindustrie lieferte die ideale Grundlage für die Entwicklung eines globalen Vertriebsnetzwerkes für den Frauenhandel, das von transnationalen Maklern, Auslandschinesen, Japanern und anderen örtlichen Unternehmern geführt wurde. Die Globalisierung des Frauenhandels wurde durch die militärische Sexindustrie beschleunigt und intensiviert, die sich bald auch für nicht militärische Kunden öffnete.

Nach einem unter der amerikanischen Besatzung veranlaßten »Demokratisierungsprozeß« trat Japan 1959 den Vereinten Nationen bei und ratifizierte die Konvention von 1949 gegen Frauenhandel und die Ausbeutung der Prostitution anderer. Die Ratifizierung bedeutete, daß nach der Unterbrechung durch den zweiten Weltkrieg der Prozeß der allmählichen Abschaffung des staatlich regulierten Bordellsystem wieder aufgenommen werden mußte. Diese Entscheidung war, ähnlich wie bei Ratifizierung der Konvention von 1921, durch die Notwendigkeit bedingt, der internationalen Gemeinschaft zu zeigen, daß Japan eine zivilisierte Nation war. Japan wurde damit gezwungen, sich nicht nur um die nationale, sondern auch um die persönliche Sicherheit zu kümmern.

Im gleichen Jahr wurde ein neues Gesetz verabschiedet, um die Konvention umzusetzen. In gewisser Weise war dies die Errungenschaft einer jahrzehntelangen Kampagne zur Abschaffung der Prostitution. Allerdings zeigt eine nähere Betrachtung dieses Gesetzes, daß es kein wahrer Sieg war, weil eine der Hauptforderungen zur Abschaffung der Prostitution, die Bestrafung der männlichen Kunden, ignoriert wurde. Nur diejenigen sollten bestraft werden, die andere zur Prostitution einstellten, zwangen, oder die Prostitution

ermöglichten oder ausnutzten. Die durch das Gesetz eingeführte formale Veränderung betraf nicht die doppelte Moral und die Struktur des Prostitutionssektors innerhalb des modernisierten Patriarchats. Zwar verloren die traditionellen Bordellbesitzer ihre Privilegien, aber sie wurden durch moderne Ausbeuter der Prostitution, wie etwa den Besitzern »türkischer Bäder«, ersetzt. Die gegenwärtigen Praktiken der Prostitution und des Frauenhandels wurden nur der wachsenden japanischen Wirtschaft und ihrer zentralen Position in der Region angepaßt, ohne daß es eine Verbesserung des Schicksals der Frauen, die als Prostituierte arbeiten, gegeben hätte.

Das Gesetz zur Verhinderung der Prostitution war voller Schlupflöcher und ermöglichte die Entwicklung einer Vielfalt von Formen der Prostitution und des Frauenhandels. Die geschlossenen Baderäume, die nach einer Beschwerde der türkischen Regierung nicht mehr »türkisches Bad«, sondern »Seifenland« genannt wurden, dienten vor allem der Ausbeutung der Prostitution. So wurde das schnelle Wachstum der japanischen Wirtschaft von einer florierenden Sexindustrie begleitet. Ein unerwarteter Wandel, den das neue Gesetz bewirkte, war die Modernisierung und Internationalisierung des Sexgeschäfts. Vor der Einführung dieses Gesetzes besaß das traditionelle japanische Bordellsystem eine besondere Kultur, die nichtjapanischen Frauen die Prostitution nicht erlaubte, da sie sich nicht entsprechend den traditionellen Regeln der Bordelle verhalten würden.

Eine andere wichtige Entwicklung, die die Internationalisierung des japanischen Frauenhandels vorbereitete, war der Sextourismus. Er begann 1965 mit der Unterzeichnung des japanisch-koreanischen Freundschaftsvertrages. Der Tourismus, der bis 1964 aufgrund der japanischen Devisenknappheit strikt kontrolliert wurde, wurde nun mit Blick auf die Olympischen Spiele in Tokio dereguliert. Als dann der Freundschaftsvertrag mit Korea den japanischen Touristen die frühere japanische Kolonie wieder öffnete, begann eine neue Form der sexuellen Ausbeutung, der »Kiseng Tourismus« (der nach den berühmten koreanischen Unterhaltungskünstlerinnen benannt war), die koreanische Sexindustrie für japanische Kunden zu öffnen. Daß japanische Männer koreanische Frauen in dieser Weise benutzten, stieß auf eine starke Opposition der koreanischen Frauenbewegung. Die japanische Frauenbewegung kooperierte und in den 70er Jahren begannen heftige Auseinandersetzungen um den japanischen Sextourismus. Aufgrund dieser Zusammenarbeit geriet auch das Problem der »Trostfrauen« ins Bewußtsein der Weltöffentlichkeit. Auf der Regierungsebene sah es allerdings anders aus. Die japanische Regierung finanzierte als Teil der in dem Freundschaftsvertrag vereinbarten wirtschaftlichen Zusammenarbeit Maßnahmen zur Unterstützung der koreanischen Tourismusindustrie. Dazu gehörte unter anderem auch die Entwicklung des Nachtlebens der Insel Cheju, mit dem vor allem die japanischen (männlichen) Touristen angesprochen werden sollten.

Der Sextourismus war für japanische Geschäftsleute eines der Mittel, um eine enge Gemeinschaft mit ihren Kunden, aber auch untereinander aufzubauen. Nach Korea wurden auch andere südostasiatische Länder wie die Philippinen, Thailand und Indonesien zu Zielen des Sextourismus. Die Organisation dieser transnationalen sexuellen Ausbeutung führte zur Verbindung der Sexindustrien in Ost- und Südostasien. Die japanischen Sextouristen profitierten dabei von der Tatsache, da, während der Dollar als Folge der amerikanischen Niederlage in Vietnam seine Macht verlor, der japanische Yen bis in die letzte Hälfte der 70er Jahre immer stärker wurde.

4. Die Globalisierung der Sexindustrie in Japan

Der starke Yen der 80er Jahre beschleunigte die Globalisierung der Sexindustrie. Dies war die Zeit der ersten »Japa-yuki-san«, der Frauen, die nach Japan gehen. Statt daß wie in den 20er- und 30er Jahren japanische Frauen in die europäischen Kolonien Südostasiens geschickt wurden, kamen jetzt Frauen aus den südostasiatischen Ländern nach Japan. Der Frauenhandel spiegelt die wirtschaftliche und politische Beziehung zwischen Japan und den südostasiatischen Ländern wieder. Nach einem militärischen Zwischenspiel, als Japan seine Macht dazu nutzte, ost- und südostasiatische Frauen in die militärische Sexsklaverei zu zwingen, begann der kommerzielle Frauenhandel seine Opfer nach Japan zu verkaufen.

Der Frauenhandel in Richtung Japan begann 1979 und wuchs bis zum Jahr 1993, als die Spekulationsblasen der japanischen Wirtschaft platzten und die Sexindustrie mit der gesamten Wirtschaft schrumpfte. Dieses expandierende Sexgeschäft verband Japan als ein Empfängerland der Frauen mit den sich entwickelnden südostasiatischen Ländern zu einem eigenen Sexmarkt, der sich auf die typische Verbindung von freier Konkurrenz und Kumpanei stützte (vgl. Yamawaki 1996). Das Wachstum des Vertriebsnetzwerkes folgte dabei dem wirtschaftlichen Wachstum in der Region. Korea, Taiwan und Thailand, die zunächst als Ursprungsländer der nach Japan verschickten Frauen fungierten, begannen nun selbst zu Zielländern zu werden, in die Frauen aus weniger entwickelten Ländern verkauft wurden. Die Entwicklung der koreanischen Wirtschaft hatte zunächst einen Sextourismus in Richtung Ostasien und China zur Folge, später wurden dann Frauen aus diesen Regionen nach Korea verschickt. In Thailand führte die wirtschaftliche Prosperität zur Entwicklung des Frauenhandels mit den ärmeren Nachbarländern, Burma, Vietnam, Laos, Kambodscha und China. Auch Taiwan gehörte bald zu diesen neuen Zielländern des Frauenhandels, die aber nach wie vor auch eine wichtige Funktion als Umschlagsplätze zur Verschickung der Frauen in weitere Länder behielten.

In den 80er Jahren erweiterten die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Me-

xiko und anderen lateinamerikanischen Ländern die Zahl der Länder, aus denen Frauen nach Japan verschickt wurden. Über verschiedene Verbindungen, unter anderem auch über das Drogenkartell von Medellín, wurden Frauen aus Mexiko, Kolumbien und Argentinien nach Japan verkauft. Eine zusätzliche Erweiterung gab es nach dem Ende des Kalten Krieges, als osteuropäische und russische Frauen nach Japan kamen. Die Globalisierung des Frauenhandels spiegelt auf dieser Weise die Struktur der globalen Abhängigkeitsbeziehungen wieder, wobei der Frauenhandel in Richtung Japan jedoch nur einen Bruchteil des globalen Frauenhandels darstellt.

5. Sexuelle Ausbeutung in Europa und in Japan

Wie wir oben gezeigt haben, hat die Globalisierung der kapitalistischen Wirtschaft eine neue Form der Sexsklaverei hervorgebracht. Innerhalb der globalisierten Wirtschaft sind Frauenkörper zu kommerziellen Waren geworden. Dabei sollte nicht vergessen werden, daß Prostitution keine Fraueneinrichtung ist (für Frauen oder von Frauen), sondern eine Einrichtung, die von Männern geleitet und durch Gewalt aufrechterhalten wird.

Einige Regierungen haben die Prostitution legalisiert, was allerdings für die Opfer des Frauenhandels noch mehr Schwierigkeiten mit sich bringt. So können in Ländern wie der Schweiz oder Deutschland, wo Prostitution legal ist, ausländische Frauen häufig nicht legal als Prostituierte arbeiten, da ihnen entsprechende Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse fehlen. Dies zwingt sie dann in Scheinehen oder in die völlige Abhängigkeit von ihren Zuhältern. Solche Situationen gibt es in der ganzen Welt, sie finden sich aber insbesondere in Europa, wo Prostituierte oft als freie Arbeiterinnen betrachtet werden. Die Opfer des Frauenhandels sind aber trotz ihrer »Freiheit« versklavt, weil sie sich oft verschulden mußten und »illegal« sind.

Die Legalisierung der Prostitution wird in Europa sowohl von Feministinnen als auch von der Sexindustrie unterstützt. Die Feministinnen wollen über die Legalisierung der Prostitution die Rechte der Sexarbeiterinnen sichern, und für die Sexindustrie garantiert die Legalisierung ihre weitere Entwicklung. Die Globalisierung des freien Marktes scheint die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes zu ermöglichen, aber derartige Rechte können im Bereich der Prostitution nur von sehr wenigen gut situierten Frauen wirksam ausgeübt werden. Asiatische Frauen werden zuweilen auch mit ihrer Einwilligung in die Prostitution verschickt, weil sie sonst keinen Erwerb finden konnten. Solche Frauen kommen bevorzugt in europäische Länder, wo die Prostitution legalisiert ist. Allerdings haben diese Frauen dort dann doch nicht dieselben Möglichkeiten wie einheimische Frauen, sie finden sich auf der untersten Stufe des Gewerbes. Auch unter den Sexarbei-

terinnen gibt es eine Hierarchie von Diskriminierung, die an den unterschiedlichen Herkunftsländern ausgerichtet ist.

In Asien sind die Dinge anders, aber nicht besser. Die Idee, die Prostitution zu legalisieren und die Rechte der Sexarbeiterinnen anzuerkennen, ist aus Europa nach Japan eingeführt worden und sie beginnt nun Gegenstand der Debatte unter den Feministinnen zu werden. Die japanischen Feministinnen haben schon häufiger versucht, ihren europäischen Schwestern nachzueifern, und die Diskussion über Frauen- und Menschenrechte wurde schon immer als Teil der Modernisierung Japans betrachtet. Allerdings haben die japanischen Feministinnen auch grundlegende Probleme mit der Legalisierung der Prostitution, denn eine solche Legalisierung würde bedeuten, anzuerkennen, daß der weibliche Körper eine Ware ist, eine Position, die der Moral und dem Respekt vor der menschlichen Würde der Frauen widerspricht.

6. Das Schicksal der nach Japan verschickten Frauen

Die Opfer des Frauenhandels, die nach Japan verschickt werden, sind je nach ihrer geographischen Herkunft und der örtlichen Situation der Sexindustrie mit verschiedenen Problemen konfrontiert. Allerdings ist unübersehbar, daß Staat und Gesellschaft zu ihrer schlechten Lage beitragen. Gesellschaftlich stehen sie auf der untersten Stufe der Sexarbeiterinnen der japanischen Sexindustrie. An der Spitze der gesellschaftlichen Anerkennung und des Verdienstes stehen japanische Mädchen, die oft einen guten Schulabschluß haben oder Studentinnen sind, und die nur gelegentlich über »Telefonklubs« als Prostituierte arbeiten. Dann kommen die Animateuerinnen der Luxusbars und Kabarets, die ebenfalls meistens Japanerinnen sind. Schließlich folgen die verschickten »illegalen« Frauen, die in den schlechteren Bars, den »soap lands«, oder in geheimen, illegalen Bordellen arbeiten. Die meisten dieser Frauen kommen aus Asien, zunehmend aber auch aus Lateinamerika und Osteuropa.

Den größten Anteil der nach Japan verschickten ausländischen Frauen machen aber immer noch philippinische und thailändische Frauen aus. Einige der Philippinas waren als »Künstlerinnen« in Japan eingereist und konnten legal bleiben. Aber die meisten Frauen reisten als Touristinnen ein und mußten dann als »Illegale« in den Etablissements der Sexindustrie arbeiten, ohne jeglichen Schutz und ohne Sozialleistungen, die legalen Arbeiterinnen garantiert werden. Diese Frauen sind nicht nur überarbeitet, sie üben die Prostitution auch unter der ständigen Bedrohung aus, daß man sie denunziert und ausweist. Oft wurden sie gezwungen, Schulden für die Reise und ihre Lebenshaltungskosten anzuerkennen, die sie dann abarbeiten müssen. Bis Mitte der 80er Jahre wuchs die Gruppe Philippinas. Sie sprechen Eng-

lisch und haben mit der Katholischen Kirche auch Treffpunkte, wo sie Informationen austauschen und Unterstützung suchen können. Die Frauenhändler und Bordellbetreiber sind aber stets daran interessiert, daß ihre Opfer besonders schwach sind. Seit der zweiten Hälfte der 80er Jahre nahm daher die Zahl der thailändischen Frauen stark zu. Sie sprechen kein Englisch und haben auch keine Treffpunkte wie die Philippinas.

Der Ablauf des Frauenhandels unterscheidet sich von Land zu Land. Im Fall der thailändischen Frauen gibt es mehrere Stufen mit jeweils verschiedenen Vertriebsagenten. Zunächst gibt es Agenten, die die Frauen in ihren Wohnungen kontaktieren und zur Arbeit in Japan überreden. Auf dieser Stufe erfolgt die Rekrutierung auch in den Nachbarländern Burma, Vietnam, Kambodscha und China. Hier gibt es häufig Schwierigkeiten, weil viele Frauen keine Geburtsurkunde und keinen Nachweis ihrer Nationalität haben. Wird dann in Japan herausgefunden, daß ihre Papiere gefälscht sind, werden sie staatenlos. Nach dieser ersten Rekrutierung werden die Frauen von anderen Händlern aus ihrem Heimatort nach Japan gebracht. In Thailand werden die Frauen von thailändischen Maklern, oft mit Einverständnis der Dorfnotablen und der Familienangehörigen für 1,5 bis 2 Millionen Yen an japanische Händler verkauft. Nachdem sie dann in Japan an Makler der Yakuza (der japanischen Mafia) verkauft wurden und man ihnen ihre Papiere abgenommen hat, werden sie für 3 bis 4 Millionen Yen versteigert. Schätzungsweise gibt es 100 japanische Händler, hinter ihnen stehen aber größere Yakuza-Netzwerke. Um ihre »Schulden« zurückzuzahlen, müssen die Opfer des Frauenhandels dann mehrere Jahre arbeiten, bevor sie von dem verdienten Geld etwas behalten können. Dieses System von sozusagen freigelassenen Sklaven ist typisch für die globale Entwicklung des Sexhandels in Japan (vgl. Supapung 1996; HELP 1996).

Die Globalisierung, die die Endstufe des Modernisierungsprozesses bildet, der in Europa im 16. Jahrhundert begann, beinhaltet auch ein System der Sklaverei, das auf der kapitalistischen Teilung der Arbeit aufbaut. Die Ausbildung eines nationalen, dann transnationalen und schließlich globalen Frauenhandels setzt die allgemeine Tendenz des Weltmarktes fort, wo die Arbeitskraft der Peripherie durch das Zentrum der Weltwirtschaft ausgebeutet wird. Dabei findet eine dreifache Diskriminierung statt. Zum einen wird durch die ungleiche Entwicklung der Länder eine Migration von der Peripherie in das Zentrum verursacht, die insbesondere dann zur Diskriminierung führt, wenn die Migrantinnen keinen legalen Status haben. Diese Diskriminierung wird bei den Sexarbeiterinnen noch mit ethnischer und geschlechtlicher Diskriminierung verknüpft. Japan bildet zusammen mit Europa und Nordamerika das Zentrum dieser globalen Ausbeutung und Diskriminierung der in die Prostitution verschickten Frauen.

Übersetzung aus dem Englischen: Barbara Stopka

Literatur

- Fujime, Yuki (1994): Kindai Nihon no Koushou – Sei to Baishun" (The Public Brothel System and Prostitution in Modern Japan), in: *Gender no Nihon-Shi (The History of Gender in Japan)* Vol. 1, Tokyo.
- Hanochi, Seiko (1997): *Mou-Hitotsu no 'Anzen Hoshou' no Kakuritsu ni mukete: josei NGO 20 Nen no Power (Towards an Alternative Security: The Power of 20 Years Fight of Women NGO)*, Gunshuku Mondai Shiryou, No. 196 pp. 330-333.
- Hanochi, Seiko (1998): The State of the Fight against Patrarchy in the Prostitution/Trafficking Sector in Japan, in: Urvashi Butalia (ed.), *Resurgent Patriarchy: Feminist Constructions and Movement in Asia*, ARENA Press Hongkong, under press.
- HELP (ed.) (1996): Asia no Josei ni yotte Nihon no Mondai ga Mietekita: Josei no Ie HELP 10 Nen no Ayumi (The Problems of Japan became Visible Thanks to the Asia Women: 10 Years of the House of Women), HELP, Tokyo.
- Nishiyama, Matsunosuke (ed.) (1979): *Yujo (Traditional Women in Prostitution of Traditional Japan)* Tokyo.
- Supapung, Nayana (1996): Thai-Japanese NGOs' Cooperation to Assist Thai Female Migrants: Progress and Problems in Terms of Networking and Human Rights, in: PRIME (International Peace Research Institute, Meiji Gakuin) (ed.), *International Female Migration and Japan: Networking, Settlement and Human Rights*, Tokyo, pp. 131-138.
- Tomioka, Emiko; Yoshioka, Mutsuko (1995): *Nihon no Josei to Jinken (Women and Human Rights in Japan)*, Tokyo.
- Yamawaki, Keizo (1996): An Overview of the Influx of Foreign Workers to Japan", in: PRIME (International Peace Research Institute, Meiji Gakuin) (ed.), *International Female Migration and Japan: Networking, Settlement and Human Rights*, Tokyo, p. 9-28..

Chalmers Johnson

Der Kalte Krieg und die Asienkrise*

In Anbetracht der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Asiens haben viele US-Amerikaner ein Gefühl, das man nur als Schadenfreude bezeichnen kann. Doch sollten insbesondere wir Amerikaner vorsichtig sein, wenn wir immer wieder – egal für welche Probleme – Deregulierung, Einschränkung der Staatstätigkeiten und die Segnungen offener Märkte predigen. Es handelt sich dabei um mehr oder weniger dieselben Dinge, die Herbert Hoover zur Bekämpfung der Finanzkrise von 1929 anwandte – und sie produzierten einen strukturellen Zusammenbruch der Nachfrage, der dann als Große Depression bekannt wurde.

Natürlich ist etwas sehr Ernstes in Ostasien passiert. Aber die Gründe sind so komplex, und es herrscht so wenig Übereinstimmung darüber, daß jeder ernsthafte Beobachter sich hüten sollte, vorschnelle Urteile zu fällen. Es wäre ein großer Fehler zu folgern, daß das asiatische »Wunder« ein Schlag ins Wasser war oder daß Francis Fukuyamas »Ende der Geschichte«, das heißt die Eliminierung jeglicher Alternativen zum amerikanischen »way of life«, endlich und definitiv erreicht worden sei. Die Amerikaner haben bisher nur diejenigen Aspekte der asiatischen Wirtschaftskrise wahrgenommen, die von den neoklassischen Ökonomen betont wurden. Was dabei allerdings fehlt, ist der Kalte Krieg als entscheidender Kontext für das Florieren der asiatischen Wirtschaften und die Rolle der USA, die als der wirtschaftliche und militärische Garant des asiatischen Systems aufgetreten sind.

Auch sollte man bei der Diskussion über den sogenannten »Zusammenbruch« im Auge behalten, daß das »asiatische Modell« gar nicht für ganz Asien, nicht einmal für ganz Ostasien galt. Um die Diskussion zu vereinfachen, soll hier unter dem »asiatischen Modell« ein Modell verstanden werden, das auf asiatischen Werten beruht: Es wird der Gemeinschaft Vorrang gegenüber dem Individuum eingeräumt, so daß – obwohl es eine auf Privateigentum beruhende Marktwirtschaft gibt – die staatliche Führung eine

* Der Artikel erschien am 23. Februar 1998 unter dem Titel *Cold War Economics Melt Asia* in *The Nation*.

wesentliche Rolle spielt. Und schließlich gründet das Wirtschaftswachstum im asiatischen Modell vor allem auf den Exporten. Dies alles kontrastiert mit der angloamerikanischen Betonung dessen, was westliche Werte sind (oder sein sollten): die universelle Gültigkeit von Individualismus und Laissez-faire und ein wirtschaftliches Wachstum, das sich vornehmlich auf die Binnennachfrage stützt. Tatsächlich existiert dieses asiatische Modell nur in Japan, Südkorea, Taiwan, Hong Kong und Singapur. Es bestand niemals in Thailand oder Indonesien, beides Länder, die zwar das japanische Konzept eines exportorientierten Wachstums verfolgten, aber niemals irgendeinen Versuch unternahmten, ähnliche staatliche Strukturen zur Disziplinierung von Arbeit und Kapital zu schaffen. Das asiatische Modell ist für China oder Vietnam nur teilweise relevant und für Nordkorea überhaupt nicht. Und obwohl die Malaysier großen Wert auf asiatische Werte legten, verletzen sie die Grundsätze des asiatischen Modells, indem sie den japanischen, europäischen und amerikanischen Banken erlaubten, ihre eigenen Varianten einer spekulativen Wirtschaft nach Malaysia zu exportieren. In den Vorstellungen der meisten Asiaten, insbesondere der Chinesen, wurde durch die Krise die Notwendigkeit des asiatischen Entwicklungsmodells eher bestärkt als in Frage gestellt.

Der zweite Punkt, an den erinnert werden muß, ist, daß die gegenwärtige Krise viel eher durch zuwenig Regulierung als durch eine kapitalistische Klientelwirtschaft oder irgendwelche anderen Nebenwirkungen einer engen Verbindung von Geschäftswelt und Regierung verursacht worden ist. Was benötigt wird, ist weder mehr Regulation noch weniger Regulation, sondern eine effiziente und fachmännische Führung von der Art, die Japan und Südkorea während der Periode ihres schnellen Wachstums ausübten. Auf jeden Fall war es eher die asiatische Art der Kooperation als die Konkurrenz, die während des Kalten Krieges zum Fortschritt in diesen Ländern führte. Der einzige relevante Fall kapitalistischer Klientelwirtschaft ist Japan. Seitdem die japanische Wirtschaft 1989-1990 zu schwanken begann, schützt Japan weiterhin selbstzufrieden seine strukturell korrupten und von Gängstern beherrschten Großunternehmen, ohne wirklich jemanden zur Verantwortung zu ziehen. Japan war vor allem deshalb imstande, mit heiler Haut davon zu kommen, weil nach wie vor die vom Kalten Krieg geprägte Beziehung mit den USA fortbesteht. Dies bedeutet, daß Japan nicht zu den schmerzlichen Entscheidungen gezwungen ist, die eine Anpassung an die eine globale Wirtschaft mit sich bringen würde.

Während der frühen 80er Jahre, als Japans Handelsüberschuß gegenüber den USA jeden Monat neue Rekorde erreichte und nahe daran war, einen Großteil der industriellen Basis der amerikanischen Wirtschaft zu zerstören, versuchte eine Gruppe außenpolitischer Experten (ich selbst eingeschlossen) auf die Unterschiede zwischen dem ostasiatischen und dem US-

amerikanischen Kapitalismus aufmerksam zu machen. Wir warnten davor, die Situation als Ergebnis der »unsichtbaren Hand« des Marktes aufzufassen; vielmehr sei sie Resultat der Steuerung durch einen »kapitalistischen Entwicklungsstaat«. Und wir befürworteten, die ganze Marktmacht der USA – nach wie vor der wichtigste Markt für alle ostasiatischen Ökonomien – dafür einzusetzen, daß diese Länder endlich ihre eigenen Märkte öffnen.

Aber während man den Amerikanern, solange sie noch eine unangefochtene Machtposition hatten, zugehört hätte, wurden die USA in der Reaganära, wo Steuerkürzungen mit einer Steigerung der Militärausgaben einhergingen, viel zu sehr von japanischen Krediten abhängig, um Japan noch direkt entgegentreten zu können. Daher machte die amerikanische Führung während der 80er Jahre etwas anderes: sie manipulierte den Wechselkurs, um die amerikanischen Güter auf dem Weltmarkt billiger, die japanischen teurer zu machen. Aber die Preiskonkurrenz war nicht die Ursache für das bestehende Handelsungleichgewicht zwischen Japan und den USA. Die wirklichen Probleme bestanden darin, daß die japanischen Märkte für ausländische Investoren und Händler nicht wirklich zugänglich waren. Die japanische Regierung duldete und ermutigte die Kartelle, setzte Handelsabkommen nur unzureichend um etc.

Was Japan gebraucht hätte, wäre eine wirtschaftliche Entwicklung gewesen, die stärker auf der Binnennachfrage als auf den Exporten beruht hätte. Stattdessen antwortete das Land auf den gestiegenen Yen mit wilden Überinvestitionen, um mit mehr Kapazitäten den Export auf allen Märkten fortzuführen. Es nutzte seinen finanziellen Einfluß auf die USA aus, um sicherzugehen, daß die Amerikaner nicht versuchen würden, diese Entwicklung zu stoppen. Damit waren aber die Spekulationsblasen der japanischen Ökonomie mit dem späteren Kollaps, dem verstärkten Export nach Südostasien und seinen verheerenden Folgen programmiert.

* * *

Um die gegenwärtige Krise zu verstehen und geeignete Antworten zu finden, muß man sich über drei verschiedene Punkte klar werden: über die Finanzkrise, über die industriellen Überkapazitäten sowie über das Ende der wirtschaftlichen Effekte des Kalten Krieges. Die viel zu vermessenen Amerikaner haben bisher lediglich begonnen, über den ersten Punkt nachzudenken.

Bei der Finanzkrise betonen die Analytiker, daß die gegenwärtige Krise eher ein monetäres Problem als eine Krise der »Realökonomie« darstellt. 1994 begannen Thailand, Indonesien, Malaysia und Südkorea, sich Hunderte von Milliarden Dollar von ausländischen Kreditgebern zu leihen. Dies wurde durch ein mit Geld überreichlich ausgestattetes globales Finanzsystem ermöglicht und von einem Mangel an elementarer Vorsicht auf

Seiten der Kreditnehmer begleitet, die die Kredite zum Teil in verrückte Projekte wie Luxusapartements und Bürogebäude steckten oder in Exportindustrien investierten, in denen es bald zu Überkapazitäten kam. Die Geschäftsleute in diesen Ländern glaubten, daß bei einem kontinuierlichen Wirtschaftswachstum ihre Regierungen, falls Schwierigkeiten auftreten würden, jede einzelne Bank oder jedes Unternehmen bei der Rückzahlung der Kredite unterstützen würde.

Aber im Juli 1997 bemerkten (zunächst in Thailand) einige ausländische Kreditgeber, daß viele ihrer asiatischen Kunden ihre Kredite nicht zurückzahlen konnten. Dies veranlaßte andere ausländische Investoren, riesige Geldmengen sowohl aus zweifelhaften als auch aus äußerst gesunden Unternehmen zurückzuziehen. Aufgrund der globalisierten Finanzmärkte, der schnellen Verfügbarkeit von Daten und des Mangels an effizienten Sicherheitsvorkehrungen weitete sich die Krise schnell auf andere Länder aus.

Insbesondere die Südkoreaner schienen alles vergessen zu haben, was ihnen widerfahren war, seit sie vor 30 Jahren mit ihrer beschleunigten wirtschaftlichen Entwicklung begonnen hatten. 1996 hatten sie – als Antwort auf die Attacken der USA – die wirtschaftliche Planungsbehörde, die seit den frühen 60er Jahren eine der wichtigsten Instanzen zur Durchführung der Wirtschaftspolitik war, abgeschafft und praktisch jede Kontrolle über den Finanzsektor verloren. Im Gegenzug zu dieser selbst beigebrachten Verwundung wurde Korea in den Klub der reichen Nationen aufgenommen, in die OECD. Ein direktes Ergebnis dieser »Reformen« war, daß die koreanische Regierung unfähig war, die Aktivitäten der ausländischen Kreditgeber gegenüber ihren unerfahrenen Banken angemessen zu überwachen. Innerhalb von zwei Jahren haben die koreanischen Banken und Unternehmen annähernd 160 Mrd. Dollar an Krediten aus dem Ausland erhalten, deren Rückzahlung jetzt zweifelhaft ist. Das meiste Geld stammte von deutschen, französischen, japanischen und amerikanischen Banken.

Die Krise wurde nicht nur durch leichtgläubige Kreditgeber und selbstzufriedene Kreditnehmer verschlimmert, sondern auch durch die Entwicklungen in China und den USA selbst. In den vergangenen zehn Jahren wuchs der chinesische Anteil am ostasiatischen Export in den amerikanischen Markt von 6% auf 26%. Und was noch wichtiger ist, 1994 wertete China seine Währung um 35% ab, was seine Exporte gegenüber denjenigen Südkoreas und Südostasiens erheblich konkurrenzfähiger machte.

* * *

Etwas ähnliches wie das Erscheinen Chinas als eines neuen Konkurrenten geschah in Washington und Tokio im Sommer 1995. Das amerikanische und das japanische Finanzministerium machten einen Deal, der die Wiederwahl Clintons im nächsten Jahr unterstützen und gleichzeitig Japan ei-

nen Ausweg aus seiner Bankenkrise über den üblichen Weg einer Exportsteigerung ermöglichen sollte. Finanzminister Robert Rubin und der stellvertretende Minister für internationale Finanzen Eisuke Sakakibara entschieden, den Yen gegenüber dem Dollar abzuwerten, wodurch Japans Konkurrenzfähigkeit erheblich zunehmen würde. Im Gegenzug sollte Japan die USA weiterhin mit ausreichend Kapital versorgen, was die Zinsen in den USA auf einem politisch wünschenswerten Niveau halten würde. Außerdem war die Clinton-Administration bereit, von ihren Bemühungen, die Einfuhr japanischer Luxusautos zu erschweren, Abstand zu nehmen. Die Administration schwieg über das amerikanische Defizit im Handel mit Japan, das eine Milliarde Dollar pro Woche ausmachte, und betonte den Sicherheitsaspekt der japanisch-amerikanischen Allianz.

Zwischen April 1995 und April 1997 fiel der Wert des Yen gegenüber dem Dollar um 60%. Das Verhalten Chinas und Japans führte dazu, daß die Exporte der südostasiatischen Länder weit weniger konkurrenzfähig wurden. Thailand, das seine eigene Währung an den jetzt völlig überbewerteten Dollar koppelte, war daraufhin ruiniert. Aufgrund der bereits vorhandenen Überkapazitäten und der nun starken Konkurrenz von China und Japan, fiel in Südkorea und den ASEAN-Staaten das Exportwachstum von 30% Anfang 1995 auf Null Mitte 1996. Eine Zahlungsbilanzkrise war nun unvermeidbar.

Als die Kredite im Sommer 1997 anfangen fällig zu werden, verwandelten die Reaktionen Japans und der USA eine Liquiditätskrise in ein wirtschaftliches Desaster. Zuerst preschten die Japaner vor und sagten, daß sie zumindest etwas Geld aufbringen würden, um die Schulden der asiatischen Staaten zu verringern. Sie schlugen eine neue, von Japan geführte multinationale Finanzeinrichtung vor, die ihre Kredite nur an asiatische Länder vergeben sollte. Die Amerikaner wandten sich sofort dagegen, da sie ganz richtig herausfühlten, daß die Japaner nun vorhatten, die ihnen schon lang versprochen, aber bisher immer vorenthaltene internationale Führungsrolle zu ergreifen. Wenn die Japaner erfolgreich wären, würden sie sich von der amerikanischen Leine, die ihnen der Kalte Krieg beschert hatte, lösen. Und darüberhinaus würden sie mit ihrem Kapitalüberschuß den asiatischen Ländern helfen, statt ihn der weltgrößten Schuldernation, den USA, zur Verfügung zu stellen. Auf dem Treffen in Manila am 19.11.1997, wo die von den Japanern vorgeschlagene neue Institution stillschweigend zu Grabe getragen wurde, zeigte sich Finanzstaatssekretär Lawrence Summers hochofrenetisch darüber, daß die Krisenbereinigung dem IWF anvertraut werden sollte. Japans stellvertretender Minister für internationale Finanzen Sakakibara äußerte dagegen seine Zweifel daran, daß der IWF dieser Aufgabe gewachsen sei. Er sollte recht behalten.

Der IWF trumpfte in Asien auf und versprach Thailand mit 17 Mrd. Dollar, Indonesien mit 40 Mrd. Dollar und Südkorea mit 57 Mrd. Dollar zu versor-

gen. Im Gegenzug forderte er Sparmaßnahmen im Haushalt, hohe Zinsen und die Öffnung für ausländische Unternehmer. Der IWF behauptete, diese Maßnahmen würden zur Gesundung der »asiatischen Tiger« führen und sie in kapitalistische Wirtschaften vom angloamerikanischen Typus verwandeln. Es gab so gut wie keine Chance, daß die vom IWF verordnete Medizin (die angeblich für alle denkbaren Fälle paßt) erfolgreich sein würde. Da kulturelle Unterschiede nicht im geringsten berücksichtigt wurden, konnte der IWF nicht verstehen, daß Gesellschaften, die sich erheblich von den westlichen unterscheiden, nicht bereit sind, ihre eigenen Strukturen zu zerstören. Es war daher nicht gerade überraschend, daß koreanische und südostasiatische Leitartikler begannen, über einen »zweiten Opiumkrieg« und den amerikanischen Imperialismus zu schreiben. Währenddessen scheint das gesellschaftliche Chaos, das die westlichen Berater im postkommunistischen Rußland zu produzieren halfen, auch in Asien vor der Tür zu stehen.

* * *

Aber die Probleme in den schnell wachsenden Wirtschaften Asiens betreffen nicht nur den Finanzsektor, sondern auch die grundlegenden Strukturen. Es wird zwar sehr viel gespart, die Kinder bleiben länger in der Schule als irgendwo sonst und es gibt weniger Staatsbeamte als in Washington, aber es wird viel zu viel in die falschen Industrien – in Automobilproduktion, Schiffsbau, Stahl, Petrochemie und Halbleiter – investiert.

Weil auch japanische, europäische und amerikanische Multis viele ihrer Fabriken in Länder verlegt haben, wo qualifizierte Arbeitskräfte sehr billig sind, können diese Arbeiter nicht das alles konsumieren, was sie produziert haben. Aber auch in den entwickelten Staaten der G 7 können die Konsumenten nicht mehr kaufen, weil ihre Wirtschaft nicht schnell genug wächst oder weil sie selbst gerade ihre Arbeit verloren haben. Die Finanzschwierigkeiten, die der IWF in den Griff bekommen will, sind nur das Symptom einer viel ernsteren Krankheit. Die im Hintergrund lauende Gefahr ist ein struktureller Zusammenbruch der Nachfrage, der zur Rezession und schließlich zu so etwas wie der großen Depression von 1929 führen kann. Wie William Greider in *One World, Ready or Not* hervorhob: »Hochlohnjobs in Niedriglohnländer zu verfrachten hat offensichtlich unmittelbare wirtschaftliche Vorteile. Aber grob gesprochen ersetzt es auch den Hochlohnkonsumenten durch den Niedriglohnkonsumenten. Dieser Austausch ist aber für das gesamte System schädlich.«

Der dritte, oben genannte Aspekt des Problems ist das Ende des Kalten Krieges in Ostasien. Die großen Überkapazitäten dort sind zu einem guten Teil eine Erbschaft des Kalten Krieges. Seit 1950 wurden Japan und Südkorea wirtschaftlich aufgerüstet, um den USA als Bollwerke im Kampf gegen den Kommunismus in Asien zu dienen. Auch viele andere Regionen in

Ostasien, einschließlich Taiwan, Hong Kong, Singapur, Thailand und den Philippinen, waren Vorposten des amerikanischen Kapitalismus und Operationsbasen für amerikanische Kriege. Der Deal, den die Amerikaner anboten, um diese Satelliten an der Leine zu halten, bestand in einem uneingeschränkten Zugang zum amerikanischen Markt, der Duldung des Merkantilismus und Protektionismus dieser Länder und in einem Technologietransfer zu günstigen Bedingungen. Im Gegenzug erhielten die Amerikaner einen öffentlichen Antikommunismus und das Recht, Militärbasen zu errichten. Noch immer gibt es 100.000 amerikanische Soldaten in Japan und Südkorea, und die siebte Flotte patrouilliert in den ostasiatischen Gewässern.

Der Kalte Krieg endete 1989, und was mit dem sowjetischen Imperium in Osteuropa seither geschah, könnte nun – nach 1997 – auch dem amerikanischen Empire in Ostasien widerfahren. Ein Unterschied besteht allerdings darin, daß in Osteuropa die Satelliten der Sowjetunion aus ihrer Abhängigkeit von den Russen heraus wollten, während in Ostasien die Satelliten der USA mit dem bisherigen Zustand noch mehr oder weniger zufrieden sind. Japan und Südkorea lassen weiterhin die amerikanischen Basen auf ihrem Boden zu und zahlen für sie großzügiger als jeder andere Verbündete Amerikas in der Welt. Das Paradox der amerikanischen Politik besteht darin, daß sie in Ostasien eine Deflation induzieren, um wirtschaftliche Liberalisierungen und Reformen zu erreichen und damit gleichzeitig zum Absturz ihrer im Kalten Krieg gewachsenen Beziehungen zu diesen Ländern beitragen. Entweder aufgrund von Finanzrestriktionen oder weil ihre Währungen so stark abgewertet wurden, können Japaner und Südkoreaner in Zukunft nicht mehr soviel Geld für die bei ihnen stationierten Truppen ausgeben und die ganzen amerikanischen Waffen kaufen, die das Pentagon bei ihnen loswerden will. Die thailändische Regierung würde bereits jetzt schon gerne den Kauf von acht in den USA hergestellten Kampfflugzeugen annullieren. Aber je mehr die Amerikaner die asiatischen Länder zwingen, ihre Ökonomien zu reformieren, desto unabhängiger werden sie vom amerikanischen Einfluß.

Faßt man die Gründe für die Krise kurz zusammenfassend, ergibt sich folgendes Bild: Die noch aus dem Kalten Krieg resultierenden Beziehungen verursachten ernste Überkapazitäten in der ganzen asiatischen Region, und als das ausländische Kapital abzuwandern begann, kam es zur Finanzkrise. Wenn sich die USA weiterhin ausschließlich auf die Finanzsituation konzentrieren, werden sie die Dinge nur verschlimmern. Der IWF mag imstande sein, seinen Klienten eine deflationäre Politik aufzuzwingen und letztlich einige elementare Kontrollen der Kapitalbewegungen einzuführen. Aber diese Maßnahmen werden schwere Belastungen für einen Großteil der Bevölkerung mit sich bringen und wahrscheinlich zu sozialen Unruhen führen. Eine solche Politik setzt aber nicht bei den vorhandenen Überkapä-

zitäten und Abhängigkeiten an, die der Kalte Krieg hervorgebracht hat und die für die Krise verantwortlich sind.

Um auf die Überkapazitäten zu reagieren und einen möglichen Kollaps der Nachfrage zu vermeiden, müßte die USA damit beginnen, ihre Marktmacht zur Schaffung neuer Nachfrage einzusetzen. Das bedeutet zum Beispiel, die Löhne der Arbeiter dort zu erhöhen wo die multinationalen Konzerne investieren, so daß die neuen Produkte auch in diesen Ländern gekauft werden können. Der Zusammenbruch der Nachfrage, der die große Depression von 1929 verursacht hatte, wurde letztlich erst durch die Produktion für den zweiten Weltkrieg überwunden. Ein besserer Weg besteht sicher darin, die Nachfrage unter der ärmeren Bevölkerung zu stimulieren, indem ihr Einkommen erhöht wird.

Schließlich müssen die USA endlich Japan und China als gleichrangige Supermächte im pazifischen Raum anerkennen und schnellstens den Versuch beenden, ein überholtes amerikanisches System der Hegemonie durchzusetzen. Falls es den USA nicht gelingt, ihren Status dem eines normalen Landes anzupassen, wird dies nur zu einer imperialen Überdehnung und einem der sowjetischen Entwicklung vergleichbaren Niedergang führen. Die USA sollten weiterhin auf wirtschaftliche Reformen in Ländern wie Südkorea und auf politische Reformen in Ländern wie Indonesien drängen. Aber ohne Reformen in Japan wird dies allein nicht ausreichen. Japan wird jedoch durch keine noch so große ausländische Geldmenge zu Reformen veranlaßt werden. Nur wenn sein amerikanisches Gängelband zerschnitten wird, erhält das politische System Japans den richtigen Ansporn. Falls dies geschieht, werden wir wahrscheinlich einen neuen Wachstumsschub und eine die ganze Region erfassende Prosperität erleben.

Übersetzung aus dem Englischen: Barbara Stopka

Virtuelles Interview mit Robert Guttman

Ende Februar 1998 führte die Zeitschrift Capital, Natur, Socialism (CNS) per Internet ein »virtuelles Interview« mit Robert Guttman, einem in New York lehrenden Ökonomen, das wir im folgenden dokumentieren. Die Fragen stellte James O'Connor.

CNS: Im Januar hielt Finanzminister Robert Rubin eine Rede, die die Forderung Präsident Clintons, der Kongreß möge zur Rettung der asiatischen Ökonomien mehr Geld für den IWF bewilligen, rechtfertigen sollte. Rubin erklärte, daß die Ursache der Asienkrise in der »engen Verzahnung von Regierung, Banken und Aktiengesellschaften« sowie in den »grundlegend unsoliden Investitionen der Aktiengesellschaften, die auf unsoliden Krediten der Banken beruhten«, läge, wobei dies alles von den asiatischen Regierungen vorangetrieben oder gesteuert würde. Was die Ereignisse noch verschlimmern würde, wären die ausländischen Investoren, die »eine außerordentliche Kapitalmenge in diese fehlerhaften Systeme pumpen, ohne die damit verbundenen Risiken einzukalkulieren.« Was denken sie über diese Einschätzung? Sie scheint mir eher eine Beschreibung denn eine Erklärung zu sein und die strukturellen Widersprüche der Weltwirtschaft zu ignorieren.

Robert Guttman: Robert Rubins Charakterisierung der Asienkrise ist äußerst interessant als Darstellung der Interessen der USA. Er konzentriert sich auf zwei Ziele: auf die Eindämmung der Krise und auf die Anwendung von Druck auf Ostasien, um zu weitreichenden Reformen in dieser Region zu kommen. Was das erste Ziel anbelangt, muß Rubin einen zögernden Kongreß davon überzeugen, daß die Krise in Ostasien so ernst ist, daß sie ein systemgefährdendes Risiko für die Weltwirtschaft einschließlich den USA darstellt und daß sie daher vom IWF als der globalen »Zentralbank« kontrolliert werden muß. Historische Beispiele, wie etwa das Versagen Großbritanniens, angemessen auf die europäische Bankenkrise von 1931 zu reagieren, oder der Zusammenbruch des Systems von Bretton Woods 1971 am Ende der Pax Americana, machen deutlich, daß Finanzkrisen von solchen Ausmaßen gefährlich sind und eingedämmt werden müssen, bevor sie eine Chance erhalten, außer Kontrolle zu geraten. Deswegen will die USA den IWF stärken. Die nahezu 120 Mrd. Dollar, die der IWF Thailand, Indonesien und Südkorea zubilligte, haben bisher ein ernstes Loch in die Reserven des Fonds gerissen, und zwar eines, das, sollte sich diese Krise auf

andere wachsende Märkte ausbreiten, zu einer Verknappung von verleihbarem Kapital führen kann. Wenn die USA nicht ihren Beitrag dazu leistet, den IWF mit mehr Geld zu versorgen, werden andere Länder ebenfalls geneigt sein, ihren Verpflichtungen nicht mehr nachzukommen. Eine Ablehnung des Regierungsvorhabens würde dem Rest der Welt signalisieren, daß der Kongreß zum Isolationismus zurückkehrt; ein alarmierendes Signal, das die Krise vertiefen könnte. Soll man in einem Moment, wo die Weltwirtschaft wieder einmal vor dem Abgrund eines kumulativen Prozesses von Verschuldung und Deflation steht, der zu einem strukturellen Zusammenbruch der Nachfrage führen könnte, das britische Beispiel von 1931 wiederholen?

Das zweite Ziel der USA zeigt sich in Rubins Ansicht, die Krise würde aus einem falschem Entwicklungsmodell resultieren. Dieses »asiatische Modell« der beschleunigten industriellen Entwicklung ist nach Auffassung der USA und des IWF schuld an der Krise, weil es auf einem großen Vertrauen in die staatliche Steuerung des Kredits und der Ressourcenallokation beruht. Offensichtlich wird mit dieser Interpretation die Absicht der USA gerechtfertigt, jegliche Unterstützung durch den IWF und die USA von strukturellen Reformen abhängig zu machen, die die starke Hand der Regierung durch Marktmechanismen ersetzen. In dem Maße wie diese Reformen die asiatischen Wirtschaften dazu zwingen, sich stärker einem »westlichen« Kapitalismus anzupassen, würden sie es den amerikanischen Investoren erleichtern, sich Zugang zu einem immer noch relativ geschützten Markt zu verschaffen.

Bedenkt man, daß internationale Wirtschaftsbeziehungen nicht zuletzt auch Machtverhältnisse zwischen Nationalstaaten ausdrücken, sind die USA hier in einer starken Position, um ihren Einflußbereich in dieser heiß umkämpften Region Ostasiens auszudehnen. Dort wurden für Dollar-Investoren Ressourcen und Vermögenswerte aufgrund der Abwertung der inländischen Währung und der Deflation der Vermögenswerte außerordentlich billig. Nach der massiven Kapitalvernichtung und dem Kapitalabfluß während der letzten Monate wurden in Ostasien verzweifelte Anstrengungen unternommen, das ausländische Kapital zu halten. Nachdem sich die Regierungen dieser Region am »heißen Geld« (den kurzfristigen Finanzanlagen) die Finger verbrannt haben, sollten sie langfristige, produktive Investitionen von multinationalen Konzernen vorziehen, die weniger anfällig sind.

Die Vorstellung des Finanzministeriums geht dahin, daß die asiatischen Ökonomien mit weitreichenden Reformen, die die Marktmechanismen stärken, schnell wieder hohe Wachstumsraten erreichen werden. Doch kann das Wachstumspotential dieser Wirtschaften genauso gut auf die kulturellen Eigentümlichkeiten des asiatischen Modells wie eine hohe Sparrate, die starke Betonung der Erziehung, eine relativ egalitäre Einkommensverteilung

lung und auf den nicht zu leugnenden Erfolg der aktiven Industriepolitik durch die jeweiligen Regierungen zurückgeführt werden.

Rubins Verallgemeinerungen ignorieren, wie tief verwurzelt und wie hoch differenziert die Institutionen, Konventionen und der Konsens in jeder dieser sehr alten Gesellschaften sind. Es gibt große Unterschiede z.B. zwischen Südkorea und Indonesien. Weil die Regierung unterstellt, daß die kulturellen Abweichungen nur gering sind, scheint sie zu glauben, daß alte und ziemlich geschlossene Gesellschaften einfach aus ihren Strukturen herausgerissen werden können und dann wieder zum Wirtschaftswachstum zurückkehren würden. Die aufflammenden gesellschaftlichen Unruhen in einigen der betroffenen Länder, wie z.B. Südkorea und Indonesien, und ihre zwangsläufig nationalistische (und antiamerikanische) Tendenz, werden deutlich machen, daß diese Vorstellung falsch ist.

CNS: Walden Bello hat geschrieben, daß der IWF und die Weltbank die Schuldenkrise und die globale Rezession der frühen 80er Jahre als Rammbock benutzten, um die Wirtschaften Ostasiens zu zwingen, ihre Handelspolitik und die Möglichkeiten für ausländische Investitionen zu liberalisieren. Er schrieb, daß das Plaza-Abkommen von 1985 (in dem versucht wurde, das amerikanische Handelsdefizit durch eine Aufwertung des Yen abzubauen) Japan dazu veranlaßte, seine Anstrengungen zu verdoppeln, ein regionales Produktionssystem in Ostasien aufzubauen, das die Region mit einer ausreichenden Liquidität versorgte und das dazu tendierte, das Projekt der USA und des IWF zu unterlaufen. In den späten 80er und den frühen 90er Jahren versuchte die USA daher, die Exportmärkte und die Investitionsmöglichkeiten in dieser Region auf andere Weise auszudehnen, z.B. durch Druck auf die asiatischen Länder, das in der Uruguay-Runde ausgehandelte GATT-Abkommen zu erfüllen; durch Handelsauseinandersetzungen etwa mit Südkorea und durch Bestrebungen zur Schaffung der APEC (Asia Pacific Economic Cooperation). Nach Waldens Einschätzung besteht das zentrale Ziel der gegenwärtigen Politik der USA und des IWF (heute) nicht darin, die Banken zu retten oder die Regierungsausgaben zurückzuschrauben, sondern eher darin, den Protektionismus im Handel und bei den Auslandsinvestitionen und den Interventionismus zurückzudrängen. Das IWF-Unternehmen scheint daher auf die Förderung der amerikanischen Exporte und Auslandsinvestitionen (einschließlich des Kaufs bestehender Unternehmen zu günstigen Preisen) abzielen. Eine wichtige Frage ist daher nicht, ob die IWF-Rettungsaktion Asien schaden oder helfen wird, sondern ob sie die amerikanischen Exporte und Investitionen in Asien steigern wird, wenn sich die finanzielle Situation in Asien stabilisiert hat. Diese Einschätzung stimmt mit meiner eigenen (eher unsystematischen) Untersuchung der Rolle der amerikanischen Exporte, des Außenhandels und der Investitionen seit Mitte der 80er Jahre überein. Die USA wurden insofern

stillschweigend zu einer exportorientierten Ökonomie als die amerikanischen Exporte, seit Clinton das Amt 1992 übernahm, ungefähr ein Drittel der Zuwächse des Bruttosozialprodukts ausmachten, während sie nur einen Anteil von 12% am gesamten Bruttosozialprodukt hatten. Da die Löhne stagnieren, haben die Exporte eine zentrale Rolle für das Wachstum in den 90er Jahren gespielt. In den vorausgegangenen Jahren ist demnach die Investitionsquote angestiegen, wobei ein guter Teil dieser Steigerung auf den Anstieg der Produktionskapazitäten in den Schlüsselbereichen des Exports, der Kapitalgüter im Allgemeinen und der Hochtechnologie im Besonderen zurückgeführt wird. Was halten Sie von diesen Argumenten?

RG: Walden Bellos Auffassung der Asienkrise als eine Möglichkeit der USA, sich in dieser Region auszudehnen, ist bestimmt realistisch. Die erheblichen Abwertungen der Währungen und die Deflation der Vermögenswerte in Ostasien haben dort die Ressourcen (in Dollar gerechnet) stark verbilligt, während sie die Ökonomien mehr denn je vom Zufluß stabilen Auslandskapitals abhängig machten. Viele amerikanische Firmen werden die Möglichkeit ergreifen, in einer Region, die über eine riesige Anzahl potentieller Verbraucher und hervorragende Arbeitskräfte verfügt, Absatzmärkte für Produkte zu gewinnen oder auszuweiten. Während es richtig ist, daß die amerikanische Wirtschaft in den vergangenen Jahren vom exportbedingten Wachstum noch abhängiger geworden ist, werden die amerikanischen Expansionsanstrengungen in Ostasien aufgrund des krisenbedingten Rückgangs der Konsumnachfrage in dieser Region für einige Zeit eher durch Direktinvestitionen multinationaler Konzerne als durch Exporte bestimmt werden. Wenn sich die asiatischen Wirtschaften wieder erholt haben, werden auch die amerikanischen Exporte in diese Länder schnell wachsen. Diese Aussicht wird durch die verstärkte Präsenz der USA als Produzent in dieser Region bekräftigt.

Zweifellos sehen sich die USA jetzt veranlaßt, aggressiv auf marktöffnende Maßnahmen zu drängen, die von den ostasiatischen Regierungen bisher verweigert wurden. Die USA haben durch die Krise bereits eine Übereinkunft über Bankdienstleistungen erreicht, die ihnen das gibt, was sie seit Jahren vergeblich durchzusetzen versuchten, nämlich den gleichberechtigten Zugang ihrer Banken zu diesen Märkten. Diese Entwicklung kann den führenden amerikanischen Banken ermöglichen, sich maßgeblich an der Kontrolle des Kreditsystems dieser schuldenabhängigen Wirtschaften zu beteiligen; damit erhalten sie eine strategisch wichtige Machtposition in den örtlichen Ökonomien, die den Verlust des Ansehens und der militärischen Präsenz der USA in dieser Region ausgleichen kann. Es ist zu erwarten, daß die USA andere Maßnahmen zur Öffnung der Märkte vorantreiben werden, daß sie den Zusammenbruch der Kartelle ausnutzen werden und daß sie sich durch einen »gesteuerten Handel« amerikanische Marktanteile

in Bereichen wie der Luftfahrt und der Telekommunikation sichern werden.

CNS: Was ist mit der Konkurrenz zwischen der USA und Japan in dieser Region? Und wo paßt China in das Ganze?

RG: Diese Konkurrenz besteht im Pazifischen Raum schon lange. Japan spielt hier offensichtlich eine Schlüsselrolle, sowohl aufgrund seiner Größe als auch seiner Stellung als wichtigster Gläubiger seiner geplagten Nachbarländer. Wie Japan seine eigene Krise bewältigen wird, hat einen erheblichen Einfluß auf die anderen Länder in dieser Region, und daß es bisher keine großen Fortschritte gemacht hat, war ein hauptsächlich Faktor für die kumulative Dynamik dieser Krise. Die relative Schwäche Japans zeigte sich vielleicht am deutlichsten, als es die Schaffung eines von Asien kontrollierten Hilfsfonds vorschlug; eine Idee, die aufgrund der Ablehnung durch die USA und den IWF kurz darauf ad acta gelegt werden mußte. Genau in diesem Moment wurde jede Alternative zum Krisenmanagement der USA und des IWF, die das sogenannte »asiatische Modell« hätte bewahren können und die weniger brutale Anpassungsprogramme mit sich gebracht hätte, wirkungsvoll blockiert.

Daß die USA und Japan um die Vorherrschaft in dieser Region wetteifern, wurde auch schon in den matten Jahren der Bush-Administration deutlich. In diesem Zusammenhang müssen wir uns an den Sicherheitspakt erinnern, den die USA mit Japan und seinen Nachbarn unterhält. Dieses Relikt aus den Kalten Krieg wurde auch nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion aufrechterhalten, nicht zuletzt weil es auch mit den ökonomischen Beziehungen zwischen Japan und den Vereinigten Staaten zu tun hat: die USA dulden die aggressive Handels- und Investitionsstrategie Japans gegenüber seinen Nachbarn im Pazifischen Raum, dafür finanziert Japan das Handels- und Budgetdefizit der USA. Dieses Arrangement ermöglichte den USA, der weltgrößte »Konsument in letzter Instanz« zu bleiben; ohne dies wäre die globale Überproduktion und der Druck der Spirale von Verschuldung und Deflation, die wir jetzt wahrnehmen, schon früher und in einer schlimmeren Weise aufgetreten.

Wir dürfen auch nicht vergessen, daß die Region über eine dritte Macht verfügt, nämlich China. Die Chinesen haben vielleicht die gegenwärtige Krise selbst in Gang gesetzt, als sie vor vier Jahren ihre Währung um 35% abwerteten, um eine erfolgreiche exportorientierte Strategie in Gang zu setzen. Nach Jahren außerordentlich schnellen Wachstums befindet sich China jetzt mitten in einem beschleunigten Reformprozeß, der sich auf die Privatisierung und Rationalisierung der maroden Staatsunternehmen und auf die Umgestaltung des Bankensystems konzentriert. Chinas Regierung hat offensichtlich versucht, sich vor den Auswirkungen der Asienkrise zu schützen, indem sie die Abwertung der Währung vermied (und die Bin-

dung des Hong-Kong-Dollars an den US-Dollar unterstützte). Es ist sicherlich erwähnenswert, daß China und Taiwan, dem es ebenfalls gelungen ist, sich von der Krise abzusichern und sie als eine Möglichkeit zur Ausweitung seiner Stellung in der Region zu nutzen, kürzlich erste Schritte zur Verbesserung ihrer Beziehungen unternahmen. Während China als Sieger aus dieser Krise hervorgeht (vorausgesetzt, es kann seine Währung verteidigen), könnte seine Stellung in der Region dadurch bedroht werden, daß die strategisch wichtigen chinesischen Emigrantengruppen in Malaysia, Singapur und Indonesien vielleicht bald zur Zielscheibe von offiziell geduldeten Angriffen radikaler Nationalisten werden.

Wie auch immer die Krise ausgehen wird – ob es nun zu einer regionalen Depression, die gesellschaftliche Unruhen bewirkt, oder zu strukturellen Reformen oder zu einer Kombination von beidem kommt – die Region könnte am Ende eher weniger (denn mehr) von den USA abhängig sein. Als die USA nach Reformen in Richtung auf mehr Markt riefen, setzten sie auch die Demontage von Staatsapparaten in Gang, die geholfen hatten, die jeweiligen Länder als antikommunistische Klientelstaaten in einem regionalen Sicherheitspakt zusammenzuschließen. Der aufkommende Riß in diesem Pakt wird insofern einen starken sozialökonomischen Druck herbeiführen, als diese Länder wahrscheinlich – aufgrund der Abwertung ihrer Währungen und einer schmerzhaften Restrukturierung – einen erheblichen Konkurrenzdruck auf schon gesättigte globale Märkte ausüben werden.

CNS: Bis hierher sieht es aus wie eine kapitalistische Überproduktionskrise. Vielleicht ist dies auf dem globalen Niveau das größte Einzelproblem, über das Rubin nicht spricht oder nicht sprechen kann.

RG: Ich stimme mit Ihnen überein. Wir haben eine klassische Überproduktionskrise. Das außergewöhnliche Wachstum in dieser Region in den letzten fünfzehn Jahren gründete sich auf einen beschleunigten Aufbau von industriellen Kapazitäten, einer aggressiven Ressourcenballung und günstigen Märkten für japanische, amerikanische und sogar europäische Multis, die sich in globale Produktionsnetzwerke verwandelten. Abgesehen von Kapital und Technologie, das von multinationalen Konzernen geliefert wird, wurde das nationale Kapital dazu benutzt, um Produktionskapazitäten in Bereichen mit hoher Wertschöpfung zu entwickeln. Nachdem die ostasiatischen Nationen ihre nationalen Währungen einmal an den Dollar gebunden hatten, wurden sie außerdem zu sehr attraktiven Investitionszielen für transnationale Banken und öffentliche Investoren aus den Zentren der Triade (USA, Japan, Deutschland). Dieser Kapitalfluß in die Region wurde aufgrund der sich schnell ausbreitenden Euphorie, die ein beschleunigtes ökonomisches Wachstum mit sich bringt, dann schnell zu einem Selbstläufer. Das Wachstum der asiatischen »Tigerstaaten« trug zu den globalen Überkapazitäten in den Schlüsselbereichen bei, die zuerst die jüngst entwickel-

ten (und verhältnismäßig kleineren) Staaten treffen könnten. Wie die erhebliche Verringerung in ihrem eigenen Exportwachstum schon 1996 deutlich machte, wurden die kleineren Ökonomien der Region sicherlich durch die aggressiven, auf Export gegründeten Wachstumsstrategien Japans und Chinas erdrückt. Zur gleichen Zeit flossen Importe in ihre Märkte, die nicht zuletzt durch zunehmend überbewertete örtliche Währungen begünstigt wurden, die an einen hochfliegenden Dollar gebunden waren. Es war dieses wachsende außenwirtschaftliche Ungleichgewicht zwischen abnehmenden Exporten und explodierenden Importen, das eine regionale Währungs Krise gerade zu dem Zeitpunkt herbeiführte, als das schwächste Glied – der thailändische Baht – Anfang Juli 1997 brach.

CNS: Damit wird nahegelegt, daß die Währungs- bzw. die Außenhandelskrise das brisanteste und gefährlichste Element in der Gesamtkrise ist. Aber wie steht es um den Zusammenhang von Währungs Krise und der eigentlichen Finanzkrise in der Region?

RG: Berücksichtigt man die Menge des beteiligten spekulativen Kapitals und dessen Mobilität, dann können Währungskrisen immer drohen. Währungskrisen, die zum Zusammenbruch regionaler Übereinkommen innerhalb der Triade führen (z.B. die Krise des europäischen Währungssystems von 1992-1993), sind äußerst gefährlich, da sie Spekulanten eine Reihe von Angriffspunkten bieten und dabei eine Abwertungskonkurrenz unter voneinander abhängigen Volkswirtschaften auslösen können. Wir haben gesehen, daß sich in den vergangenen Monaten genau ein solcher Prozeß mit einer verblüffenden Schnelligkeit in einem Radius von Korea bis Indonesien abgespielt hat.

Die asiatische Währungs Krise von 1997/98 ist in ihrer Schwere insoweit einzigartig, weil sie die Spitze des Eisbergs einer weitaus ernsteren Finanzkrise von systemgefährdendem Ausmaß darstellt. Die erwähnte Überproduktion, die die grundlegende Ursache der Krise ist, war, wie dies oft in solchen Situationen ist, durch einen parallel verlaufenden Prozeß der Überdehnung des Kredits vorangetrieben worden. Transnationale Banken lenkten eine Menge Leihkapital auf Dollarbasis in die Region; diese Gelder transferierten die inländischen Banken dieser Länder in hochverzinslichen Anlagen in den lokalen Währungen. Institutionelle Anleger, insbesondere amerikanische Fonds, nutzten die ostasiatischen Wertpapiermärkte als zusätzliche Anlagesphäre. Dieser Kapitalzufluß nährte spekulative Schwindelgeschäfte (z.B. in Immobilien- und Aktienmärkten), die die inländische Geldschöpfung beschleunigten und zu einem sehr hohen Verschuldungsgrad der lokalen Unternehmen führte. Bald gab es überschuldete Kreditnehmer, die neue Kredite benötigten, um die alten zu bedienen, und die immer abhängiger von kurzfristigen Krediten wurden. Die Währungs Krise explodierte genau dann, als sich die Anzeichen für Probleme bei der Schul-

denbedienung in einer zunehmenden Anzahl von Ländern verdichteten. Als die Spekulanten anfangen, die Währungen Ostasiens anzugreifen, begannen die institutionellen Anleger aus den lokalen Wertpapiermärkten in den Dollar zu flüchten. Dieser zusätzliche Druck der Anleger ließ die Kapitalbasis der schon angeschlagenen Industrieunternehmen noch weiter erodieren und verschlechterte den Stand der lokalen Währungen gegenüber dem US-Dollar noch weiter. An diesem Punkt der Krise begannen die Dinge außer Kontrolle zu geraten. Weil sie sich gegen die Währungsrisiken nicht geschützt hatten, sahen sich die lokalen Kreditnehmer jetzt mit Verbindlichkeiten auf Dollarbasis konfrontiert, denen lediglich Vermögenswerte in lokalen Währungen, die rasant an Wert verloren, gegenüberstanden. Dieses Ungleichgewicht hat das Potential einer sich beschleunigenden klassischen Verschuldungs-Deflationsspirale, weil lokale Firmen und Banken verzweifelt Vermögenswerte liquidieren und lokale Währungen verkaufen, um ihren Bargeldverpflichtungen nachzukommen.

CNS: Jetzt ist es Ende Februar. Hat die Krise bereits ihr Ende erreicht?

RG: Nein. Die Neigung zur Panik, die ganze Länder an den Rand des Abgrunds führen kann, ist so intensiv, weil ein Mangel an Transparenz herrscht und es an verlässlichen Informationen über die Zahlungsfähigkeit der zweifellos überschuldeten Kreditnehmer fehlt. Viele von ihnen, und wir reden hier über die führenden Firmen Koreas, Thailands oder Indonesiens, können bereits zahlungsunfähig sein oder akuten Liquiditätsproblemen ins Auge sehen. Ihre Probleme haben auch den inländischen Kreditgebern insoweit geschadet, als die meisten Länder der Region ein Bankensystem haben, das zu stark gelähmt ist, um handlungsfähig zu sein. Die Lösung dieser Probleme – eine Voraussetzung für erneutes Wachstum in der Region – ist aufgrund des Mangels an Aufsichtsbehörden und der Abwesenheit bewährter Finanzstandards für Banken, deren Verleihpraxis üblicherweise durch informellen Druck der Regierung kontrolliert wurde, kompliziert.

CNS: Kann diese Krise eine globale Krise werden? Und wenn ja, kann sie der IWF stoppen?

RG: Zum ersten Mal seit August 1982, als mit der drohenden Zahlungsunfähigkeit Mexikos die Schuldenkrise der Entwicklungsländer begann, sind wir am Rande einer globalen Finanzkrise, die das weltweite Wachstum untergräbt. Wie sich diese Krise entwickeln wird, hängt davon ab, wie gut die Akteure mit ihren Auswirkungen umgehen. Eine zentrale Rolle beim Krisenmanagement spielt der IWF als der einzige internationale »lender of last resort«. Seit die Währungskrise am 2. Juli 1997 mit der verpfuschten Abwertung des thailändischen Baht begann, ist der IWF selbstverständlich sehr aktiv gewesen. Aber es gibt zunehmende Anzeichen dafür, daß es der IWF dieses Mal ungewöhnlich schwer haben wird, eine gefährliche Fi-

nanzkrise zu stabilisieren.

Ein Problem, mit dem der IWF konfrontiert wird, ist die beispiellose Reichweite notwendiger Rettungsmaßnahmen, die für mehrere Länder gleichzeitig in Gang gesetzt werden müssen. Die Kapitalflucht aus der Region und das Verschuldungsniveau, das in absehbarer Zeit nicht abgebaut werden kann, sind beide – historisch betrachtet – so erheblich, daß die Ressourcen des IWF ausgedehnt werden mußten. Vor allen Dingen haben die drei bisherigen Rettungsmaßnahmen des IWF (für Thailand, Südkorea und Indonesien) 120 Mrd. Dollar verschlungen, was dem Fond weniger als die Hälfte dieser Summe für zukünftige Maßnahmen läßt. Die Hindernisse, die durch die linke wie die rechte Opposition im Kongreß einer Refinanzierung des IWF in den Weg gelegt werden, sind enorm. Der IWF könnte die globalen Kapitalmärkte anzapfen, indem er seine eigenen Wertpapiere emittiert, aber dies wäre erheblich teurer.

Die Arbeit des IWF wurde auch dadurch erschwert, daß viele der kritischen Schulden Ostasiens aus dem privaten Bereich stammen. Der IWF hat versucht, mit dieser neuen Herausforderung fertig zu werden, indem er die Regierungen ermunterte, die Verschuldung im privaten Bereich zu nationalisieren und/oder Neuverhandlungen über Schuldenabkommen zwischen den transnationalen und den lokalen Banken aufzunehmen. Beide Optionen wurden im Fall Südkorea versucht. Aber beide bewirkten eine Verminderung der Transparenz, der öffentlichen Aufsicht und der Befolgung internationaler Standards für Finanzgeschäfte.

Daß dritte Problem, mit dem sich der IWF konfrontiert sieht, betrifft die Art und Weise der Anpassungsprogramme und der strukturellen Reformprogramme, die er den Nutznießern dieser Rettungsaktion aufbürdete. Der »Marktfundamentalismus« des IWF, zugunsten einer Zurückdrängung der staatlichen Interventionen, der Deregulierung der Industrie und der Verringerung des inländischen Lebensstandards waren schon vor dem Ausbruch der Asienkrise heftig umstritten. Die moralischen Implikationen einer weiteren Verarmung von Millionen bereits relativ armer Menschen sind sicher bedenklich. Die typischen IWF-Sparmaßnahmen sind aber, abgesehen von ihrem unmoralischen Charakter, auch einfach schlechte Wirtschaftspolitik, insbesondere dann, wenn sie gleichzeitig auf mehrere Nachbarstaaten angewendet werden. Nicht nur unterstützen sie den deflationären Druck, wenn die Ökonomien schon durch die Kapitalflucht und die Kreditrationierung in Mitleidenschaft gezogen sind. Sie schaffen auch ein sehr schwieriges Umfeld, in dem die umstrittenen strukturellen Reformen ausgeführt werden müssen. Wie kann man von Regierungen erwarten, die Arbeitsmärkte zu deregulieren, wenn dies Massenentlassungen beinhaltet? Die Preiskontrollen zurückzudrängen, wenn massive Währungsabwertungen inflationäre Schocks hervorrufen?

Der IWF muß sich des jeweiligen kulturellen und sozioökonomischen Kon-

textes, in dem seine Interventionen stattfinden, bewußt sein. Ist dies nicht der Fall und wird statt dessen für alle Fälle dasselbe Rezept bereitgehalten, dann wird der IWF fortfahren, dieselbe Art von Fehler zu machen wie gegenüber Indonesien: dort ging er zu hart gegen das Bankensystem vor und löste wegen fehlender Sicherheiten für die Depositen eine Panik aus, die zu einer verheerenden Einschränkung der Kreditvergabe führte, die sogar gesunde Unternehmen und Banken lähmte.

Schließlich wird sich der IWF mit einem Problem zu beschäftigen haben, mit der sich jeder »lender of last resort« auseinandersetzen muß. Das ist die Tendenz der Kreditgeber in Erwartung größerer Gewinne auch größere Risiken einzugehen, als sie es ohne einen »lender of last resort« tun würden, weil sie wissen, daß sie gerettet werden, wenn die Dinge schief laufen. Der einzige Weg, einem solchen »moral hazard« zu begegnen, ist eine zunehmende Kontrolle (und ein besserer Zugriff auf relevante Daten) seitens des IWF, oder, wie Henry Kaufmann kürzlich vorschlug, eine neue multinationale Regulierungsagentur, die darauf spezialisiert ist, Kapitalflüsse, Bankstrategien und Schuldenstrukturen auf der ganzen Welt zu verfolgen. Wenn der IWF ein solches Frühwarnsystem installiert hätte, sollte er imstande sein, hinter den Kulissen Druck auf Kreditnehmer und Kreditgeber auszuüben und damit einem gefährlichen Trend in Richtung Überschuldung zu begegnen noch bevor der Punkt erreicht ist, an dem der aufgeblähte Kredit zusammenbricht. Wenn der IWF ein Land aus der Krise führt, dann sollte er fordern, daß auch die Kreditgeber einen Anteil an den Verlusten und an den Anpassungslasten tragen.

CNS: Auf was müssen wir kurz- und mittelfristig noch gefaßt sein?

RG: Die Asienkrise bestätigt wieder einmal in einer dramatischen Weise die inhärenten Krisentendenzen des Kapitalismus, die Tendenz zu Überproduktion und Überschuldung. Heute können sich diese Prozesse auch jenseits der Grenzen der Nationalstaaten entfalten und ganze Regionen erfassen. Solche regionalen Krisen, ob sie nun die Entwicklungsländer verwüsten wie in den 80er Jahren, das europäische Währungssystem desintegrieren wie in den frühen 90er Jahren oder ob sie den Aufschwung unter den asiatischen »Tigerstaaten« zum Kollabieren bringen, besitzen insbesondere dann das Potential zu einer ernstzunehmenden Destabilisierung der gesamten Weltwirtschaft, wenn sie nicht eingedämmt werden können.

Durch die in den vergangenen Wochen auf den Aktien- und Devisenmärkten Ostasiens sichtbaren Anzeichen von Stabilität haben wir zum ersten Mal seit Monaten einen Anlaß, etwas optimistischer zu sein, vor allem, was eine Ausweitung der Krise auf andere Regionen, etwa Rußland und Brasilien, betrifft. Es gibt auch Anzeichen dafür, daß Japan sich vielleicht endlich bei der Art und Weise der fiskalischen Anreize und der Neustrukturierung seines Bankensystems engagieren wird; das ist nötig, um die staatli-

che Aktivität wiederzubeleben und den Druck auf seine angeschlagenen Nachbarn zu vermindern. Wenn beide Annahmen zutreffen, dann wäre das Schlimmste vorbei. In diesem Fall werden die ostasiatischen Ökonomien eine schmerzvolle Rezession durchmachen, sich in ein paar Jahren aber auch wieder erholen. In diesem Fall wird die Auswirkung der Asienkrise auf den Rest der Welt begrenzt sein.

Dieses ziemlich optimistische Szenario geht von der Annahme aus, daß die ostasiatischen Volkswirtschaften ausreichend Zugang zu neuen Krediten haben werden, um die Importe zu finanzieren, die für ihre exportorientierte Wachstumsstrategie notwendig sind. Anderenfalls wird eine Erholung sehr schwierig, wenn nicht gar unmöglich sein, weil das IWF-Regime eine lediglich auf die Binnennachfrage gestützte Erholung ausschließt. Wenn diese Länder mit ihren exportorientierten Strategien aber einmal Erfolg haben, dann werden sie unvermeidlich innerhalb der ökonomischen Schlüsselbereiche Druck auf ihre europäischen und amerikanischen Nachbarn ausüben. Was wir daher erwarten können, ist eine Intensivierung globaler Konkurrenz und damit auch eine Verstärkung des Trends hin zu einem neuen Konkurrenzkapitalismus auf globalem Niveau.

Wahrscheinlich kann sich diese neue Phase in der Evolution des Kapitalismus stabilisieren, wenn der gegenwärtige Prozeß der industriellen Restrukturierung zur Schaffung globaler Oligopole in den Schlüsselsektoren der Wirtschaft führt. Voneinander abhängige Oligopole sind bei Vorliegen von Überkapazitäten für standardisierte Produkte tödlichen Preiskriegen ausgesetzt. Deflationärer Druck stellt daher eine reale Bedrohung für die heutige Weltwirtschaft dar, wie dies der kürzliche Rückgang im amerikanischen Warenpreisindex oder der nachhaltige Rückgang des amerikanischen Produktionspreisindex bewiesen hat. Dieser Gefahr kann nicht mehr einfach durch eine expansive Fiskalpolitik, der sich die meisten Regierungen heutzutage aufgrund ihrer für eine »Deficit-spending«-Politik zu geringen Kapazitäten verschließen, oder durch eine permissive Geldpolitik, die auf Kosten der Vermögensbesitzer gehen würde, entgegengewirkt werden. Bei dem hohen Verschuldungsniveau, das in vielen industrialisierten Ländern sowie in den Schwellenländern existiert, trägt eine Deflation die Gefahr in sich, daß unter Druck geratene Kreditnehmer dazu gezwungen werden, Vermögensbestandteile zu verkaufen, deren Wert gleichzeitig stark sinkt. Dieser kumulative Prozeß von Deflation und Verschuldung ist gefährlicher als eine inflationäre Form der Krise.

Wenn wir wirklich glauben, daß die Asienkrise die erste richtige Krise einer neuen Epoche, nämlich eines global agierenden Konkurrenzkapitalismus ist, dann ist die geeignete Lektion aus dieser Krise die, daß wir neue Institutionen benötigen, die sich mit dem deflationären Hang dieses Systems beschäftigen. Dafür sind aber, wie ich glaube, zwei entscheidende

Veränderungen in der herrschenden Sicht der Dinge notwendig. Die eine ist die Einsicht, daß der IWF, so wie er gegenwärtig beschaffen ist, die anstehenden Aufgaben nicht länger bewältigen kann. Wir benötigen einen wirkungsvolleren »lender of last resort«, der stärker auf Frühwarnsignalen und auf präventiven Interventionen beruht. Die Fähigkeit zur schnellen Reaktion sollte durch eine einheitliche multilaterale Aufsichtsbehörde, Transparenz und Regeln für die Finanzbuchhaltung der nationalen Banken unterstützt werden, möglicherweise auch durch einen neuen globalen Bankregulator und Maßnahmen gegen spekulative Zuflüsse »heißen Geldes« (eventuell so etwas wie die Tobin-Steuer oder unilaterale Maßnahmen wie hohe Reservesätze für Anleihen, die in ausländischer Währung denominiert sind). Die zweite Veränderung im orthodoxen Denken, die notwendig wäre, betrifft die Deflation und die Notwendigkeit, diesem gefährlichen Phänomen entgegenzuwirken. Statt immer nur zu fordern, den Gürtel enger zu schnallen und die Reduzierung des Lohnniveaus zu begünstigen, brauchen wir, um ein minimales Niveau der Konsumnachfrage aufrechtzuerhalten, das Gegenteil: eine koordinierte staatliche Belebung der Wirtschaft und internationale Arbeitsstandards, die es zulassen, daß man sich auf dem Weltmarkt den Konsumnormen der Mittelschichten annähert.

Klaus Schabacker

Die moderne ökonomische Theorie und die Kapitaltheorie von Marx*

1. Einleitung

Auf den ersten Blick tragen die unterschiedlichen und weit auseinanderliegenden Urteile über die Marxsche ökonomische Theorie in einem Grade zur Verwirrung bei, daß die Frage aufkommt, ob tatsächlich derselbe Autor gemeint ist. Leontief beispielsweise schätzt an Marx dessen gründliche empirische Kenntnisse: »His strength lies in realistic, empirical knowledge of the capitalist system« (Leontief 1938, 8). Ganz anders dagegen Morishima; er würdigt Marx – vielleicht mit einem Augenzwinkern – als einen mathematischen Ökonomen, auch wenn dieser sich höchst selten um formale Darstellungen bemüht habe (Morishima 1974, 612). Samuelsons Urteil fällt hingegen weniger freundlich aus: In einer frühen Schrift hielt er Marx für einen *minor Ricardian*, dessen Preistheorie nicht überzeugen könne. Joan Robinson, Oskar Lange und Paul Sweezy gewichten den Marxschen Beitrag zur ökonomischen Theoriebildung wieder anders: Sie vertreten die Auffassung, daß man die Preistheorie getrost der Neoklassik überlassen könne, die für diese Zwecke besser gerüstet sei. So kritisiert Lange die Marxsche Werttheorie als ein antiquiertes Gleichgewichtsmodell, dem das walrasianische System vorzuziehen sei, und Joan Robinson argumentiert, daß die Arbeitswerttheorie für eine Analyse der kapitalistischen Ökonomie und mithin für das, was Marx eigentlich sagen wollte, überflüssig sei.¹ Marxens hauptsächliche Leistungen erkennen sie in seiner Untersuchung der Einkommensverteilung auf die Klassen, in seiner Analyse der Akkumulation und der Entwicklung der kapitalistischen Produktion. Der Vorzug und die Überlegenheit der Marxschen Theorie gründe darin, daß er die sozialen und institutionellen Bedingungen der ökonomischen Dynamik in seine Betrachtung einbeziehe, und Joan Robinson betont, daß Marx die historische Zeit als eine wesentliche Eigenschaft dieses ökonomi-

* Für kritische Diskussionen und wichtige Hinweise danke ich Michael Heinrich.

¹ Lange (1934/35, 195f); Robinson (1942, 27); Sweezy (1942, 156); Samuelson (1957).
Siehe auch Dobb (1973, 159-161) für weitere Urteile über die Marxsche Theorie.

schen Systems erkannt und in seinen Analysen berücksichtigt habe. Ganz ähnlich sieht Schumpeter den Marxschen Beitrag zur ökonomischen Theoriebildung in dessen intensiver Beschäftigung mit den langfristigen Entwicklungslinien der kapitalistischen Produktion und den beständigen Veränderungen, die sie mit sich bringt; in diesem Zusammenhang verweist auch Schumpeter auf die historische Zeit, die in Marxens Analyse Eingang gefunden habe.² Diese zuletzt genannten Interpretationen kommen der Marxschen Intention sicherlich sehr nahe, denn Marx betont von Anbeginn und mit großem Nachdruck, daß er die ökonomischen Beziehungen innerhalb bestimmter historischer Konstellationen untersuche, so daß immer auch die Institutionen und die Machtverteilung in einer Gesellschaft thematisiert werden. Die Warenproduktion wird, wie Sweezy (1942, 39) es formuliert, »zum Gegenstand soziologisch-historischer Untersuchung«. Marx behandelt diese Probleme in einem theoretischen Rahmen, in dem häufig makroökonomische und mikroökonomische Analysen ineinander fließen. Daneben gibt es in seiner Analyse aber auch eine andere Schicht, in der vor allem die reine Preis- und Verteilungstheorie zu finden sind: Marx benutzt disaggregierte Modelle, um die Gleichgewichtslösungen seiner ökonomischen Systeme zu untersuchen. In seiner Kapitaltheorie steckt immer auch eine Gleichgewichtstheorie, obgleich seine Untersuchung nie vollständig darin aufgeht. So betont Sweezy in seiner umfangreichen Auseinandersetzung mit dem Marxschen *Kapital*, daß das Wertgesetz eine allgemeine Gleichgewichtstheorie enthalte.³ Gut dreißig Jahre später rückt Morishima in seinem Buch: *Marx's Economics* dieses Modell des allgemeinen Gleichgewichts in den Mittelpunkt seiner Interpretation und vertritt die – an der hergebrachten theoriegeschichtlichen Einteilung gemessen – unorthodoxe Auffassung, wonach Ricardo, Marx und Walras die Vorläufer und Begründer der allgemeinen Gleichgewichtstheorie gewesen seien; sie erarbeiteten im 19. Jahrhundert die Grundlage für die moderne ökonomische Theorie, und Marxens Leistungen in dieser Hinsicht stünden denen von Walras in nichts nach.⁴ Mit dieser Sichtweise der theoriegeschichtlichen Zusammenhänge setzt Morishima sich ebenso souverän über die gewöhnliche Unterscheidung zwischen einer objektivistischen und einer subjektivistischen Werttheorie hinweg wie über die Klassifizierung nach Surplustheorien und Grenzproduktivitätstheorien der Verteilung. Pasinetti hingegen, der ebenso wie Morishima disaggregierte Gleichgewichtsmodelle verwendet, gelangt zu einer ganz anderen Einteilung. Er unterscheidet das Produktionsparadigma vom Tauschparadigma (Pasinetti 1993, XIVf); das erste beruhe auf

2 Siehe Lange (1934/35, 194); Schumpeter (1942, 78); Sweezy (1942, 39); Robinson (1979, 90).

3 Sweezy (1942, 71) und ähnlich Meek (1956, XVII) in einem Vorwort zur zweiten Auflage seines Buches im Jahr 1973.

4 Morishima (1973, 1-3); Morishima (1974) sowie Morishima (1989, 1, 13).

dem Prinzip des Lernens, i.e. auf dem technischen Fortschritt und der Entwicklung der Produktivität, das zweite hingegen auf den Prinzipien des Nutzens und der Optimierung. Demzufolge wird die Walrassche Ökonomik dem Tauschparadigma zugeordnet, wohingegen Ricardo und Marx als Ökonomen begriffen werden, die im Rahmen des Produktionsparadigmas Vorarbeiten für eine Theorie des strukturellen Wandels geleistet hätten (ebd., 11). Die Antwort auf die Frage, welchen Platz Marx in der Geschichtsschreibung der Ökonomik einnimmt, hängt also von der Beantwortung der vorgelagerten Frage ab, welche Problemstellungen für die ökonomische Theoriebildung als konstitutiv angesehen werden.

Auf der anderen Seite zeigen solche divergierenden Einschätzungen aber auch, daß Marxens Kapitaltheorie in vielen Hinsichten mit der Entwicklung des ökonomischen Denkens verwoben ist. Im folgenden werden wir von der Dynamik, der Konjunkturtheorie und der historischen Zeit absehen und in einem – verglichen mit dem thematisch weitgespannten Bogen der Marxschen Untersuchungen⁵ – deutlich eingeschränkten Rahmen der Frage nachgehen, worin Marx Beitrag zur ökonomischen Theoriebildung gesehen wird. Wir legen dabei Gleichgewichtsmodelle zugrunde. Eine solche Untersuchung der Marxschen Kapitaltheorie im Rahmen von Gleichgewichtsmodellen erfaßt diejenigen Schichten in seiner Argumentation nicht, in denen Marx eine Kritik an den Kategorien entwickelt, in denen die ökonomischen Theoretiker wirtschaftliche Zusammenhänge begreifen und darzustellen suchen. Allerdings wurden immer wieder gerade die Gleichgewichtsmodelle benutzt um zu demonstrieren, daß die Marxsche Preistheorie vor unlösbaren Problemen steht. Greift man die Theorie des allgemeinen Gleichgewichts auf, die im Marxschen *Kapital* enthalten ist, so kann man zeigen, daß diejenigen Schwierigkeiten, welche als Besonderheiten der Marxschen Arbeitswerttheorie hervorgehoben wurden, tatsächlich allgemeiner Natur sind und in *jeder* Kapitaltheorie auftreten.

Im folgenden werden wir zunächst den Einfluß Ricardos auf das ökonomische Denken seiner Nachfolger betrachten (2), um dann auf Marx Beitrag zur ökonomischen Theoriebildung einzugehen. Dabei untersuchen wir seinen Gleichgewichtsbegriff (3) und sein Modell der industriellen Verflechtungen (4). Im 5. Abschnitt werden in einer theoriegeschichtlichen Perspektive die Beziehungen skizziert, die zwischen der Struktur der gesellschaftlichen Produktion, der Preisbestimmung und der Einkommensverteilung hergestellt wurden; auf den Zusammenhang zwischen Geld und Kapitalvorschüssen wird im 6. Abschnitt eingegangen. Den Abschluß (7) bildet eine kurze Betrachtung über die verteilungsinduzierten Umbewertungen.

5 In einem weiter gefaßten Spektrum von Fragestellungen behandelt in jüngerer Zeit Levine (1995) die Marxschen Themen.

2. Das Ricardianische Erbe

Ricardos *Principles of Economics* haben die ökonomische Theoriebildung nachhaltig beeinflusst. Ihr Thema ist die Preisbestimmung, die Einkommensverteilung und die Akkumulation. Ricardos Fragestellungen, seine Einteilung des Gegenstandes und sein auf die Bildung ökonomischer Modelle gerichtetes methodisches Vorgehen wirkten beispielgebend für das moderne ökonomische Denken.⁶ Ricardo beginnt seine Preistheorie mit dem Modell eines einfachen Gemeinwesens, in dem es kein Kapital gibt und der Boden im Überfluß vorhanden ist. Unter diesen Bedingungen werden die Austauschverhältnisse der Waren durch die in ihnen aufgespeicherten Arbeitsmengen reguliert; die Verteilungsregel ist denkbar einfach, denn das Einkommen eines jeden Produzenten hängt von der individuell geleisteten Arbeitsmenge ab. Sobald jedoch das Kapitaleigentum und die Lohnarbeit in die Analyse einbezogen werden, stellt sich für dieses neue Modell die ungleich schwierigere Frage, in welcher Weise die Verteilung des Einkommens auf den Lohn und den Profit die relativen Preise der Waren beeinflusst. Ricardo ist der erste, der dieser Frage nachgeht (Ricardo 1817, 22, Fn. 3), und er findet heraus, daß die Preisverhältnisse der Waren wechseln, wenn der Reallohnsatz steigt oder fällt. Diese Verschiebungen im Preissystem werden immer dann eintreten, wenn die Industriezweige eine unterschiedliche Zusammensetzung aus Kapital und Arbeit aufweisen. Wie seine Untersuchung zeigt, ist der Gleichgewichtsbegriff für das Modell einer kapitalistischen Ökonomie komplizierter als der des einfachen Gemeinwesens, denn die Warenpreise müssen in einem solchen Verhältnis zueinander stehen, daß jeder Produktionszweig sowohl seine physischen Einsatzmengen ersetzen als auch die allgemeine Profitrate realisieren kann. Ricardos ökonomische Theorie ist durchaus verwickelt. Die Einkommensverteilung und somit der Reallohnsatz und die Profitrate treten zweimal auf: das erste Mal in der Theorie der Preisbestimmung, die zeigt, daß die relativen Preise von einer Verteilungsgröße abhängen, und das zweite Mal im Zusammenhang mit der Akkumulation des Kapitals, dem Wachstum der Bevölkerung und der Ausdehnung der landwirtschaftlichen Produktion auf schlechtere Böden.

In den groben Zügen folgt der Aufbau der Marxschen Preistheorie dem Vorbild Ricardos. Allerdings fügt Marx noch eine Zwischenstufe ein, die bei Ricardo fehlt. Bevor er im dritten Band auf die Produktionspreise zu sprechen kommt, benutzt er einen Kunstgriff, um die Schwierigkeiten aus dem Weg zu räumen, die aus der Verbindung der Preistheorie mit der Ver-

⁶ Schon bei Adam Smith (1776) finden sich die Ansatzpunkte einer solchen Gliederung, allerdings fehlt ihm die methodische Strenge in der Analyse und seine Theorie der relativen Preise bricht mit der Einführung einer allgemeinen Profitrate ab.

teilungstheorie erwachsen. Er führt die Mehrwertrate als Verteilungsregel für die Kapitaleigentümer ein, so daß der Überschuß respektive der Profit proportional zum Vorschuß für die Löhne verteilt wird. Dergestalt vom Transformationsproblem abgeschirmt, konzipiert Marx das Mehrwertmodell, worin die Austauschverhältnisse der Waren weiterhin durch die Arbeitsmengen reguliert werden, das Einkommen aber in den Reallohn und den Mehrwert zerfällt. Dieses Modell vereint die Arbeitsmengentheorie der Preise als Eigenschaft des einfachen Modells mit der Existenz von Klassen, die charakteristisch für das Profitmodell ist. Die Marxsche Preistheorie kann mithin in drei Ebenen eingeteilt werden, auf denen jeweils bestimmte Fragestellungen bearbeitet werden. Marx benutzt das einfache Modell, um den Austausch der Waren, das Geld, den Geldgebrauch sowie die Geldfunktionen zu betrachten. Das Mehrwertmodell trägt eine erhebliche Begründungslast, denn er entwickelt auf dieser Grundlage den Produktionsprozeß in der modernen Fabrik, die Wirkung der steigenden Produktivität neuer Produktionsverfahren auf die Preise und die Einkommensverteilung, die Akkumulation des Kapitals und schließlich die Kreislaufbeziehungen in der Ökonomie. Das Profitmodell ist am wenigsten ausgearbeitet; es dient der Analyse der Konkurrenz, des Zinses und des Kredits und liegt Marxens Überlegungen zum tendenziellen Fall der Profitrate zugrunde.

Neben Marx greifen auch die frühen neoklassischen Ökonomen wie Walras, Jevons, Böhm-Bawerk und Wicksell ein von Ricardo geprägtes Schema der Untersuchung auf. Sie beginnen ihre Analysen ebenfalls mit einem einfachen Modell, um die Grundzüge der Preistheorie zu entwickeln, und gehen in einem anschließenden Teil auf das kompliziertere Modell einer kapitalistischen Ökonomie ein, worin das Vorhandensein von Kapital zu Verwicklungen der Preistheorie mit der Verteilungstheorie führt. Allen genannten Autoren ist der Gedanke gemeinsam, daß mit dem Kapital und dem Profiteinkommen ein neues Element in die ökonomische Theorie aufgenommen wird, das sich nicht in einfacher Weise in das ursprüngliche Modell einfügen läßt. Allerdings sollte dieses gemeinsame Schema nicht überspannt werden: Unter den Autoren herrschen die größten Differenzen darüber, was unter dem einfachen Modell des ursprünglichen Gemeinwesens und unter dem Modell einer kapitalistischen Ökonomie zu verstehen sei. Marxens »einfache Warenzirkulation« dient der Bestimmung der Preise aus den in der Produktion aufgewendeten Arbeitsmengen, während die frühen neoklassischen Ökonomen in ihren einfachen Modellen von der Produktion vollständig absehen und die Preise ausschließlich aus dem Austausch gegebener Güterbestände entwickeln. Ricardo und Marx begreifen das Kapital als eine Wertgröße und charakterisieren die kapitalistische Ökonomie durch die sozialen Verhältnisse, welche die Produzenten als Kapitaleigentümer und Arbeiter eingehen. Anders argumentieren die neoklassi-

schen Ökonomen, obgleich sie in dieser Frage keine einheitliche Auffassung vertreten. Böhm-Bawerk, der – vielleicht entgegen den eigenen Absichten – eine Grenzproduktivitätstheorie der Verteilung ausarbeitet, betrachtet das Kapital als eine Menge von Produktionsmitteln, genauer: als eine Menge von Zwischenprodukten, die zur Herstellung von Konsumgütern eingesetzt wird (Böhm-Bawerk 1888, 141). Wie er sehr anschaulich beschreibt, ist die »kapitallose Produktion« demgegenüber eine solche, »die geradeaus mit der nackten Faust auf das Ziel zugeht« (ebd., 16). Die kapitalistische Produktion erfordert also zeitaufwendige Produktionsumwege.⁷ Diese Position wird von der österreichischen Schule, von Wicksell und Jevons vertreten und begründet einen Strang des neoklassischen Denkens. Eine andere Linie verfolgt Walras. Er unterscheidet vier Gleichgewichtsmodelle, nämlich das Tauschgleichgewicht, das Produktionsgleichgewicht, die Kapitalbildung und schließlich das Modell mit Vorprodukten und Geldhaltung. Zu den Kapitalgütern im engeren Sinne (*capital proper*) zählt er nur solche produzierten Produktionsmittel, welche für längere Zeit im Produktionsverfahren eingesetzt werden und langsam verschleifen (Walras 1874, 212 und 217). Es fällt zunächst schwer, in der Walrasschen Theorie zwischen einer kapitalistischen und einer nichtkapitalistischen Produktion zu unterscheiden. Anders als bei der österreichischen Schule bietet die Existenz produzierter Produktivgüter für ihn kein Unterscheidungskriterium, weil diese Produktionsmittel als Bestandteil der Erstausrüstung bereits in das Produktionsgleichgewicht eingehen; eine kapitallose Produktion ist hier nicht vorgesehen.⁸ Wenn Eatwell (1987, 868) dennoch zwischen einer nichtkapitalistischen Produktion, die im Produktionsgleichgewicht dargestellt wird, und dem Modell der kapitalistischen Produktion bei Walras unterscheidet, das im Rahmen der Kapitalbildung eingeführt wird, dann spielt auch hier die Einkommensverteilung wieder die entscheidende Rolle. Walras (1874, 267-77) untersucht den Zins erst im Zusammenhang

7 Böhm-Bawerk (1888, 111f). Auf der anderen Marktseite wird das Zeitelement durch die Zeitpräferenz der Haushalte eingeführt.

8 An dieser Stelle unterscheidet sich Walras deutlich von der österreichischen Schule. Die letztere entwickelt das Tauschgleichgewicht unter der Voraussetzung, daß gegebene Bestände von Konsumgütern vorhanden sind, sobald aber die kapitalistische Produktion untersucht wird, durchbricht sie dieses methodische Prinzip und ergänzt die Erstausrüstung durch das Zeitelement: die Produktivgüter werden in einem zeitaufwendigen Produktionsverfahren hergestellt, an dessen Anfang nur die Ressourcen Arbeit und Boden stehen. Eine Anfangsausstattung gibt es hier nur für diese Ressourcen – sowie für die Konsumgüter –, jedoch nicht für die Kapitalgüter. Auf der anderen Seite hat das Walrassche System keinen Platz für das Zeitelement. In seiner Produktionstheorie wird dies sinnfällig: Walras führt sogenannte *tickets* ein, welche die angebotenen und nachgefragten Gütermengen repräsentieren und dazu dienen, die Produktion und den Tausch zu Ungleichgewichtspreisen auszuschließen (Walras 1874, 242). Auf diese Eigenheit des Walrasschen Allokationsmodells verweist Pasinetti (1975, 48) und kritisiert, daß der Produktionsstrom einer Periode auf diese Weise in einen Vorrat – also in eine Bestandsgröße – verwandelt werde.

mit der Produktion zusätzlicher Kapitalgüter und dem Gleichgewicht zwischen Sparen und Investieren. Auf diese Weise kommt ein ungewöhnliches Bild zustande: eine kapitalistische Produktion gibt es nur, wenn die Ökonomie akkumuliert, während die entscheidenden Personengruppen: die Arbeiter, die Kapitaleigentümer und die Unternehmer schon im Modell der nichtkapitalistischen Produktion (ebd., 222) vorhanden sind.

Darüber hinaus teilen Ricardo, Marx, Walras, Jevons, Böhm-Bawerk und Wicksell die Auffassung, daß es eine einheitliche Profitrate respektive Zinsrate auf das vorhandene Kapital gibt. Sie stehen vor dem gemeinsamen Problem zu erklären, wie eine solche einheitliche Rate zustandekommt. Vermeintlich sind die klassischen Ökonomen zunächst im Vorteil, weil sie das Kapital als eine Wertgröße begreifen. Ist die Menge der benutzten Produktionsmittel gegeben, so *scheint* – ihren Überlegungen zufolge – der Kapitalwert der Produktionsmittel eine Konstante zu sein, die, neben der Lohnsumme, einem größeren oder geringeren Profit zur Bemessungsgrundlage dient, so daß aus diesem Verhältnis zweier Wertgrößen die allgemeine Profitrate entsteht. Ein solches Verfahren zur Bestimmung der Profitrate ist jedoch ebenso trügerisch wie dasjenige, das die neoklassischen Autoren anwenden.⁹ Von denjenigen Ökonomen, die eine Grenzproduktivitätstheorie der Verteilung vertreten, hat Wicksell die Schwierigkeiten am klarsten erkannt und herausgearbeitet, die dieser Verteilungstheorie entgegenstehen. Anders als die klassischen Autoren sucht er einen Weg, um den Lohn und den Profit als Einkommen der Produktionsfaktoren aus deren technisch bestimmten Beiträgen zum Produktionsergebnis – aus den Grenzproduktivitäten – abzuleiten. Einheitliche Entlohnungssätze existieren daher nur für homogene physische Einsatzmengen. Wie in der klassischen Theorie nehmen auch die neoklassischen Autoren an, daß die Arbeit homogen ist, und erhalten sodann einen einheitlichen Reallohnsatz. Beim Kapital wird die Sache verwickelter¹⁰: Geht man von einem physischen Kapitalbegriff aus, dann erhält man ebensoviele Profitraten, wie es verschiedenartige Kapitalgüter – Produktionsmittel also – gibt. Somit wird, wie Wicksell (1913, 213) zutreffend feststellt, »eine einheitliche Betrachtung der Rolle des Kapitals in der Produktion (...) unmöglich«. In dieser Formulierung steckt in der Tat das eigentliche Problem: Wicksell sucht nach einer Symmetrie zwischen der Verteilung und der Produktion, derzufolge das Kapital in beiden die gleiche, nämlich einheitliche Rolle spielt. Bei der Suche nach einer solchen 'einheitlichen Rolle des Kapitals in der Produktion' folgt man jedoch

9 Es ist nur für den besondere Fall richtig, in dem alle Produktionszweige die gleiche Zusammensetzung aus Kapital und Arbeit aufweisen.

10 Die Schwierigkeiten entstehen aber nicht daraus, daß mehr als ein Kapitalgut eingesetzt wird, sondern daraus, daß die Ökonomie überhaupt mehr als ein Gut produziert (Bliss 1975, 85). – Die Annahme, daß die Arbeit homogen sei, ist willkürlich gewählt.

einem Irrlicht, weil es sie in den technischen Produktionsverfahren nicht gibt. Wicksell benötigt den Wert aller Produktionsmittel, »um den allem Kapital bei wirtschaftlichem Gleichgewicht gemeinsamen Zinsfuß zu berechnen« (ebd.). Daran wird das Dilemma deutlich, in dem sich die neoklassische Grenzproduktivitätstheorie der Verteilung befindet: Will man die Einkommen der Produktionsfaktoren aus ihren Grenzproduktivitäten ableiten, dann müssen sie als physische Mengeneinheiten in die Betrachtung aufgenommen werden; auf diese Weise erhält man eine Vielzahl individueller Grenzproduktivitäten, aber keine einheitliche Profitrate. Um die letztere bestimmen zu können, muß an die Stelle der heterogenen Kapitalgüter eine homogene Wertgröße: der Kapitalwert gesetzt werden. Eine solche Größe hat jedoch im Produktionsverfahren keine Bedeutung. Um eine einheitliche Rate der Grenzproduktivität zu ermitteln, die als Verteilungsregel für das Kapital brauchbar wäre, stellt sich für Wicksell das Problem, aus den heterogenen Kapitalgütern eine homogene physische Menge zu konstruieren, die als Kapital interpretiert werden kann. Die vermeintliche Lösung des Problems findet er darin, daß alle Produktionsmittel die Eigenschaft haben, Arbeitsprodukte zu sein, und daher in aufgespeicherte Arbeitsmengen verwandelt werden können.¹¹ Zudem werden diese Arbeitsmengen datiert, um den Zeitraum zu erfassen, der verstreichen muß, bis sie schließlich zusammen mit den Vorprodukten, in denen sie enthalten sind, in das Endprodukt eingehen. Man erhält somit das auf den ersten Blick überraschende Ergebnis, daß klassische Ökonomen wie Marx und Ricardo den Wert des Kapitals ganz ebenso aus den Arbeitsmengen ableiten wie der neoklassische Theoretiker Wicksell. Auch bei diesem Problem schlägt Walras einen anderen Weg ein. Wie bereits erwähnt, fällt seine Kapitaltheorie mit der Wachstumstheorie zusammen. Im Gegensatz zu Marx ist die Zinsrate respektive die allgemeine Profitrate bei Walras eine abhängige Variable, die zusammen mit den übrigen Unbekannten: den Preisen und den Mengen bestimmt werden muß. Die Schwierigkeiten treten indes an anderer Stelle auf. Walras (1874, 273f) führt ein imaginäres, homogenes Spargut ein, das die Haushalte ebenso nachfragen wie die anderen Güter. In sein disaggregiertes Modell wird eine aggregierte Größe – das Sparen – eingelassen, die eher für makroökonomische Argumentationen kennzeichnend ist, wie Morishima (1977, 6) bemerkt. Nun erhält das Kapital zwar weder in der Produktion noch bei den Investitionen in zusätzliche Produktivgüter eine einheitliche Rolle, denn diese Teile der Walrasschen Analyse formen das disaggregierte Modell, aber bei der Einkommensverteilung schlägt das einheitliche Spargut die Brücke zur einheitlichen Zinsrate. Wie Eatwell (1987, 872) zeigt, ist eine konsistente Lösung für das Gleichungssystem

11 Wicksell (1913, 214). Von den aufgespeicherten Bodenleistungen sehen wir hier ab.

nur unter der sehr einschränkenden Bedingung sichergestellt, daß genau ein Kapitalgut erzeugt wird (vgl. auch Kurz und Salvadori 1995, 439-41).

Alle Autoren, mit der Ausnahme von Walras, stehen vor der gleichen Schwierigkeit, wenn die allgemeine Profitrate ermittelt werden soll: Sie setzen eine von der Einkommensverteilung unabhängige Konstante voraus, die für eine bestimmte Menge der verwendeten Produktionsmittel steht, und deren Zahlenwert nur dann wechseln soll, wenn die benutzten Produktivgütermengen variieren. Stets handelt es sich darum, eine heterogene Gütermenge zu homogenisieren. Sie vernachlässigen dabei Ricardos Erkenntnis, daß die Preise von der Einkommensverteilung abhängen. In den modernen ökonomischen Theorien hat dieses Problem zwei verschiedenartige Lösungen gefunden. Die eine wird von Sraffa (1960) und den Neoricardianern vertreten; demnach werden das Preissystem und eine Verteilungsgröße – der Reallohnsatz oder die Profitrate – simultan determiniert, wenn die Produktionstechnik und die jeweils andere Verteilungsgröße bekannt sind. Die andere Lösung findet man im Rahmen der allgemeinen Gleichgewichtstheorie. Sie kann auf die Voraussetzung verzichten, daß ein Verteilungsparameter gegeben ist, und leitet sowohl die relativen Preise als auch den Lohnsatz in einem System der intertemporalen Allokation bei gegebener Erstausrüstung ab. Bei dieser Lösung gibt es jedoch im allgemeinen keine einheitliche Profitrate mehr (Bliss 1975, 53).

3. Die Gleichgewichtstheorie

Marx sucht in allen drei Modellen – in der einfachen Warenzirkulation, im Mehrwert- und im Profitmodell – eine *allgemeine* Gleichgewichtslösung für die Einkommensverteilung und das Preissystem. Bereits in der 'einfachen Warenzirkulation' führt er die Grundzüge seines Gleichgewichtsbegriffs aus. *Erstens*: Das sogenannte Wertgesetz besagt, daß die Warenpreise durch die aufgespeicherten Arbeitsmengen, i.e. die Arbeitswerte, bestimmt werden (Marx 1867, 54). Marx untersucht die Gesetze, nach denen der Warenaustausch unter normalen Bedingungen vollzogen wird. In diesem Zusammenhang bedeutet normal, daß von den Sonderkonjunkturen des Marktes und den zufälligen Schwankungen der Marktpreise abgesehen wird (siehe Marx 1867, 122). Beginnend mit dem Austausch zweier Waren weitet er die Untersuchung aus und bezieht schließlich alle Waren ein. Marx verfolgt von Anfang an eine Totalanalyse der Märkte – in seiner Terminologie: die Beziehungen innerhalb der »Warenwelt« (Marx 1867, 80). *Zweitens*: Marx bleibt nicht bei den unüberschaubar vielen Preisrelationen zwischen jeweils zwei Waren stehen, sondern vereinfacht das System der Tauschwerte, indem er einen einheitlichen Wertstandard einführt – das »allgemeine Äquivalent«. *Drittens*: Da es in diesem Gemeinwesen keine

Klassen gibt, wirft die Einkommensverteilung keine Probleme auf; wie bereits angeführt, ist die Verteilungsregel sehr einfach, denn die Höhe des Einkommens richtet sich nach der individuellen Arbeitsleistung. *Viertens*: Marx unterstellt eine arbeitsteilige Gesellschaft, die sich nur dadurch erhalten kann, daß die »Privatproduzenten« ihre Waren austauschen. Auf dieser Grundlage sind der Austausch und die Preisbildung keine zufälligen oder ephemeren Erscheinungen, sondern sie entstehen zwangsläufig und sind dauerhaft; der Austausch ist eine regelmäßige ökonomische Beziehung zwischen den Produzenten (Marx 1867, 120). Ferner ist dieser Austausch umfassend: Es werden nicht nur Konsumgüter, sondern auch Produktivgüter gehandelt (Marx 1867, 120). Marxens Rede von der »Verschlingung der Warenkreisläufe« (Marx 1867, 126) läßt eine weite Interpretation zu, so daß auch die industriellen Verflechtungen einbegriffen sind. *Fünftens* führt Marx die Gleichgewichtsbedingung an, unter der die Produzenten stehen. Nur solche Arbeit gilt als gesellschaftlich notwendige, sagt er, die unter den durchschnittlichen gesellschaftlichen Produktionsbedingungen eingesetzt werde. Damit scheiden alle individuellen Sondertatbestände und moralischen Präntionen für die Preisbestimmung der Waren ebenso aus wie für die Einkommensverteilung (Marx 1867, 53f). *Sechstens*: Seine Theorie des Konsumentenverhaltens ist denkbar einfach; damit eine Ware überhaupt nachgefragt werden kann, muß sie einen Nutzen für andere haben (Marx 1867, 55). *Siebtens*: Wie Ricardo so legt auch Marx seiner Preistheorie ein beliebiges, aber gegebenes Niveau der Produktion und Beschäftigung zugrunde. Ganz in der Tradition der klassischen Theorie verbleibend läßt Marx das Preissystem aus den Stromgrößen hervorgehen und stellt es in einen Zusammenhang mit der Reproduktion der Ökonomie.¹²

Diese Gleichgewichtsbetrachtung wird im Mehrwertmodell und im Profitmodell fortgesetzt. Um die Entstehung des Mehrwerts zu erklären, erlegt sich Marx die denkbar härtesten formalen Voraussetzungen auf. Der Mehrwert muß unter der Bedingung erklärt werden, daß die Waren zu ihren Arbeitswerten getauscht werden. Willkürliche Preisaufschläge und andere Sonderbedingungen werden nicht zugelassen. Er muß, wie Marx wiederholt hervorhebt, aus dem »Austausch von Äquivalenten« (Marx 1867, 172f) entwickelt werden. Schließlich begnügt sich Marx im dritten Band des *Kapitals* nicht mit der hilflosen Feststellung, daß die Preise von den Arbeitswerten abweichen, sondern er sucht ein Verfahren, um die Preise aller Waren unter der Voraussetzung zu bestimmen, daß es eine allgemeine Profitrate gibt. Marx erkennt, daß die kapitalistische Ökonomie sich nicht re-

¹² Marx spricht davon, daß im Austausch der "gesellschaftliche Stoffwechsel" (Marx 1867, 119) stattfindet. Sein Begriff des Formwechsels der Ware bezieht sich hingegen darauf, daß der Wert aus der Warenform in die Geldform übergeht oder umgekehrt.

produzieren könnte, wenn die Waren zu ihren Arbeitswerten bewertet würden (Marx 1894, 162). Im dritten Band des *Kapitals* steht er mithin vor dem Problem, daß er ein Gleichgewicht des Kapitalmarktes in Gestalt der allgemeinen Profitrate voraussetzt und ein Gleichgewicht im Gütermarkt sucht, nämlich ein Preissystem, das die Reproduktion der kapitalistischen Ökonomie gewährleistet.

Obgleich Marx auf den historischen Kontext seiner Untersuchung bedacht ist, zeigen seine Gleichgewichtsbegriffe, daß es ihm immer auch um eine strenge Modellbildung für das gesamte System der Märkte geht. Gebührt also auch Marx eine Säule in der Ruhmeshalle der Neoklassiker? Ein gewichtiger Unterschied zwischen Marx und Walras bleibt indes bestehen. Walras setzt voraus, daß die Haushalte über einen gegebenen Anfangsbestand an Gütern verfügen, woraus für die gesamte Ökonomie eine physische Erstaussstattung folgt. Weichen die vorhandenen, individuellen Bestände von den präferierten ab, dann entsteht aus den individuellen Angeboten und Nachfragen ein Preissystem im Markt, das es jedem Haushalt ermöglicht, durch Tauschakte einen Güterbestand zu erwerben, der mit seinen Präferenzen übereinstimmt. Die walrasianische Tauschtheorie ist eine Allokationstheorie, und ihre Gleichgewichtslösung besteht in einem Preissystem, das die knappen Güter auf die verschiedenen Zwecke in der Reihenfolge ihrer Dringlichkeit verteilt. Alle anderen Probleme: die Produktion, die Kapitalbildung, das wirtschaftliche Wachstum und die Einkommensverteilung werden der Allokationslogik subsumiert. Völlig anders dagegen Marx: Wie bereits oben angeführt, beruht seine Gleichgewichtstheorie auf den Stromgrößen; er nimmt irgendein Aktivitätsniveau an und entwickelt den Austausch als die notwendige Konsequenz einer arbeitsteiligen Ökonomie. Seine Preistheorie ist daher keine *Allokationstheorie*, sondern eine *Reproduktionstheorie*. Bei Marx findet sich kein Hinweis auf eine gegebene physische Erstaussstattung und sein allgemeines Gleichgewicht geht nicht im neoklassischen Denken auf.

4. Die industriellen Verflechtungen

In der modernen ökonomischen Theorie ist es selbstverständlich geworden, die produktiven Beziehungen zwischen den Sektoren als ein interdependentes System zu betrachten, in dem ein Industriezweig sowohl an andere liefert als auch von ihnen Produkte bezieht, die als Produktionsmittel im eigenen Produktionsverfahren eingesetzt werden. Solche Beziehungen zwischen den Sektoren werden als Verflechtungen bezeichnet. Ricardo und die österreichische Schule – zum Beispiel Böhm-Bawerk – haben solchen Interdependenzen keine Aufmerksamkeit geschenkt. Sie argumentieren mit Modellen, die in dieser Hinsicht einfach konstruiert sind: Die Herstellung

der Konsumgüter wird als ein linearer Produktionsstrom aufgefaßt, der sich über mehrere Produktionsstufen erstreckt. Am Anfang eines solchen Verfahrens wird nur Arbeit eingesetzt, die zusammen mit den Naturkräften das erste Vorprodukt erstellt. Ricardos Beispiel der Tuchproduktion ist das klassische Vorbild eines solchen Fertigungsprozesses (siehe Ricardo 1817, 33f). Ein Unternehmer beschäftigt im ersten Jahr 100 Arbeiter, die Maschinen herstellen, und im zweiten Jahr diesselben 100 Arbeiter, die zusammen mit jenen Maschinen aus der Vorperiode das Konsumgut Tuch erzeugen. Böhm-Bawerk (1888, 11-13) übernimmt dieses Produktionsmodell und erweitert es zur Theorie der Produktionsumwege, die ihre eigentliche Bedeutung erst für die neoklassische Kapital- und Zinstheorie erhält. Er begriff jedes Produktionsmittel als ein Konsumgut, das seine Genußreife noch nicht erreicht hat (ebd., 141f). Unter den frühen neoklassischen Ökonomen teilen Jevons und Wicksell diese Ansicht von der gesamtwirtschaftlichen Produktionsstruktur.¹³

Eine gesamtwirtschaftliche Technik, die aus linearen Produktionsströmen zusammengesetzt wird, funktioniert nach dem Vorbild einer Einbahnstraße: Sie kann nur in einer Richtung benutzt werden. Alle Produkte, die unterwegs erzeugt werden, dienen stets nur den nachfolgenden Fertigungsstufen als Produktivgut. Marxens Untersuchung der gesamtwirtschaftlichen Produktionsbeziehungen ist nicht auf eine solche Technik beschränkt, sondern schließt ein Produktionsmodell ein, das aus den interdependenten Produktionsströmen hervorgeht und es gestattet, die Kreislaufverflechtungen der Ökonomie in die Darstellung aufzunehmen. Schon im Modell der einfachen Warenzirkulation spricht er von der »allseitigen sachlichen Abhängigkeit« der Produzenten¹⁴ und beschreibt eine industrielle Produktion mit vielfältigen Vorleistungsverflechtungen. Überdies kann auch der Begriff der »gesellschaftlich notwendigen Arbeit« als Ausdruck für die industriellen Verflechtungen verstanden werden, wie Morishima ausführt, weil der Arbeitswert einer Ware alle direkt und indirekt in der Ökonomie aufgewendeten Arbeitsmengen enthält, die zu ihrer Herstellung nötig waren.¹⁵ Eine gründliche Untersuchung der Kreislaufbeziehungen findet sich hier jedoch ebensowenig wie im Profitmodell.¹⁶

Am Ende des zweiten Bandes des *Kapital*, noch im Rahmen seiner Mehrwerttheorie, entwickelt Marx ein formales Modell der gesamtwirtschaftli-

13 Siehe Jevons (1871, 224-229) und Wicksell (1913, 213f sowie sein Beispiel der weinproduzierenden Ökonomie 238ff).

14 Marx (1867, 122); auch Produktionsmittel gehen in diese Zirkulation ein (ebd., 120).

15 Morishima (1973, 11f) denkt dabei an eine Darstellung der Marxschen Arbeitswerte in einer Leontief-Tafel der Input-Output-Beziehungen.

16 Siehe Marx (1894, 165f). Ob Marx bei der Untersuchung der Produktionspreise ein ökonomisches System mit linearen oder interdependenten Produktionsströmen vor Augen hatte, kann aus dem Text nicht geschlossen werden.

chen Reproduktion, in dem die Industriezweige durch Vorleistungsverflechtungen miteinander verbunden sind (Marx 1885, Kapitel 20 und 21). Im folgenden vereinfachen wir das Marxsche Modell der einfachen Reproduktion: wir setzen eine stationäre Ökonomie voraus, in der es nur Vorprodukte als Produktionsmittel gibt, aber kein fixes Kapital; die Arbeit sei homogen und vom Boden werde abgesehen. Die beiden gesamtwirtschaftlichen Produktionssektoren, von denen Marx (1885, 394-401) spricht, nämlich die Produktivgüterindustrien und die Konsumgüterindustrien, reduzieren wir auf zwei Industriezweige, in denen jeweils ein Gut hergestellt wird. Im Unterschied zu Marx verzichten wir auf die Arbeitswertrechnung und geben die Tauschrelationen der Waren zu Produktionspreisen an.

In dieser Analyse erreicht Marx einen bedeutenden Fortschritt. Zum einen betrachtet er die Industriezweige in ihrem Zusammenhang miteinander und bringt die Austauschbeziehungen, die zwischen ihnen bestehen, in eine geschlossene Form. Zum anderen stellt er erstmalig ein Produktionsverfahren formal dar, in dem ein Produkt zugleich als Produktionsmittel in seinem eigenen Herstellungsprozeß verwendet wird; dies ist der einfachste Fall einer industriellen Verflechtung. In Marxens Modell wird das Produktionsmittel – nennen wir es Maschine – auf folgende Weise hergestellt: Maschinen werden durch den Einsatz von Maschinen und Arbeit produziert. In einem zweiten Produktionszweig wird das Konsumgut – im folgenden als Tuch bezeichnet – erzeugt, indem wiederum Arbeit und Maschinen benutzt werden. Das Tuch dient allein dem privaten Verbrauch und geht nicht in die Produktion ein. Die gesamtwirtschaftliche Produktionstechnik kann formal durch die Beziehungen:

$$\begin{array}{ll} x_1 + L_1 \rightarrow x & \text{1. Industrie: Produktivgut Maschine} \\ x_2 + L_2 \rightarrow y & \text{2. Industrie: Konsumgut Tuch} \end{array}$$

dargestellt werden, wobei die Ausbringungsmenge des Produktionsmittels Maschine mit x und die des Konsumgutes mit y bezeichnet wird; das Symbol x_1 gibt die Einsatzmenge der Maschinen in der Maschinenindustrie und das Symbol x_2 ihre Einsatzmenge in der Tuchindustrie an; ganz ähnlich bedeuten L_1 und L_2 die Einsatzmengen der Arbeit in den jeweiligen Zweigen. Die Produktionskosten in dieser Ökonomie können in zwei Kostengleichungen dargestellt werden, in denen r für die Profitrate, w für den Nominallohnsatz sowie p und q für die Preise der entsprechenden Güter stehen. Man erhält:¹⁷

$$(p x_1 + w L_1) (1 + r) = p x \quad [1]$$

¹⁷ Gleichungen für die Produktionspreise, in denen konstante Produktionskoeffizienten enthalten sind, finden sich bereits bei Walras (1874, 240).

$$(p x_2 + w L_2) (1 + r) = q y \quad [2]$$

Unter der Bedingung, daß sich die Ökonomie gerade reproduzieren kann und daher alles verbraucht, was sie erzeugt, gelten die folgenden Gleichungen:

$$(1 + r) w (L_1 + L_2) + r (p x_1 + p x_2) = q y \quad [3]$$

$$p (x_1 + x_2) = p x \quad [4]$$

Die erste dieser beiden Gleichungen besagt, daß das gesamte Einkommen, bestehend aus Arbeitslohn und Profit, für den Kauf des Konsumgutes Tuch verwendet wird; aus der zweiten ersieht man, daß die gesamte Ausbringungsmenge an Maschinen benutzt wird, um die verbrauchten Produktionsmittel zu ersetzen. Aus der Kostengleichung [2] und der Bedingung [3] für die einfache Reproduktion folgt Marxens *Fundamentalgleichung* für eine stationäre Ökonomie:¹⁸

$$w L_1 + r (w L_1 + p x_1) = p x_2$$

Die letzte Gleichung gibt die Verflechtungen zwischen den beiden Industrien wieder, wenn die Ökonomie sich auf einem gleichbleibenden Niveau reproduziert. Der Austausch zwischen den beiden Industriezweigen muß also zwei Bedingungen genügen, damit das ökonomische System sich tatsächlich reproduzieren kann. Erstens, indem die Konsumgüterindustrie eine bestimmte Menge Konsumgüter, deren Wert ($p x_2$) beträgt, an die Produktivgüterindustrie verkauft, ersetzt sie ihre verbrauchten Produktionsmittel. Umgekehrt werden die in der Produktivgüterindustrie entstandenen Einkommen: der Lohn ($w L_1$) und der Profit [$r (w L_1 + p x_1)$] durch diesen Austausch in Konsumgüter verwandelt. Zum zweiten müssen diese Transaktionen zu solchen Preisen vonstatten gehen, daß jeder Produktionssektor den Durchschnittsprofit realisieren kann.

Mit dieser Untersuchung hat Marx die Grundlagen für die Analyse der Kreislaufverflechtungen gelegt. Leontief (1938, 3-5) und Samuelson (1974, 270-272) erkennen in den Reproduktionsmodellen seine eigentliche Leistung für die ökonomische Analyse. Marx trägt mit diesen Untersuchungen einen Baustein zur Input-Output-Analyse bei, die von Leontief in den 30er und 40er Jahren entwickelt wurde.¹⁹

Gerade diese Besonderheit weist das Ricardo-Böhm-Bawerk-Modell nicht

18 Siehe Marx (1885, 401). In der Marxschen Notation lautet diese Beziehung: $cII = vI + mI$. Die Indizes I und II bezeichnen die Produktivgüter- und die Konsumgüterindustrie, c gibt das konstante Kapital, v das variable Kapital und m den Mehrwert an; alle Größen werden in Arbeitswerten gemessen. – Die Bedingung für die einfache Reproduktion kann auch aus den Gleichungen [1] und [4] abgeleitet werden.

19 Siehe auch Samuelson (1957, 888f). Sraffa (1960), John v. Neumann (1945/46) und Walras haben ebenfalls solche industriellen Verflechtungen in ihre Modelle integriert.

auf. Sehen wir hier einmal davon ab, daß die Arbeit für Ricardo eine produzierte Ware und für Böhm-Bawerk eine exogene Größe und daher eine Ressource ist, dann kann das Herstellungsverfahren für das Konsumgut Tuch durch die Beziehungen:

$$\begin{array}{ll} L_1 \rightarrow x & \text{1. Stufe: Produktivgut Maschine} \\ x_2 + L_2 \rightarrow y & \text{2. Stufe: Konsumgut Tuch} \end{array}$$

formal dargestellt werden. Aus diesen produktiven Verknüpfungen erhält man die Kostengleichungen

$$\begin{array}{ll} w L_1 (1 + r) = p x & [5] \\ (p x_2 + w L_2) (1 + r) = q y, & [6] \end{array}$$

wobei wir auch in diesem ricardianisch-österreichischen Modell einen stationären Zustand annehmen, ohne dies jedoch formal auszuführen.

Bislang haben wir das Marxsche Reproduktionsmodell unter der stark vereinfachenden Annahme betrachtet, daß in der Ökonomie nur zwei Waren produziert werden. Unter dieser ausgesprochen rigiden Voraussetzung verschwindet eine der Stärken der Marxschen Analyse. Wie Leontief (1936, 4) hervorhebt, weist das Reproduktionsmodell den Vorzug auf, daß eine aus vielen Produktionszweigen zusammengesetzte Ökonomie auf zwei Sektoren zurückgeführt wird, die im Hinblick auf ihre funktionale Bedeutung für die Gesamtwirtschaft gegeneinander abgegrenzt werden. Marxens Modell sei anderen überlegen, urteilt Leontief, weil es die wesentlichen Merkmale moderner ökonomischer Systeme zum Ausdruck bringe. Zum einen leiste seine Betrachtungsweise mehr als das Modell der linearen Produktionsströme von Böhm-Bawerk, das einfach unrealistisch sei, und zum anderen mehr als der Ansatz von Walras, der die Verflechtungen zwischen den Einzelwirtschaften in einem höchst disaggregierten Modell aufnehme, das daher für Zwecke der empirischen Untersuchung nicht handhabbar sei.²⁰

5. Produktionsstruktur, Preisbestimmung und Verteilung

Ricardo, Marx und Walras benutzen Produktionsmodelle, die stark voneinander abweichen und in je verschiedenen Beziehungen zur Preis- und Verteilungstheorie stehen. Ricardo arbeitet mit Hilfe der linearen Produktionsströme den Einfluß heraus, den Verteilungsänderungen auf das Preissystem haben. Bei Marx wird die Theorie der Produktionspreise noch getrennt von

²⁰ Walras (1874, 239f, 271) berücksichtigt in seinem Modell die industriellen Verflechtungen zwischen den Industriezweigen und fügt sie in seine Theorie der Preisbestimmung ein. – Ähnlich wie Leontief argumentierte schon Nurkse (1934/35, 241f), der für eine Theorie der Konjunkturschwankungen eine wirklichkeitsnahe Beschreibung der Produktionsstruktur forderte und sich mit dem Modell der linearen Produktionsströme nicht zufriedengab.

seinem aggregierten Reproduktionsmodell behandelt, und Walras schließlich verknüpft ein disaggregiertes Modell der Kreislaufverflechtungen mit der Preistheorie. Beide – sowohl Marx wie Walras – schenken dem Einfluß der Verteilungsänderungen auf die relativen Preise keine Aufmerksamkeit.²¹ In den Theorien von Ricardo und – mit noch größerem Gewicht – von Marx kommt der Verteilung des Einkommens auf Lohn und Profit eine entscheidende Bedeutung zu, während Walras diese Frage eher als eine Nebensache zu behandeln scheint.

Das Modell der linearen Produktionsströme, das durch Ricardos Arbeit berühmt geworden ist, hat in der Geschichte der Preistheorie nachgewirkt. Wicksell arbeitete mit einem solchen Modell und der russische Wirtschaftstheoretiker Dmitriev benutzte es, um die Kritik von Walras an der Werttheorie Ricardos zurückzuweisen. Walras (1874, 424f) hatte gegen Ricardo den Einwand erhoben, daß dessen ökonomisches System nicht determiniert sei, weil es – in formaler Betrachtung – über mehr Variable als Gleichungen verfüge. Dmitriev (1898, 87-92) konnte als erster in einer formal geschlossenen Darstellung zeigen, daß Ricardos Preis- und Verteilungstheorie determiniert und Walras' Kritik unberechtigt war. Um die linearen Produktionsströme mit der Preistheorie zu verbinden, werden die auf den einzelnen Produktionsstufen auftretenden Arbeitsmengen datiert und mit dem Lohnsatz bewertet. Im allgemeinen wird das Verhältnis der Güterpreise nicht dem Verhältnis der Arbeitsmengen gleichen, weil ein Zinsezinsseffekt auftritt. Bortkiewicz (1907a, 29 und 33) greift auf die Lösung von Dmitriev zurück und benutzt das Konzept der datierten Arbeitsmengen, um zu zeigen, daß auch die Marxsche Preis- und Verteilungstheorie determiniert ist.

In einem weiteren Aufsatz entwickelt Bortkiewicz (1907b, 321) eine Lösung für das Preissystem, indem er zwei Argumentationen miteinander verknüpft, nämlich die Theorie der Produktionspreise und das einfache Reproduktionsmodell, die in der Marxschen Theorie noch voneinander getrennt sind. Dieser Beitrag ist der erste gelungene Versuch, die klassische Werttheorie mit den industriellen Verflechtungen zu verbinden. Leontief nun, der bei Bortkiewicz promovierte, entwickelt mit der Input-Output-Analyse und der linearen Produktionstheorie formalisierte Verfahren zur Untersuchung der gesamtwirtschaftlichen Kreislaufzusammenhänge, die in den 50er Jahren aus der empirischen Wirtschaftsforschung – ihrem eigentlichen Anwendungsgebiet – auf theoretische Fragestellungen übertragen werden. Zu Beginn der 50er Jahre zeigt May (1949/50, 61 und 65f) mit Hilfe der linearen Produktionstheorie, daß die Marxschen Produktionspreise

21 Marx (1894, 210-14) nimmt diese Frage zwar auf, aber es handelt sich dort weniger um eine eigenständige Untersuchung als um eine Paraphrase von Ricardos Ausführungen.

auf ein allgemeines Gleichgewicht führen; dabei verweist er auf die Ähnlichkeit dieses Gleichungssystems mit den Modellen von Walras und Leontief, ohne jedoch auf die industriellen Verflechtungen näher einzugehen. Samuelson (1957; 1959) benutzt diese neuen Instrumente, um die klassische Werttheorie zu reformulieren. Seton (1956/57) führt die Input-Output-Analyse in die Marxsche Arbeitswerttheorie ein, um die Produktionspreise und die allgemeine Profitrate zu bestimmen.²² Während sein historisches Vorbild Bortkiewicz sehr eng am Marxschen Reproduktionsmodell bleibt, ist das Modell von Seton vollkommen allgemeingültig und enthält eine beliebige Anzahl von Industriezweigen. Damit gelingt ihm die erste formale Darstellung der Marxschen Preistheorie, in der drei Stränge des ökonomischen Denkens zusammengeführt werden, die bis dahin in den Diskussionen um die Marxsche Theorie getrennt verliefen: er verknüpft in einem allgemeinen, disaggregierten Gleichgewichtsmodell die industriellen Interdependenzen mit der Preisbestimmung. Zwei Dinge werden im Rahmen dieser Analyse deutlich: erstens, wenn Bortkiewicz und Seton von den aufgespeicherten Arbeitsmengen ausgehen, um die Produktionspreise zu bestimmen, dann gelingt ihnen dieser Versuch deshalb, weil sie ein Rechenverfahren benutzen, mit dessen Hilfe die in den Arbeitsmengen verborgene Produktionstechnik dechiffriert werden kann. Mit diesen Informationen ausgestattet können sie das Preissystem und die Profitrate determinieren, wenn der Reallohnsatz bekannt ist. Zweitens ersieht man daraus, daß die Produktionstechnik, nicht aber die Arbeitsmengen notwendig sind, um die Unbekannten zu ermitteln.²³ Die Marxschen Arbeitswerte sind in dieser Sichtweise nichts anderes als eine etwas umständliche Art, die Produktionsmethode der gesamten Ökonomie zu beschreiben – und da dies die einzigen Informationen sind, welche das Marxsche Modell über die Technik bereithält, bilden sie den Ausgangspunkt der Preisbestimmung. Auf diese Weise benötigt man im Grunde nur einen Rechenschritt mehr, um das angestrebte Ziel zu erreichen.²⁴

Die Kontroversen um die Marxsche Verteilungstheorie wurden von dem Problem beherrscht, die Exploitation der Arbeiter zu begründen, indem die Mehrarbeit gewissermaßen als Substanz des Profits nachzuweisen war.²⁵

22 Ebenfalls in den frühen 50er Jahren stellt Cameron (1952) eine Beziehung zwischen der Marxschen Werttheorie und dem Modell Leontiefs her. Sobald nur ein originärer Produktionsfaktor – die Arbeit – existiert, entsprechen die Preise des Leontief-Modells den Marxschen Arbeitswerten. Dieses Ergebnis ist weniger um seiner selbst willen erstaunlich, sondern weil es zeigt, daß der Sonderfall der klassischen Werttheorie unversehens in einem ganz anderen theoretischen Kontext auftritt.

23 Siehe dazu Seton (1956/57, 151 Fn. 3).

24 Samuelson (1957, 911) spricht von einer 'unnecessary detour' und Steedman (1977, 202) hält die Arbeitswerttheorie für redundant.

25 Vgl. Sweezy (1942, 156) und Meek (1956, 181, 194ff), wo Meek von einer gelungenen

Diese Debatten scheinen die Auseinandersetzung mit der klassischen Werttheorie und der Marxschen Theorie im Besonderen aber eher gehemmt als gefördert zu haben, weil sie stets um das Problem kreiste, ob die Warenpreise in irgendeiner Beziehung zu den aufgewendeten Arbeitsmengen stünden. Diese Verengung der Diskussion um die klassische Verteilungstheorie wird sehr spät überwunden. Erst in Sraffas Schrift *Warenproduktion mittels Waren* aus dem Jahre 1960 wird das in Vergessenheit geratene Problem Ricardos aufgegriffen und das allgemeine Gleichgewichtsmodell um die gewichtige Frage erweitert, wie ein höherer oder niedrigerer Reallohnsatz auf die relativen Preise wirkt. Damit wirft Sraffa ein neues Licht auf die Preistheorie: Er verbindet die Idee der Kreislaufverflechtungen, wie sie bei Marx und Walras vorhanden ist und im Rahmen der Input-Output-Analyse ausgearbeitet wird, mit dem Problem, wie Verteilungsänderungen auf die relativen Preise wirken, das Ricardo behandelt, in einem allgemeinen, disaggregierten Gleichgewichtsmodell. Diese Untersuchung führt zur Einsicht in die verteilungsinduzierten Umbewertungen, die in jedem allgemeinen Gleichgewichtsmodell enthalten sind, ob dieses nun der klassischen Tradition von Ricardo und Marx oder der neoklassischen Tradition von Walras entstammt: wenn die Verteilungsgrößen wechseln, bleibt das System der relativen Preise davon nicht unberührt. Rückblickend zeigt sich, daß Sraffa die beiden großen Fragestellungen, welche die Begründer der modernen ökonomischen Theorie im 19. Jahrhundert untersuchten: die Einkommensverteilung und die Preisbestimmung, in einer Gleichgewichtstheorie zusammenfaßt, wobei er die klassische Werttheorie reformuliert und von ihrer Bindung an die Arbeitsmengen befreit und in das Walrasianische System eine Fragestellung einführt, die Walras selbst nicht interessierte. In umgekehrter Richtung führt er die Produktionstechnik, die Walras in den Produktionskoeffizienten erfaßt, ohne Umwege über aufgespeicherte Arbeitsmengen in die Gleichungen der klassischen Preistheorie ein.

Wir können Sraffas Modell benutzen, um das zuvor angeführte Marxsche Preissystem zu determinieren. In den Gleichungen [1] und [2] gibt es zwei Güterpreise, den Lohnsatz und die Profitrate, zusammen also vier Unbekannte. Fügt man eine dritte Gleichung hinzu: $w = q c_y$, die den Subsistenzlohn der Arbeiter enthält, wobei die Konstante c_y die Menge des notwendigen Lebensmittels Tuch angibt, und eine weitere, vierte Gleichung, die den Wertstandard festlegt, in dem alle Preise und der Lohnsatz w gemessen werden: $q = 1$, dann sind der Maschinenpreis und die Profitra-

Transformation der Arbeitswerte in Preise ausgeht. Später wird er allerdings deutlich vorsichtiger. So schreibt er im Vorwort zur zweiten Auflage seiner *Studies*, daß das Modell Sraffas den gleichen Zweck erfülle wie die Marxsche Arbeitswerttheorie: Um die Preise zu bestimmen, müsse die Produktionstechnik bekannt sein. Somit stelle sich die Frage nach der Relevanz der Arbeitswerttheorie (Meek 1956, XXIII, XLII; Meek 1977, 119).

te ermittelt und das Marxsche Modell ist determiniert.

6. Geld und die Rentabilität von Kapitalvorschüssen

Keynes wertete Marxens 'allgemeine Formel des Kapitals': $G - W - G'$ als eine bemerkenswerte Leistung, die für dessen Theoriebildung jedoch ohne Konsequenzen geblieben sei. Diese Formel birgt in der Tat ein spezifisches Verständnis gesamtwirtschaftlicher Zusammenhänge: Geld wird vorgegossen, um Produktionsprozesse durchzuführen, und das Produktionsergebnis ist nicht als physische Gütermenge von Interesse, sondern als monetäre Größe, genauer: als Überschuß des Geldrückflusses über den Geldvorschuß. In der kapitalistischen Produktion, so Marx (1894, 51), wird der Profit als ein monetärer Überschuß angestrebt.

Mit dem vierten Kapitel im ersten Band des *Kapital* nimmt die Marxsche Theorie eine überraschende Wende. Bis dahin beruht die Argumentation auf *Stromgrößen*, aus denen das System der relativen Preise entwickelt wird. Sobald Marx jedoch den Begriff des Kapitals aufnimmt, geht er von einer monetären Bestandsgröße aus: ein *Geldvermögensbestand* wird nun den Stromgrößen: der Produktion und dem Einkommen vorausgesetzt. An die Stelle eines beliebigen Produktionsvolumens tritt ein Geldvermögensbestand, dessen Höhe bei gegebener Technik, einer bekannten Profitrate und gegebenen Preisen das Aktivitätsniveau der Ökonomie determiniert.²⁶ Hier beginnt eine neue Theorie: Sie unterscheidet sich von der klassischen Theorie Ricardos, weil Marx die Untersuchung der kapitalistischen Produktion nicht mit einer vorausgesetzten Stromgröße, sondern mit einem gegebenen Vermögensbestand eröffnet. An die Stelle der Reproduktion physischer Gütermengen tritt die Erhaltung und Vermehrung des Geldvermögensbestandes. Auf der anderen Seite teilt sie zwar mit der allgemeinen Gleichgewichtstheorie von Walras den Ausgangspunkt in einer Bestandsgröße, setzt aber anders als diese keinen physischen Güterbestand, sondern eben ein Geldvermögen voraus.

Sowohl von Ricardo als auch von Walras unterscheidet sich Marx durch die Rolle, die dem Geld in der Ökonomie zugewiesen wird. Obgleich er letzteres aus dem Austausch der Waren ableitet, wäre es falsch, die Funktion des Geldes in seiner Theorie auf die eines Wertstandards zu reduzieren. Vielmehr zeigt die einfache Warenzirkulation, daß Marxens Arbeitstheorie neben einer technischen Arbeitsmengentheorie der Preise eine zweite Schicht beinhaltet, in der die Begriffe Arbeit, Austausch und Geld einen gesellschaftstheoretischen Gehalt gewinnen: Marxens Theorie des Warenaustausches begreift sowohl die sozialen Voraussetzungen ein, wel-

²⁶ Wir setzen konstante Skalenerträge voraus. Ferner wird eine Arbeiterbevölkerung angenommen, deren Größe ausreicht, um dieses Produktionsvolumen zu erzeugen.

che die Einzelwirtschaften zum Austausch zwingen, als auch die sozialen Bedingungen, unter denen sich die Koordination der vielen einzelnen Produzenten vollzieht. Mit dem Begriff der »Privatarbeit« bezeichnet Marx diejenigen Verhältnisse, in denen die Produktion in einem System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung für den Markt stattfindet, und stellt ihm die Kategorien Ware und Geld gegenüber; der Ware und dem Geld fällt die Aufgabe zu, die Produzenten innerhalb dieser arbeitsteiligen Ökonomie zu integrieren. Der Austausch zwischen Ware und Geld wird zu der entscheidenden sozialen Beziehung, mittels derer die Gesellschaft sich reproduziert. In der Marxschen Tauschtheorie stellt das Geld eine tatsächliche soziale Beziehung zwischen handelnden »Warenbesitzern« her.

Möglicherweise hat Keynes mit seinem Verdikt über die »allgemeine Formel des Kapitals« recht: Marx untersuchte zwar ausführlich die Funktionen des Geldes im Austausch, aber dessen Bedeutung als Vermögensbestand für die Durchführung von Produktionsprozessen wurde wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Marx beläßt es bei den Ausführungen im vierten Kapitel des ersten Bandes vom *Kapital* und kommt, von einigen Bemerkungen im zweiten Band abgesehen, erst im dritten Band bei der Betrachtung des Kredits wieder darauf zurück. Das Geldvermögen wird vom Gläubiger auf den Schuldner übertragen, der nun seinerseits – in der Rolle des Unternehmers – das Kapital für den Kauf der Produktionsmittel und zur Entlohnung der Arbeitskraft vorschießt; der doppelte Vorschuß des Geldvermögensbestandes zieht einen doppelten Rückfluß nach sich (Marx 1894, 352f). Jetzt hängen die Produktion und die Beschäftigung von einem doppelten Vorschuß des Geldvermögens ab, und der gesamte Prozeß ist erst dann abgeschlossen, wenn die Hauptsumme des Kapitals zusammen mit dem Zins auf den Eigentümer rückübertragen wird. Marxens Untersuchung zeigt, daß die Produktions- und Einkommensströme in ein weitgespanntes Netz von monetären Vermögensbeständen und ihren Übertragungen eingespannt sein können. Indes bleiben seine Ausführungen zum Zusammenhang des Geldes mit dem Kredit sowie die Beziehungen zwischen der Zentralbank und den Geschäftsbanken fragmentarisch; die Frage, woher das Geld kommt, das in den Kreditverträgen übertragen wird, und die weitere, welche Gesetze den Geldumlauf unter dem Kreditsystem regulieren, bleiben letztlich ungeklärt. Kehrt man zur allgemeinen Formel des Kapitals zurück und betrachtet deren Implikationen genauer, so wird deutlich, daß sie bereits eine Definition der allgemeinen Profitrate enthält, obgleich Marx erst mehr als eintausend Seiten später ausführlich auf die letztere eingehen wird. Bezieht man den monetären Überschuß ΔG , der in dieser Formel ausgewiesen wird, auf den Geldvorschuß G , so erhält man die Rate: $r = \Delta G/G$, die als monetäre Profit-

rate verstanden werden kann.²⁷ Seine Kreislaufformel des Kapitals verknüpft also Bestandsgrößen mit Stromgrößen und enthält den Ansatzpunkt einer Verteilungstheorie. Die monetäre Profitrate weist eine gewisse Ähnlichkeit mit der monetär bestimmten Zinsrate auf, die in der Keynes'schen Theorie eine herausgehobene Rolle spielt. Bei Marx ist der monetäre Profit nur durch einen vorangehenden Geldvorschuß zu erlangen, und bei Keynes (1936, 140) tritt der Zins als Belohnung für die Aufgabe von Liquidität auf. Beiden ist somit die monetäre Bestimmung des Profits respektive des Zinses gemeinsam; sieht man vom Unternehmergewinn ab, der im Gleichgewicht Null wird, so sind Profit und Zins das Gleiche. Diese monetären Rentabilitätsraten unterscheiden gleichermaßen Marx und Keynes von jenen Vertretern der Neoklassik, welche die allgemeine Profitrate aus der Grenzproduktivität einer Menge abzuleiten suchen.

Eine weitere Parallele zwischen Marx und Keynes zeigt sich bei der Bestimmung des Aktivitätsniveaus der Ökonomie. Wie bereits Joan Robinson (1942, 73f) feststellte, hatten weder Keynes noch Marx ein Investitionskalkül für einen weit in die Zukunft reichenden Zeitraum entwickelt. Marx neigt dazu, ein Zwangsgesetz der Akkumulation anzunehmen, welches die Unternehmer zu immer neuen Investitionen treibt, während das langfristige Niveau der Produktion bei Keynes eine Angelegenheit der *animal spirits* – der Lebensgeister – ist (Keynes 1936, 136 und 316). Darin liege jedoch kein Mangel, so Joan Robinson weiter, weil ein Investitionskalkül für die langfristige Analyse ohnehin unbedeutend sei. Es gibt keine langfristige Beziehung zwischen dem Aktivitätsniveau einer Ökonomie und der Renditerate: »... any prospective level of profit, within very wide limits, is sufficient to keep the system running« (Robinson 1942, 73). Bei der kurzfristigen Analyse hält Marx die Antwort auf die Frage, wodurch die Höhe der Geldvorschüsse bestimmt werde, in der Schwebe.²⁸ Ein wirkliches Investitionskalkül, wie es Keynes mit der *Veranlassung zur Investition* formuliert, fehlt ihm.

Beiden Autoren gemeinsam ist auch die Verbindung der Einkommensverteilung mit dem Aktivitätsniveau. In der Marxschen Akkumulationstheorie (Marx 1967, 648ff) hängt die Wachstumsrate des Kapitalbestandes mit dem gegensätzlichen Verhältnis zwischen der Mehrwertrate und dem Reallohnsatz zusammen; sinkt die Mehrwertrate, dann stagniert die Akkumulation.

27 Siehe auch Marx (1863-67, 52f). Dort wird diese Rate der Sache nach – anhand eines numerischen Beispiels – eingeführt. Im dritten Band des *Kapital* definiert Marx (1894, 52) indes die Profitrate als ein Verhältnis zwischen aufgespeicherten Arbeitsmengen, und eine solche Rate ist im allgemeinen von der tatsächlichen Profitrate des ökonomischen Systems verschieden. Diese aus der Arbeitswertrechnung stammende Rate gibt Marx fehlerhafter Weise für die allgemeine Profitrate aus.

28 Marx (1894, 529) erwähnt zwar eine erwartete Profitrate, aber sie bleibt für seine Argumentation ohne Bedeutung und steht ganz im Zusammenhang mit der Spekulation.

Die Idee schließlich, daß die Profitrate langfristig fallen werde, schließt eine inverse Beziehung zwischen der Profitrate und der Höhe des Kapitalbestandes ein. Auch Keynes stellt eine solche Beziehung her. Die Kapitalvorschüsse werden demnach knapp gehalten, weil die erwartete Profitrate zumindest gleich der Zinsrate auf Geld sein muß (Keynes 1936, 178f). Folglich fällt bei einem gegebenen Stand der Erwartungen das Aktivitätsniveau um so geringer aus, je höher die Zinsrate ist.

Beide Theorien vermuten einen Zusammenhang zwischen Verteilungsänderungen und den Mengeneffekten im Gütermarkt und im Arbeitsmarkt. Einem solchen Kausalzusammenhang stehen allerdings die Verwicklungen entgegen, welche die Kapitaltheorie bereithält.

7. Die Kapitaltheorie und das Aggregationsproblem

Wie der Untertitel des *Kapital* ankündigt, geht es in diesem Buch um eine »Kritik der politischen Ökonomie« und das heißt bei Marx, vor allem um eine Kritik der klassischen ökonomischen Theorien von Adam Smith und David Ricardo. Soweit man jene Teile seiner Arbeit betrachtet, die Morishima als einen Beitrag zur allgemeinen Gleichgewichtstheorie wertet, zeigt sich Marx als ein normaler Wirtschaftstheoretiker: Seine Preistheorie und seine Verteilungstheorie enthalten nichts Revolutionäres, sondern sie setzen die Tradition fort, die von Ricardo begründet wurde. Aber innerhalb dieses überlieferten Rahmens entwickelt er eine grundsätzliche Kritik des ökonomischen Denkens und eine ökonomisch fundierte Kritik der bürgerlichen Gesellschaft; er verbindet die Existenz von Klassen mit einer Exploitationstheorie, derzufolge die 'Aneignung unbezahlter Mehrarbeit' ein normales Merkmal der kapitalistischen Ökonomie sei. Vielleicht stärker als alles andere im *Kapital* barg die Exploitationstheorie einen frontalen Angriff auf das liberale ökonomische Denken und auf eine Vorstellungswelt, in der jedes Einkommen auf individuelle Leistungen zurückgeführt und daher als gerecht empfunden werden konnte.

In der Produktionsfaktorentheorie fand diese liberale Auffassung einen Niederschlag; im Umriss war sie bereits bei Adam Smith vorhanden; sie wurde von Marshall – um eine ausgewogene Position stets bemüht – aufgenommen und ergänzt. Und bei J.B. Clark rückte das Bestreben nach sozialer Rechtfertigung des Profits so aufdringlich in den Vordergrund, weil bei ihm im Unterschied zu anderen zeitgenössischen Autoren wie Wicksell alle wissenschaftlichen Bedenken gegen die Aggregation heterogener physischer Güter zu einer homogenen Größe verschwunden waren.²⁹ Wie dem auch sei – jenseits aller ideologischen Kontroversen richtete sich die Anti-

29 Siehe schon Smith (1776, 69), Marshall (1890, 62 und 66-69) und Clark (1899, 2-10).

kritik auf das eigentliche ökonomische Problem, nämlich auf den Erklärungszusammenhang, den Marx zwischen den Arbeitswerten, der Mehrarbeit und dem Profit entwickelt hatte; es wurde gezeigt, daß die Preise nicht durch die Arbeitswerte reguliert werden. Am Transformationsproblem – der Frage also, ob die Arbeitswerte in Gleichgewichtspreise verwandelt werden können – wurde erfolgreich gezeigt, daß, *erstens*, das Verhältnis der Preise nicht mehr gleich dem Verhältnis der Arbeitswerte ist; diese Schwierigkeit hatte Marx durchaus gesehen, aber im weiteren beiseite geschoben (siehe Marx 1894, 162). Dies konnte ihm um so leichter fallen, als er der Überzeugung war, daß die gesamtwirtschaftliche Summe der Arbeitswerte gleich der Summe der Produktionspreise *und* der gesamte Mehrwert gleich dem gesamten Profit wäre. Wie – *zweitens* – die Diskussion ergab, ist diese Annahme falsch.³⁰ Der Grund dafür liegt im Einfluß der Einkommensverteilung auf die Bestimmung der Preise; diesen Zusammenhang erkannte zuerst Ricardo (1817, 35) und bezeichnete die verteilungsinduzierten Umbewertungen der Waren als *curious effect* (Ricardo 1816-18, 82). Anders als Ricardo quälte Marx sich mit dem Versuch, das System der Arbeitswerte mit demjenigen der Produktionspreise zu versöhnen.³¹ Der Kardinalfehler – wenn man so will – der Marxschen Preistheorie besteht darin, daß Marx eine aus der Arbeitswertrechnung gewonnene Rate als allgemeine Profitrate mißverstehet und sie benutzt, um den Mehrwert proportional zum Kapitalwert, der in Arbeitswerten gemessen wird, auf die Industriezweige zu verteilen. Auf diese Weise wird ein gegebener Mehrwert auf die vorhandenen Industrien umverteilt, und das Ergebnis nennt er Durchschnittsprofit. Es ist jedoch so, daß nicht nur die Absatzpreise der Güter, sondern auch die Preise der Einsatzmengen von den Arbeitswerten auf die Produktionspreise umgestellt werden müssen.³² Marx übersieht, daß der Kapitalwert und die Einkommensverteilung voneinander abhängen. Mit diesem Fehler steht er jedoch nicht allein!

Das Transformationsproblem ist tatsächlich nur der besondere Fall des Aggregationsproblems, das eben nicht nur der klassischen Werttheorie, sondern jeder Preistheorie eigen ist und das immer dann auftritt, wenn die Wertgröße heterogener Güterbündel ermittelt werden muß. Wenn die Rechnung lautet: Preise mal Mengen, dann werden mit jedem Wechsel in

30 Zu diesen beiden Annahmen siehe Marx (1894, 166f und 170). Bortkiewicz (1907a, 21) verwies als erster darauf, daß beide Identitäten nicht gleichzeitig erfüllt sein können; eine allgemeine Darstellung bietet Seton (1956/57). Zur Übersicht über die Diskussion um das Transformationsproblem siehe Heinrich (1988) sowie Howard und King (1992).

31 Wie Heinrich (1991, 47-51) zeigt, stand Ricardo im Unterschied zu Marx gar nicht vor dem Problem, die Arbeitswerte in Produktionspreise zu verwandeln, weil er von vornherein in Kategorien von Produktionspreisen dachte.

32 In seiner frühen Kritik an der Marxschen Preistheorie hat Bortkiewicz (1907a, 16) bereits auf diesen Mangel hingewiesen.

der Einkommensverteilung, beispielsweise bei einem Anstieg der Profitrate, neue relative Preise entstehen; folglich wird der Wert eines Güterbündels steigen oder fallen, obgleich es seinem Umfang und seiner Zusammensetzung nach gleich bleibt und sich auch die verwendete Produktionstechnik nicht ändert. Solche verteilungsinduzierten Umbewertungen treten sowohl im Modell der interdependenten Produktionsströme auf, wie es Marx, Walras, Leontief und Sraffa ihren Untersuchungen zugrundelegten, als auch im Modell der linearen Produktionsströme, das von Ricardo, Böhm-Bawerk und Wicksell benutzt wurde.

Wir behandeln im folgenden die Profitrate als jene unabhängige Variable, die herauf- oder herabgesetzt wird; sodann werden die Preise in Lohneinheiten gemessen, so daß gilt: $w = 1$. Sowohl aus den Gleichungen [1] und [2] des Marxschen Modells als auch aus den Gleichungen [5] und [6] des Modells der linearen Produktionsströme erhält man für die relativen Preise eine Funktion der Form:

$$p/q = f(r, x, y, x_1, x_2, L_1, L_2)$$

In beiden Fällen hängt das Preisverhältnis der beiden Güter Maschine und Tuch nur noch von den bekannten technischen Produktionsbedingungen – nämlich von den physischen Einsatzmengen und den Ausbringungsmengen – und der exogenen Profitrate ab. Mit jedem Wechsel in der Profitrate wird sich ein neues Preisverhältnis einstellen;³³ daher werden die Wertgrößen der Aggregate: Kapital, Einkommen, Profit und Lohnsumme variieren, wann immer die Profitrate steigt oder fällt, obgleich die physischen Mengen in jedem dieser Warenkörbe gleichgeblieben sind.³⁴ Sowohl die Marxsche als auch die neoklassische Theorie von Böhm-Bawerk, Jevons und Wicksell führen die gleiche unzulässige Voraussetzung ein, indem sie eine bestimmte Menge der eingesetzten Produktivgüter durch einen Kapitalwert darstellen, von dem angenommen wird, daß seine Größe ausschließlich mit dem Umfang der verwendeten Produktionsmittel variiert. Diese Annahme ist falsch. Wie Sraffas Arbeit gezeigt hat, wird eine gleichbleibende Menge von Produktionsmitteln jedesmal neu bewertet, wenn die Profitrate steigt, so daß der Kapitalwert bei gleichbleibenden physischen Mengen ebenfalls wechseln muß. Ein solcher Kapitalwert, der als Ausdruck einer Menge interpretiert wird, findet als wesentliche Größe Eingang in die weitere Argumentation. So benutzt Marx eine aus der Arbeitswertrechnung erhaltene Verwertungsrate, um die Gleichgewichtspreise zu ermitteln, und die oben angeführten neoklassischen Ökonomen versuchen, mit Hilfe der Grenzpro-

33 Für eine Ökonomie mit beliebig vielen Gütern siehe Pasinetti (1975, 102-104).

34 Wird eines der genannten Aggregate zur Normierung des Preissystems verwendet (so wie oben die Lohnsumme), dann bleibt sein Preisausdruck aus rein definitorischen Gründen konstant, was nicht im Widerspruch zu der eben gemachten Aussage steht.

duktivität des Kapitals die Profitrate zu determinieren. Dabei changiert die dem Kapital zugeordnete Rolle zwischen einer physischen Menge und einer Wertgröße.³⁵ In dieser Tradition stehen auch die üblichen Lehrbuchmodelle, in denen ein aggregierter Kapitalwert in eine makroökonomische Produktionsfunktion eingesetzt wird. Die verteilungsinduzierten Umbewertungen der Waren machen solche Versuche aber zunichte.

Dieses Ergebnis ist folgenreich: Der Zusammenhang zwischen einer Änderung der Einkommensverteilung und den Mengeneffekten am Gütermarkt und am Arbeitsmarkt wird zerrissen; solche Mengeneffekte können nicht mehr vorhergesagt werden. Ricardo und Marx, Walras und die Nachfolger, Böhm-Bawerk und Wicksell, Keynes und Sraffa – sie sitzen alle im gleichen Boot. Daß die Beschäftigung zunähme, wenn der Reallohnsatz sinkt, ist sowenig zwingend wie die Behauptung, daß ein geringerer Zinssatz das Aktivitätsniveau der Ökonomie anheben werde, weil der Umfang der Geldvorschüsse wachse. Man kann davon ausgehen, daß beide Aussagen im allgemeinen falsch sind. Ganz gleichgültig auf welchem Beschäftigungsniveau die Ökonomie produziert, eine Verteilungsänderung wird zuerst einmal ein neues System der relativen Preise hervorbringen. Ein Geldvorschuß von 100 DM kann unter Umständen bei einer hohen Zinsrate einen größeren Beschäftigungseffekt haben als ein Vorschuß von 150 DM bei einer niedrigeren Rate, eine gleichbleibende Technik und konstante Skalenerträge vorausgesetzt.

In den jüngeren Theorien – sei es die moderne allgemeine Gleichgewichtstheorie oder die neoricardianische Theorie Sraffas – werden formal konsistente Lösungen für die Einkommensverteilung und die Preisbestimmung gefunden, allerdings hinterlassen sie die offene Frage nach den Faktoren, die das Niveau der Produktion und der Beschäftigung bestimmen. In Sraffas Modell wird vom Aktivitätsniveau der Ökonomie abstrahiert; seiner Theorie der Preisbestimmung genügt ein beliebiges Produktionsniveau. Demgegenüber kann die neoklassische Theorie des allgemeinen Gleichgewichts zwar den Umfang der Produktion und die Höhe der Beschäftigung erklären, aber sie gelangt zu diesem Ergebnis, weil sie schon alles in die Voraussetzungen des Modells hineinlegt: in die Erstausrüstung, in die Produktionsverfahren und die Präferenzen. Existieren mehrere Gleichgewichtslösungen, so bleibt auch die Lage des ökonomischen Systems offen. Aus dem Blickwinkel der neoklassischen Ökonomik sind alle wirtschaftlich relevanten Fragen auf die Allokation knapper Ressourcen gerichtet, und die Allokationslösung des Arbeitsmarktes liegt darin, daß der Reallohnsatz einen je gegebenen Bestand an Arbeitskräften in einen freiwillig beschäftigten und einen freiwillig arbeitslosen Teil trennt.

35 In geradezu idealtypischer Reinheit siehe dazu Clark (1899, 121 und 159).

Betrachtet man den Marxschen Beitrag zur Preis-, Verteilungs- und Kapitaltheorie, so wird deutlich, daß er keineswegs die Sonderstellung einnimmt, welche ihm von seinen Gegnern und Anhängern zugebracht wird. Zum einen haben Marx und eine Reihe von neoklassischen Ökonomen wie Walras, Jevons, Böhm-Bawerk und Wicksell wesentliche Begriffe und ein bestimmtes methodisches Vorgehen von Ricardo übernommen. Zum anderen teilen jene Autoren Probleme der Kapital- und Verteilungstheorie, die ebenfalls auf Ricardos Schrift zurückgehen. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, wenn Kritiker der Marxschen Werttheorie ihm genau jenen Fehler vorhielten, der ihnen selbst unterlaufen war. Böhm-Bawerk (1884, 394-98) beispielsweise hob den Widerspruch zwischen dem System der Arbeitswerte und dem System der Produktionspreise hervor, den Marx durch ein 'dialektisches Gewebe von Ausflüchten' habe zu verdecken gesucht, und er selbst erlitt mit einer Verteilungstheorie Schiffbruch, worin der Profit als Grenzprodukt eines aggregierten Kapitals abgeleitet wurde. Der Trugschluß lag darin, daß jene Kritiker ein Problem der Marxschen Kapitaltheorie, nämlich das Transformationsproblem, als ein spezielles Problem der Arbeitswerttheorie ansahen, welches tatsächlich nur der besondere Fall des Aggregationsproblems ist und ihren eigenen Theorien der Preisbestimmung und der Verteilung sowie den später auf dieser Grundlage entwickelten Theorien der Beschäftigung, die sich auch heute noch vornehmlich in Lehrbüchern finden, den Boden entzieht.

Nach Lage der Dinge ist Marxens *Kritik der politischen Ökonomie* noch zu schwach. Sraffas *Einleitung zu einer Kritik der ökonomischen Theorien* hat vernichtend gewirkt, wobei diese Ergebnisse auch von kritischen Vertretern der neoklassischen allgemeinen Gleichgewichtstheorie akzeptiert werden.³⁶ Ricardos *curious effect*, der am Anfang dieser Entwicklung stand, ist zu einem *disasterous effect* herangewachsen: Der kritische Gehalt der Kapitaltheorie liegt darin, daß mit solchen disaggregierten Modellen simplifizierende makroökonomische Vorstellungen über den Zusammenhang zwischen Verteilung und Beschäftigung vernichtet werden. Oder wie Joan Robinson über das Modell Sraffas sagt: »The function of pure logic is to liberate us from nonsense, not to tell us what we ought to believe« (Robinson 1965, 181).

36 Siehe dazu Bliss (1975), der im Kapitel 4 (insbesondere S.80-85) auf die Paradoxien der Kapitaltheorie eingeht und im Kapitel 8 die aggregierte Produktionsfunktion einer kritischen Analyse unterzieht; vgl. auch Hahn (1982).

Literatur

- Bliss, C. J. (1975): *Capital theory and the distribution of income*, Amsterdam, Oxford
- Böhm-Bawerk, Eugen v. (1884): *Kapital und Kapitalzins. I. Abteilung: Geschichte und Kritik der Kapitalzinstheorien*, Jena 1921
- Böhm-Bawerk, Eugen v. (1888): *Kapital und Kapitalzins. II. Abteilung: Positive Theorie des Kapitals*, Bde.1 und 2, Jena 1921
- Bortkiewicz, Ladislaus v. (1907a): Wertrechnung und Preisrechnung im Marxschen System. Zweiter und dritter Aufsatz, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, Bd.25, S.10-51 und S.445-488
- Bortkiewicz, Ladislaus v. (1907b): Zur Berichtigung der grundlegenden theoretischen Konstruktion von Marx im dritten Band des 'Kapital', in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Bd. 34, S.319-335
- Cameron, Burgess (1952): The labour theory of value in Leontief models, in: *Economic Journal*, vol. 62, pp.191-197
- Clark, John Bates (1899): *The distribution of wealth*, New York 1965
- Dmitriev, Vladimir K. (1898): David Ricardos Werttheorie. Versuch einer strengen Analyse, in: Bertram Schefold (Hrsg.): *Ökonomische Klassik im Umbruch*, Frankfurt 1986
- Dobb, Maurice (1973): *Wert- und Verteilungstheorien seit Adam Smith*, Frankfurt 1977
- Eatwell, John (1987): Walras' theory of capital, in: *Palgrave Dictionary of Economics*, pp.868-872, London 1987
- Heinrich, Michael (1988): Was ist die Werttheorie noch Wert? Zur neueren Debatte um das Transformationsproblem und die Marxsche Werttheorie, in: *PROKLA* 72, S.15-38
- Heinrich, Michael (1991): *Die Wissenschaft vom Wert. Die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie zwischen wissenschaftlicher Revolution und klassischer Tradition*, Hamburg
- Howard, M.C./ King, J.E. (1989/1992): *A history of Marxian Economics*, 2 vols., London.
- Jevons, William S. (1871): *The theory of political economy*, London 1931
- Keynes, John M. (1933): [Manuskript: The distinction between a co-operative economy and an entrepreneur economy], *Collected Writings*, vol. 29, pp.76-87, London 1979
- Keynes, John M. (1936): *Die allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Geldes und des Zinses*, Berlin 1974
- Kurz, Heinz D.; Salvadori, Neri (1995): *Theory of production. A long-period analysis*, Cambridge
- Lange, Oskar (1935): Marxian Economics and modern economic theory, in: *Review of Economic Studies*, vol.2, S.189-201
- Leontief, Wassily W. (1938): The significance of Marxian economics for present-day theory, in: *The American Economic Review*, vol. 28, 1938, Supplement. Papers and Proceedings of the Fiftieth Annual Meeting of the American Economic Association, pp.1-9
- Levine, David (1995): *Wealth and freedom. An introduction to political economy*, Cambridge
- Marshall, Alfred (1890): *Principles of Economics*, London 1982
- Marx, Karl (1863-67): *Ökonomische Manuskripte 1863 – 1867*. Teil 2. In: MEGA, II. Abt., Bd. 4.2
- Marx, Karl (1867): *Das Kapital. Bd. 1, Der Produktionsprozeß des Kapitals*, MEW 23
- Marx, Karl (1885): *Das Kapital, Bd. 2, Der Zirkulationsprozeß des Kapitals*, MEW 24
- Marx, Karl (1894): *Das Kapital, Bd. 3, Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion*, MEW 25
- May, Kenneth (1949/50): The structure of classical value theories, in: *Review of Economic Studies*, vol. 17, S.60-69
- Meek, Ronald Lindley (1956): *Studies in the labour theory of value*, 2.Auflage London 1973
- Meek, Ronald Lindley (1977): A plain person's guide to the transformation problem, in: ders.: *Smith, Marx, & after. Ten essays in the development of economic thought*, London 1977
- Morishima, M. (1973): *Marx's economics*, Cambridge
- Morishima, M. (1974): Marx in the light of modern economic theory, in: *Econometrica*, vol. 42, S.611-632
- Morishima, M. (1977): *Walras' economics. A pure theory of capital and money*, Cambridge
- Morishima, M. (1989): *Ricardo's economics: a general equilibrium theory of distribution and growth*, Cambridge

- Morishima, M./ Seton, F. (1961): Aggregation on Leontief matrices and the labour theory of value, in: *Econometrica*, vol. 29, S.203-220
- Neuman, John v. (1945/46): A model of general economic equilibrium, in: *Review of Economic Studies*, vol. 13, pp.1-9
- Nurkse, Ragnar (1934/35): The schematic representation of the structure of production, in: *Review of Economic Studies*, vol. 2, pp.232-44
- Pasinetti, Luigi L. (1975): *Vorlesungen zur Theorie der Produktion*, Marburg 1988
- Pasinetti, Luigi L. (1993): *Structural economic dynamics. A theory of the economic consequences of human learning*, Cambridge
- Ricardo, David (1816-18): Letters 1816-1818. *The works and correspondence of David Ricardo*, vol. VII, Cambridge 1952
- Ricardo, David (1817): On the principles of political economy and taxation, in: *The works and correspondence of David Ricardo*, Vol. I, edited by Piero Sraffa with collaboration of M.H. Dobb, Cambridge 1986
- Robinson, Joan (1942): *An Essay on Marxian economics*, London
- Robinson, Joan (1965): A reconsideration of the theory of value, in: dies.: *Collected Economic Papers*, vol. III, Oxford 1965
- Robinson, Joan (1979): The disintegration of economics, in: dies.: *Collected Economic Papers*, vol. V, Oxford 1979
- Samuelson, Paul A. (1957): Wages and interest: a modern dissection of Marxian economic models, in: *American Economic Review*, vol.47, S.884-912
- Samuelson, Paul A. (1959): A modern treatment of the Ricardian economy, in: *Quarterly Journal of Economics*, vol. 73, pp.1-35 und pp.217-231
- Samuelson, Paul A. (1971): Understanding the Marxian notation of exploitation: a summary of the so called transformation problem between Marxian values and competitive prices, in: *Journal of Economic Literature*, vol. 9, S.399-431
- Samuelson, Paul A. (1974): Marx as a mathematical economist, in: Horwich, George; Samuelson, Paul A. (eds); *Trade, stability and macroeconomics: Essays in honor of Lloyd A. Metzler*, New York, S.269-307
- Schumpeter, Joseph A. (1942): *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, Tübingen 1987
- Seton, F. (1957): The »transformation problem«, in: *Review of Economic Studies*, vol.24, S.149-160
- Smith, Adam (1776): *An inquiry into the nature and the causes of the wealth of nations*, edited by R.H. Campell, A.S. Skinner and W.B. Todd, 2 Vols., Oxford 1976
- Sraffa, Piero (1951): Introduction, in: *The works and correspondence of David Ricardo*, vol. 1, edited by Piero Sraffa with the collaboration of M.H. Dobb, Cambridge
- Sraffa, Piero (1960): *Warenproduktion mittels Waren. Einleitung zu einer Kritik der ökonomischen Theorie*, Frankfurt 1976
- Steedman, Ian (1977): *Marx after Sraffa*, London 1977
- Sweezy, Paul (1942): *Theorie der kapitalistischen Entwicklung*, Frankfurt 1970
- Walras, Léon (1874): *Elements of pure economics*, Philadelphia 1984
- Wicksell, Knut (1901): *Vorlesungen über Nationalökonomie auf der Grundlage des Marginalprinzips*, Bd.1, dt. Jena 1913, Reprint Aalen 1969

SUMMARIES

PROKLA 111, Vol. 28 (1998), No. 2

Brigitte Young: Gender Regimes and State in the Global Network Economy. The article starts with a critique of the present feminist state theories and argues that the framework is no longer adequate to comprehend the gendered process of global restructuring. Relying on the insights of the French Regulation School, the author suggests that specific regimes of accumulation generate specific gender regimes and gender orders. While the dominant discourse around restructuring remains wedded to a largely gender-neutral paradigm, the paper points out that the rise of the global network economy has not only altered the fordist accumulation regime, it has also undermined and changed the gender relations that characterized fordism. The effects of these changes are not altogether negative for women; they are ambiguous and vary according to race and class.

Saskia Sassen: Toward a Feminist Analytics of the Global Economy. The article contributes to a feminist analytics that allows us to reconceptualize major features of today's global economy in a manner that captures strategic instantiations of gendering and formal and operational openings that make women visible. Two strategic research sites are specified: the unbundling of exclusive territoriality and the unbundling of sovereignty under the impact of globalization.

Bang-Soon Yoon: Korean Women in the Global Economy: Industrialization and Gender politics in South Korea. The paper analyzes the gender implications of South Korea's industrialization in terms of women's employment. Of particular interest is the relationship between women's educational levels, marital status, and employment patterns as South Korea's industrialization proceeds. Included in the analysis is the type of South Korea's industrialization, the role of the state, the role of the local corporate culture, and the impact of the global economy.

Ingeborg Wick: Women's Employment in Export Processing Zones. The article gives a review of the existing export processing zones all over the world. The biggest part of the labor force of such zones are young women, who work under bad conditions. Wages are low and usually trade unions are suppressed.

Frauke Helwes: Migration, Prostitution, and Sex-Trade. The efficiency of the United Nations Convention for the Suppression of the Traffic in Persons and of the Exploitation of the Prostitution of Others is discussed within the context of the significance of exchanging women between men for the symbolic order. German politics to prostitution is regarded in a wider context of the gender contract in the state. The discourse of inner security, which dominates the public debate about trafficking in women as a form of female migration, invites the author to reflect the moral character of interests, frontiers and trans-alliances, of splittings and blindings.

Seiko Hanochi: Japan and the Global Sex-Trade. The paper analyzes the historical process, which led to the globalization of sex-trade in Japan. It is shown that there is a line from the traditional state regulated brothel system to the military system of sexual slavery in occupied countries (the so-called »comfort women«) in the thirties and forties and to the commercial sex-industry and trafficking in the eighties and nineties. With the changing economic and political role of Japan in this century the sex-trade of Japan also took new forms.

Chalmers Johnson: Cold War Economics Melt Asia. The Cold War relationships in Asia are an important reason for the present crisis. They caused serious overcapacities throughout the Asian region. Moreover, by devaluing their currency China and Japan had strongly improved their competitiveness against the »Asian Tigers«. When foreign capital was pulled out of these economies, it came to liquidity crunch. For overcoming the crisis not only financial measures but new relationships in the Pacific region are necessary.

Robert Guttman: Virtual Interview. The Asian crisis and the US interests in dealing with the crises are analyzed. The crisis itself is much more than only a financial crisis. It may indicate a new phase in the evolution of capitalism, the emergence of a more competitive capitalism organized on a global level.

Klaus Schabacker: Modern economic theory and Marxian capital theory. This article examines Marx' contribution to the development of economic theory covering the notion of equilibrium, input-output analysis, aggregation, the theory of price determination and distribution. It argues that the so called transformation problem usually related to Marxian theory proves to be a special kind of the more general aggregation problem, which forms a component part of any theory of prices. As changes in the distribution of income generate a new system of prices thereby affecting aggregate values, the distribution of income and the level of economic activity are disconnected.

Zu den AutorInnen

Robert Guttman lehrt Ökonomie an der Hosstra University, Economics Department, Hempstead, New York, 11557.

Chalmers Johnson ist Präsident des Japan Policy Research Institute.

Seiko Hanochi ist Politikwissenschaftlerin in Tokio.

Frauke Helwes ist Politologin und lebt in Greifswalderstr. 81, 10405 Berlin.

Saskia Sassen lehrt Stadtplanung an der Columbia University, Department of Urban Planning and School of International and Public Affairs, New York.

Klaus Schabacker ist Volkswirtschaftler und Soziologe und lebt in Wielandstr. 17, 12159 Berlin.

Ingeborg Wick arbeitet bei SÜDWIND Institut für Ökonomie und Ökumene, Siegburg.

Bang-Soon Yoon ist Politikwissenschaftlerin und arbeitet an der Central Washington University Ellensburg, Dept. of Political Science, WA. 98926-7578.

Brigitte Young lehrt am Fachbereich Politische Wissenschaft der FU Berlin, Ihnestr. 21, 14195 Berlin.